



WIE GRÜN SOLLEN LINKE SEIN?

HERRSCHENDE NATURVERHÄLTNISSE UND
EMANZIPATORISCHE ALTERNATIVEN

08. – 10.02.2008
Meuchefitz / Wendland

Reader

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) veranstaltet regelmäßig Seminare zu zentralen Themen der internationalistischen Linken von A wie Antisemitismus über G wie Globalisierung bis hin zu Z wie Zentralamerika.

Weitere Informationen zum aktuellen Seminarprogramm finden sich auf der Homepage oder in der BUKO-Geschäftsstelle.

Kontakt zur BUKO:

BUKO-Geschäftsstelle

Nernstweg 30-32

22765 Hamburg

Tel.: 040 - 39 31 56

Fax: 040 - 28 05 51 22

E-Mail: mail@buko.info, www.buko.info

READER-TEXTÜBERSICHT: WIE GRÜN SOLLEN LINKE SEIN? HERRSCHENDE NATURVER- HÄLTNISSE UND EMANZIPATORISCHE ALTERNATIVEN

Naturverhältnisse allgemein:

- Nachhaltigkeit, Macht und Globalisierung.
Buko-Positionen zur Nachhaltigkeitskritik.
Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) 5
- Bausteine für Perspektiven
Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) 7
- Aufstieg und Niedergang des fossilen Energieregimes
Oder: Die Ökologie der globalen Ökonomie
Elmar Altvater 11
- „Nachhaltige Globalisierung“?
Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens
Ulrich Brand / Christoph Görg 29
- Soziale Nachhaltigkeit als konkrete Utopie?
Ulrich Schachtschneider 47
- Ins Licht hinein?
Epilog zu einem turbulenten Jahr 2007
Turbulence 59

Klima:

- Umwelt- oder Gesellschaftskrise?
Zur politische Ökonomie des Klimas
Achim Brunnengräber 68
- Klimapolitik
Oliver Walkenhorst 81
- Der Bali-Konsens als Problem für das Klima
Eine Kritik der Ergebnisse der Klimakonferenz
Achim Brunnengräber / Kristina Dietz 94
- Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat ...
Ein Text zu Klimawandel, sozialer Frage und Aktionsperspektiven
AntiRassismusBüro Bremen 98

Biodiversität:

- Artenschutz? Biologische Vielfalt und Eigentumskonflikte
Gregor Kaiser 107
- Biopiraterie und geistiges Eigentum
Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen
Silvia Ribeiro 112
- Die COP in Bonn
Gregor Kaiser 122

Nachhaltigkeit, Macht und Globalisierung.

Buko-Positionen zur Nachhaltigkeitskritik.

von Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)

Nachhaltigkeit wurde in den 90er Jahren zu einem zentralen Begriff der internationalen politischen und ökologischen Debatte. Entgegen der im allgemeinen positiven Bezugnahme der »Zivilgesellschaft«, analysiert und kritisiert die BUKO den ideologischen sowie den Machtverhältnisse verschleiern und stabilisierenden Charakter dieses Container-Begriffs.

Ein kurzer Rückblick

In den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts waren das Scheitern überkommener Entwicklungsvorstellungen wie auch die sich zuspitzende ökologische Krise offenkundig geworden. Von sozialen Bewegungen wie von kritischen Intellektuellen auf die Tagesordnung gesetzt, schienen beide Probleme auf eine Revision gesellschaftlicher Entwicklungsvorstellungen hinzudeuten. Mit der Veröffentlichung des sog. Brundtland-Reports setzte sich im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs ein neues Stichwort durch, welches fortan richtungsweisend sein sollte: Sustainable Development, meist als »nachhaltige Entwicklung« übersetzt. In den Vorbereitungen auf die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (engl. UNCED) seit Anfang der 90er Jahre und deren Durchführung in Rio de Janeiro 1992, wurde der Begriff zu dem Leitbild schlechthin; institutionelle und gesellschaftliche Reformen sollten folgen.

Mitte der 90er Jahre fanden sich verschiedene bereits existierende Arbeitszusammenhänge zum Thema »Nachhaltigkeit« auf dem jährlich stattfindenden Kongress der BUKO zusammen und gründeten den BUKO-Arbeitsschwerpunkt Nachhaltigkeit. Insbesondere die 1996 erschienene Studie Zukunftsfähiges Deutschland (herausgegeben von Misereor und BUND) wurde einer umfassenden Kritik unterzogen. Die BUKO war die deutlich kritischste Stimme in der Diskussion, was sich in einer Vielzahl von Anfragen zu Diskussionsbeiträgen, Interviews und Zeitungsartikeln bis in die bürgerlichen Medien niederschlug. Der Kongress 1996 in Heidelberg stand unter dem Motto Herrschende Nachhaltigkeit - Nachhaltige Herrschaft.

Die BUKO stellt den Glauben an die scheinbare Alternativlosigkeit kapitalistischer Globalisierung infrage. Von ihr und anderen kritischen Stimmen - insbesondere aus südlichen Ländern - wurde bald darauf hingewiesen, dass die mit dem Begriff verbundenen Vorstellungen gerade nicht mit den herrschenden Normen von Wirtschaftswachstum und kapitalistischer Eigentumsordnung brachen. Bereits der Brundtland-Bericht, der als offizielles UN-Dokument die nachfolgende Diskussion maßgeblich beeinflusste, zeigte, dass kein grundlegender Umbau, sondern lediglich Reformen der existierenden Strukturen und Institutionen als ausreichend angesehen wurden. Die entwicklungs- und umweltpolitische Debatte wurde von der Suche nach neuen Formen der Kapitalverwertung und Ressourcennutzung überlagert. Anders ausgedrückt: Der Diskurs um nachhaltige Entwicklung markierte den Anfang einer umfassenden gesellschaftlichen Modernisierungsstrategie.

»Nachhaltigkeit« plus »Globalisierung« = »nachhaltige Globalisierung«?

Im Vorfeld der Konferenz in Johannesburg im August 2002, bei der zehn Jahre nach der UNCED der »Rio-Prozess« evaluiert werden sollte, erhielt die Debatte um nachhaltige Entwicklung eine neue Richtung: Und zwar durch ihre Verbindung mit dem vielstrapazierten Begriff der Globalisierung. Globalisierung - als offenbar nicht hinterfragbarer »Mega-Trend« - und Nachhaltigkeit sollen veröhnt werden; doch beide Begriffe blenden wichtige Sachverhalte aus: Die Machtförmigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und die Tatsache, dass widerstreitende Interessen, Profitlogik und Ausbeutung auf diesem Weg nicht verschwinden.»Globalisierung« und »Nachhaltigkeit« leben von dem Versprechen bzw. Glauben, dass die bestehenden politischen Institutionen und privates Kapital in der Lage sind, Umwelt- und Armutprobleme zu lösen. Die Deregulierung soll eine deutlich billigere Verlagerung ganzer Produktionseinheiten von einem Ort der Welt an andere ermöglichen. Große

Unternehmen versuchen frei nach den politischen und institutionellen Investitionsbedingungen Standorte auszuwählen und die Grundzüge staatlicher Sozial- und Umweltpolitik zu diktieren, indem sie Arbeitsplätze und öffentliche Einnahmen in Aussicht stellen oder verweigern. So führen die liberalen Reformen vielerorts zu verschärftem Standortwettbewerb und forcieren, dass sich sowohl soziale Ungleichheiten verschärfen als auch Umweltindikatoren verschlechtern.

Mit Beginn der Kolonisierung war ein Ziel des Eroberungsprogramms des Nordens die Kontrolle und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Südens. Schiffe mit Gold oder Silber, aber auch die Sklavenschiffe waren ein erster Ausdruck dieses »globalen herrschaftlichen Naturverhältnis«. Bis heute ist diese Struktur erhalten geblieben und wurde auf immer mehr Ressourcen und Bereiche des Naturverhältnis ausgedehnt. So zwingen die seit den 80er Jahren mittels der Auslandsverschuldung durchgesetzten »Strukturanpassungsmaßnahmen« südliche Länder dazu, ihre natürlichen Ressourcen noch stärker als zuvor zu vernutzen, um die Schulden zu bezahlen. Sei es die Zurichtung der globalen Agrarökonomie, die Entwendung der Ressourcen für die Industrie der Metropolen, der Abtransport unseres Müll, Atomversuche oder das Patentrecht auf biologische Ressourcen all dies spiegelt diese Struktur aktuell wider. Diese Entwicklung wird parallel auf der Ebene politischer Beziehungen international vorangetrieben. Die Kommerzialisierung natürlicher Ressourcen wird durch internationale Abkommen wie die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD), die in Rio 1992 unterzeichnet wurde, erst ermöglicht. An erster Stelle geht es solchen umweltpolitischen Maßnahmen und Abkommen um die Regelung der Zugangs- und der mehr oder weniger exklusiven Nutzungsrechte an (genetischen) Ressourcen. Nachvollziehen läßt sich dies auch an anderen Abkommen, die derzeit diskutiert werden, wie beispielsweise den Verhandlungen zum Klimaschutz. Der einheimischen Bevölkerung wird dabei buchstäblich die Lebensgrundlage unter den Füßen weggezogen.

»Ökologische Sicherheit« Globalisierungskritik und Nachhaltigkeit

Relativ unabhängig von der Debatte um Nachhaltigkeit hat sich in den letzten Jahren die praktische und theoretische Kritik am neoliberalen Kapitalismus verstärkt. Stichworte wie »Seattle« und »Genua« stehen für vielfältige Proteste, bei denen es um negative Auswüchse der neoliberalen Globalisierung geht. Dabei kam es zu einer Politisierung des herrschenden Globalisierungsverständnisses: Der damit benannte Prozess, seine für viele Menschen katastrophalen Wirkungen und die damit verbundenen Interessen werden nicht mehr als hinzunehmende »Risiken« oder zu behebende Begleiterscheinungen verstanden. Gerade auf lokaler und nationaler Ebene bleiben die dominanten Trends nachhaltiger Entwicklung keineswegs unwidersprochen. Die seit Seattle immer offenkundigere Globalisierungskritik ist auch eine Zurückweisung der Idee, »Weltprobleme« ließen sich von oben, durch Experten und kooperativ lösen. Der mit der UNCED erstmals breit propagierte Politiktypus der »globalen Runden Tische« (an denen auch und viele Nichtregierungsorganisationen saßen) und die damit einhergehende Delegitimierung konfrontativer Politikansätze wird von der internationalen Protestbewegung gründlich in Frage gestellt.

Die größte Gefahr dürfte in nächster Zeit von der Metapher der »nachhaltigen Globalisierung« ausgehen. Denn die »zivilgesellschaftlichen« Politikvorstellungen des Rio-Prozesses basierten lange Zeit auf der Annahme, dass mit Kooperation, alternativer Expertise und dem Appell an die aufgeklärten Eigeninteressen in Wirtschaft und Politik das auf »Nachhaltigkeit« ausgerichtete Leitbild durchgesetzt werden könnte. Die 90er Jahre haben besonders deutlich gezeigt, dass die damit verbundenen politischen Konzepte sich nicht als erfolgreich erwiesen haben. Oft genug dienten sie eher der Legitimation der »großen« Entscheidungen von Regierungen, Unternehmen und Medien, indem sie sich die ihnen genehmen Aspekte der Kritik heraus pückten. Die neoliberale Globalisierung hat sich durchgesetzt - und zwar nicht kooperativ, sondern vor allem konfliktiv »von oben«. Heute zu meinen, dass dieser auf ungleicher Machtverteilung basierende Prozess wiederum mit Kooperation, Expertise und dem Appell an Einsichtsfähigkeit zu stoppen sei, ist wenig überzeugend. Wichtig in der öffentlichen Auseinandersetzung ist statt dessen, den Glauben an die technokratischen Allheilmittel und das »Management« von Problemen in Frage zu stellen. Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung elementarer Bedürfnisse werden nicht durch Effizienzdenken und Politiken »von oben« erreicht.

Text entnommen aus: www.buko.info: „Nachhaltigkeit, Macht, Globalisierung. Buko-Positionen zur Nachhaltigkeitskritik.“

(Navigation: *Home/ Wer wir sind/ Positionen/ Nachhaltigkeitskritik*);

zuletzt besucht 31.01.08

Bausteine für Perspektiven

von Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)

Das folgende Papier, aus dem wir Auszüge dokumentieren, war gedacht als Diskussionsgrundlage für das Kongreßplenum, ist also kein fertiges Werk ...

Mit den Praktiken der Unterwerfung brechen

Dieser Text ist kein Vorschlag für eine bessere Regierung, für eine neue Partei, eine internationale Lobbyorganisation. Er erhebt keinen Anspruch darauf im Zentrum zu stehen und für alle zu sprechen. Die hier zusammengetragenen Gedanken und Überlegungen wurden über zwei Jahre in verschiedenen, oft eher losen Gruppen, diskutiert. Eine dieser Gruppen ist im Kontext des BUKO entstanden (die AG "Danke für den Fisch"), andere haben mit den jeweiligen Orten und Diskussionszirkeln und -szenen der je einzelnen zu tun. Aneinander interessiert hat uns, die bei allen mehr oder weniger spürbare und ausgesprochene Sehnsucht, nach einem politischen Ort jenseits von Ideologie, den allseits bekannten und von vielen schmerzlich erlebten Verkürzungen und Spaltungen, jenseits des Ausschlusses und der Ausgrenzung. *Ein Ort radikaler herrschaftskritischer Subjektivität und sozialer Praxis*, ein Ort antihegemonialer Politik nach außen und innen in die eigenen Zusammenhänge hinein. Zusammengebracht hat uns eine inhaltliche Nähe in der Analyse der jetzigen Situation sozialer Bewegung, eine Ähnlichkeit in der Einschätzung von politisch Notwendigem und eher Unwichtigem und nicht zuletzt Haltungen zu Formen der Organisation politischer Aktion. *Politikfähigkeit wollen wir wieder zurückbinden an die Widerständigkeit und Dissidenz von Lebensformen.*

Wie können wir die Kritik an den kulturellen Praxen der Unterwerfung mit der Produktion einer *antihegemonialen kulturellen Praxis* der eigenen Gruppe, der eigenen Lebensformen und Politik zusammenbringen, waren Fragen, die uns umtrieben. Wie können wir der *Auftrennung von Lebenszusammenhängen* in ökonomische, politische, kulturelle etwas entgegensetzen? Wie hängen wir selbst drin in den *Entwicklungsversprechen der Moderne*, deren herrschaftliche Gehalte wir analysieren und zurückweisen? Wie können wir zu Parasiten dieses Systems werden und nicht zu Wasserträgern? Dies wollen wir reflektieren jenseits eines narzißtischen Kreisens um die eigene Person, um uns selbst, die eigenen Verletzungen und Egozentrismen. Wir wollten wissen, was *Eigenmacht* heißen kann angesichts der Herrschaftsansprüche und Zumutungen einer Weltgesellschaft, die ökologische Zerstörungen ebenso willfährig und zwanghaft produziert wie die Ausgrenzung von Menschen und deren Unterwerfung, wie Krieg und soziales Chaos.

Aller Bewegung Anfang liegt in der Zurückweisung dominanter Realität als wahr, universell, allgemeingültig. Soziale Bewegung als Kritik an Herrschaft entsteht aus dem Bewußtsein, daß auch anderes möglich ist, daß das in der herrschenden Praxis Verschwiegene, Ausgegrenzte einen Wert hat für andere Formen des Zusammenlebens von Menschen. Und mehr - auch das jetzige wäre nicht möglich ohne diese unterworfenen und tabuisierten Praxen.

Die Zusammenhänge sind andere als die proklamierten: Wiederbewaffnung verhindert keinen Krieg, Atomkraftwerke sorgen nicht für saubere Energie, Gentechnik nicht für ausreichend Nahrung und Gesundheit, Kapitalismus nicht für Arbeit, Sozialstaat nicht für ein menschenwürdiges Auskommen für alle, Entwicklungshilfe nicht für kulturelle Vielfalt, Naturschutz nicht für unbeschadete Natur. Quotierung schafft keinen alltäglichen Sexismus und Rassismus ab, Bildung führt nicht zu größerer Urteilskraft, Gleichberechtigung bringt ebensowenig umstandslos Gleichheit mit sich wie Solidarität mit den Ausgegrenzten. Die Liste läßt sich beliebig verlängern. Also muß es bei alledem um anderes als das Vorgegebene gehen. Es geht um die *Vereinnahmung für und die Zuarbeitung zu Herrschaftsverhältnissen*, von denen wenige viel, etliche einiges und die meisten gar nichts haben außer ihrer ideologischen und realen Zugehörigkeit und der hierfür notwendigen Entwertung des eigenen konkreten Lebens.

Wider diese Dominanzverhältnisse, die Illusionen der Machbarkeit und die Verführungen, an Herrschaft zu partizipieren, die Logiken des Sachzwangs und der Erfolge vorgegebener Lösungs- und Lebenskalküle setzen wir das Wissen um deren verschwiegene Geschichte, deren nicht ersetzbarer Grund: das sind die *Menschen mit ihren Beziehungen*, in vielen Fällen mit ihrem alltäglichen Mühen ums Überleben, dort, wo sie wirklich arm sind und hier in den reicheren Ländern, wo es mehr um die psychischen Beschädigungen geht, aber auch um materielle Not, um Einschränkung und Entzug von Lebensmöglichkeiten.

Und wir als Bewegung, als diejenigen, die nicht länger nur zeigen wollen, was dahinter steckt, die wir längst die Begrenztheiten von Provokation und Demaskierung kennen, uns geht es jetzt und heute um einen *Schritt, der unser bisheriges Wissen verbindet mit einer politischen Perspektive und Praxis*, die mit der ständigen Wiederherstellung dieser Verhältnisse, mit der fast psychopathischen Wiederholung, wenn auch in oft äußerlich anders erscheinenden Formen, nachhaltig bricht.

(...)

Abwicklung des Nordens – eine programmatische Alternative

Auf den Zug der "Modernisierung" oder "Ökologisierung" wollen wir nicht aufspringen - aber bei der bloßen Kritik können wir auch nicht stehenbleiben, wenn es uns ernst ist damit, diese Verhältnisse und unser eigenes Leben darin verändern zu wollen. Anhand welcher Kriterien entscheiden wir, was in die richtige Richtung geht und was nur das bestehende neu tapeziert? Welche programmatische Alternative haben wir?

Im Zentrum unserer Perspektiven steht die Kritik der Herrschaftsverhältnisse. Eine programmatische Alternative (zur "Modernisierung", "Ökologisierung", aber auch zur Nischenpolitik) besteht in der *Zurückdrängung des herrschaftsförmigen Zugriffs auf Natur und Arbeit*: des Zugriffs des Nordens auf Natur und Arbeit des Südens; des Zugriffs des "globalen Produktionssektors" auf Flächen, Ressourcen, Geld und Ideen in allen Ländern; des Zugriffs der "Leistungsträger" auf die Zuarbeit und Verfügbarkeit aller anderen; des Zugriffs, mit dem die "strategische" Seite unserer Persönlichkeit unsere physisch-spontane Seite zurichtet und vermarktet. Es geht um *"Entmachtung"* auf der einen, um *Unabhängigkeit und Autonomie* auf der anderen Seite. Dies geschieht dadurch, daß die *Hauptinstrumente des Zugriffs* begrenzt und zurückgedrängt werden.

"Abwicklung des Nordens als Herrschafts- und Gesellschaftssystem" meint genau das. Das Konzept der Abwicklung umfaßt fünf Punkte:

1. *Das Unterbinden jedweder Intervention*: Die Fähigkeit des Nordens zur militärischen Intervention blockieren!
2. *Das Zurückdrängen des globalen Sektors*: Dem Wirtschafts- und Gesellschaftssektor, der für Weltmarktkonkurrenz auf globalen Märkten arbeitet, das Wasser abgraben!
3. *Entprivilegierung der formalen Arbeit*: Eine unabhängige Existenzsicherung für alle verwirklichen; die Privilegien der "Formalarbeiter(innen)" durchkreuzen!
4. *Autonome Aneignung von Räumen und Zusammenhängen*: Städtische Räume, ländliche Flächen, logistische Zusammenhänge "besetzen" und kollektiv nutzen!

5. *Maßnahmen zur direkten Überlebenssicherung*: Grundnahrungsmittel aus dem Weltmarkt herausnehmen, regionale Versorgungsstrukturen aufbauen!

Eine Politik der Abwicklung führt in der Konsequenz zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft, die nicht mehr auf Kosten anderer Gesellschaften lebt und sich keinen "Herrschaftskonsum" leistet. Weitere Vorgaben gibt es nicht. *Es gibt kein kulturelles Diktat von Lebensformen* - "subsistent" oder "urban", "ökologisch" oder "anarchisch".

Die Programmatik der Abwicklung ist Gegenstand eines neuen Typs sozialer Auseinandersetzungen: der *postmodernen Aufstände*. Von Chiapas bis Nigeria, von Südindien bis zu den Peripherieregionen innerhalb des Nordens formulieren die postmodernen Aufstände ein "Es reicht!" gegenüber den Zumutungen der neoliberalen Globalisierung. Sie wollen nicht den Staat übernehmen, setzen nicht auf den militärischen Endsieg, haben kein fertiges Konzept einer Umgestaltung von oben. Sie verbinden einen defensiven "Stop" weiterer Zumutungen mit dem Aufruf zur subversiven Umgestaltung. Bei allen Unterschieden der Formen und Inhalte: eine radikale Alternative durchzusetzen, bedeutet für uns hier Solidarität mit diesen Versuchen und die *Suche nach dem für unsere gesellschaftliche Situation fälligen "Break"*.

Diese Politik ist nur möglich, wenn es in der sozialen Bewegung *Organisationen gibt, die eine progressive Alternative auch innerhalb ihrer eigenen Bewegung darstellen*. Für unsere Perspektive der Veränderung ist es daher unabdingbar, Organisationszusammenhänge aufzubauen, die Orte einer antipatriarchalen Kultur sind; die attraktiv sind als Lebenszusammenhänge; die in der Lage sind, ihre eigenen Herrschafts- und Dominanzstrukturen zu reflektieren und zu verändern.

Ansätze eines neuen Politikverständnisses

Wie ein an unserer eigenen (politischen) Praxis orientiertes Politikverständnis aussehen könnte, läßt sich in fünf Punkten verdeutlichen:

1. *Herstellung und Aufwertung verlässlicher Beziehungen.*

Wie kommen wir zu einem Leben, in dem wir unsere Lebensziele gemeinsam mit konkreten Menschen - und nicht durch individuelle Zurichtung und durch die Abhängigkeit von institutioneller Macht - zu bestimmen und zu verwirklichen suchen?

2. *Aufhebung der Differenz von Produktion und Reproduktion.*

Wie finden wir zu einer (politischen) Arbeitsweise, die allen Parteien Anregung und Kraft gibt, anstatt ihre Kreativität und Arbeitskraft (im weitesten Sinn) zu vernutzen?

3. *Aufhebung der Auftrennung von Lebenszusammenhängen in ökonomische, politische, kulturelle und soziale Faktoren.*

Wie gehen wir um mit den knallharten Effizienz- und Rationalitätsansprüchen, die hierzulande an ‚politische‘ Arbeit gestellt werden und die sich mit den Stichworten ‚NGO-isierung‘, ‚Professionalisierung‘ und ‚Lobbyismus‘ umschreiben lassen? Wie lebbar - oder aber: wie ‚fundamentalistisch antiquiert‘ - ist demgegenüber ein Politikverständnis, in dem Ideen wie konsensorientierte Entscheidungsfindung, Herstellung einer Beziehung zwischen politischer Arbeit und Alltag sowie der Anspruch herrschaftsfreier Kooperation eine tragende Rolle spielen?

4. *Lokal denken, global handeln.*

Inwiefern ist es gerade ein Selbstwiderspruch, wenn internationalistisch orientierte Gruppen sich vorrangig um die Veränderung der Verhältnisse im eigenen Land kümmern und mit gleichgesinnten Menschen im Süden den politischen Austausch suchen, anstatt jene mit ‚alternativer Entwicklungshilfe‘ und ‚fairem Handel‘ zu beglücken?

5. *Kollektividentitäten abbauen.*

Wenn Herrschaft tatsächlich auf der diskriminierenden Einteilung von Menschen in ‚Rassen‘, Klassen und Geschlechter beruht, wie schaffen wir es dann, soziale Kategorisierung nicht einfach nur umzudrehen (indem wir uns positiv auf Kategorien wie ‚Schwarze‘, ‚ArbeiterInnen‘ und ‚Frauen‘ beziehen), sondern diese Zwangseinteilung von Menschen wenigstens ansatzweise ein wenig aufzulösen (zu ‚dekonstruieren‘)? Wie überwinden wir die auch in der Umkehrung der genannten herrschafts-

förmigen Kategorisierung noch wirksamen Ausschlußlogiken vom ‚Wir vs. Anderem‘, ‚Eigenem vs. Fremdem‘ und ‚Opfern vs. Tätern‘? Oder dienen diese Fragen nur der ideologischen Schwächung des kollektiven Widerstandes der diskriminierten Menschen, indem ihnen der Bezugspunkt zur Solidarisierung mit den jeweiligen LeidensgenossInnen genommen werden soll?

Wir benötigen im BUKO nicht in erster Linie neue politikfähige Konzepte. Die Kritik, die Reflektion unseres politischen Selbstverständnisses sei pure Selbstbespiegelung und ‚Nischenpolitik‘, verkennt die Funktionsweise institutioneller Herrschaft. Es geht um die Frage, wie sich institutionelle Herrschaft auch in der Theorie und Praxis ihrer KritikerInnen manifestiert. Wie haben in puncto Herrschaftskritik nichts Relevantes ‚nach außen‘ zu sagen, solange wir uns dieser Herrschaftsförmigkeit unserer eigenen Umgangsformen und politischen Forderungen nicht ernsthaft stellen. Es gibt den Mythos, ‚wir‘ seien ja bereits herrschaftskritisch drauf und müßten dies nur noch ‚nach außen‘ besser verkaufen. Worum es geht, ist die *Reflektion der eigenen Mittäterschaft auch gerade in einer vom Anspruch her gesellschaftskritischen politischen Praxis*. Es geht hingegen nicht um Psychologismus und die Umwandlung des BUKO in eine Selbsterfahrungsgruppe.

Die in den fünf Punkten thematisierten institutionellen Herrschaftsformen sind Strukturen des modernen Weltsystems. Wer sie in der eigenen Lebenspraxis (wo denn sonst?) zu ‚dekonstruieren‘ sucht, ist damit unmittelbar gesellschaftspolitisch tätig und auf internationalen Erfahrungsaustausch angewiesen. Dies werden wir hautnah erleben, sobald wir Schritte zum ‚Praktischwerden der Kritik‘, also zum *Aufbau einer entsprechenden Gegenkultur hier bei uns* unternehmen. (...)

Aus: analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 392 / 1.7.1996 / www.akweb.de

(Originalfassung: BUKO (Peters; Fedler; Spehr; Stolz; Bernhard): Bausteine für Perspektiven. In: FORUM entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen 204/205/96, 1996, S. 33-36.)

Aufstieg und Niedergang des fossilen Energieregimes

Oder: Die Ökologie der globalen Ökonomie

von *Elmar Altvater*

1. Einleitung

Es ist in einem kleinen Artikel nicht möglich, auch nur die wichtigsten Fragen der Veränderungen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses im Zuge der Globalisierung des vergangenen halben Jahrhunderts zu diskutieren. Gesellschaftliche Interessenslagen und ökonomische „Sachzwänge“, technische Standards, Produktionsbedingungen und kulturell verankerte Konsummuster wären zu reflektieren, deren praktische Befolgung im Alltagsleben der Menschen in allen Weltregionen, in den Industrieländern ebenso wie in den weniger entwickelten Ländern Naturzerstörung zum Ergebnis hat. Berichte der internationalen Institutionen, von der Weltbank über die OECD bis zum UNEP, oder die Analysen von Nicht-Regierungsorganisationen und von kritischen „think tanks“ (wie des World Watch-Institutes etc.) sind voll von Beispielen, die an dieser Stelle noch nicht einmal teilweise wiedergegeben werden können. Eine Zuspitzung und Eingrenzung ist daher notwendig. Im Zentrum der folgenden Betrachtung steht das Energieregime, das als „fossilistisch“ bezeichnet werden kann, weil der Produktion und Reproduktion moderner Gesellschaften wesentlich von der Nutzung der fossilen Energieträger bestimmt und von ihnen abhängig ist.: Der Aufstieg dieses Regimes, die damit verbundenen sozialen Konsequenzen und sein Niedergang, dessen Zeitzeugen wir sind – manchmal ohne es zu wissen – sind im Folgenden das Thema. Daran schließt sich die alles entscheidende Frage nach den Alternativen zur manchmal „mineralisch“, manchmal „fossilistisch“ genannten Wirtschaft an. Die Debatte steht am Anfang, obwohl das Zeitfenster, in dem ein Umsteuern in Richtung eines solaren Energieregimes, das auf der Nutzung der Strahlenenergie der Sonne beruht, in wenigen Jahrzehnten wieder geschlossen werden könnte (Sawin 2003:179).

2. Fossile Energien – das ideale Treibmittel kapitalistischer Akkumulation

(1) Die Prinzipien des Weltsystems: Beschleunigung, Expansion und Inwertsetzung

Unter Globalisierung wird im Allgemeinen die Ausdehnung von Märkten zur Weltwirtschaft verstanden. Viele Historiker sehen einen qualitativen Sprung im „langen 16. Jahrhundert“ von der „Entdeckung“ und Eroberung Amerikas nach 1492 bis zum Westfälischen Frieden von 1648, als das moderne internationale System der Nationalstaaten in Münster und Osnabrück verabredet wurde (z.B. Braudel 1986). Das kapitalistische Weltsystem ist außerordentlich dynamisch. Es expandiert im Raum, die Arbeitsteilung wird intensiviert und vertieft, und alle Prozesse unterliegen dem Prinzip der Beschleunigung in der Zeit. Die neuen Techniken, die in der beginnenden (europäischen) Neuzeit entwickelt und in die Wirklichkeit umgesetzt werden, machen die radikale Umwandlung des Raum- und Zeitregimes seit der Neuzeit möglich. Sie basieren auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aus dem Zeitalter des Rationalismus, das aber im manchmal „finster“ genannten „Mittelalter“ vorbereitet wird. Es handelt sich um die Buchdruckerei und das Schießpulver, die Nautik mit Kompass und Sextanten, die schnelle und wendige Karavelle und die Seekarten, das Geschirr der Pferde und die Postkutsche beim Transport zu Lande, Wechsel und Scheck im Geldverkehr. Diese Neuerungen und viele andere mehr sind die Medien der frühen Expansion und Beschleunigung. Auch im weiteren Verlauf der Entwicklung werden die Transport- und Kommunikationsmittel ständig verbessert. Raum und Zeit werden komprimiert, wie Marx bereits bemerkte: „Gleichzeitig mit der Entwicklung der Transportmittel wird... die Geschwindigkeit der Raumbewegung beschleunigt und damit die räumliche Entfernung zeitlich verkürzt“ (MEW 24: 253). Der Raum wird durch die Zeit vernichtet (Vgl. auch Harvey 1997).

Beschleunigung wird zum Prinzip im Transport, aber auch in der Produktion. Dies ist nur ein anderer Ausdruck für die Steigerung der Produktivität der Arbeit: Mehr Produkte in der gleichen Zeiteinheit oder die gleiche Menge von Produkten in geringerer, komprimierter (Arbeits)zeit. Die unterschiedlichen, weil kulturell bedingten Zeitrhythmen werden durch industrielle Rhythmen überlagert und verdrängt. „Time is money“ heißt es, und wenn die qualitativen Unterschiede von Zeitregimen verschwinden, kann sich ein globales Zeitregime ausbreiten.

Karl Polanyi (1978) hat gezeigt, dass sich die Marktwirtschaft aus den gesellschaftlichen Beziehungen löst und mit ihrer Logik der „Kommodifizierung“ alle Welt in Ware zu verwandeln tendiert, mit deren Handel ein Profit erzielt werden soll. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Kommodifizierung auch zur Herausbildung von Arbeitsmärkten und Grundstücksmärkten führt (eine historisch spätere Entwicklung als die der Gütermärkte, die es seit tausenden von Jahren gibt). Polanyi nennt dies einen Prozess der „Entbettung“ der Ökonomie aus der Gesellschaft. Die Folgen sind fatal. Es kommt zu einer Übernutzung von Arbeitskraft und Natur, die so weit gehen kann, dass die von William Petty (1623 -1687) so genannten (und von Marx zitierten) Springquellen allen Reichtums zerstört werden. Zunächst kommt mit der Entwicklung des industriellen Kapitalismus an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert die „soziale Frage“ bzw. die „Arbeiterfrage“ auf, die auch im Zentrum der zeitgenössischen sozialkritischen wissenschaftlichen Analysen und der Literatur steht.

Doch die „Naturfrage“ wird immer dringlicher. Denn die Möglichkeiten der Beschleunigung erlauben die Okkupation aller Räume und deren weitgehende Erschließung. Sie werden der kapitalistischen Inwertsetzung überantwortet. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts werden die letzten „weißen Flecken“ kolonisiert und in die europäisch dominierten Imperien eingeordnet. Doch die Expansion in den Raum ist nicht beendet, als die kontinentalen Flächen in Besitz genommen und in Wert gesetzt worden sind. Die Meeresböden, die Arktis und Antarktis, die Gletscherwelt der Hochgebirge, die tropischen Regenwälder, das erdnahe Weltall, die molekularen Nanoräume der Gene werden erschlossen, in Wert gesetzt und die Wert in Handelsware und Geld verwandelt. Inwertsetzung ist ein Prozess der Verwandlung von (zumeist öffentlichen, also allgemein zugänglichen) Gütern in private Waren. Daher ist es auch möglich, jene Räume der Allmende (ejido), der Gesundheitsversorgung oder der Bildung zu privatisieren (zum Thema der Entbettung und der Inwertsetzung vgl. Altwater/Mahnkopf 2002, zweites und drittes Kapitel), die traditionell öffentliche oder Gemeinschaftsgüter gewesen sind.

Doch nicht alles lässt sich in Wert setzen. Vieles ist für ökonomische Interessen wertlos. Was wertlos ist, kann auch vernichtet werden. Daher meinen manche Ökologen, dass ein bewirtschafteter Wald besser geschützt sei als ein „wertloser“ Wald. Jedoch ist dies eine Illusion. Denn es wird nicht der Wald sondern dessen Inwertsetzung geschützt. Diese wird von Entscheidungen bestimmt, die sich an den erzielbaren Renditen auf globalisierten Märkten orientieren, und nicht an den Naturgegebenheiten des Biotops.

Die Entbettung der Ökonomie aus der Gesellschaft wirkt, wie wir gesehen haben, auf die Natur und Gesellschaft zurück, indem Zeit-Räume verdichtet werden. Die modernen Techniken, Folge der Durchrationalisierung der Welt, dienen als ein Vehikel. Die soziale Organisation des Kapitalismus macht dies möglich, auch indem das Geld in Kapital verwandelt wird. Schon Aristoteles und Augustinus wussten, dass Geld mit seinem Zinsmechanismus ein Motor der Beschleunigung ist und Zeit vernichtet¹.

(2) Die industriell-fossilistische Revolution

Doch diese wäre nicht gelungen, wenn nicht gegen Ende des 18. Jahrhunderts ein Wandel des Energieregimes von den biotischen zu den fossilen Energieträgern stattgefunden hätte. Die Dampfmaschine machte es möglich, die fossilen Energieträger in Arbeit zu übersetzen und so die Potenzen der lebendigen Arbeit zu vervielfältigen. Jeder lebendige Arbeiter erhält nun hunderte von „Energieklaven“ oder „Pferdestärken“ zugeordnet. Der Reichtum an fossilen Energiereserven wird in eine Steigerung des Wohlstands der Nationen umgesetzt. So lautet das Versprechen von Adam Smith

¹ Daher lehnte Augustinus Zinsen mit der Begründung ab, dass die Zeit von Gott gegeben sei und nicht gegen einen Preis gekauft werden könne.

(1776/ 1976), obwohl dieser den fossilistischen Hintergrund der Erzeugung des Wohlstands nicht begriffen hatte. Für ihn ist die Kohle nicht als Energieträger, sondern als Heizmittel zur Erwärmung von Räumen interessant; darauf weisen Ilya Prigogine und Isabelle Stenger (1986) hin. Ohne den Übergang zum Fossilismus wäre die Mission des Kapitalismus, die Produktivkräfte zu steigern, vergeblich gewesen. Die industrielle Revolution war also auch eine fossile Revolution. Nicolas Georgescu-Roegen (1971) spricht in diesem Zusammenhang von einer „prometheischen Revolution“, weltgeschichtlich ähnlich bedeutsam wie die neolithische Revolution vor ca. 10000 Jahren, als die Menschen lernten, solare Flussenergie systematisch zu ernten, indem sie Landwirtschaft betrieben und so die Ressourcenflüsse aktiv kontrollierten (Sieferle 1997; Ponting 1991; Debeir/ Deléage/ Hémerly 1989). Auch dieses neue Energieregime war ein Quantensprung im Vergleich zu den Kulturen der Jäger und Sammler und steigert die Überschussproduktion so sehr, dass vom Land die entstehenden Städte, die sich dort konzentrierenden unproduktiven Klassen, einschließlich der Herrschenden, der Künste und Wissenschaft oder eines Klerus ernährt werden konnten.

Doch im Verlauf der industriellen Revolution erfolgt der Übergang von der Nutzung der Flussenergie, die der Erde von der Sonne zustrahlt, zur Ausbeutung der Bestände, die über hunderte von Millionen Jahren aus der Biomasse mineralisiert worden sind². Dabei handelt es sich auch um Sonnenenergie, aber um gespeicherte Sonnenenergie. Diese wird nutzbar, weil entsprechende Systeme der Energiewandlung entwickelt werden. Das beginnt schon im frühen 18. Jahrhundert mit der Dampfmaschine von Newcomen. Aber erst die Verbesserungen von Watt verwandeln die Dampfmaschine in ein universell einsetzbares Mittel der Wandlung der in Kohle gespeicherten Energie in nützliche Arbeit. Dies geschieht zunächst im Industriebetrieb, dann aber auch beim Transport, der durch Eisenbahnen zu Lande und durch Dampfschiffe zu Wasser revolutioniert wird. Später wird das Petroleum zunächst zur Beleuchtung verwendet. So ist es möglich, die Nacht zum Tag zu machen und bei der Verwertung von Kapital unabhängig von den Tageszeiten zu werden. Ab Ende des 19. Jahrhunderts werden die Potenzen des „Abfallprodukts“ Benzin als Antriebsenergie entdeckt und angewendet. Benzin- und Dieselmotor eröffnen neue Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung des industriellen Systems. Energienetze der Erzeugung, des Transports und der Verteilung an Verbraucher entstehen, Anlagfelder für Kapital. Elektromotor und Glühbirne vervollkommen seit Ende des 19. Jahrhunderts das moderne Energiesystem, das wesentlich auf fossiler Primärenergie beruht. In nur einem Jahrhundert vollzieht sich eine epochale revolutionäre Umwandlung, für die die Menschheit während der anderen großen „prometheischen“ Revolution im Neolithikum tausende von Jahren benötigt hatte. Die Gesellschaftsformation, und daher auch das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur werden radikal verändert.

(3) Die Entstehung eines fossilistischen Raum- und Zeitregimes

Die fossilen Energieträger sind der kapitalistischen Produktionsweise höchst angemessen. Energieregime und soziale Formation passen zusammen. Sie können anders als Wasserkraft oder Windenergie weitgehend orts- und raumunabhängig eingesetzt werden. Sie können von den Lagerstätten relativ leicht zu den Verbrauchsorten verbracht werden. Die „räumliche Trennung von Energieumwandler und Energiequelle“ (Débeir/ Deléage/ Hémerly 1989: 165) ist die Voraussetzung für eine ökonomische Geographie, die sich weniger an natürliche Gegebenheiten als an Rentabilitätsgesichtspunkten orientiert. Standorte sind Ergebnis von Standortpolitik und nicht von natürlichen Bedingungen. Die fossilen Energieträger sind zeitunabhängig, da sie leicht zu speichern sind und unabhängig von Jahres- oder Tageszeiten genutzt werden können, sogar 24 Stunden am Tag und dies das ganze Jahr. Sie sind auch nicht an kleine Dimensionen gebunden. Sie können jedes Größenwachstum mitmachen, also mit der Akkumulation des Kapitals mitwachsen. Anders als die biotischen Energien, die nur dezentral in zumeist kleinen Einheiten in nützliche Arbeit umgesetzt werden können, erlauben die fossilen Energien Konzentration und Zentralisierung ökonomischer Prozesse, aber auch die Steigerung der Wucht von politischer Herrschaft. Denn auch das Militär bedient sich der Potenzen der fossilen (und auch der nuklearen) Energieträger zur Steigerung der Destruktionskraft. Die Industriali-

² Auch die zu verarbeitenden Rohstoffe stammen mehr und mehr aus den mineralischen Lagerstätten und nicht aus der „organischen“ Welt der Biosphäre. Auf die damit verbundenen Probleme kann hier jedoch nicht eingegangen werden.

sierung bringt die Großstadt hervor. Urbanisierung, d.h. die Verwandlung von immer mehr Menschen in Stadtbewohner, ist eine der sichtbarsten Begleiterscheinungen des industriellen Wachstums. Die große Stadt ihrerseits erzeugt ökologische Probleme, die zuvor unbekannt waren. Sie reichen von den Mobilitätsanforderungen bis zur Abfallentsorgung. Darauf kann hier nicht näher eingegangen werden. Die fossilen Energieträger, zunächst die Kohle, später Erdöl und Erdgas, werden zum idealen Treibmittel des kapitalistischen Wachstums.

3. Wachstum wird zum Fetisch...

(1) Die Steigerung der wirtschaftlichen Wachstumsraten...

In den vielen Jahrhunderten bis zum Ende des 18. Jahrhunderts betrug das Wirtschaftswachstum ca. 0,2% im Jahr und das war „a good result“ (Crafts 2000: 13). Selbst in dem halben Jahrhundert der „schweren Industrialisierung“ von 1780 bis 1830 erreichte Großbritannien ein reales Wirtschaftswachstum pro Kopf von nicht mehr als 0,4% pro Jahr. Doch seitdem sich die Produktionsmethoden der modernen Industriegesellschaft durchgesetzt haben, wachsen die nationalen Ökonomien und heute die Weltwirtschaft mit hohem Tempo. In vorindustriellen Zeiten beruhte das Wachstum des Sozialprodukts in allererster Linie auf der Zunahme der Bevölkerung, und diese wiederum hing vom Zuwachs der Güter und Dienste zur Subsistenz und Reproduktion der Menschen ab. Dies war denn auch der rationale Kern in der Theorie von Robert Malthus. Seit der industriellen Revolution jedoch ist das Wachstum nicht mehr hauptsächlich von der Zufuhr von Arbeitskräften abhängig, sondern vom Anstieg der Produktivität der Arbeit. Dieser Anstieg ist, wie wir bereits gesehen haben, eine Folge der systematischen und europäisch-rationalen Nutzung von Wissenschaft und Technik zur Entwicklung der Produktivkräfte, der sozialen Organisation der kapitalistischen Mehrwertproduktion und last not least des Einsatzes der fossilen Energieträger. Die von Marx so genannte „tote Arbeit“ hebt die Produktivität der „lebendigen Arbeit“, weil nun nicht mehr in erster Linie die Energieflüsse der Sonne, sondern die reichen Energiebestände, die sich über Jahrmillionen in der Erdkruste gebildet haben, genutzt werden.

Jedenfalls kann nun der jahresdurchschnittliche Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen von 0,22% in den Jahrhunderten von 1000 bis 1820 auf jahresdurchschnittlich 2,21% von 1820-1998 verzehnfacht werden (Maddison 2001). Der Lebensstandard der Menschen in den Industrieländern hat sich seitdem außerordentlich verbessert, und Unterernährung und Hunger verschwanden – zumindest in Europa in friedlichen Zeiten (Ponting 1992: 106ff).

Angus Maddison hat zum jüngsten Jahrtausendwechsel den auf den ersten Blick aberwitzigen Versuch unternommen, das Wachstum der Wirtschaft in allen Weltregionen seit Christi Geburt zu berechnen und zwar vergleichend in US\$ zu Preisen von 1990. Die Resultate der Studie sind gleichwohl plausibel. Danach wuchs die Weltbevölkerung vom Jahre 0 bis zum Jahre 1000 im Jahresdurchschnitt mit 0,02% von 230,8 Million auf 268,3 Millionen Menschen. Vom Jahr 1000 bis 1820 erhöhte sich die Zahl auf 1041,1 Millionen. Auch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung stagnierte während des ersten Millennium; es war sogar ein leichter Rückgang von 444 auf 435 US\$ (in Preisen von 1990) zu verzeichnen. Im zweiten Millennium von 1000 bis 1820 hingegen nahm das Pro-Kopf-Einkommen auf 667 US\$ zu. Während des ersten Millenniums waren die Einkommensunterschiede zwischen Westeuropa, Japan, Lateinamerika, Osteuropa, Afrika und Asien sehr gering. Sie reichen von 400 US\$ in Westeuropa bis 450 US\$ in Asien (ohne Japan). Im zweiten Millennium jedoch erhöhen sich die Einkommensdivergenzen zwischen den Ländern und Weltregionen. Im Jahr 1820 beträgt das durchschnittlich Pro-Kopf-Einkommen in Westeuropa 1232 US\$; in Afrika ist es ebenso so hoch wie 820 Jahre zuvor, nämlich 418 US\$ (Maddison 2001: 28).

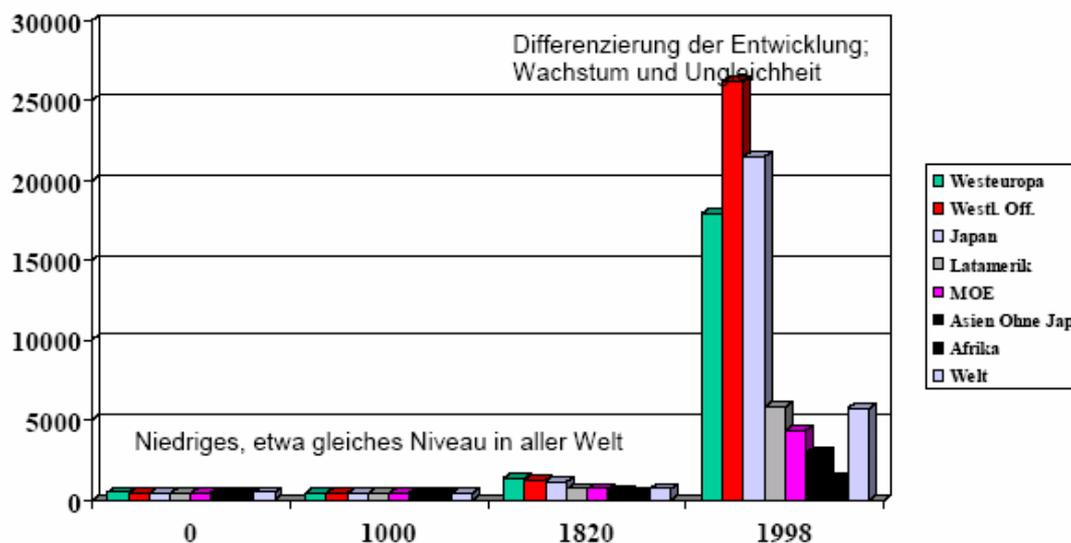
Adam Smith hat also Recht. Arbeitsteilung ermöglicht Spezialisierung. Diese begünstigt den Produktivitätsanstieg, und der drückt sich in höheren Einkommen und höherem Wohlstand aus. Die unsichtbare Hand des Marktes wäre kraftlos ohne die fossilen Energien. Doch die neue Dynamik ist nicht nur „gepowert“ von den fossilen Energien, sondern auch stimuliert durch Geld und Kapital, also durch soziale Verhältnisse, die in sich Ungleichheit bergen. Arbeiter produzieren Mehrwert, der von Kapitaleignern angeeignet wird. Der Klassengegensatz wirkt so, dass die einen haben und die anderen nicht. Er reproduziert sich, wie Marx im „Kapital“ darlegte, auf immer höherer Stufe (MEW

23: 22. Kapitel). Das Geld der modernen kapitalistischen Wirtschaft ist ein Vermögenswert für Geldvermögensbesitzer und eine Verpflichtung auf der Seite der Schuldner. So kommt ein einseitiger Fluss des Schuldendienstes von den Schuldnern zu den Gläubigern zustande, der für eine soziale Polarisierung sorgt. Mit dem Wohlstand wächst auch die Armut. Wenn alle wenig haben, ist Armut normal. Wenn aber der Wohlstand der Nationen wächst, wird Armut zum Problem, und diejenigen, die aus der Armut nicht herausfinden, sind stigmatisiert. Armut ist eben keine absolute Größe und naturgegeben, sondern relativ und ein soziales Konstrukt.

(2) ...und der Ungleichheit in der Verteilung

So kommt es, dass seit der Industrialisierung gegen Ende des 18. Jahrhunderts ganz im Gegensatz zu den Jahrhunderten zuvor der Wohlstand extrem ungleich verteilt ist. Das globale Durchschnittseinkommen steigt in den 178 Jahren von 1820 bis 1998 von 667 auf 5709 US\$ pro Kopf. Doch in Westeuropa beträgt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1998 17921 US\$, in den „Ablegern“ Westeuropas, in den USA, Kanada usw., liegt es bei 26146 US\$. In Asien (ohne Japan) beträgt der Durchschnitt der Pro-Kopf-Einkommen aber nur 2936 US\$, und in Afrika 1368 US\$. Trotz hohen Wachstums in allen Weltregionen ist das Sozialprodukt pro Kopf im Jahre 1990 in 20% der nicht-amerikanischen Welt niedriger als 1950 (Crafts 2000). Wachstum ist also keineswegs ein Synonym für Fortschritt, für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit in der Welt. Auch ist die Versicherung der Weltbank, „growth is good for the poor“ (Dollar/ Kraay 2000), eher mit einem Fragezeichen zu versehen. Die langfristigen Datenreihen von Angus Maddison, aus denen die nachfolgende Graphik abgeleitet worden ist, belegen diese These jedenfalls nicht.

Pro-Kopf-Einkommen in der Welt und in Weltregionen (in „International Dollars“, Basisjahr 1990) Quelle: Maddison, Angus (2001): *The World Economy – A Millennial Perspective*, (OECD) Paris: 28



Bis zur industriellen Revolution hat sich die Weltbevölkerung jeweils in rund 1000 Jahren verdoppelt (Ponting 1992: 91), in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgt die Verdoppelung in knapp zwei Jahrzehnten, nicht zuletzt weil auch die Lebenserwartung steigt. In Deutschland steigt sie von 41 Jahren bei der Geburt im Jahre 1820 auf 77 Jahre Ende der 1990er Jahre des 20. Jahrhunderts. Wie in Deutschland, so ist es auch in den anderen Ländern. Trotz Bevölkerungswachstum wird die Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Botschaft des Fortschritts, den die modernen kapitalistischen Gesellschaften für sich in Anspruch nehmen. Die Produktivitätssteigerung wird nicht nur mit industriellen Produktionssystemen und fossilen Energieträgern möglich, sie wird auch durch den globalen Wettbewerb erzwungen. Denn mit der industriellen Revolution bildet sich der weltweite kapitalistische Markt mit einer in der Menschheitsgeschichte bislang unbekanntenen Dynamik, die wir heute als „Globalisierung“ bezeichnen: Die kapitalistische Inwertsetzung erlaubt die Ausdehnung der Wirtschaft in alle Sphären der Welt, im 20. Jahrhundert wird „growth triumphant“ (Easterlin 1998). Auch die Zukunft, so der Autor, „to which the epoch of modern economic growth is leading is one of

never ending economic growth, a world in which ever growing abundance is matched by ever rising aspirations..." (Easterlin 1998, 153). Freilich ist eine Annahme, dass der physische Input endlos ausgedehnt werden könnte, um einen ewig wachsenden Output hervorzubringen, "ökologischer Unsinn". Denn nichts in der physischen Welt wird endlos wachsen können (Foster 1997). Doch Easterlins Wachstumsenthusiasmus ist keineswegs eine Marginalie oder eine Ausnahme, weder in der Wirtschaftsgeschichte noch in der Wirtschaftstheorie. Sie liegt auf der Linie jener eurozentrischen Logik quantitativen Zuwachses, die für die globale Ausdehnung der europäischen, „okzidentalischen Rationalität der Weltbeherrschung“ (Max Weber) verantwortlich ist.

Das Wachstum erscheint uns heute als etwas Selbstverständliches, fest verankert in den ökonomischen und politischen Diskursen. Je höher das Wachstum, desto weniger wirtschaftliche, soziale und politische Probleme – und umgekehrt. Wachstum, so die weit verbreitete Auffassung von Sozialwissenschaftlern und Politikern, erhöht die Beschäftigung, ermöglicht also höhere Einkommen und Steuereinnahmen, daher die Bewältigung und Beilegung sozialer Konflikte. Es erleichtert die Finanzierung der Entwicklungshilfe oder es erlaubt die Verwirklichung von Umweltstandards... An der Wachstumsrate werden die „performance“ nationaler Ökonomien bemessen und die Angemessenheit der Regierungspolitik bewertet.

(3) Der Wachstumdiskurs in der ökonomischen Theorie

Dies war freilich nicht immer so. In der klassischen politischen Ökonomie von Adam Smith oder David Ricardo spielt Wachstum im Unterschied zur Verteilung keine herausgehobene Rolle. Durch Vertiefung der Arbeitsteilung sei eine Spezialisierung möglich, und diese erhöhe die Arbeitsproduktivität. Der Ausstoß von Gütern und mit ihm der "Wohlstand der Nationen" nehme zu. David Ricardo begründete mit seinem noch heute politikleitenden „Theorem von den komparativen Kostenvorteilen“ die wohlfahrtsteigernde Wirkung des internationalen Handels. Der Anstieg der Arbeitsproduktivität ist freilich nur möglich, wenn immer mehr Kapital Arbeiter ersetzt und diese gleichzeitig freisetzt. So werde „Überflussbevölkerung“ erzeugt. Ricardo war freilich optimistisch und ging davon aus, dass die Freisetzungen – durch Wachstum – kompensiert werden könnten. Doch daraus ergab sich bei ihm keine Wachstumstheorie. Daher ist es kein Bruch, wenn in dieser Tradition der klassischen Politischen Ökonomie John Stuart Mill eine Ökonomie der kontemplativen Selbstgenügsamkeit, ohne Akkumulation und Wachstum denkt (Luks 2001). Hier wirkt auch die Verankerung des Lebens in landwirtschaftlichen Welten nach. Erst später ist der landwirtschaftliche Anker mit der Schwerindustrialisierung und der fordistischen Durchrationalisierung des Lebens gelichtet worden. Das Leben wird hektisch, und Wachstum eine Norm. Kontemplation passt nicht in das neue Zeitalter.

Kapitalistische Akkumulation wird infolge der Steigerung der Produktivkräfte, dies hat Marx mehrfach hervorgehoben, immer weniger abhängig von den Begrenzungen, die die Arbeitenden mit ihrem Eigensinn aufwerfen: Handele es sich um die Nöte, die in der menschlichen Natur liegen, oder um die Begrenzungen, die sich aus der Körperlichkeit biotischer Energie ergeben. Auch gegen rebellische Reaktionen der Arbeiter gegen die disziplinierenden Zumutungen des kapitalistischen Produktionsprozesses wird die Methode der Substitution von Arbeit durch Kapital eingesetzt. „Entbettung“ heißt jetzt auch: Unabhängigkeit von den natürlichen und sozialen Bedingungen, die der „Selbstverwertung des Werts“, d.h. dem selbstreferentiellen Wachstum Grenzen setzen. Die Ausführungen von Marx zur erweiterten Reproduktion in der kapitalistischen Produktionsweise (im zweiten Band des „Kapital“, MEW 24) werden später eine der Quellen moderner Wachstumstheorie. Doch eine Beschäftigung mit Wachstumsproblemen im modernen Sinn sucht man bei Marx vergebens. Er bezeichnet vielmehr die Darstellung des stationären Wirtschaftskreislaufs durch die Physiokraten des 18. Jahrhunderts als den „genialsten Einfall, dessen sich die Politische Ökonomie bisher schuldig gemacht hat“ (Marx, MEW 24: 319). Wie die „Rädchen“, also die verschiedenen Wirtschaftseinheiten in einem Kreislauf so ineinander greifen, dass ein Gleichgewicht möglich (und daher ein krisenhaftes Ungleichgewicht wahrscheinlich) sind, stand am Anfang des physiokratischen Rasonnements. Die von den Naturschranken losgelöste Steigerung der Produktivität und mithin ökonomisches Wachstum befanden sich nicht zuletzt deshalb außerhalb ihres Horizonts, weil für die Physiokraten die Land-

wirte die einzige „produktive Klasse“ bildete und daher der Boden als Grundlage des Werts unterstellt wurde und nicht die Arbeit (Luks 2001: 95-98).

Auch die Neoklassik des 19. Jahrhunderts und die Wohlfahrtstheorie des frühen 20. Jahrhunderts gehen auf Fragen des Wachstums allenfalls am Rande ein. Die Verteilung des produzierten Produkts und die Allokation der Produktionsfaktoren sind ihnen wichtiger als das Wachstum. Dies ändert sich in den 1920er Jahren. In der frühen Sowjetunion wird die Wirtschaft zu planen versucht. Jetzt kommt es darauf an, dass die Proportionen der Branchen und Abteilungen (Investitionsgüter und Konsumgüter) stimmen. Nicht zufällig stammt eine der ersten explizit ausformulierten Wachstumstheorien von einem Sowjetökonom, von G. A. Feldman (1969). Nach der keynesianischen makroökonomischen Wende der 1930er Jahre kommt die Wachstumsfrage auch in der ökonomischen Theorie auf die Agenda, zumal inzwischen der „Systemwettbewerb“ ausgebrochen ist. Der Erfolg des „Systems“ bemisst sich an den komparativ höchsten Wachstumsraten; denn das erklärte Ziel lautet: „einholen und überholen“ bzw. den Vorsprung bewahren. Wachstum wird zum Fetisch, dessen Lebenssaft aus fossilen Energieträgern, vor allem aus Öl besteht. So lange dieses fließt, werden auch die dümmsten Annahmen über endloses und triumphierendes Wachstum eine gewisse Plausibilität beanspruchen können. Selbst viele „ökologische Ökonomen“ halten Wachstum nicht nur für gut, sondern auch für machbar und ökologisch tragbar, ja für notwendig, um die „ökologische Modernisierung“ abzusichern (z.B. die Beiträge in: Blazejczak 1998).

Die „Futurologen“ der 60er Jahre verlängerten die Gegenwart in die Zukunft, die Zukunft als eine Art „Gegenwart plus“. Mit dem Wachstumsfetischismus kommt also auch ein Zeitverständnis, das um die Gegenwart kreist. Wie die Zukunft Gegenwart plus ist, wird die Gegenwart eine Zukunft minus. Die Zukunft wird „präsentiert“, wie Günther Anders schreibt, d.h. mit einem gegebenen Zinssatz abdiskontiert. Mit dem Wachstumsdiskurs schwindet die Qualität aus der gesellschaftlichen Entwicklung, und die Quantität obsiegt im Denken und Handeln. Stetiges Wachstum war der Hintergrund des korporativen („keynesianischen“) Klassenkompromisses bis Mitte der 70er Jahre. Der Wachstumsbegriff setzt sich durch. Er ist heute so selbstverständlich, dass niemand ihn hinterfragt, zu allerletzt die Ökonomen selbst.

E.J. Mishan schreibt dazu:

„Seit dem Zweiten Weltkrieg ist der spezifisch wirtschaftswissenschaftliche Wachstumsbegriff nicht mehr einfach eines von mehreren sozialpolitischen Zielen. Wie der in eine Schlange verwandelte Stab Arons, so fraß auch der Wachstumsbegriff alle – oder fast alle – seine Rivalen auf... Die Wachstumsrate ist der Indikator für den Fortschritt, dem Politiker aller Parteien huldigen. Als ein Kriterium, das es erlaubt, die gesamte wirtschaftliche Leistung verschiedener Länder miteinander zu vergleichen, hat der Wachstums-Indikator internationale Anerkennung gefunden...“ (Mishan 1980: 21)

(4) Wachstum erobert die Lebenswelten

Wachstum wird zu einem Element der Alltagswelt, insbesondere nach der Transformation der Industriegesellschaft in fordistische Verhältnisse. Fordismus umschreibt eine gesellschaftliche Konstellation der industriellen Massenproduktion, die auch auf Massenkonsumtion angewiesen ist. Wie sonst wäre die Massenproduktion abzusetzen? Es entsteht also die „Konsumgesellschaft“; nach dem zweiten Weltkrieg wird sie in der Zeit der „Wirtschaftswunder“ zum gesellschaftspolitischen Paradigma. Jedenfalls in den reichen Industriegesellschaften, anders ist dies in den Entwicklungsländern. Konsummuster werden internalisiert und mit ihnen der Lebensstil einschließlich des Umgangs mit der Natur. Schon Antonio Gramsci hat in den 1920er Jahren den Amerikanismus beschrieben, eine attraktive Lebensweise, die sehr viel Raum für Mobilität, für den An- und Abbau von Ressourcen und für ihre Emissionen beansprucht und noch mehr Energie. Die Ansprüche verlangen es, von den Klimabedingungen oder tages- und jahreszeitlichen Rhythmen unabhängig zu sein: im Sommer kühlen, im Winter heizen. Mobilität und Unabhängigkeit von natürlichen Bedingungen sind Elemente der Lebensweise geworden, abgesenkt in den Konsummustern der fordistischen Gesellschaft. Die Entwicklung des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts wäre gar nicht denkbar ohne das Automobil. Das Auto ist das entscheidende Symbol für Modernität, Wohlstand, Mobilität und Dynamik, es hat einen zentralen Stellenwert bei der Ankurbelung von Wachstum (Paterson 2000: 262) und bei der Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit von „Standorten“. Die Automobil- und mit ihr verbundenen Indust-

rien hatten über Jahrzehnte überdurchschnittliche Zuwachsraten. Die Städte, die Kommunikations- und Transportstrukturen sind auf das Automobil zugeschnitten, also auf Beschleunigung und Expansion – so lange die Versorgung mit Öl reicht. Ob andere Antriebsenergien an seine Stelle treten können, ist heute nicht abzusehen. Es ist eher wahrscheinlich, dass mit dem notwendigen Umbau des Energiesystems auch die zentrale Rolle des Automobils in Frage gestellt werden muss. Das dauert lange und ist schwierig. Denn es handelt sich um eine Kulturrevolution. Denn der Fossilismus hat sich mit allen seinen Begleiterscheinungen zu einer Kultur verdichtet. In jeder Plastiktüte ist er präsent, und jeder Last-minute-Flug ist ein (fossiles) Erlebnis.

So kommt es, dass die Wachstumsdynamik nicht nur aus den Investitionen stammt, sondern auch aus dem Konsum. Wachstum ist ein alle gesellschaftlichen Verhältnisse und individuellen Äußerungen durchziehendes und das gesellschaftliche Leben konditionierendes Muster geworden. Wachstum ist total. Damit geht eine paradoxe Verkehrung einher. In der Frühzeit der kapitalistischen Industrialisierung wurde Wachstum durch den Rekurs auf fossile Energieträger möglich, es war aber noch kein gesellschaftlicher Imperativ, der seine Realisierung notwendig machte. Denn die Gesellschaften waren noch nicht vollständig durchkapitalisiert. Es gab nicht-kapitalistische Räume, in denen das Gesetz von Profit, Akkumulation und Zins keine volle Gültigkeit hatte. Heute ist Wachstum in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingeschrieben. Es ist schon allein wegen der globalisierten Finanzmärkte notwendig, auf denen hohe Realzinsen gebildet werden, die die Schuldner zwingen, einen hohen Überschuss zu erzeugen (vgl. Altvater 2004). Doch die Möglichkeiten der Aufrechterhaltung der Wachstumsdynamik gehen zur Neige. Von Grenzen des Wachstums ist schon seit Jahrzehnten die Rede.

4. Eine Krise des fossilistischen Naturverhältnisses

(1) Ökonomische Grenzen des Wachstums

Ohne Investitionen gibt es kein Wachstum. In einer kapitalistischen Gesellschaft werden Investitionen nur getätigt, wenn sie profitabel sind. Im Ergebnis schafft höheres Wachstum, so das Versprechen, auch mehr Gerechtigkeit, weil Arbeitsplätze entstehen, und weil die Ärmern vom Wachstum profitieren, und zwar in einer 1-zu-1-Relation, wie die Weltbank angibt (Dollar/ Kraay 2000), und nicht als Folge der „Pferdeäpfel-Theorie“ (Galbraith), der entsprechend auch die Spatzen satt werden, wenn die Pferde gut zu verdauen haben. Auch die Umwelt gewinne durch Wachstum, heißt es, da die „dirty pollution“ zurückgeht, auch wenn die „clean lifestyle pollution“ zunehmen mag (zu vgl. Altvater/ Mahnkopf 1999: 444f.). Dies scheint besonders dann der Fall zu sein, wenn nicht die reale „schwere“ Wirtschaft wächst, sondern die virtuelle „leichte“ Wirtschaft der Finanzen, der Dienstleistungen und der Bits und Bytes.

Doch ist es mehr als zweifelhaft, dass Wachstum einfach angekurbelt und damit auch Arbeitsplätze geschaffen werden können. Denn in einer kapitalistischen Gesellschaft geht es nicht um Wachstum schlechthin, sondern um zielgerichtetes Wachstum. Das Ziel lautet: Profitabilität. Kapital ist ein höchst mobiler Produktionsfaktor und daher werden inzwischen nicht nur Profitraten in einer nationalen Ökonomie, sondern Zinsen und Renditen („shareholder value“) auf globalen Märkten verglichen. Die Zinssätze und Renditen von Finanzanlagen auf globalen Märkten lassen sich aber von jenen „Machern“, die versprechen, das Wachstum in Gang zu setzen, gar nicht beeinflussen. Sie haben ja im neoliberalen Überschwang die politischen Instrumente an „die Märkte“ abgegeben, mit denen eine gewisse Regulierung möglich gewesen wäre. Sollen die Zinsen aus dem ökonomischen Zuwachs finanziert werden, muss das Wachstum der geometrischen Reihe des Zinseszinses folgen. Dies ist aber gar nicht möglich – wegen der thermodynamischen Gesetze. In den Industrieländern sind seit Anfang der 60er Jahre die absoluten Zuwächse des Sozialprodukts bemerkenswert stabil geblieben (über lange Perioden). Die höchsten (preisbereinigten) absoluten Zuwächse sind in aller Regel in den 60er Jahren zu verzeichnen. Auf einem höheren Niveau des Sozialprodukts sind in den 90er Jahren die absoluten Zuwächse leicht gesunken. In Deutschland beispielsweise konnte der höchste absolute Zuwachs des BIP von 102 Mrd. DM im Jahre 1968 verzeichnet werden. Dieser absolute Zuwachs entsprach einer (relativen) realen Wachstumsrate von ca. 7,5%. Zwanzig Jahre später 1988 hätte der gleiche reale Zuwachs ein Wachstum von 4,4% bedeutet, aber der damalige absolute

Überschuss betrug nur 83,4 Mrd. DM. Trotzdem war die Wachstumsrate mit 3,6% im Vergleich zu den Zuwächsen der 90er Jahre sehr hoch. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch für andere Industrieländer zeigen.

Wenn die Wachstumsrate also – von konjunkturellen Änderungen abgesehen – nicht gesteigert werden kann, müssten die Zinsen mit den realen ökonomischen Wachstumsraten sinken. Doch dies geschieht wegen der von den realen Beschränkungen losgelösten globalen Marktdynamik nicht, so dass eine immer größere Spannung zwischen realen ökonomischen Wachstumsraten und Zinsen entsteht. „Finanzplätze“ konkurrieren weltweit gegeneinander, und daher müssen sie komparativ günstige Renditen bieten. Folglich liegen seit Ende der 70er Jahre die Realzinsen oberhalb der realen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (Altvater/ Mahnkopf 1999: 169ff; Enquete Kommission 2002; Altvater 2004). Während im „Goldenen Zeitalter“ des Fordismus bis Mitte der 1970er Jahre die Zinsen niedriger als die Wachstumsrate waren und es daher für Unternehmer als Schuldner günstig war, Kredite aufzunehmen, da deren Kosten leicht aus der Rentabilität der Investitionen bestritten werden konnten, hat sich die Situation danach ins krasse Gegenteil verkehrt. Die Zinsen „fressen“ die Rendite von Investitionen auf, und manchmal noch mehr. Wenn die Zinsen nicht mehr aus der Rendite der Projekte oder aus dem realen Zuwachs des Sozialprodukts aufgebracht werden können, brechen Schuldner zusammen. Dies geschah in den 80er Jahren während der Schuldenkrise, die die gesamte Dritte Welt getroffen hat, und dann in den 90er Jahren zunächst in Mexiko (1994/95), dann 1997 in einer Reihe von asiatischen Ländern, anschließend 1998 in Russland und 1999 in Brasilien, Ecuador und anderswo und 2001 in Argentinien.

Nicht nur Realzinsen sind höher als die realen Wachstumsraten. Auch Produktivitätszuwächse befinden sich oberhalb der realen Wachstumsrate des Sozialprodukts, auch wenn die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts rückläufig sind. Die Konsequenz: Jene durch Produktivitätssteigerungen freigesetzten Arbeitskräfte können nur zum Teil ins Beschäftigungssystem reintegriert werden. Strukturelle Arbeitslosigkeit ist in allen Industrieländern seit Mitte der 70er Jahre eine Folge. Gegen diese Erscheinung hat es zunächst sehr laut vernehmliche „Voices“ gegeben, Forderungen nach aktiver Beschäftigungspolitik. Aber diese gingen in aller Regel im Rauschen des politischen Alltagsgeschäfts unter. Stattdessen haben die Menschen in den Industrieländern ähnlich reagiert wie in den Entwicklungsländern auch: mit der „Exit“-Option. Immer mehr Menschen ziehen der formellen Arbeitslosigkeit prekäre Jobs im dritten Sektor oder der Schattenwirtschaft vor (vgl. dazu Altvater/ Mahnkopf 2002). Seine Ausweitung wird durch staatliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik unterstützt (vgl. die Politik der „Agenda 2010“ in Deutschland), weil sich so Regierungen aus der Verantwortung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze stellen können. Sie entledigen sich eines Legitimationsproblems.

(2) Die fossilen Energieressourcen gehen zur Neige

Die Entnahmeraten sind ungleich höher als die Raten der Neubildung von fossilen Energien. Da seit der fossilistischen Revolution die Wirtschaft beschleunigt wächst, mindern sich die Bestände der mineralisierten Biomasse. Einmal verbrannte Kohle kann kein zweites Mal genutzt werden; das ist ein ehernes Gesetz der Thermodynamik. Doch können neue Kohlenflöze abgeteuft oder neue Lager in aller Welt erschlossen werden. Und tatsächlich kennt die Geschichte der fossilen Energieträger eine erste Periode, in der der Verbrauch niedriger ist als die neu erschlossenen Reserven. Doch dann folgt unweigerlich nach einem Höhepunkt eine zweite Periode, in der der Verbrauch, auch wenn er zurückgeht, größer ist als die Zunahme der Reserven. Für die Kohle hat Stanley Jevons schon 1865 (in seinem Buch „The Coal Question“) „das Schreckgespenst der Erschöpfung der Kohlevorkommen und damit des drohenden Niedergangs eines England, das seine Macht der Kohle verdankte, an die Wand (gemalt)“ (Débeir/ Deléage/ Hémerly 1989: 177). Die Befürchtungen waren unbegründet. Denn billige Importkohle überschwemmte damals den britischen Markt und verdrängte mehr und mehr die britischen Kohlenzechen. Es waren also nicht natürliche sondern ökonomische Grenzen, die dem britischen Kohlenbergbau Probleme bereiteten.

Auf die aus der Beschränktheit der energetischen und mineralischen Ressourcen sich ergebenden Grenzen hat auch der Club of Rome in seinem Bericht von 1972 aufmerksam gemacht. Das Argument war schlecht begründet. Abgesehen von der Endlichkeit der Erde gibt es zuvor Grenzen der

ökonomischen Rentabilität der Ressourcenausbeutung, und diese sind variabel, da sie sensibel auf Preisvariationen reagieren. Auch verändern sich Technologien und wissenschaftliche Explorationsverfahren, so dass trotz Ressourcennutzung immer neue Reserven erschlossen werden können. Die Endlichkeit der Erde ist also eine höchst flexible Größe und keine fixierte Schranke. So erklärt es sich, dass Mitte der 1990er Jahre die nachgewiesenen Ölreserven um 55% höher waren als 1980. Also ist zu unterscheiden zwischen Reserven, die aus bekannten Vorkommen bestehen, Ressourcen, die zwar weitgehend bekannt sind, doch nur potentiell bei gegebener Technik und Preisen am Markt als förderbar gelten. Weitere Vorkommen sind höchst unsicher; sie werden geologisch vermutet, aber die Förderbarkeit ist sehr unsicher (vgl. zur Abgrenzung: BMWA 2002: 31). Es gibt also einen „objektiven“ Bestand wegen der Endlichkeit der Erde. Dieser ist aber für die Energiedebatte heute unerheblich, denn er reicht noch einige Jahrzehnte. Über längere menschheitsgeschichtliche Zeiträume denkt und plant die gegenwärtige Menschheit nicht; dies ist eine Folge der oben erwähnten Zentralität der Gegenwart und der „Präsentation der Zukunft“, d.h. der Zukunftslosigkeit der Gegenwart, also des fossilistischen Zeitregimes. Beim Erdöl scheint erst in den 1990er Jahren der „Climax“ überschritten zu sein: die neu gefundenen Reserven pro Jahr sind geringer als die jährliche Förderung des Öls. Die weltweite Ausbeutung der Ölfelder beträgt derzeit ca. 22 Mrd Barrels pro Jahr, es werden aber nur im Durchschnitt Lagerstätten von ca. 6 Mrd Barrel pro Jahr neu gefunden. Die schönen Zeiten, in denen die Funde neuer Lagerstätten größer waren als die Ausbeute, sind vorüber – und sie kommen vermutlich niemals wieder.

Die Höhe der Reserven wird auch durch die Geschäftspolitik der Unternehmen beeinflusst. Der Energiekonzern Royal Dutch/ Shell musste 2004 seine Reserven von 19,4 Milliarden Barrel auf 15,9 Milliarden Barrel reduzieren. Die Angaben der großen Ölkonzerne über ihre Reserven sind ungenau und kommen auf intransparente Weise zustande. Die Wachstumsmöglichkeiten der Produktion hängen davon ab, wie das Verhältnis von Reserven und Ausbeute ist. Je höher die Reserven, desto günstiger die Wachstumsaussichten der Produktion. Doch sind die Bedingungen der Exploration und Förderung neuer Vorräte immer schwieriger geworden. „Neue Ressourcen befinden sich in immer größeren Wassertiefen und schwierigeren Umgebungen“, heißt es bei Exxon (vgl. FTD 12.1.04; FTD, 12.2.04; FTD 10.3.04; FTD 24.3.04). Außerdem wird die Transportlogistik immer komplizierter angesichts der Bedrohung von Transportrouten, die kostspielig mit militärischen Mitteln gesichert werden müssen.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über sichere Reserven und ungesicherte Bestände. Es ist noch bis zum Jahre 2025 mit einem Wachstum der Reserven zu rechnen. Dieses ist aber nicht groß genug, um mit dem jährlichen Verbrauch mitzuhalten.

Table: Estimated World Oil Resources, 2000-2025 (Billion Barrels)			
Region and Country	Proved Reserves	Reserve Growth	Undiscovered
Industrialized			
United States	22.45	76.03	83.03
Canada	180.02	12.48	32.59
Mexico	12.62	25.63	45.77
Western Europe	18.10	19.32	34.58
Eurasia			
Former Soviet Union	77.83	137.70	170.79
China	18.25	19.59	14.62
Developing Countries			
Central /South America . . .	98.55	90.75	125.31
India	5.37	3.81	6.78
Africa	77.43	73.46	124.72
Middle East	685.64	252.51	269.19
Total	1,212.88	730.05	938.90
OPEC	819.01	395.57	400.51
Non-OPEC	393.87	334.48	538.39
web site http://greenwood.cr.usgs.gov/energy/			
WorldEnergy/DDS-60.			

Angesichts des sich verschlechternden Verhältnisses von Reservenzuwachs und Verbrauch sinkt die Reichweite der fossilen Energievorräte, wie die folgende Tabelle zeigt:

El alcance de las reservas energeticas

Energieträger	Anteil an den Energ.träg.	Reichweite in Jahren
Carbón	39	Ca. 170
Petrólio, convencional	18	Ca. 45
Petrólio non-	16	Ca. 70
Gas natural	15	Ca. 60
Lignito	6	Ca. 200
Energias nucleares	6	Ca 40

Fuente: Kora Kristof, Wuppertal Institut

(3) Die Überlastung der Ökosysteme durch Emissionen

Im Jahre 1992 folgte zeitgleich mit der UNCED-Konferenz von Rio de Janeiro ein weiterer Bericht des Club of Rome, in dem mit den Grenzen der ökologischen Senken für die Emissionen der industriellen und postindustriellen Systeme argumentiert wurde. Die stofflichen, liquiden und vor allem die gasförmigen Emissionen in die Sphären der Erde (die Biosphäre, die Hydrosphäre, die Pedosphäre und vor allem die Atmosphäre) stellen inzwischen eine Belastung dar, die die Tragfähigkeit der Erde als System längst übersteigt. Diese Aussage wird von niemandem ernsthaft in Zweifel gezogen. Denn die Daten, etwa über den Klimawandel oder die Wüstenbildung, die Vernichtung der Regenwälder und den Verlust der Biodiversität sind eindeutig. Die Natur der Erde degradiert, da die Belastung der Ökosysteme ihre Tragfähigkeit übersteigt. Die Konsequenzen sind bedrohlich. Insbesondere die Evolution des Lebens könnte einen Zusammenbruch erfahren, wenn die Artenvielfalt weiter reduziert wird. Der Anstieg des Meeresspiegels infolge des Klimawandels, des Abschmelzens der Eiskappen in den Polen und der Umlenkung von Meeresströmungen könnte viele tief liegende Küstenlandschaften bedrohen. Die Versuche, Kohlendioxid zu sequestrieren und den Treibhauseffekt zu vermeiden sind Ergebnis von technischen Fantasien, die wahrscheinlich niemals realisiert werden können. Die Überlastung kann –nach heutigem Wissen – nur reduziert werden, wenn das Energieregime geändert wird, und dies in dem heute noch offenen Zeitfenster, das sich bei weiterer Erhöhung der Erdmitteltemperatur bald schließen könnte.

(4) Ökologische Nebeneffekte der Ausbeutung fossiler Energieträger

Auch müssen die ökologischen „Nebeneffekte“ der Ausbeutung fossiler Ressourcen berücksichtigt werden: bei der Ölförderung selbst, während des Transports und beim Verbrauch. Manche Effekte sind unvermeidlich, etwa die ökologischen Belastungen durch den Transport, wenn das fossile Energieregime ausgebildet ist. Denn eines seiner wichtigsten Charakteristika ist die systemische Vernetzung zwischen Produktion und Konsumtion, zwischen Weltregionen, die ihrerseits viel Energie benötigt. Die International Energy Agency geht davon aus, dass der Anteil des Transports am Ölverbrauch von ca 55% zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf ca 65% im Jahre 2030 ansteigen wird (www.iea.org). Manche Belastungen hingegen sind vermeidbar, etwa die Leckagen von Pipelines, durch die in Sibirien große Landflächen – vor allem Permafrostböden – schwer geschädigt worden sind. Tankerhavarien, deren Folgen durch doppelwandige Schiffe hätten verringert oder verhindert werden können, oder die Ölverschmutzung durch die Reinigung von Tanks auf hoher See haben immense ökologische Schäden verursacht und manche Küstenregionen und Fischgründe auf Jahre degradiert; einige Havarien, etwa die von Exxon Valdez vor der Küste Alaskas und die der Prestige vor der spanischen Atlantikküste hatten das Ausmaß eines Desasters. Auch beim Offshore-Drilling sind Leckagen häufig.

Noch gar nicht berücksichtigt sind in der ökologischen Bilanz die Kosten der Entsorgung der Offshore-Ölplattformen überall vor den Küsten - von Südbrasilien bis zur Nordsee. In der Nordsee hat vor Jahren die Entsorgung der Brentspar-Plattform von Shell für weltweite Proteste von Ökologen geführt. Heute wird geschätzt, dass allein die Verschrottung der rund 600 Plattformen in der Nordsee im Laufe dieses Jahrzehnts 25,7 Mrd US\$ kosten wird (Neues Deutschland 5.4.04). Trotz dieser Kosten wird von BP weiter in Nordsee-Bohrungen investiert - weil der Ölpreis gegenwärtig hoch ist und die Investitionen rentabel erscheinen lässt.

Auch indirekte Effekte müssen in der Bilanzierung bedacht werden. Dazu gehören die Vernichtung von Landschaften durch Pipelines oder Strassen und Eisenbahnlinien. Meistens sind damit auch schwer wiegende Eingriffe in die Lebensverhältnisse von residenter Bevölkerung verbunden. Dies ist besonders dramatisch, wenn die Landschaften ökologisch fragil und die betroffenen Menschen wenig resistent sind, beispielsweise bei Pipelines durch tropische Regenwälder mit indigener Bevölkerung (den Fall Ecuador beschreibt Acosta 2003).

(5) Die Kosten für Ölimporteure steigen

Die Strategien der Energiesicherung durch die Industrieländer sowie die Strategien der großen Ölkonzerne haben Konsequenzen für die Erdöl importierenden Entwicklungsländer ebenso wie für die Öl-Exportländer. In manchen Importländern fressen die Kosten der Importe der Treibstoffe einen beträchtlichen Teil der Exporteinnahmen auf. Manchmal können sie nur durch Zunahme der Außenverschuldung finanziert werden, wie nach dem Schock der 70er Jahre, als der IWF die „Witteveen-Fazilität“ auflegte, die die Finanzierung der Ölrechnung von Entwicklungsländern ermöglichen sollte. Die folgende Tabelle zeigt das Gewicht der Ölimporte in der Handelsbilanz einiger Länder.

Importe von Brennstoffen und Exporteinnahmen in ausgewählten Ländern 2002 (in Mio US\$)

Land	Importe von Brennstoffen	Exporteinnahmen insgesamt	Anteil der Brennstoffimporte an den Importen insgesamt (%)	Anteil der Brennstoffimporte an den Excporteinnahmen
Argentinien ^a	798	26610	3,9	2,9
Brasilien	7549	60362	15,2	12,5
Peru	1034	7688	13,7	13,4
Mexiko	4455	160682	2,3	2,7
Pakistan	3004	9913	26,7	30,3
Südafrika	3269	29723	13,0	11,0
China	19285	325565	6,5	5,9
Indien ^a	15935	49251	31,7	32,4
USA	121927	693860	10,1	17,6
Europ. Union ^b	129868	939804	13,9	13,8

^a 2001; ^b Importe und Exporte von bzw. nach außerhalb der EU

Quelle: WTO, Trade Statistics 2003

In einigen Ländern ist die Belastung der Handelsbilanz durch Treibstoff-Importe sehr hoch. Dafür stehen Indien und Pakistan. China ist es durch eine enorme Steigerung der Exporte gelungen, die Belastung der Handelsbilanz durch Ölimporte gering zu halten. In den USA ist der Anteil der Treibstoffimporte an den Gesamtimporten niedriger als der Anteil an den Exporteinnahmen. Der Grund ist in der hoch defizitären Handelsbilanz zu suchen. Das Ausland finanziert also den USA einen Teil der Ölrechnung. Dass Öl produzierende und exportierende Staaten wie Mexiko nur einen geringen Teil der Exporteinnahmen für Importe von Treibstoffen aufbringen müssen, ist selbstverständlich. In Ländern wie Argentinien ist der Anteil gering, weil die Wirtschaft und der Außenhandel 2001 von der schweren Finanzkrise direkt betroffen sind.

Der Ölpreis zählt wie die Zinsen zu den globalen Parametern, die auf nationalstaatlicher Ebene kaum zu beeinflussen sind. Das relative Gewicht des Ölpreises (für andere fossile Energieträger gilt Ähnliches) hingegen hängt von der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens ab. 30 US\$ pro Barrel wiegen in einem Land mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen mehr als in einem Land mit hohem Einkommen. Ob die Ölimporte, die zur Aufrechterhaltung von Infrastrukturen, für den Transport und Produktion und Reproduktion notwendig sind, bezahlt werden können, ist dann tatsächlich eine Frage des Preises, des Anteils der Ölrechnung an der Handelsbilanz, der Elastizität der Anpassung des Ölverbrauchs und der Zugangsmöglichkeiten zu Krediten.

(6) Die Ölexporteure und das „dutch disease“

Auch Öl exportierende Länder sind nicht wie selbstverständlich in der Lage, den fossilen Reichtum in ökonomischen Wohlstand zu transferieren. Dazu sind eher die industriellen Verbraucherländer in der Lage, die die „Tankstellen“ der Ölexporteure benutzen, um ihr industrielles System am Laufen zu halten. In vielen Ländern hat der Ölreichtum eher zur sozialen Chaotisierung und ökonomischen Verarmung als zur Hebung des Wohlstands beigetragen. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen, die nicht im einzelnen aufgelistet und diskutiert werden können. Grundsätzlich bedeutet die Konzentration auf den Export einer Ressource, dass eine regional oder national vernetzte und diversifizierte Wirtschaft nicht ausgebildet werden kann. Dieses Problem wird noch verschärft, wenn ein Land mit Rohstoffreserven verschuldet ist und Deviseneinnahmen benötigt, um den Schuldendienst zu leisten. Dann wird eine Konzentration auf die Extraktion der Devisen bringenden Ressourcen erzwungen und die Ausbildung einer diversifizierten Produktionsökonomie so verhindert. Die internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank erzwingen mit Strukturanpassungsprogrammen diese Art der Spezialisierung, die noch dazu mit einer höchst einseitigen Interpretation des Theorems der komparativen Kostenvorteilen gerechtfertigt wird. Die Entwicklungschancen einer Extraktionsökonomie sind weniger günstig als die einer Produktionsökonomie (dazu vgl. Altvater 1999) – und fatalerweise ist es schwer, die Entwicklungsbahn von der Extraktion zur diversifizierten Produktion zu wechseln. Dafür sprechen ökonomische, soziale und politische Gründe. Die an der Extraktion interessierten Klassen und Gruppen verhindern sehr häufig eine Entwicklung moderner Sektoren, weil diese sehr häufig bessere Arbeitsbedingungen bieten. Die billige Arbeitskraft der Extraktion wird teurer und die Rohstoffrenten würden sinken. Auch das manchmal korrupte Zusammenspiel zwischen Extraktionssektor und Staatsbürokratie ist ein Entwicklungshemmnis. Es kommen keine staatlichen Initiativen zur Überwindung der Blockaden zustande. Wenn die Ressourcen aber ausgebeutet sind, bleibt nichts als ein „schwarzes Loch“, wie Euclides da Cunha über die Erzausbeutung in Minas Gerais schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts geschrieben hat. Eine Zukunft ist verspielt.

(7) Modi der Verteilung positioneller, d.h. nicht für alle reichender Güter

Die „Grenzen des Wachstums“ verweisen auf einen Widerspruch, auf den Roy Harrod bereits 1958 aufmerksam gemacht hatte. Manche Güter sind „oligarchisch“, d.h. je breiter und daher demokratischer der Zugriff, desto schlechter der Gebrauchswert (Harrod 1958). Wenn zu viele Menschen das Automobil nutzen, verwandelt es sich in ein Auto-Immobil; wenn zu viele Touristen einen „Traumstrand“ aufsuchen, ist der Traum aus; wenn zu viele Besucher ins Museum strömen, wird der Kunstgenuss zum Stress. Diese Verwandlung passiert nicht nur mit einzelnen Gütern und Diensten, sondern auch mit Güterbündeln, z.B. jenen, die den „American way of life“ ausmachen. Ein „oligarchisches Gut“ kann einigen Völkern, aber nicht allen Menschen auf Erden zur Verfügung stehen. Darauf haben Ökologen schon seit Jahrzehnten unter dem Stichwort des „Raumschiffs Erde“ (Kenneth Boulding) hingewiesen. Doch die Globalisierungstendenzen werden der kapitalistischen Akkumulationsdynamik entsprechend forciert, obwohl es ausgeschlossen ist, dass die sozialen und kulturellen Dimensionen des westlichen Modells von Produktion und Konsumtion globalisiert werden. Globalisierung ist eine mächtige Tendenz, Globalität jedoch ist nicht erreichbar, und zwar vor allem wegen der ökologischen Grenzen des Planeten Erde.

Wie können oligarchische Güter verteilt werden? Man könnte (1) die Verteilung gleich gestalten, also die oligarchischen Zustände auf niedrigerem Niveau demokratisieren. Freilich wäre dies nur bei Abkehr vom westlichen Modell des Wachstums und des Konsumierens, also bei einer Zählung der

kapitalistischen Prinzipien und durch Umsteuern auf ein anderes, solares Energieregime möglich. Man könnte (2) die Ungleichheit in Kauf nehmen, um für privilegierte Nationen, und für privilegierte Schichten den westlichen Lebensstandard in die Zukunft zu verlängern. Dass andere Nationen arm bleiben, ergibt sich aus der Funktionsweise globaler Finanzmärkte, die die Schuldner bestrafen. Allerdings verwandelt sich die dunkle Ahnung immer mehr in Gewissheit, dass letztlich ökonomische Mechanismen der Aufrechterhaltung der Ungleichheit nicht ausreichen und dass sie daher (3) durch politischen und möglicherweise militärischen Zwang ergänzt werden müssen. Die reichen Nationen sind dabei, sich auf diesen Sachverhalt mit neuen Militärstrategien und „erweiterten“ Konzepten von Sicherheit vorzubereiten. Eine Welt der Ungleichheit und der Übernutzung der Ressourcen durch die Privilegierten, so dass den weniger Privilegierten der Weg der versprochenen Modernisierung versperrt bleibt, kann auf Dauer keine friedliche Welt bleiben.

(8) Die Dominanz der Geopolitik in den Strategien der „Energiesicherheit“

Im Zentrum des globalen ökologischen Verteilungskonflikts ist die Verfügbarkeit der fossilen Energieressourcen, gerade deshalb weil die Reichweite nicht mehr wie bislang steigt, sondern in der Tendenz zurückgeht. „Energiesicherheit“ ist nach dem Ölpreisschock von 1973 zur Zielgröße strategischer Außenwirtschaftspolitik erhoben worden, vor allem in den Industrieländern, die – anders als Entwicklungsländer – genügend Machtpotentiale zum Erreichen des strategischen Ziel mobilisieren können. In ein langfristig angelegtes geostrategisches Kalkül zur Sicherung der Versorgung mit Öl gehen ein: (1) die Kontrolle der Regionen, in denen die Ölressourcen extrahiert werden; (2) die Kontrolle der Angebotsmenge auf den Energiemärkten; (3) die Kontrolle der Transportlogistik und der Routen der Verbringung des Öls aus den Förderländern in die Verbrauchsländer mit Pipelines oder mit Tankern; (4) die Beeinflussung der Höhe des Preises und (5) die Bestimmung der Währung, in der der Preis fakturiert wird. Auf jeden dieser fünf Faktoren des Kalküls wird Einfluss zu nehmen versucht. Die Auseinandersetzungen werden mit dem Ziel geführt, die Energieversorgung der Industrieländer zu akzeptablen Preisen langfristig zu gewährleisten. Dies kann als multilaterales Projekt der Industrieländer, auch in Kooperation mit den Öl-Förderländern gestaltet werden, wie im Rahmen der Internationalen Energieagentur, die nach der „Ölkrise“ von 1973 gebildet wurde, oder im Kontext der neuen Sicherheitsstrategie der NATO aus dem Jahre 1999, oder seit 2001 in der Allianz des Kampfes gegen den Terrorismus. Doch kann das Projekt der Energiesicherung auch unilateral verfolgt werden, wie es der Bericht des Vizepräsidenten Cheney zur Energiesicherheit der USA aus dem Jahre 2001 nahe legt.

Die Kontrolle der Fördergebiete ist deshalb so wichtig, man nicht mehr in der sicheren Erwartung der Exploration neuer Reserven „aus dem Vollen schöpfen“ kann. Daher sind die bekannten Fördergebiete, insbesondere jene mit hohen Reserven, geostrategisch von eminenter Bedeutung im Rahmen der Strategien der Energiesicherheit. Auf die geökonomischen Mechanismen von Angebot und Nachfrage verlassen sich am wenigsten die konservativen, macht-besessenen Neoliberalen des US-amerikanischen Establishment. Sie predigen Markt, betreiben aber zugleich ein rigorose, auch militärische Aktionen nicht scheuende Geopolitik. Der Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan bot den USA die Gelegenheit, militärisch auch in den zentralasiatischen Ländern Fuß zu fassen, nahe an den neuen Ölquellen und in jenen Ländern, durch die die Pipelines verlaufen werden, wenn sie denn erst gebaut sind. Außerdem wird auf diese Weise versucht, Zentralasien aus dem Einflussbereich Russlands und Chinas, aber auch Indiens und des Iran herauszuhalten. Es sind eindeutig geopolitische Erwägungen, die die Ölpolitik bestimmen und die schon Mitte der 90er Jahre Brzezynski die zentrale Rolle Zentralasiens für die globale Hegemonie der USA unterstreichen ließen (Brzezynski 1997)³.

Gerade angesichts steigender Nachfrage nach dem schwarzen Stoff ist die Beherrschung von Ölproduktion und Ölmarkt entscheidend. China, Indien und andere Länder wollen ja bei der Industrialisierung nachziehen – und sie müssen es, wenn sie das Regelwerk der WTO respektieren. Der Markt der

³ Manche Beobachter interpretieren bereits den Krieg gegen Jugoslawien als Maßnahme zur Komplettierung der neuen NATO-Zange, die von den baltischen Staaten im Norden über Polen, die tschechische Republik, Ungarn bis Griechenland und die Türkei reich. Russland wird auf diese Weise eingekreist und gleichzeitig entsteht eine rücke von Westeuropa zum Nahe und Mittleren Osten.

Geoökonomie und die politische und militärische Macht wirken geopolitisch zusammen. Daher können die Konservativen in den USA zugleich neoliberal das Hohelied auf den Markt und die Konkurrenz erschallen lassen und die Kriegstrommeln der Geopolitik und des „Kampfes gegen den Terrorismus“ rühren und Truppen zur Okkupation von geostrategisch interessanten Regionen entsenden.

Der Irak ist deshalb für die Geopolitiker in Washington interessant, weil er erstens über 11% der globalen Ölreserven - noch dazu von hoher Qualität - verfügt, weil er zweitens den geopolitischen Raum Zentralasiens und des Nahen und Mittleren Ostens verbindet, und weil drittens über den Irak die Preispolitik der OPEC durch die Besatzer des Irak beeinflusst werden kann. Die USA haben sich also eine vorzügliche strategische Ausgangsposition bei der Kontrolle von Lagerstätten und Transportrouten von Öl mit Hilfe der Kriege gegen Afghanistan und den Irak verschafft – jedenfalls wenn das Kalkül der US-Ölstrategen aufgeht, was aber keineswegs sicher ist.

Die OPEC verliert als politischer Faktor bei der Bestimmung von Angebotsmenge und Preisgestaltung an Gewicht, wenn das größte Öl-Verbrauchsland, die USA, mit Hilfe des Protektorats im Irak und nach der „Unabhängigkeit“ mit Hilfe einer US-abhängigen Verwaltung mit am Preishebel sitzt. Hinzu kommt, dass die reichen Öl- und Sandstaaten infolge des „Recycling“ ihrer Petrodollar starke monetäre Interessen in den Industrieländern (im Immobilienbereich, in der Industrie, in Banken und Fonds) haben, die sie dazu veranlassen, den Ölpreis niedrig zu halten, sofern ein hoher Ölpreis der Rendite, also ihren finanziellen Interessen, schaden würde. Ganz andere Interessen haben die bevölkerungsreichen Ölländer wie Indonesien, Nigeria oder Algerien und Venezuela, denen die Exporteinnahmen wegbrechen, wenn der Ölpreis sinkt. Sie können dies nicht durch Kapitaleinkünfte aus in den Industrieländern angelegten Petrodollars kompensieren.

Ein hoher Ölpreis könnte auch Voraussetzung für die Rentabilität jener Fördergebiete sein, die hohe Förder- und Transportkosten aufweisen. Pipelines vom kaspischen Meer und von Kasachstan zu Häfen am Golf, am Mittelmeer oder am indischen Ozean sind teuer und die Kosten militärischer Sicherung der Transportwege sind hoch. Dies gilt auch für Fördergebiete in Afrika, die derzeit erschlossen werden. Im Rahmen des „Plan Colombia“ sind im Februar 2003 vom US-Kongress insgesamt 532 Mio\$ Militärhilfe genehmigt worden, darunter 92 Mio US\$ für die „Brigade XVII, deren alleinige Aufgabe darin besteht, eine Ölpipeline der Oxidental Petroleum zu sichern“ (TAZ, 17.2.03). Nicht nur wegen der größeren Knappheit des Öls und der minderen Qualität der nicht-konventionellen Energieträger steigt der Preis, sondern auch wegen der hohen Kosten der militärischen Sicherung der Ölfelder und der Trassen gegen Sabotage oder terroristische Attacken, also aus geostrategischen Gründen. Wenn die USA an das irakische Öl nach der Besetzung des Landes billiger herankommen wollten, so kann sich dies wegen der hohen Kosten militärischer Sicherung der Ölfelder, Pipelines und Transportrouten als Illusion herausstellen. Es gibt offensichtlich Regeln der „Oil Governance“ (Mommer 2003), die nur mit der Folge hoher Zusatzkosten gebrochen werden können. Die militärische Supermacht kann das Territorium eines Ölstaates erobern, doch treibt dann die militärische und politische Sicherung der Ölausbeute die Kosten extrem in die Höhe.

(9) Welche Währung wird die Öl­währung?

Für die USA wäre die Verteuerung des Öls nicht unbedingt nachteilig. Denn teures Öl würde auch China und Japan und andere tatsächliche oder potentielle Konkurrenten der USA treffen. Dies wird so lange so sein, wie die Ölrechnung in US\$ ausgestellt wird. Die Kontrolle eines großen Teils des Angebots auf den globalen Ölmärkten durch die USA würde dafür sorgen, dass dies so bleibt. Das möglicherweise ist ein entscheidendes Motiv für die brutale Konsequenz, mit der der Irak unter US-Einfluss gebracht werden soll. Die OPEC hat denn auch im Mai 2003 beschlossen, weiterhin den Ölpreis trotz Dollarschwäche und Eurostärke in US-Dollar zu fakturieren. Da die USA auch weiterhin den Lebenssaft ihrer Ökonomie mit ihrer eigenen Währung kaufen können, verwandelt sich die Druckerei der Federal Reserve in eine „sprudelnde Ölquelle“. Dollar können in jeder gewünschten Menge „gedruckt“ werden, um das Öl zu importieren. Die goldenen Zeiten des „twin-deficits“ lassen sich auch gegen die Mahnung der OECD fortsetzen, die von den US-Bürgern eine höhere Sparquote als die derzeit weniger als 5% verlangen. Das Öl wäre sozusagen der Wertanker des US\$, eine multifunktionale Waffe in der Währungskonkurrenz mit dem Euro.

Doch sollte der Guerillakrieg nicht schnell zu Ende gebracht werden, und sollte die Herstellung einer stabilen Nachkriegsordnung im Nahen Osten misslingen, ist es keineswegs sicher, dass der US\$ Öl-währung bleibt. Dann würde das Öl nicht mehr in US\$, sondern in Euro fakturiert, oder der Preis würde als Antwort auf den Wertverlust des US\$ wie 1973 abrupt steigen, sofern sich den Ölproduzenten eine Gelegenheit wie damals der israelisch-arabische Krieg bietet. Bei dem riesigen Handelsbilanzdefizit der USA würde die Finanzierung von notwendigen Ölimporten in Fremdwährung für die USA ein nahezu unlösbares Problem, denn die eigene Produktion ist um jährlich ca. 300.000 Barrels rückläufig und der größte Teil des Ölverbrauchs in den USA (an die 60%, Tendenz steigend) wird (derzeit für jährlich ca. 130 Mrd US\$) importiert. Bei einem Leistungsbilanzdefizit von 553 Mrd US\$ im Jahre 2003 hätte die Finanzierung der Ölimporte in Euro gewaltige strukturelle Auswirkungen auf die US-Ökonomie – und auf die Weltwirtschaft insgesamt. Denn die anderen Länder müssten mehr aus den USA importieren und könnten weniger in die USA exportieren. Der Auseinandersetzung um das Erdöl, um die Herrschaft über Reserven, Mengenangebot und die Preisbildung, folgt die Auseinandersetzung um die Währung, in der das Öl bezahlt wird. Die Währungskonkurrenz zwischen Dollar und Euro (und evtl. Yuan, vielleicht Yen) könnte zum Währungskrieg eskalieren. Dies kann deshalb geschehen, weil die Versorgung der Weltwirtschaft mit der eigenen Währung Seignorage-Vorteile bringt, insbesondere wenn in der eigenen Währung der Ölpreis fakturiert wird. Seitdem die Endlichkeit der Ölressourcen nicht nur Ökologen interessiert, sondern als Faktum in die strategischen Überlegungen der zukünftigen Energieversorgung (Cheney-Bericht von 2001 oder NATO-Sicherheitskonzept von 1999) eingeht, ist die Bedeutung der Funktion einer Leitwährung als Öl-währung erkannt. Solange es für den US\$ keine Alternative gab, war dieses Problem eher nachrangig, wie die Ölkrise von 1973 sehr deutlich gezeigt hatte. Damals hatten die Ölländer nur die Option, den Ölpreis in US\$ zu steigern. Mit dem Euro ist aber zu Beginn des neuen Jahrhunderts eine Alternative entstanden, und daher wird der Konflikt um die Fakturierung des Öls unvermeidlich immer wieder aufbrechen.

5. Alternativen zum fossilistischen Energieregime?

Das kapitalistisch-fossilistische Energieregime wird die Dynamik, die es insbesondere während des fordistischen Zeitalter bis zur Mitte der 1970er Jahre zu entfalten vermochte, nicht wieder zurückgewinnen können. Niedrige Energiepreise und eine gesicherte Versorgung gehören der Vergangenheit an. So lange das Zeitfenster zum Umsteuern offen ist, müssen daher Alternativen gefunden werden. Diese gibt es, nämlich in Gestalt der solaren Energie. Die Sonnenstrahlung bringt der Erde unendlich viel mehr Energie als heute verbraucht wird. Das Problem sind die Energiewandlungssysteme. Wie wir bei der Erörterung des Systemcharakters des fossilistischen Energieregimes gesehen haben, geht es dabei nicht nur um Technik, sondern um soziale Organisation, Produktionsweise und Konsummuster, um Lebensformen und Mobilität, um Währungen und Geopolitik.

Die temporeichen fossilen Energieträger können nur durch langsamere, erneuerbare Energien ersetzt werden. Der mit der Produktivitätssteigerung einher gehende Substitutionsprozess wird also – freilich auf hohem technischem Niveau – umgekehrt. „Jenseits des Wachstums“ erscheinen die Konturen einer Ökonomie, die über den institutionellen Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise hinausweist. Eine „solare Weltwirtschaft“ erscheint am Horizont (Scheer 1999), in der die erneuerbaren Energien das Maß angeben. Denn diese können nur dezentral erschlossen und in Arbeit umgewandelt werden, die langen logistischen Transportketten entfallen und daher müssen sie nicht militärisch gesichert werden. Für die Entwicklung der solaren Energie sprechen ökologische, aber inzwischen auch friedenspolitische Gründe. Eine „solare Revolution“ (Altvater 1992) ist etwas ganz anderes als der „Sturm auf das Winterpalais“ zur Ergreifung der politischen Macht; sie ist eine Kulturrevolution und die solare Weltwirtschaft wird nur entstehen, wenn ihr eine solare Kultur zuwächst. Dass dies lange dauert, ist unvermeidlich. Doch der Anfang muss gemacht werden. Mit einer Grundsatzentscheidung weg von den fossilen Energieträgern und in Richtung der erneuerbaren Energien. Das bedeutet nicht, dass von heute auf morgen kein Öl und keine Kohle genutzt werden. Das ganze Leben ist darauf ja ausgerichtet. Doch müssen wir unser Wissen um die Begrenztheit der fossilen Ressourcen und um die ökologischen und politischen Probleme in energiepolitische Ent-

scheidungen zu Gunsten der Erneuerbaren umsetzen. Man muss sich dazu aus den machtpolitischen Zwängen, an denen große Konzerne und Energielobby, Wissenschaft und Medien arbeiten, befreien.

Literatur

- Altwater, Elmar (1992): Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Münster (Westfälisches Dampfboot)
- Altwater, Elmar (2003): Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden?, in: Peripherie, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 90/ 91, 23. Jahrg., August 2003: 171-201
- Altwater, Elmar (2004): Inflationäre Deflation oder die Dominanz der globalen Finanzmärkte, in: Prokla - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, No 134, März 2004
- Altwater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (1996; 1999): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Politik, Ökologie in der Weltgesellschaft, (Westfälisches Dampfboot) Münster
- Altwater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit – Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Blazejczak, Jügen, Hrsg. (1998): Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum? – Ergebnisse eines Workshops des DIW im Auftrag von Greenpeace Deutschland, in: DIW – Diskussionspapier Nr. 168, Berlin, Mai 1998
- Crafts, Nicholas (2000): Globalization and Growth in the Twentieth Century, IMF Working Paper WP/00/44, IMF, Washington D.C. March 2000
- Crosby, Alfred (1991): Die Früchte des weissen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900-1900, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft)
- Debeir, Jean-Claude/ Deléage, Jean-Paul/ Hémerly, Daniel (1989): Prometheus auf der Titanic. Geschichte der Energiesysteme, Frankfurt/ M./ New York (Campus)
- Dollar, David/ Kraay, Aart (2000): Growth Is Good for the Poor, Development Research Group of the World Bank (www.worldbank.org/research; download June 2000)
- Easterlin, Richard A. (1998): Growth Triumphant. The Twenty-first Century in Historical Perspective, (The University of Michigan Press) Ann Arbor
- Feldman, Grigori A. (1969): Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens, (Europäische Verlagsanstalt) Frankfurt/ (Europa Verlag) Wien (Übersetzung der Erstveröffentlichung von 1928)
- Foster, John Bellamy (1997): The Age of Planetary Crises: The Unsustainable Development of Capitalism, in: Review of Radical Political Economies, Vol. 29, No. 4 (1997): 113-142
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1971): The Entropy Law and the Economic Process, Cambridge (Mass.)/ London (Harvard University Press)
- Hardin, Garrett (1968) The Tragedy of the Commons, in: Science, Nr. 162 (1968): 1243-1248
- Harrod, Roy (1958): The Possibility of Economic Satiety - Use of Economic Growth for Improving the Quality of Education and Leisure, in: Problems of United States Economic Development (Committee for Economic Development, Vol. 1) New York: 207-213
- Harvey, David (1996): Justice, Nature & the Geography of Difference, (Blackwell) Cambridge, Mass/ Oxford
- Hirsch, Fred (1980): Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbek (Rowohlt)
- Luks, Fred (2001): Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Perspektiven einer neuen Wirtschaft (Metropolis) Marburg
- Maddison, Angus (1995): Monitoring the World Economy 1820-1992, (OECD) Paris
- Mishan, E.J. (1980): Die Wachstumsdebatte. Wachstum zwischen Wirtschaft und Ökologie, (Klett-Cotta) Stuttgart
- Martinez-Alier, Joan (1987): Ecological Economics, (Basil Blackwell) Oxford
- Ponting, Clive (1991): A Green History of the World - The Environment and the Collapse of Great Civilizations, Harmondsworth (Penguin Books)

Prigogine, Ilya/ Stenger, Isabelle (1986): Dialog mit der Natur, (Piper) München und Zürich

Scheer, Herrmann (1999): Solare Weltwirtschaft. Strategien für die ökologische Moderne, (Kunstmann-Verlag) München

Sawin, Janet (2003): Eine neue Energiezukunft gestalten, in: Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt 2003, Westfälisches Dampfboot Münster: 177-220

Ausgearbeitete Version eines Vortrags in Quito, Ecuador, Februar 2004:

Altvater, Elmar: Aufstieg und Niedergang des fossilen Energieregimes. Oder: Die Ökologie der globalen Ökonomie, 2004.

„Nachhaltige Globalisierung“?

Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens¹

von Ulrich Brand und Christoph Görg

In den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts war das Scheitern überkommener Entwicklungsvorstellungen wie auch die sich zuspitzende Krise gesellschaftlicher Naturaneignung offenkundig geworden. Von sozialen Bewegungen wie von kritischen Intellektuellen auf die Tagesordnung gesetzt, schienen beide Probleme auf eine Revision der Leitvorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung hinzudeuten. Ökologische Probleme sowie die Risiken der Atomkraft und anderer technologischer Großprojekte hatten nicht nur in den Ländern des Nordens die überkommenen Modernisierungsstrategien zweifelhaft erscheinen lassen. Auch das Modell „nachholender Entwicklung“ wurde immer stärker kritisiert, zumal die seit Beginn der 80er Jahre offenkundige Schuldenkrise viele südliche Länder immer stärker in die wirtschaftspolitische Defensive drängte.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation schien jedoch Raum geschaffen für eine grundsätzlich neue Ordnung in den internationalen Beziehungen. Mit der Veröffentlichung des sog. Brundtland-Reports (deutsch: Hauff 1987) setzte sich im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs ein neuer Begriff durch, welches fortan richtungsweisend sein sollte: *sustainable development*, meist als nachhaltige Entwicklung übersetzt. In den Vorbereitungen auf die *United Nations Conference on Environment and Development* (UNCED) seit Anfang der 90er Jahre und deren Durchführung in Rio de Janeiro 1992 manifestierte sich schließlich die Idee „nachhaltiger Entwicklung“; institutionelle und gesellschaftliche Reformen sollten folgen. Die Problemfelder „Umwelt“ und „Entwicklung“ sollten verknüpft und in Reformprozessen auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Relativ losgelöst, und ungleich dominanter, waren zwei Entwicklungen, die schon damals zu einigem Pessimismus Anlass gaben: Die neoliberale Politik, die sich in der Folge der Schuldenkrise im Nord-Süd-Verhältnis in neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen äußerte, wie die 1991 vom damaligen Präsidenten George Bush ausgerufene „Neue Weltordnung“ (wir kommen auf diese Entwicklungen noch zurück). Der brasilianische Umweltaktivist und zeitweilige Umweltminister José Lutzenberger sprach diesbezüglich von einer „unerträglichen Entwicklung“.

Doch zurück zum sog. Rio-Prozess: Ob dieser als erfolgreich angesehen werden kann, ist Gegenstand der Diskussionen um den *World Summit on Sustainable Development* (WSSD), der im Herbst in Johannesburg stattfindet. Bisherige Einschätzungen geben kein klares Bild ab. Die einen sehen im Vorbereitungsprozess und in der Konferenz in Johannesburg die „seit langer Zeit und für lange Zeit beste Gelegenheit“, um den Zusammenhang zwischen Globalisierung und nachhaltiger Entwicklung zu diskutieren (Müller-Kraenner/Greger 2001: 20). Andere hingegen befürchten, dass private Industrieunternehmen den Gipfel als große PR-Veranstaltung nutzen könnten, um sich einerseits als Hauptakteur einer ökologischen Modernisierung darzustellen und um andererseits verbindliche sozial- und umweltpolitische Regulierungen zu unterlaufen (Hoedeman 2001).

So oder so – die Globalisierungsproblematik wird vor, in und nach Johannesburg zweifellos einen zentralen Stellenwert einnehmen. Immer häufiger sind Stimmen zu vernehmen, die daran weit reichende Erwartungen knüpfen hinsichtlich einer Erneuerung der festgefahrenen Umweltverhandlungen wie des Abbaus der globalen Ungleichheiten. Äußerungen wie die von UNO-Generalsekretär Kofi Annan geben das Motto vor: „Making globalization work for sustainable development and to jump start implementation efforts.“ (Annan 2001) Andere folgen ihm dabei, indem sie ausgerechnet die transnational agierenden Konzerne und die zentralen Institutionen neoliberaler Globalisierung als wichtigste Verbündete im Kampf gegen globale Umweltveränderungen wie gegen die Armut in der Welt anempfehlen:

„Die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank und der Internationale Währungsfonds versuchen in wachsendem Umfang, sich für Umweltschutz und Armutsbekämpfung einzusetzen. Multinationale

¹ Achim Brunnengräber sei für Anmerkungen gedankt.

Unternehmen und Allianzen der globalen Zivilgesellschaft betreiben eine immer energischere Debatte dazu. Der Johannesburg-Gipfel kann diese Akteure in den Dienst nehmen und sich auf Wege konzentrieren, auf denen die Globalisierung nutzbar gemacht werden kann für die Bedürfnisse der Armen und Marginalisierten, um Umweltdienstleistungen aufrecht zu erhalten.“ (IIED 2001)

Diese Hoffnung auf eine globale Partnerschaft trägt jedoch dazu bei, dass sich ein verhängnisvoller Trend fortsetzt und sogar verstärkt. Denn eines der zentralen Versäumnisse im öffentlichen wie in den wissenschaftlichen Diskussionen der vergangenen Jahre lag darin, dass keiner der verschiedenen Akteure an einer vertieften Ursachenanalyse der Defizite des Rio-Prozesses interessiert war, die insbesondere die strukturellen Gründe miteinbezogen hätte (Unmüßig 2001). Wenn nun gerade der Privatsektor und jene Institutionen als Hauptverbündete einer Reform dargestellt werden, deren Gründungszweck in der Regulierung und Liberalisierung des Welthandels liegt, dann dürfte sich dieses Versäumnis sogar noch verstärken. Denn damit erhöht sich die Gefahr, dass dominante Globalisierungsprozesse kaum hinterfragt, sondern als Rahmenbedingung akzeptiert werden. Dies ist nicht neu: Bereits in den 90er Jahren haben sich Begriff und Praxis nachhaltiger Entwicklung immer weniger kritisch auf dominante gesellschaftliche Entwicklungen und Kräfteverhältnisse bezogen. Unter nachhaltiger Entwicklung wird heute - insbesondere in den nord-westlichen Gesellschaften - im günstigsten Falle die ökologische Modernisierung etablierter Institutionen und ein vor allem technokratisch „von oben“ gedachter Prozess verstanden. Nichts anderes verbirgt sich hinter der Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Bundesregierung, die zwar die Zivilgesellschaft als Feigenblatt in ihre Nachhaltigkeitsbemühungen einbindet, letztlich aber alle ihre Reformbemühungen unter dem Label der Nachhaltigkeit anpreist.

„Weltumweltpolitik“ (Udo Ernst Simonis) ist zum integralen Bestandteil neoliberaler Globalisierung und Neuer Weltordnung geworden. Statt ein alternatives Entwicklungsmodell voranzutreiben und der „Weltgesellschaft“ zu einem stärker ökologisch und sozial geprägten Aussehen zu verhelfen, gelangte der Reformprozess selbst immer mehr in Sackgassen.

Die etablierten Institutionen nachhaltiger Entwicklung - allen voran die Klimarahmenkonvention und jene zu biologischer Vielfalt - haben in den 90er Jahren selbst einen Transformationsprozess durchlebt. Indem dominante politische und wirtschaftliche Akteure auch hier ihren Interessen stärker Geltung verschaffen konnten, wurde das Leitbild nachhaltiger Entwicklung vor allem in Form einer Ökonomisierung der Natur konkretisiert (vgl. dazu die Beiträge von Enrique Leff, Silvia Ribeiro und Achim Brunnengräber in diesem Band).

Dass im Rahmen dessen die sozialen und ökologischen Probleme - allen institutionellen Reformen und internationalen Abkommen zum Trotz - nicht geringer wurden, ist nahezu unbestritten (vgl. UNEP 2000). Im Hinblick auf die Armutsbekämpfung hat sich vor allem gezeigt, dass die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme, mit deren Hilfe Weltbank und IWF „Reformen“ in den Entwicklungsländern erzwingen wollten, auf breiter Linie gescheitert sind. Gedacht, um auf dem Wege einer beschleunigten Öffnung für den Weltmarkt die Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer zu erhöhen, hat die Überprüfung der Programme nun z.T. verheerenden Ergebnisse zu Tage gefördert - verheerend vor allem für die ärmere ländliche Bevölkerung, insbesondere gilt dies für die Frauen in diesen Regionen, und für die natürlichen Lebensgrundlagen (SAPRI 2002). Obwohl alle Daten belegen, dass die neoliberale Strategie der Weltmarktintegration ein höchst selektives Wachstum erzeugt, welches in erster Linie zur Erhöhung nationaler und internationaler Ungleichheit und der ungleichen globalen Machtverteilung beiträgt, ist die dominante Stellung dieser Strategie durch die jüngsten globalisierungskritischen Proteste höchstens herausgefordert, aber(noch) nicht erfolgreich untergraben worden.

Dennoch laufen jene Prozesse, die mit „Globalisierung“ oder „Umwelt- und Entwicklungspolitik“ nur unscharf erfasst werden, keineswegs widerspruchsfrei ab. Die Kritik an dominanten Entwicklungen nimmt seit einigen Jahren sogar deutlich zu. Die Stichworte „Seattle“ und „Genua“ drücken mehr als punktuelle Protestereignisse aus und das Weltsozialforum in „Porto Alegre“ ist mehr als ein isoliertes fünftägiges Event. Vielmehr handelt es sich hier um Kristallisationspunkte zunehmender, sich in sehr unterschiedlichen Bereichen artikulierender Kritik. In diesen Auseinandersetzungen spielen Begriffe eine wichtige Rolle, denn sie geben Orientierungen, kennzeichnen bestimmte politische Vorschläge als legitim oder absurd und begründen neue Sichtweisen auf reale Verhältnisse. Das beste Beispiel ist

aktuell sicherlich die Auseinandersetzung um die Begriffe „Globalisierung“ und „Neoliberalismus“, die vor wenigen Jahren noch als unveränderbar galten und im Zuge der jüngsten Entwicklungen kräftig in Frage gestellt werden.

Auch die Debatte um „sustainable development“ muss als ein spezifisches Konfliktterrain verstanden werden. Hier werden gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Richtung und den Gehalt gesellschaftlicher Entwicklung sowie ihrer sozialen und ökologischen (und zunehmend auch wirtschaftlicher) Konsequenzen geführt.

Gerade deswegen droht hier eine große Gefahr, besonders aus kritisch-emanzipativer Perspektive. Sollten sich die Stimmen durchsetzen, die auf neue „Partnerschaften“ mit den Akteuren und Institutionen setzen, die für die neoliberale Globalisierung die Hauptverantwortung tragen, dann könnte die sich in letzter Zeit stärker artikulierende Kritik am Neoliberalismus gerade durch die Nachhaltigkeitsdebatte entschärft werden. Denn in dem Maße, in welchem auf Kooperation und „gemeinsamen Interessen“ insistiert wird, scheint grundsätzlichere Kritik eher störend. Auch der Protest auf „der Straße“ wird dann nur noch als Ort der Unmutsäußerung verstanden, der allenfalls dazu dient, den ExpertInnen und Regierungen „etwas Dampf zu machen“. Radikalere Kritik an den herrschenden Verhältnissen muss nämlich in dem Maße suspekt werden, indem die Adressaten der Kritik zur Kooperation gewonnen werden sollen. Zudem wird sie zunehmend mit dem Argument der fehlenden Alternativen zurückgewiesen. Eine weitergehende Infragestellung von politischen Formen und Inhalten, Fragen nach Macht und Herrschaft, nach Demokratie und Gerechtigkeit – die zu den Grundlagen der jüngsten globalisierungskritischen Bewegung gehören – drohen aus dieser Perspektive ausgeblendet oder gar delegitimiert zu werden. Eine Infragestellung von politischen Formen und Inhalten, die Frage nach Macht und Herrschaft, nach Demokratie und Gerechtigkeit drohen ausgeblendet oder gar delegitimiert zu werden.

Der Kontext: Neoliberale Globalisierung und der Übergang zum Postfordismus

Im Vorfeld der Johannesburg-Konferenz skizziert Kofi Annan in einem Report die dominierende, weithin geteilte Perspektive auf gegenwärtige Probleme. Der sog. Rio-Prozess sei langsamer als erwartet und in einigen Bereichen hätten sich die Bedingungen sogar verschlechtert. Die Ziele der Agenda 21, nämlich wirtschaftliches Wachstum, soziale Entwicklung und Umweltschutz zu vereinen, wären noch nicht erfüllt. Die Hindernisse seien ein fragmentierter statt integraler Politikansatz, kurzfristige und inkohärente Finanz-, Wirtschafts-, Investitions- und Technologiepolitiken sowie das Fehlen von finanziellen Ressourcen, um die Agenda 21 umzusetzen. Annan benennt – die dramatischen Trends weltweiter wirtschaftlicher und politischer Entwicklung aufzeigend – dann das, was zum zentralen Topos des mit der Konferenz beginnenden „Johannesburg“-Prozesses werden dürfte: Den Prozess der Globalisierung für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung zu nutzen. Mit mehr politischem Willen, praktischen Schritten und neuen Partnerschaften sei dies auch zu erreichen (Annan 2001).

Doch was es heißen könne, den Prozess der Globalisierung zu nutzen, das bleibt mehr als unklar. In den meisten jüngeren Beiträgen steht zwar der Prozess ökonomischer Globalisierung im Kern der gegenwärtigen Entwicklungen (vgl. Sachs 2000; Dowdeswell 2001; IIED 2001; Müller-Kraenner/Greger 2001). Das bedeutet aber nicht, dass es einen allgemeinen Konsens gebe, zumindest dann nicht, wenn es darum geht, konkrete Lösungsstrategien und Umsetzungsschritte zu entwickeln. Vielmehr lässt sich ein ähnliches Defizit beobachten wie bei anderen Fragen der Nachhaltigkeitspolitik. Dieser Prozess, seine Ursachen und ihn vorantreibenden Kräfte sowie die Rolle bestehender Institutionen werden nicht tiefergehend analysiert und vor allem nicht weiter hinterfragt. Mehr noch: Mit der Anfang des Jahres 1999 beim Weltwirtschaftsforum in Davos lancierten Initiative eines *Global Compact*, d.h. eines „Vertrages“ der UNO mit privatwirtschaftlichen Unternehmen setzt Annan explizit auf jene Kräfte, welche die neoliberale Globalisierung wesentlich vorantreiben (zur Darstellung und Kritik vgl. Paul 2001)

Dabei ist die Verknüpfung der Diskurse über nachhaltige Entwicklung und Globalisierung relativ jung. Auf den verschiedenen Weltkonferenzen in den 90er Jahren fand der Globalisierungsbegriff

kaum Verwendung. Zwar waren die 80er Jahre entwicklungspolitisch das anerkanntermaßen „verlorene Jahrzehnt“, doch „Entwicklungsprobleme“ wurden vor allem als solche des Südens interpretiert. Dass weltweit, also auch im Norden, ein Umbruch stattfand, der tiefergehend war als das Symbol „1989“ und das Ende der Blockkonfrontation, wurde erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre deutlich.

Zu dieser Zeit dominierte jedoch eher noch die Skepsis, ob die Globalisierung nicht verantwortlich sei für das langsame Vorankommen nachhaltiger Entwicklung: „Der Rio-Prozess leidet darunter, dass sie öffentlicher Debatte immer stärker von den Themen Globalisierung der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und leere Staatskassen bestimmt wird.“ (Fues 1998: 2) Heute zeichnet sich, wie im Zitat von Kofi Annan angedeutet, eine wichtige Verschiebung ab: Es geht nicht um „Globalisierung“ *gegen* „nachhaltige Entwicklung“, sondern um ihr richtiges Zusammenspiel.

Von wissenschaftlicher Seite wird diese Sichtweise argumentativ unterfüttert. In einer Studie mit dem programmatischen Titel „Rio plus 10“ vertrat exemplarisch Thomas Fues (1998) schon sehr früh die inzwischen dominante Position. „Nur wenn alle Länder den Ernst der Lage erkennen und mit vereinten Kräften gegen steuern, kann die Rettung der Menschheit gelingen.“ (ebd.: 2) Es gehe angesichts der erkannten katastrophischen Zuspitzung um eine „radikale Erneuerung der gesellschaftlichen Fundamente.“ Dazu seien „kooperative, vorbeugende Lösungsansätze“ notwendig. Ökologischer Strukturwandel könne nur kooperativ erfolgen, denn bei Alleingängen riskiere ein Land seine Wettbewerbsfähigkeit und seine Arbeitsplätze (ebd.: 6).

Aus dem Auge gerät vor allem der Zusammenhang zwischen ökologischer Problematik und gesellschaftlichen Umstrukturierungen, die als Übergang vom *Fordismus* zum *Postfordismus* zu begreifen sind und die sowohl die innergesellschaftlichen wie auch die internationalen Strukturmuster erheblich verändert haben. Die ökologische Krise war, symbolisch wie materiell, eng mit der Krise des Fordismus verbunden. Auf der *materiellen* Seite war das fordistisch-fossilistische Wohlstandsmodell der nördlichen Industriegesellschaften auf materiell-stofflicher Seite maßgeblich verantwortlich für die enorme Ausweitung des Ressourcenverbrauchs und die steigende Belastung der natürlichen Umwelt durch Schadstoffe (Altvater 1992). Auf der anderen, *symbolischen* Seite thematisierten soziale Bewegungen und Intellektuelle die ökologische Krise als eine gesellschaftliche Krise, d.h. es wurden die sozialen Ursachen der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu benennen versucht. Doch diese Konstellation geriet in den 80er Jahren immer stärker unter den Sog des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft. Die zentrale Strategie zur Durchsetzung des postfordistischen Kapitalismus war die neoliberale Ausrichtung der Gesellschaft an den Imperativen der Effizienz und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Auch staatliche Politik wurde immer stärker daran ausgerichtet (Hirsch 1995). Ein weiterer Punkt kommt hinzu. Seit den 90er Jahren hat die Entwicklung neuer Technologien, insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die neueren Bio- und Gentechnologien auch auf ökonomisch-technischer Ebene zur Herausbildung veränderter, „postfordistischer Naturverhältnisse“ beigetragen (Görg/Brand 2001).

Mit dem Übergang zum Postfordismus ändern sich sowohl die Arbeitsweise zentraler gesellschaftlicher Institutionen als auch auf eine durchaus widersprüchliche Art und Weise der Zugriff auf natürliche Ressourcen. Mit dem immer stärker werdenden, von machtvollen Interessen gesetzten Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit wird auch der Umgang mit Natur als Ressource bzw. deren Inwertsetzung stärker den Rentabilitätskalkülen des Kapitals unterworfen (gerade in südlichen Ländern erhält dies durch den Kontext von Auslandsverschuldung und dem Zwang zum Schuldendienst besondere Bedeutung). Aufgrund neuer technologischer Verfahren und neuer Produktionsstrukturen gewinnt diese Verwertung eine neue Qualität. Insbesondere die neuen Bio- und Gentechnologien erfordern partiell diesen anderen Zugriff und machen Teile der außermenschlichen wie auch der menschlichen Natur zu „strategischen Ressourcen“ (Ceceña/Barreda (Hg.) 1995).

Auf internationaler Ebene bildet sich damit ein *Kooperations-Konkurrenz-Paradox* als zentrale Rahmenbedingung internationaler Umweltpolitik heraus. Davon wird in den sozialwissenschaftlichen wie auch öffentlichen Diskussionen meist nur die eine Seite erwähnt: ein wachsender Druck zur kooperativen Bearbeitung grenzüberschreitender Umweltprobleme. Dieser Druck setzt sich nicht naturwüchsig als direkte Folge ökologischer Problemlagen durch, sondern immer vermittelt durch seine öffentliche Symbolisierung durch soziale Akteure (NGOs, WissenschaftlerInnen, die sog. „Wissensgemein-

schaften/epistemic communities“ etc.). Der politische Druck zur Kooperation hat in den vergangenen Jahren zu einer kaum noch überschaubaren Zahl internationaler Umweltabkommen geführt. Allerdings heben diese Abkommen und Regime die Konkurrenz zwischen Staaten sowie zwischen verschiedenen ökonomischen Sektoren und Regionen keineswegs auf. Vielmehr prägt diese Konkurrenz die bestehenden Abkommen in hohem Maße, und zwar umso stärker, je mehr von einzelnen Abkommen komplexe Querschnittsprobleme tangiert und damit meist auch Spannungsverhältnisse zwischen verschiedenen internationalen Vertragswerken sichtbar werden (beides kann in der internationalen Biodiversitätspolitik gut beobachtet werden). Generell lässt sich sagen, dass sich sowohl in nationalen als auch in internationalen Maßnahmen zur Bearbeitung ökologischer Problemlagen völlig unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Interessen artikulieren, welche die Konkurrenz zwischen verschiedenen nationalen wie internationalen Interessengruppen in die Vertragstexte und den weiteren Verhandlungsprozess „hinein tragen“.

Zwei Elemente sind dabei von besonderer Bedeutung. Erstens kommt es zu einer neuen, postfordistischen Grenzziehungen zwischen Politik und Ökonomie. Diese Entwicklung wird in den Sozialwissenschaften oft als Erosion des Nationalstaats missverstanden. Tatsächlich verliert der Nationalstaat zwar in manchen Punkten seine Steuerungsfähigkeit und seine Souveränität über ein bestimmtes Territorium. Aber er verschwindet dabei nicht einfach, sondern transformiert sich in Richtung des stärker den globalen Konkurrenzbedingungen unterworfenen *nationalen Wettbewerbsstaats*. Gleichzeitig findet aber auch eine *Internationalisierung des Staates* statt (Hirsch 2000; Brand u.a. 2001). Die Veränderungen von Politik im Zuge einer Transformation des Staates sind weitreichend. Sie sind jedoch wenig dazu angetan, Hoffnungen auf einen übermäßigen Einfluss der „Zivilgesellschaft zu wecken. Politik findet auch in internationalen Regimen und Institutionen immer noch wesentlich als zwischenstaatliche Politik statt. Dies geschieht nicht nur zufällig und nicht nur vorübergehend. Vielmehr ist auch der internationalisierte Staat vor allem ein Herrschaftsinstrument, in dem sich globale Interessenlagen und Machtverhältnisse „verdichten“ (nach einer Formulierung von Nicos Poulantzas 1978; vgl. auch Hirsch/Jessop/Poulantzas 2001). Die dominante Orientierung internationaler Politik hat Stephen Gill (1995) als „globalen Konstitutionalismus“ bezeichnet. Denn es geht in zunehmendem Masse auch auf internationaler Ebene um die Absicherung der bürgerlichen Rechts- und Eigentumsordnung. Dies betrifft auch und gerade die internationale Umweltpolitik.

Zweitens: Bezogen auf ökologische Problemlagen lässt sich feststellen, dass der postfordistische Kapitalismus sich zwar in gewisser Weise durchaus auf diese Probleme eingestellt hat. Dies erfolgte nicht im Sinne einer erfolgreichen Bearbeitung der materiellen Dimensionen der ökologischen Krise. Gleichwohl hat sich ein größtenteils akzeptiertes Muster der Krisenbearbeitung herausgebildet. Denn vor allem Strategien ökologischer Modernisierung haben Aussicht auf Erfolg, die entweder auch betriebswirtschaftliche Kosten senken helfen oder ein neues Absatzfeld für neue Technologien etc. eröffnen. Die Spielräume für Bearbeitungsstrategien werden dabei von anderen Prozessen, nicht zuletzt der zunehmenden Kapital- und Standortkonkurrenz, vorgegeben und der neoliberalen Strategie der wirtschaftlichen Liberalisierung untergeordnet. Zudem stehen auf zwischenstaatlicher Ebene alle Maßnahmen und deren Erfolgsaussichten unter dem Primat einer globalen Machtpolitik zentraler Staaten. Mehr und mehr wird außerdem die ökologische wie die soziale Frage, dem Standort- wie dem Sicherheitsdiskurs untergeordnet (bin ich mir nicht so sicher ...), der ein nur schlecht verborgenes Vehikel für globale Herrschaftsstrategien darstellt. Auch diese Entwicklung lässt den Begriff „nachhaltiger Entwicklung“ nicht unberührt. Christoph Spehr und Armin Stickler (1997: 220ff) sehen ihn als Ausdruck und Teil des Übergangs vom Entwicklungsdiskurs zum „postmodernen Ordnungsdiskurs“.

Das Hegemoniedefizit der „neuen Weltordnung“

Wie bereit 1992 liegt auch heute der Schatten der „neuen Weltordnung“ über den Bemühungen, kooperativ aus den umwelt- und entwicklungspolitischen Sackgassen herauszukommen. Wurde das Datum „1989“ noch mit den Chancen einer Suche nach neuen Politikformen verbunden, so wurde der Vorbereitungsprozess der UNCED zu Beginn der 90er Jahre von einem anderen Ereignis deutlich überlagert. Der Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait im Sommer 1990 und die militärische Antwort der USA bzw. der NATO darauf im Januar/Februar 1991 waren eine weltpolitisch entschei-

dende Zäsur. Der damalige US-Präsident George Bush proklamierte im Januar 1991 eine „Neue Weltordnung“, die um einiges anderes aussah als jene wenig später von den UNO-Weltkonferenzen angedachte. Nicht Kooperation und die gemeinsame Suche nach Wegen zur Lösung der „Weltprobleme“, sondern die gegebenenfalls militärische Absicherung der dominanten Interessen stand im Zentrum dieser Politik. Die NATO-Richtlinien von 1999 sind ein deutlicher Ausdruck dafür, wie militarisierte Denken zu institutioneller Praxis wird.

2002 sieht es ähnlich aus. Wie vor Rio, so wurden auch ein Jahr vor Johannesburg die USA mit einem Militärschlag aktiv, um die Weltordnung, aber im zunehmenden Maße auch ihre eigenen Interessen und vor allem ihre nationale Sicherheit militärisch zu verteidigen. Der 11. September, das ist heute bereits absehbar, wird nicht nur auf der militärisch-politischen Ebene einen weitergehenden Einschnitt als der zweite Golfkrieg 1991 bedeuten, sondern auch auf der ideologischen. Und dies hat Konsequenzen für alle Ansätze globaler Reformen wie für kritisch-emanzipatives Handeln und damit auch für eine Politik, die den einst formulierten Ansprüchen nachhaltiger Entwicklung entsprechen würde.

Schon längere Zeit wurde die Entwicklung des internationalen Systems in den 90er Jahren als „Ende der Westfälischen Ordnung“ zu begreifen versucht. Aber bislang war das Ausmaß dieser Veränderung noch nicht absehbar. Das hat sich nach dem 11. September geändert. Unter der „Westfälischen Ordnung“ wird die seit dem Westfälischen Frieden von 1648 geltende Ordnung des internationalen Systems verstanden, die auf dem Prinzip der Anerkennung der territorialen Integrität souveräner Staaten beruht. Diese Ordnung, so die bislang von verschiedenen Seiten vertretene These, sei mit der Globalisierung aller Lebensbedingungen unwiderruflich untergraben worden. Doch diese These trifft nicht den Kern des Problems. Denn es ist nicht eine anonyme Globalisierung, welche die zwischenstaatliche Ordnung untergräbt. Seit dem 11. September wird mehr und mehr deutlich, dass die Versuche einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen - und d.h. von machtförmig und konkurrenzhaft strukturierten und auch potentiell kriegerischen Verhältnissen zwischen den Staaten - wieder zugunsten der Interessen dominanter Staaten untergraben werden. Dies hat weitreichende Folgen auch für die internationale Umwelt- wie Entwicklungspolitik.

Nun war mit der „Westfälischen Ordnung“ eine Herrschaftsform etabliert worden, die schon immer einen höchst widersprüchlichen Charakter hatte, nämlich eine Form bürgerlicher Allgemeinheit, die sich nur im Gegeneinander, in der Konkurrenz partikularer Staaten etablieren konnte und die daher a priori antagonistisch war. Zwar war es die Hoffnung der bürgerlichen Aufklärung, dass diese dynamische Situation sich zu einem „weltbürgerlichen Zustand“ (Kant 1977) weiterentwickelt, in der die bürgerlichen Verfassungen die gesellschaftlichen Antagonismen überwinden und zu einem „ewigen Frieden“ unter selbständigen bürgerlichen Republiken fortschreiten. Kant war sich jedoch noch völlig klar darüber, dass allein das bürgerliche Recht eine solche „Evolution“ absichern könne. Allein eine zunehmende Verrechtlichung internationaler Beziehungen könne die grundlegenden Antagonismen, durch die Staat und Recht in der bürgerlichen Gesellschaft gekennzeichnet sind, überwinden oder zumindest zu bändigen versuchen.

Genau diese Hoffnung scheint nun untergraben zu werden. Nicht mehr die Rechtsbindung staatlicher Gewalt, sondern die *Nichteinhaltung von selbstgesetzten Regeln* auf der Tagesordnung. Und das nicht erst seit dem 11. September. Seitdem wird deutlich, dass mit dem Ende der „Westfälischen Ordnung“ Gewalt und Recht eine neue Synthese eingehen. Denn wir haben es zwar auf den ersten Blick mit einer Rückkehr in eine Ordnung zu tun, in der jeder Staat, solange er nur über entsprechende Macht verfügt, die Gewaltmittel einsetzen kann, die ihm zur Verfolgung seiner Absichten opportun erscheinen. Insofern ist das „Ende der Westfälischen Ordnung“ auch nicht mit einem „Ende des Nationalstaats“ zu verwechseln. Denn die reale Souveränität von Staaten war schon immer ungleich verteilt. Und diese Machtungleichgewichte haben sich nicht nur weiter verstärkt - auch das Gegengewicht einer Verrechtlichung der Beziehungen wird zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen werden grundlegende menschen- und völkerrechtliche Standards wie etwas die Genfer Konvention oder das Verbot der Vereinten Nationen eines Angriffskriegs missachtet und immer mehr als bindende Normen desavouiert. Dabei ist das Recht aber nicht einfach verschwunden. Der situative Bezug auf Menschenrechte oder das Völkerrecht - bei gleichzeitiger Missachtung, wenn es den eigenen Interessen gegenüber nicht opportun

erscheint - zeigt vielmehr, dass die *rechtliche Auslegung bestimmter Maßnahmen weiterhin umkämpft ist und als eine diskursiv erzeugte Machtressource dient*, deren sich Akteure zur Legitimation ihrer Absichten zu bedienen versuchen. Mehr und mehr scheint also das Recht selbst zu einer Ressource zu werden, mit dem Akteure ihre Interessen durchzusetzen versuchen.

Damit wird eine Entwicklung verschärft, die sich schon vor den Anschlägen abgezeichnet hat, und die sogar als eine ihrer tiefer liegenden Ursachen angesehen werden muss - *das Fehlen von Hegemonie im internationalen System*. Denn die einzige verbleibende militärische und politische Supermacht, die USA, ist in einer ganzen Reihe von internationalen Abkommen und Regimen weder Willens noch in der Lage, die politische Führung zu übernehmen.² Dazu würde neben politisch-militärischer und wirtschaftlicher Stärke auch die Bereitschaft gehören, Akteure mit anderen und möglicherweise gegensätzlichen Interessen in einen Kompromiss einzubinden, notfalls auch durch punktuelle Zugeständnisse. Nur dadurch ließe sich auch die Hoffnung auf eine kooperative Bearbeitung globaler Probleme rechtfertigen. Denn diese setzt voraus, dass auf den Einsatz von Machtpotentialen zugunsten einer Lösungsstrategie verzichtet wird, der verschiedene Akteure nach Vorgabe des Hegemons bzw. hegemonialer Diskursstrategien zustimmen, in die sie eingebunden werden könnten.

Selbst diese kooperative Problembearbeitung wäre dann vordringlich durch den Interessenkompromiss der beteiligten Akteure bedingt und daher per se keineswegs sachangemessen bzw. eine wirkliche Problemlösung. Durch die Politik des „America first“ wird aber selbst diese Minimalbedingung für eine kooperative Reaktionsstrategie in zunehmenden Maße erschwert. Ironischer Weise geschieht dies sogar in den internationalen Regimen, bei deren Gründung die Interessen der USA eigentlich eine zentrale Rolle gespielt haben, wie in der WTO, oder die gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine wichtige Rolle spielen könnten, wie die Biowaffenkonvention. Während die US-Regierung im WTO-Prozess zu keinen Zugeständnissen bereit ist und damit um Umfeld der Doha-Konferenz der WTO als wichtigster Bremser angeklagt wurde (<http://www.twinside.org.sg/title/dohamain.htm>), ist sie aus anderen Regimen inzwischen faktisch ausgestiegen oder betätigt sich allein als Verhinderer - nicht nur in der Biowaffenkonvention, sondern auch im Rahmen der Klimarahmenkonvention und in anderen internationalen Abkommen.

Jede Hoffnung auf eine kooperative Bearbeitung globaler Probleme, seien sie militärischer, wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Art, muss sich also mit dem Problem auseinandersetzen, dass der ohne Zweifel wichtigste nationalstaatliche Akteur kein Interesse an einer kompromißhaften, die Interessen der verschiedenen Akteure einbeziehenden Bearbeitungsstrategie hat. Die „neue Weltordnung“ kann daher als eine Situation charakterisiert werden, in der bei zunehmenden globalen Interessengegensätzen und Machtungleichgewichten - und trotz mächtiger Diskursstrategien - ein Hegemon fehlt. Oder genauer: Es handelt sich um eine Situation, in welcher der mächtigste Staat genau diese Rolle verweigert und gleichzeitig seine Interessen machtvoll, notfalls auch militärisch, durchzusetzen versucht.

Der Rio-Gipfel und die in seinem Gefolge verhandelten Abkommen waren der Versuch, über z.T. neue Formen schwach institutionalisierter Normsetzungen, wie dies internationale Regime darstellen, internationales Recht zu entwickeln. Heute lässt sich einerseits eine relative Beliebigkeit in der Auslegung dieser Normen und andererseits eine recht deutliche Rückkehr zur reinen Machtpolitik erkennen, die vor allem an nationalen Interessen und der nationalen Sicherheit orientiert sind. Vor allem die NATO-Richtlinien von 1999 zeigen, worum es dabei geht: Um die Verteidigung der Interessen der dominanten Länder des Nordens, wo immer es ihnen notwendig erscheint. Dabei wäre es auch eine völlig falsche Hoffnung, dieser „neuen Weltordnung“ eine im Kern progressive „Weltumweltpolitik“ (Simonis) dichotomisch gegenüberstellen zu wollen. Das Gegenteil ist der Fall. Einmal muß generell im Auge behalten werden, dass selbst diese Normen Kompromißbildungen vor dem Hintergrund hegemonialer Machtverhältnisse darstellten und damit mit vielen Defiziten und Selektivitäten behaftet waren. Zudem sind gerade die in Rio unterzeichneten Abkommen zu Klima und biologi-

² Wir sind uns der etwas unklaren Verwendung des Hegemoniebegriffs bewusst. Aus Gramscianischer Perspektive geht es ja gerade nicht darum, dass die US-Regierung „wählen“ könnte zwischen einer hegemonialen und nicht-hegemonialen Strategie. Hegemonie ist ein ungleich komplizierterer Prozess. Für den hiesigen Text, der eher zu politischen denn zu theoretischen Klärungen beitragen soll, belassen wir es jedoch bei dieser Verwendung.

scher Vielfalt einem Transformationsprozeß ausgesetzt, der diese immer stärker den Gesetzen der neoliberalen Globalisierung unterwirft. Und zuletzt zeigt auch die allgemeine Entwicklung von Politik und Recht, daß es dabei vor allem um die Verteidigung des oligarchischen Lebensstils einer Minderheit der Weltbevölkerung geht - mit allen Implikationen für die Kontrolle über Ressourcen, Produktions- und Konsummuster und die „ökologische Sicherheit“.

Auf dem Weg in einen „ökologischen“ Kapitalismus?

Vor dem Hintergrund der „neuen Weltordnung“ wie der sich verändernden Formen der Naturaneignung muss gleichwohl daran erinnert werden, dass die Richtung der weiteren Entwicklung erst durch soziale Konflikte auf verschiedenen Ebenen entschieden wird. Und hierbei spielt der Begriff der nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle. Er stellt in gewisser Weise eine *Kompromissformel* dar, in der sich sehr unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Interessen wiederfinden. Wenn immer wieder herausgestellt wurde, dass sein genauer Gehalt unklar oder schwammig bleibe, dann ist die Schwammigkeit des Begriffs gerade seine Stärke (Achselrad/Sedrez 1995; Armborst/Brand 1996; Görg 1996; Spehr/Stickler 1997; ähnlich von Braunmühl 2001: 188). Die sich zuspitzende Umweltkrise auf der materialen wie auch auf der politisch-diskursiven Ebene machte es notwendig, eine Formel zu finden, mittels derer sozial-ökologische Kompromisse zwischen Akteuren organisiert werden konnten, die divergierende und teilweise antagonistische Interessen hatten. Von daher ist es nur konsequent, dass im Zentrum dieses Leitbilds der Gedanke der Kooperation steht und dass Konkurrenzverhältnisse ausgeblendet oder zumindest als überwindbar dargestellt werden. Denn wenn das Problem der Konkurrenz ernst genommen würde, müsste man sich stärker mit der in den Diskussionen nicht hinterfragten ökonomischen Sphäre und den globalen Machtverhältnisse auseinandersetzen, als dies bisher der Fall ist.

Entscheidend ist letztlich, wie genau der Begriff operationalisiert und durch welche Rahmungen die öffentliche Debatte strukturiert wird, wie die Prioritäten gesetzt werden und welche Aspekte dabei berücksichtigt werden und welche nicht. So wurde „im Norden“ zunehmend von der Entwicklungsproblematik abgesehen bzw. diese von der Forderung nach gerechteren Bedingungen im Nord-Süd-Verhältnis hin zur notwendigen Ermöglichung „nachhaltigen Wachstums“ für alle Länder umgedeutet. Exemplarisch kann dafür der Diskurs über nachhaltige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gelten (vgl. K.W.Brand/Jochum 2000; Jörissen u.a. 2000). Es gab hier durchaus unterschiedliche Versuche, das Leitbild zu übersetzen und zu konzeptualisieren und dabei seine verschiedenen Aspekte zu integrieren - von der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, durchgeführt vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie im Auftrag von BUND und Misereor (BUND/Misereor 1996) bis zum Handlungskonzept des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI 1995). Neben dem sog. Umweltgutachten von 1994 (SRU 1994) hat der Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Enquete-Kommission 1994) einen starken Einfluss auf die bundesdeutsche Diskussionen gehabt. „Nachhaltigkeit“ wird dort als ein Drei-Säulen-Modell konzeptualisiert, bei dem die Interessen der Umweltakteure (ökologische Säule), der Gewerkschaften (soziale Säule) und der Unternehmen (ökonomische Säule) miteinander in Einklang gebracht werden sollen. Damit wird die Tendenz des bundesdeutschen Diskurses am besten zum Ausdruck gebracht, der durch drei Merkmale charakterisiert werden kann:

Erstens lässt sich ein „ökologischer bias“ feststellen (K.W.Brand/Jochum 2000: 177) - die Entwicklungsproblematik, so wie sie in der internationalen Kompromiss des Brundtland-Berichts noch erhalten war, wird in den meisten Studien gar nicht aufgegriffen oder allein auf die Bevölkerung des eigenen Landes bezogen (vgl. auch Jörissen u.a. 2000). Selbst der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die in dieser Hinsicht noch am stärksten auf die Verknüpfung von „Umwelt und Entwicklung“ aufmerksam gemacht hatte, wurde von KritikerInnen vorgehalten, dass sie hinter die Diskussionen der 80er Jahre zurückfalle (Ebinghaus/Stickler 1996; Armborst/Brand 1996; vgl. auch den Überblick von Hermle (Hg) 1997).

Zweitens ist mit dieser Verkürzung der ursprünglichen Zielsetzung eine starke Fokussierung auf die nationale Ebene verbunden (Jörissen u.a. 2000: 11), den man als „nationalen bias“ bezeichnen könnte. Viele Ansätze, so auch die Studie „Sustainable Netherlands“ (ISOE 1994), nehmen den „nationalen Umweltraum“ als Ausgangspunkt, d.h. die von einem Nationalstaat genutzte Umwelt. Je

nach EinwohnerInnen werden Ansprüche auf Ressourcen und Schadstoffsenken „ausgerechnet“ entsprechende Vorschläge gemacht, um die dramatische Übernutzung zu reduzieren. Andere beziehen sich auf Fragen internationaler Kooperation implizit oder explizit eher negativ. Entweder wird das bundesdeutsche System der sozialen Marktwirtschaft als „zu bewahrendes Erbe“ interpretiert (Jörissen u.a. 2000: 9) und die ökologischen wie die globalen sozialen Kosten des „Modells Deutschlands“ in seiner fordistischen Phase ignoriert. Oder es wird die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen explizit als Ziel einer „ökologischen Modernisierung“ der Gesellschaft angesehen und damit die Konkurrenz als treibender Motor angenommen. *Drittens* ist mit dieser Fokussierung eine Präferenz für eine prozedurale und dialogische Vernetzung und die Kooperation der unterschiedlichen Akteure verbunden, die nicht nur keine Eingriffe in wirtschaftliche Interessen erwarten lässt, sondern überhaupt die Kritikmöglichkeiten beschränkt (K.W.Brand/Jochum 2000: 185, 189 und 191). Zwar sei das Diskursfeld, so die Autoren einer Studie, „offen genug, um auch radikaleren, kapitalismus- und industrialismuskritischen Positionen“ Zugang zu gewähren (ebenda 176). Faktisch seien diese Positionen aber nicht nur im Diskurs marginal, sondern auch die praktische Umsetzung des Leitbilds eher am Konzept „ökologischer Modernisierung“ orientiert (ebenda 189). Man darf daher von einem „*affirmativen bias*“ sprechen, bei dem kritischere Fragen hinsichtlich der Realisierungsbedingungen nachhaltiger Entwicklung zugunsten von pragmatischeren und vor allem den etablierten Interessen gewogenen Konzepten in den Hintergrund gedrängt werden.

Der Diskurs um „nachhaltige Entwicklung“ hatte, selbst in seinen besten Zeiten nach Publikation der Wuppertal-Studie, ohnehin einen eher geringen Stellenwert in der breiten Öffentlichkeit. Dies wurde in dem Maße eingebüßt, in dem Fragen der internationalen Konkurrenz am „Standort Deutschland“ an Bedeutung gewonnen haben.

„Ein Großteil der Faszination, die der Nachhaltigkeitsdiskurs auch im linken Lager ausübt, gründet sich auf seinem Ruf, ein Gegendiskurs zu „Globalisierung“ zu sein. Dies ist jedoch ein Irrtum. Nachhaltigkeit ist kein Rivale der Globalisierung, sondern ihr Partner. Beide sind Teil eines umfassenden Diskurswechsels, der das politische Terrain nach dem Zusammenbruch des Entwicklungsdiskurses neu organisiert.“ (Spehr/Stickler 1997: 217)

Die Operationalisierung des Begriffs kann nicht losgelöst von gesellschaftlichen Machtverhältnissen betrachtet werden. Drei wichtige Dimensionen, in denen ursprünglich durchaus ein kritisches Potential angelegt war, wurden durch die Diskussionen der letzten Jahre an den Rand gedrängt: die Problematisierung des Nord-Süd-Verhältnisses, eine grundlegende Umorientierung der internationalen Politik sowie eine Problematisierung des Verhältnisses der kapitalistischen Ökonomie zu ihren materiellen Grundlagen.

Ein Beispiel für letzteres ist der in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ noch verwendete Subsistenzbegriff, d.h. die gesellschaftliche Thematisierung der Frage: „Was ist genug?“. Damit sollte auf die notwendige Begrenzung des Ressourcenverbrauchs hingewiesen und der unbegrenzten Steigerung des Naturverbrauchs eine öffentliche Debatte entgegengesetzt werden (denn nur durch einen sozialen Konsens, nicht durch wissenschaftliche Berechnungen können solche Grenzen etabliert werden). Dieser Aspekt ist in den Diskussionen der letzten Jahre fast vollständig hinter der *Suche nach technischer Effizienz* zurückgetreten. Dahinter ist einerseits ein erheblicher Steuerungsoptimismus zu erkennen, der glaubt, die Probleme auf dem Wege einer Optimierung des Stoffdurchsatzes bearbeiten zu können. Und andererseits steckt darin ein technokratisches Verständnis sowohl der Probleme als auch ihrer Bearbeitungsstrategien. Probleme werden als prinzipiell machbar angesehen und pragmatische Managementstrategien unter Ausblendung ihrer herrschaftsförmigen Implikationen bevorzugt. Im Zuge der Globalisierungsdiskussion sind die ökologischen Voraussetzungen und Folgen kapitalistischen Wirtschaftens noch stärker in den Hintergrund gerückt.

Im Hinblick auf die *Nord-Süd-Problematik* lässt sich eine ähnliche Entwicklung beobachten. Einmal wird auch hier die Verbindung zwischen Umweltproblematik und globalen Machtverhältnissen oftmals ausgeblendet und statt dessen ein pragmatischer Regulierungsmodus bevorzugt.

Und schließlich wird die Einsicht vernachlässigt, dass unter dem Deckmantel der *internationalen Umweltpolitik* oftmals ganz andere Prozesse vorangetrieben werden. Beide Probleme spiegeln sich in der Frage nach dem Verhältnis zwischen den internationalen Umweltabkommen und anderen inter-

nationalen Vertragswerken und Institutionen. Zugespitzt formuliert ist das wichtigste Abkommen der 90er Jahre, das die gesellschaftlichen Naturverhältnisse tiefgreifend transformiert, weder die Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) noch die Klimarahmen-Konvention (FCCC), sondern die WTO, die Welthandelsorganisation. Dies hat damit zu tun, dass gerade die Nichtbeachtung umweltpolitischer wie sozialer Belange in den wichtigsten internationalen Institution sehr weitreichende Folgen hat. Die „Liberalisierung des Welthandels“ hat nicht nur direkte ökologische wie soziale Folgen, bspw. in der Erhöhung der Güterströme oder dem Eingriff in die nationale Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Darüber hinaus geht es auf dem Gebiet der Umweltpolitik meist auch um die Durchsetzung neuer Technologien und der dazu gehörenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Am bekanntesten sind hier die Beispiele der Gentechnologie im Umgang mit der biologischen Vielfalt bzw. mit genetischen Ressourcen sowie die ökonomischen Instrumente zum Klimaschutz (Emissionshandel etc.; vgl. dazu den Beitrag von Achim Brunnengräber in diesem Band). Die umwelt- und entwicklungspolitischen Institutionen i.e.S. sind längst nicht mehr Sammelbecken progressiver Interessen. „Globale Player wie internationale Energie-, Wasser-, Chemie- und Saatgutmultis dominieren das Verhandlungsgeschehen.“ (Unmüßig 2001: 3) Damit dienen diese Abkommen oftmals noch ganz anderen Zielen, als an ihrem Namen abzulesen ist.

Am *Beispiel der biologischen Vielfalt* wollen wir die Konsequenzen kurz verdeutlichen (vgl. dazu umfassender: Görg/Brand 1999 und 2001a und b). Während in der öffentlichen Diskussion die Auffassung vorherrscht, dass es dabei um umweltpolitische Maßnahmen geht, die den Verlust der Biodiversität stoppen oder verlangsamen sollen, zielen die staatlichen Maßnahmen und die internationalen Abkommen noch auf etwas anderes. Im Ganzen dienen sie der institutionellen Verregelung des Umgangs mit genetischen Ressourcen, von der Sicherheit im Umgang mit gentechnisch-modifizierten Organismen bis zur Etablierung eines Regimes zur Verteilung von Verfügungsrechten. Dabei geht es zuvorderst um die Regelung der Zugangs- und der mehr oder weniger exklusiven Nutzungsrechte an genetischen Ressourcen.

Gerade im Bereich der internationalen Biodiversitätspolitik wird deutlich, dass hier versucht wird, die Aneignung des „grünen Goldes der Gene“ durch die Agrar- und Pharmaindustrie politisch-institutionell abzusichern. Im Nord-Süd-Verhältnis geht es zentral um Rechts- und Planungssicherheit für die dominanten Akteure, insbesondere um einen gesicherten und effektiven, d.h. unter anderem kostengünstigen Zugang. Quasi-staatliche Politik hat - in engem Zusammenspiel mit der nationalstaatlichen Ebene - Funktionen wie die Regelsetzung für Wettbewerb und ökonomische Transaktionen, die Gewährleistung des Ressourcenflusses oder die Sicherung von Eigentum und Geld. Mit den neuen Formen der Nutzung und Inwertsetzung von biologischer Vielfalt und genetischen Ressourcen sind daher Fragen des geistigen Eigentums eng verbunden (vgl. ausführlicher Correa 2000; Seiler 2000). Es soll festgelegt werden, wer von den Vorteilen profitiert, die sich aus der Nutzung genetischer Ressourcen ergeben. Ein gewisses Paradox liegt dabei darin, dass die modernsten Akteure (Forschungseinrichtungen und vor allem transnational agierende High-Tech-Unternehmen) auf den Zugang zu diesen Ressourcen und damit in gewisser Hinsicht auf „marginalisierte“ Bevölkerungsgruppen im Süden angewiesen sind. Denn solche Ressourcen sind vor allem in südlichen Ländern und dort oft gerade in den Siedlungsräumen „marginalisierter“ Bevölkerungsgruppen vorhanden. Zudem spielt bei der Aneignung genetischer Ressourcen das „traditionelle“ Wissen darum, wie mit den Ressourcen umgegangen wird, eine wichtige Rolle, denn es dient vielfach als „Filter“ bei der Suche nach ökonomisch wertvollen Substanzen (Kuppe 2001: 147ff.). Aufgrund dieses ökonomischen Interesses an genetischen Ressourcen sowie an damit verbundenem Wissen wird beides jedoch immer stärker aus einem kommerziellen Blickwinkel heraus betrachtet. Die Frage der Nicht-Kommodifizierung von Natur und „traditionellem“ Wissen wird dementsprechend auf internationaler Ebene kaum gestellt (verschiedene Aspekte dieses Problems werden in den Beiträgen von Enrique Leff, Silvia Rodriguez, Silvia Ribeiro und Tewolde Berhan Gebre Egziabher ausführlicher behandelt).

Die Anerkennung der nationalen Souveränität (im Sinne der rechtlichen Regulierungskompetenz), wie durch die CBD erfolgt, ist in Zeiten des vermeintlichen Kompetenzverlustes von Nationalstaaten eine notwendige Voraussetzung zur Inwertsetzung der Biodiversität. Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass die CBD ein Konflikttterrain darstellt, auf dem unterschiedliche Akteure um die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen. So sind in die CBD auch andere Anliegen eingegangen, insbesondere

jene lokaler Gemeinschaften und indigener Völker. In dem prominenten Artikel 8(j) ist festgelegt, dass deren Wissen und Praxen zu respektieren, zu schützen und zu erhalten seien und sie an den Entwicklungen teilhaben müssten. Allerdings haben ihre Interessen in einer Weise Niederschlag gefunden, welche die Akteure schwächt. Denn zum einen sind die Regelungen im Artikel 8(j) durch ein instrumentelles Verständnis der Rechte lokaler Akteure geprägt: Zu achten seien diese nur, insofern sie der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen. Zudem seien sie der nationalen Souveränität unterzuordnen (Stoll 1999). Die konkrete Umsetzung ist Angelegenheit nationaler Implementation der CBD.

Die Kommerzialisierung der Biodiversität als ein Element der Globalisierung ist nicht allein ein ökonomischer, über Marktkräfte induzierter Prozess, sondern wird politisch durchgesetzt. Dies bedeutet, dass ökologische Aspekte zu einem Faktor der „Standortkonkurrenz“ werden, d.h. zu einem strategischen Element der Handels- und Wettbewerbspolitik. Dabei vermischen sich Fragen der Ressourcenverwendung, des Zugangs zu und der Rechte über Ressourcen sowie den daraus resultierenden Folgen und Belastungen mit Fragen des Gewinns und der Gewinnverteilung aus dieser Verwendung, vor allem auch (aber nicht nur) im „Nord-Süd“-Verhältnis. Auch wenn zwischenstaatliche Abkommen eine größere Relevanz erhalten, so verliert der Nationalstaat seine zentrale Bedeutung nicht. Vielmehr verstärkt sich diese. Insofern ist auch Claudia von Braunmühls (2001: 189) Einschätzung, der Versuch, globale Probleme über völkerrechtliche Rahmenkonventionen anzugehen, sei im Wesentlichen gescheitert, zu relativieren. Die Rahmenkonventionen stellen einen durchaus erfolgreichen Versuch dar, ein Terrain zu schaffen, auf dem um die gesellschaftlich legitimen und rechtlich legalen Aneignung der Natur gerungen wird. Allerdings geschieht dies insbesondere unter Berücksichtigung der Interessen herrschender Akteure. Und selbst das Label nachhaltige Entwicklung trägt in diesem Kontext zu einer Ökonomisierung der Natur bei.

Globales Umweltmanagement und „ökologische Sicherheit“

Wie gesagt, wird ein Hauptgrund für das relative Scheitern des Rio-Prozesses in der institutionellen Zersplitterung internationaler Umwelt- und Entwicklungspolitik gesehen. Ein Vorschlag rückt daher in den letzten Jahren immer stärker ins Zentrum, der bei der „Rio plus 5“ Konferenz 1997 in New York von der Bundesregierung bereits vertreten wurde: Die Stärkung des UN-Umweltprogramms (UNEP) zu einer neuen und mit mehr Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten Supraorganisation im Rahmen der UNO. In Deutschland wird dieses Konzept am vehementesten von Udo Simonis (Biermann/Simonis 1999) vertreten, aber beispielsweise auch von Martin Khor vom Third World Network (Ling/Khor 2001). Bei Khor und Simonis geht dieser Vorschlag mit einer erhofften Aufwertung des *Umwelt*themas einher, da das UNO-Umweltprogramm UNEP und nicht etwa das Entwicklungsprogramm UNDP den Kern bilden sollen. Thomas Fues will für die „globale Rio-Architektur“ die bislang bedeutungslose Commission on Sustainable Development zum Kern eines neu zu schaffenden Council for Sustainable Development machen, der u.a. die UNO Umwelt- und Entwicklungsorganisationen steuert und dem IWF, Weltbank und WTO berichtspflichtig sind (aber nicht gesteuert werden). Auch der UN-Generalsekretär erhebt die Forderung, IWF, WB und WTO sollten sich endlich auf die Ziele nachhaltiger Entwicklung einlassen (Annan 2001).

Hier artikuliert sich eine Problemsicht, welche die fehlende Macht der entsprechenden Institutionen als größtes Hindernis mangelnder nachhaltiger Entwicklung sieht. Nahe legt das, globale Umweltpolitik sei am besten von zentralisierten, mit Entscheidungs- und Machtressourcen ausgestatteten Institutionen zu erfüllen und könne insofern nur „von oben“ betrieben werden. Dieses Verständnis ist jedoch in mindestens dreifacher Hinsicht unzureichend. Zum *einen* wird den Gründen für die relative Machtlosigkeit umwelt- und entwicklungspolitischer Institutionen nicht nachgegangen. Damit ist jedoch nicht nur die Hoffnung auf einen Machtgewinn dieser Institutionen ohne erkennbare Grundlage. Hinter diesem Defizit steckt zudem ein technokratischer Steuerungsoptimismus bzw. ein „*Managerismus*“ (Redclift 1994), der davon ausgeht, dass Probleme bei richtigem Management im Kern lösbar seien. Dies ist tendenziell naiv. Vielmehr verdichten sich in verschiedenen Institutionen unterschiedliche Kräfte*verhältnisse* mit verschiedenen Interessen und Machtpotentialen im Rücken (Görg/Brand 2001a). Deshalb finden in den umwelt- und entwicklungspolitischen Institutionen im engeren Sinne schwächere Interessen auch eher Gehör. Es werden aber auch diese Institutionen

längst von den dominanten Akteuren genutzt: Wie gesehen, dient die CBD immer stärker den transnationalen Unternehmen und Forschungsinstituten zur Absicherung des Zugangs zu genetischen Ressourcen und „ihrer“ geistigen Eigentumsrechte. Auch diese Institutionen können also nicht einfach als Gewinn an nachhaltiger Entwicklung interpretiert werden, da sich in ihnen die Ambivalenzen des Prozesses der letzten zehn Jahre niedergeschlagen haben. Zugespitzt gefragt: Warum sollte eine Supraorganisation daran etwas ändern? Im Gegenteil, dominante Interessen können sich noch stärker durchsetzen.

Zum zweiten hängt dies mit der Tendenz zur Sektoralisierung von Politik. Obwohl die realen Entwicklungen wie auch die Tendenz der wissenschaftlichen Forschungen der letzten Jahre deutlich gezeigt haben, dass eine abgegrenzte Umweltpolitik weder vorhanden noch machbar ist, wird weiterhin auf abgegrenzte Politikfelder gesetzt. Die Entwicklung der Regimeforschung hat deutlich gezeigt, dass selbst wenn sich problemspezifische internationale Institutionen herausgebildet haben, die Wirkungsweise und der Erfolg dieser Institutionen im hohen Maße vom widersprüchlichen Zusammenspiel sehr unterschiedlicher Regime entscheidend beeinflusst werden - nicht zuletzt vom Verhältnis zwischen internationalen Umweltabkommen und Abkommen zur Handelsliberalisierung (Bernauer/Ruloff 1999). Die explizite Umweltpolitik kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern die gesamtgesellschaftliche Entwicklung gibt der globalen Regulierung der Naturverhältnisse den Rahmen vor.

Neben Managerismus und Sektoralisierung geht der Forderung zur Schaffung mächtiger internationaler Organisationen noch eine *dritte*, höchst problematische Annahme voraus: die „top-down“ Perspektive. Besonders problematisch ist diese im Hinblick auf den Umgang mit den sog. „global commons“, den globalen Gemeingütern. Als zentrales Argument wird an dieser Stelle genannt, dass es sich beim Schutz dieser Gemeingüter - wobei der Charakter *als* globales Gemeingut immer eine diskursive und oft höchst umstrittene Konstruktion darstellt - um globale Menschheitsprobleme handle und doch eigentlich alle zusammen ein Interesse an ihrer Lösung haben müssten. Faktisch entsteht dabei eine von Macht- und Herrschaftsinteressen durchgesetzte Form des globalen Managements, das Michael Goldman (1998) als *globales Ressourcenmanagement* bezeichnet hat. Diese Commons-Debatte wurde Goldman zufolge deshalb wichtiger, weil soziale Bewegungen das Funktionieren der herrschenden Institutionen herausgefordert hätten und weil die materielle Degradation die kapitalistische Reproduktion gefährden. In der Unterstellung, dass die lokale Übernutzung von Gemeingütern das entscheidende Problem sei, welches durch ein globales Management korrigiert werden müsse, wird ausgeblendet, dass es sich tatsächlich um konkrete Nutzungskonflikte handelt, bei der sich Konflikte zwischen globaler und lokaler Ebene und zwischen Nord und Süd überlagern. „Durch die Verlagerung der Forschungsperspektive auf Gemeingüter von einer lokalen auf eine globale Ebene werden Weideflächen nicht länger nur als Konfliktzonen zwischen oder unter Viehhaltern und Bauern definiert, sondern als kleine Fragmente irdischer Biomasse, deren falsche Bewirtschaftung nicht nur lokale oder regionale Bevölkerungen negativ beeinflusst, sondern uns allen schadet. Mit anderen Worten: lokale Nutzungsformen von Gemeingütern im Süden sind gleichzeitig ein Problem für den Norden.“ (ebenda 102)

Mit dem globalen Ressourcenmanagement bildet sich ein neuer Autoritäts- und Machttyp heraus, da globale Institutionen die als global definierten Ressourcen und Krisenherde verwalten sollen. Die einheimischen und regionalen Institutionen, so die Argumentation, seien dafür schlecht gerüstet. Das größte Problem für die globalen Ressourcenmanager bestehe - neben der Überbevölkerung, welche die Tragfähigkeit des Planeten gefährde - konsequenterweise darin, dass die globalen Institutionen nicht genug Macht hätten. Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Restrukturierung und ihrer neuen Formen der Naturaneignung kommt Goldman zu seiner Einschätzung der Rio-Konferenz: Es sei „die größte ‘Commons’-Show aller Zeiten“ gewesen, bei der es darum gegangen sei,

„die Gemeingüter zu restrukturieren (d.h. zu privatisieren, zu ‘entwickeln’, ‘produktiver zu machen’, zu bewerten, ‘den richtigen Preis zu bestimmen’), um sie den krisengeschüttelten kapitalistischen Ökonomien anzupassen. Die Wirkung ist daher auch nicht, destruktive Praktiken aufzuhalten, sondern sie zu normalisieren und stärker zu institutionalisieren und somit die *commoners* (die lokale Bevölkerung; U.B./C.G.) rund um die Welt noch größeren Risiken auszusetzen.“ (ebenda 91)

Damit wird auch das Wissen der lokalen Bevölkerung untergraben sowie deren Möglichkeit, überhaupt an den Auseinandersetzungen teilzunehmen, wie Gemeingut überhaupt zu definieren sei. Gerade im Bereich der NGOs ist Umwelt für viele längst zum *green business* geworden, bei dem internationale Großorganisationen wie *The Nature Conservancy* oder *Conservation International* sich mit ihrer starken Schutzorientierung wenig um die Belange lokaler Bevölkerung und viel um die wohlwollende Finanzierung durch transnationale Unternehmen kümmern. Die NGOs tragen durchaus bewusst dazu bei, dass Unternehmen und Forschungsinstitute in geschützten Gebieten besser ihre Bioprospektierungsprojekte durchführen können als in solchen, in denen sich die lokale Bevölkerung evtl. gegen die Aneignung ihrer Ressourcen und ihres Wissens wehrt (vgl. Delgado 2001).

Die Hoffnung auf ein top-down-Management des globalen Wandels wird also der Realität ökologischer Probleme in den Ländern des Südens nicht gerecht. Vielmehr wäre eine Stärkung der lokalen Ebene die aller erste Voraussetzung, um dem Gedanken einer nachhaltigen Entwicklung mehr Realitätsgehalt zu verschaffen (Barkin 1999; vgl. auch den Beiträge von Silvia Rodriguez und Silvia Ribeiro in diesem Band). Auch die globalen Machtverhältnisse werden in fataler Weise verschoben. Dies alles ist die Konsequenz einer „Astronautenperspektive“ (Sachs 1997), für die weltweite Ungleichheiten und die sozialen Herrschaftsverhältnisse, wenn überhaupt, nur noch eine nachgeordnete Bedeutung haben.

Zweifel an diesem Modell können schon dadurch geweckt werden, wenn seine historische Genese und damit der Zusammenhang zwischen Globalisierung und Natur genauer betrachtet werden. Die Konstruktion „einer globalen Natur“ aus der Astronautenperspektive ist nämlich lediglich die zeitgemäße Variante der ideologischen Verwendung des Naturbegriffs, in der diese gleichzeitig materiell als Gegenstand eines *globalen Managements* konstituiert wird. Unsichtbar gemacht wird mit der Konstruktion der einen Natur, dass ökologische Probleme in den verschiedenen Teilen der Welt vor dem Hintergrund verschiedener ökonomischer und kultureller Naturverhältnisse sehr unterschiedliche Formen annehmen können. So hat die „Third World Political Ecology“ (Bryant/Bailey 1997) darauf aufmerksam gemacht, dass in Ländern des Südens die ökologischen Belastungen viel direkter in die alltäglichen Lebensprobleme eingelassen sind: als Mangel an gesundem Wasser, von Feuerholz bzw. Brennmaterial, als hygienische und sanitäre Probleme oder als Versteppung und Wüstenbildung. Klima, Ozon oder auch „die“ Biodiversität, also die typischen Kandidaten für vermeintlich globale ökologische Probleme, sind dann Ausdruck einer sehr selektiven, rein nördlichen Perspektive auf Natur, die ihre eigene *partikulare* Perspektive nicht reflektiert, sondern unterschlägt und zu universalisieren versucht. Und diese globale Selektivität ist vielfach mit einer Geschlechtsblindheit verbunden, welche die geschlechtsspezifischen Auswirkungen nicht zur Kenntnis nehmen will (vgl. den Beitrag von Christa Wichterich in diesem Band).

Dieser selektiven Betrachtungsweise stellen Raymond Bryant und Sinéad Bailey (1997:27ff.) den Begriff einer „politisierten Umwelt“ (*politicised environment*) entgegen. Danach ist Umwelt (oder Natur) nicht eine unberührte, neutrale Umgebung menschlicher Aktivitäten, sondern in die Machtverhältnisse eingeschrieben: die natürliche Umwelt ist selbst umkämpft und stellt „ungleiche Machtverhältnisse zwischen Akteuren `eingeschrieben` sind“ dar (ebenda 43). Zentral ist dabei der Machtfaktor, der sich auf „die Fähigkeit eines Akteurs, die eigene Interaktion mit der Umwelt und die Interaktion anderer Akteure mit der Umwelt zu kontrollieren“ bezieht (ebenda 39). Die Kontrolle (oder Gestaltung) der Naturverhältnisse („die eigene Interaktion mit der Umwelt“) durch eine Akteursgruppe ist demnach in Verbindung zu sehen mit der Kontrolle über die Naturverhältnisse einer anderen Akteursgruppe - *beides zusammen* konstituiert spezifische Machtpositionen. Machtverhältnisse im Hinblick auf die natürliche Umwelt erstrecken sich nicht allein auf soziale Beziehungen zwischen Akteuren, wie es in der Mehrzahl sozialwissenschaftliche Machtbegriffe sehen, sondern sie sind auch durch die Naturverhältnisse der jeweiligen Akteursgruppen vermittelt. Christa Wichterich veranschaulicht in ihrem Beitrag, was dieser Sachverhalt bedeutet.

Dadurch ergeben sich komplexere und vielfach gebrochene Machtverhältnisse. Eine fehlende Kontrolle über die eigenen *Naturverhältnisse* (nicht: über die Umwelt/Natur) schwächt die Machtrelationen zu anderen Akteuren trotz überlegener sozialer Machtressourcen. Umgekehrt üben Gesellschaften einen Einfluss auf andere in dem Maße aus, wie es ihnen gelingt, auf die Gestaltung der Naturverhältnisse dieser Gesellschaften einzuwirken und sie ihren Zwecken zu unterwerfen. Beide Aspekte

sind also zu beachten: Zum einen werden Regionen dieser Erde als Rohstoffressource oder als globale Schadstoffsenke für andere konstituiert. Zum anderen besitzen sie ein Machtpotential, das sich daraus ergibt, dass die nördlichen Industriegesellschaften auf die Natur anderer Regionen angewiesen sind. Hier, in der Bewusstwerdung dieses Machtpotentials durch Akteure im Süden (insbesondere der indigenen Völker), liegt gegenwärtig einer der spannendsten Aspekte internationaler Politik.

Es gibt aber auch eine stark gegenläufige Entwicklung: Seit einiger Zeit lässt sich verstärkt beobachten, welche Auswirkungen diese Verbindung von Macht und Ökologie hat - und wie beides nach dem 11. September neue Verbindungen eingeht. Ökologische Sicherheit ist zu einem neuen Schlagwort geworden, bei dem ökologische Problemlagen für den Sicherheitsdiskurs funktionalisiert und militärische und ökologische Überwachungssysteme miteinander verquickt werden (vgl. dazu den Beitrag von Henri Acselrad in diesem Band). Mit dem Konzept der „politisierten Umwelt“ lässt sich erklären, warum es sich dabei um keinen Zufall noch um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Wenn die Naturverhältnisse ein Aspekt in den Machtbeziehungen zwischen Staaten und Regionen sind, dann ist es nur folgerichtig, auch Umweltprobleme verstärkt unter dem Blickwinkel nationaler Interessen und nationaler Sicherheit zu re-interpretieren. Historisch gesehen ist dies nichts absolut Neues, denn auch die Kolonialzeit wie das imperialistische Stadium des Kapitalismus verquickten Machtinteressen mit der Kontrolle über die Naturverhältnisse (Crosby 1991). Aber im Zeitalter neuer technologischer Potentiale - neben den Informations- und Kommunikationstechnologien sind hier auch die neueren Bio- und Gentechnologien zu berücksichtigen - nimmt dies doch andere Formen an. Zugespitzt ließe sich feststellen, dass auch in den Zeiten „nachhaltiger Globalisierung“ die machtgestützte und notfalls militärische Absicherung der nationalen Interessen ein vielleicht sogar zunehmend bedeutender Faktor in der Kontrolle über die Naturverhältnisse werden könnte - und nicht mehr die Suche nach kooperativen Bearbeitungsformen (wie unzureichend diese auch waren).

Neue Dynamiken: Globalisierungskritik

Ungeachtet all dieser Tendenzen gilt es festzuhalten, dass es Widersprüche gibt im System internationaler Politik. Das bedeutet, die unterschiedlichen Terrains mit ihren je spezifischen Konflikten im Auge zu behalten: die CBD ist nicht die WTO und wird von ihr auch nicht völlig dominiert. Vor allem die Widersprüche zwischen verschiedenen Foren bieten oftmals die Gelegenheit, auch schwächere Interessen mit Erfolg zu artikulieren. Dies lässt sich z.B. an den internationalen Diskussionen zum Schutz des traditionellen Wissens demonstrieren, die nicht zuletzt durch die erheblichen Spannungen zwischen der CBD sowie dem sog. Seeds-Treaty der FAO (dem sog. Saatgut-Vertrag von November 2001) und dem TRIPS-Abkommen der WTO hervorgerufen wurden (Brand/Görg 2001). Im Rahmen dessen geht es nicht einfach nur um rechtliche Regelungen, sondern darüber hinaus um veränderte Kräfteverhältnisse und um andere Orientierungen, weit über Umwelt- und Entwicklungspolitik i.e.S. hinaus.

Die eigentliche Hoffnung auf eine Tendenz hin zu einer „nachhaltigen Entwicklung“, die ernst machen würde mit einer tiefgreifenden Veränderung des gesellschaftlichen Entwicklungsmusters, kommt von ganz anderer Seite. Relativ unabhängig von der Debatte um Nachhaltigkeit hat sich in den letzten Jahren die praktische und theoretische Kritik am neoliberalen Kapitalismus verstärkt. Stichworte wie „Seattle“ und „Genua“ stehen für vielfältige Proteste, bei denen es um negative Auswüchse der neoliberalen Globalisierung geht. Dabei kam es zu einer Politisierung des Globalisierungsbegriffs: Der damit benannte Prozess, seine für viele Menschen katastrophalen Wirkungen und die damit verbundenen Interessen werden nicht mehr als hinzunehmende „Risiken“ oder zu behandelnde Begleiterscheinungen verstanden, sondern immer stärker als immanente Bestandteile der gesellschaftlichen Veränderungen und als Folge sozialer Kämpfe.

Gerade auf lokaler und nationaler Ebene bleiben die skizzierten dominanten Trends „nachhaltiger Entwicklung“ keineswegs unwidersprochen. Das Anfang Februar im brasilianischen Porto Alegre stattgefunden zweite „Weltsozialforum“ ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass *Kritik und Alternativen* gerade auf lokaler und nationaler Ebene formuliert und vorangetrieben werden. Die sich zuspitzenden Widersprüche (deren bloße Existenz erst einmal nichts heißt) werden von dieser heterogenen Bewegung politisiert. Die seit Seattle immer offenkundigere Globalisierungskritik ist auch eine Zurückweisung der Idee, „Weltprobleme“ ließen sich von oben, durch Experten und kooperativ

lösen. Der mit der UNCED erstmals derart breit propagierte Politiktypus der „globalen Runden Tische“ und die damit einhergehende Delegitimierung konfrontativer Politikansätze wird von der internationalen Protestbewegung – was immer bedeutet: von vielen verschiedenen Bewegungen und Organisationen auf nationaler und lokaler Ebene – gründlich in Frage gestellt.

Interessant ist, dass z.B. in der bundesdeutschen Diskussion sozial-ökologische Themen kaum eine Rolle spielen. Das Netzwerk *attac!* beispielsweise versteht sich eigenen Angaben zufolge als eine „Bewegung für ökonomische Gerechtigkeit“ (so Sprecher Sven Giegold auf dem Berliner *attac!*-Kongress im Oktober 2001). Auch im breiteren gesellschaftskritischen Spektrum hat die ökologische Dimension in den letzten Jahren an Bedeutung eingebüßt. Hinsichtlich aktueller Entwicklungen weist Barbara Unmüßig (2001: 3) darauf hin, dass auch die globalisierungskritische Bewegung auf diesem Gebiet noch Nachholbedarf hat. Sie sitzt bislang der falschen Trennung von „harten“ wirtschaftlichen und politischen Fragen einerseits und „weichen“ Fragen vermeintlich geringerer gesellschaftlicher Relevanz auf. Im Gegensatz zu vielen Bewegungen in südlichen Ländern. Die Aufgabe wäre also, der Krise der Naturverhältnisse wieder einen wichtigeren Stellenwert in der Kritik an den dominanten Strategien zur globalen Umstrukturierung zu verschaffen.

Dazu ist Katastrophismus wenig angebracht. Der diene immer der Stärkung beharrender Kräfte und delegitimierte Kritik mit dem Verweis, dass jetzt sofort gehandelt werden müsse. Auch linke Intellektuelle wie Alain Lipietz skizzierten um Rio herum dramatisch: „Der ökologische Krieg hat begonnen. Wie der Golfkrieg, so markiert auch dieser einen Wendepunkt in der Geschichte der menschlichen Gattung. Er wird lange dauern: in etwa vierzig Jahre. So viel Zeit bleibt der Menschheit, sich entweder zu retten oder mit dem kleinen Raumschiff Erde unterzugehen. In dieser Zeit wird sich auch herausstellen, wen es erwischen wird.“ (Lipietz 1993: 79) Solche Bilder führen paradoxerweise zu recht realpolitischen Optionen – bei Lipietz etwa zur notwendigen Stärkung Europas gegenüber den USA. Wichtiger wäre sicherlich eine *Remoralisierung der Ökonomie* (von Braunnmühl 2001: 192f.) sowie eine Integration ökologischer und sozialer Belange bei der Gestaltung der Globalisierung. Dazu sind neue Leitbilder des guten Lebens gefragt und eine stärkere Einbeziehung demokratischer Kräfte in die auf politischen Ebenen zu treffenden Entscheidungen sowie in das Monitoring privatwirtschaftlicher Strategien.

Die größte Gefahr dürfte dagegen von der Metapher der *nachhaltigen Globalisierung* ausgehen. Natürlich nicht von dem Begriff selbst, sondern von dem damit transportierten Verständnis. Denn die „zivilgesellschaftlichen“ Politikvorstellungen des Rio-Prozesses basierten lange Zeit auf der Annahme, dass mit Kooperation, alternativer Expertise und dem Appell an die aufgeklärten Eigeninteressen in Wirtschaft und Politik das Leitbild durchgesetzt werden könnte. Die 90er Jahre haben besonders deutlich gezeigt, dass die damit verbundenen politischen Konzepte sich nicht als erfolgreich erwiesen haben. Oft genug dienten sie eher der Legitimation der „großen“ Entscheidungen von Regierungen, Unternehmen und Medien. Diese konnten die ihnen genehmen Aspekte von Kritik herauspicken und sich auf diese Weise auch noch selbst legitimieren.

Die neoliberale Globalisierung hat sich durchgesetzt – und zwar nicht kooperativ, sondern vor allem „von oben“. Heute zu meinen, dass dieser ungleich machtvollere Prozess wiederum mit Kooperation, Expertise und dem Appell an Einsichtsfähigkeit zu stoppen sei, ist bestenfalls naiv. Diesem Glauben nicht aufzusitzen, das ist einer der wichtigsten Beiträge der aktuellen globalisierungskritischen Bewegung. Und dies sollte nicht mit einer neuen Runde der „Hofferei“ (Wolf-Dieter Narr) im nun anlaufenden Johannesburg-Prozess verschenkt werden. „Nachhaltige Globalisierung“ – das könnte zum ideologischen Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens werden. Es lässt sich leicht ausmalen, dass dieser Begriff, den Akteure wie NGOs oder Intellektuelle in kritischer Absicht auf die Tagesordnung setzen, nur wenig später in den Hochglanzheften von Opel und Aventis im ICE zu lesen sein wird. Die Funktion des Leitbegriffs hätte sich damit erneut erfüllt.

Wichtig wäre statt dessen in der öffentlichen Auseinandersetzung, den Glauben an die technokratischen Allheilmittel und das „Management“ von Problemen infrage zu stellen. Selbstbestimmung, Menschenwürde und die Befriedigung elementarer Bedürfnisse werden nicht durch Effizienzdenken und Managerismus erreicht. Dagegen gilt es kritische Praxen zu stärken. Ob und wie diese sich auf die Formel der „nachhaltigen Entwicklung“ beziehen, erscheint zweitrangig. Wichtiger scheint dagegen zu sein, wie konkrete Inhalte aufgegriffen werden, wie mit sozialen Interessen umgegangen

und ob eine Kritik an den herrschenden Verhältnissen, d.h. eine umfassende Herrschaftskritik mitgedacht wird. Vor allem wäre ein Glaube zu unterlaufen, der trotz und wegen allem pragmatischen Managerismus doch deren Fundament ist: der Glaube an die Unhintergebarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, an die Alternativlosigkeit kapitalistischer Globalisierung. Und gerade hier haben die Bewegungen der letzten Jahre die meisten Erfolge zu verzeichnen. Nicht eine „nachhaltige Globalisierung“, sondern die nachhaltige Zurückdrängung ihrer treibenden Kräfte muss das Ziel einer wirklich nachhaltigen Entwicklung sein. In diesen Auseinandersetzungen entwickeln sich bereits heute Alternativen, Reformvorschläge und Vorstellungen einer anderen, vielleicht dann „nachhaltig“ genannten Gesellschaft.

Literatur:

- Acsehrad, Henri/Sedrez, Lise F. (1995): Sustainability, Discourses, and Disputes. WEED/IBASE-Workshop "Sustainability: Non-governmental perspectives", MS, Rio de Janeiro
- Altwater, Elmar (1992): Der Preis des Wohlstands - oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Münster
- Annan, Kofi (2001): Implementing Agenda 21. Report from the Secretary General to the ECOSOC. <http://www.johannesburgsummit.org>
- Armborst, Stefan/Brand, Ulrich (1996): Nachhaltig zukunftsfähig? Kritik der Wuppertaler Umwelt-Studie. In: Blätter des iz3w, Nr. 211/Februar, S. 38-40
- Barkin, David (1998): Wealth, Poverty and Sustainable Development, Mexiko City
- Biermann, Frank/Simonis, Udo Ernst (1999): Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung. Funktionen, Chancen, Probleme. Policy-Paper Nr. 9 der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn
- Brand, Karl-Werner/Jochum, Georg (2000): Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung, Text der Münchener Projektgruppe für Sozialforschung 1/2000
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2001): Access & Benefit Sharing. Zugang und Vorteilsausgleich - das Zentrum des Konfliktfelds Biodiversität, Hrsg. von Germanwatch und dem Forum Umwelt&Entwicklung, Bonn
- Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (2001): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster
- Braunmühl, Claudia von (2001): Nachhaltigkeit. In: Leggewie, Claus/Münch, Richard (Hg.): Politik im 21. Jahrhundert. Frankfurt/M., S. 186-196
- Bryant, Raymond L./Bailey, Sinéad (1997): Third World Political Ecology, London/New York.
- BUND/Misereor (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel
- Ceceaña, Ana Esther/Barreda, Andrés (Hg) (1995): Producción Estratégica y Hegemonía Mundial. Mexiko-Stadt
- Correa, Carlos (2000): Intellectual Property Rights, the WTO and Developing Countries. The TRIPS Agreement and Policy Options, London/New York and Penang
- Crosby, Alfred W. (1991): Die Früchte des weißen Mannes, ökologischer Imperialismus 900 - 1900, Frankfurt/New York
- Delgado Ramos, Gian Carlo (2001): Biopiraterie und geistiges Eigentum als Eckpfeiler technologischer Herrschaft: Das Beispiel Mexiko. In: Das Argument 242, Nr. 4/5, S.481-494
- Dowdeswell, Elisabeth (2001): Design for the real World. Ideas for achieving Sustainable Development. Lecture at the Harvard University Center for the Environment, December 12, 2001
- Eblinghaus, Helga; Stickler, Armin (1996): Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Frankfurt/M.
- Enquete-Kommission (Hg., 1994): Die Industriegesellschaft gestalten. Bericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages, Bonn

- Fues, Thomas (1998): Rio plus 10. Der deutsche Beitrag zu einer globalen Strategie für nachhaltige Entwicklung. Policy Paper 6 der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn
- Gill, Stephen (1995): The Global Panopticon. The Neoliberal State, Economic Life, and Democratic Surveillance. In: *Alternatives* 20(1), S. 1-49
- Görg, Christoph (1996): Sustainable Development - Blaupause für einen 'ökologischen Kapitalismus'? In: Brentel, Helmut u.a. (Hg.): *Gegensätze. Elemente kritischer Theorie*, Frankfurt/New York, S. 178-193
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (1999): Globale Umweltpolitik und nationalstaatliche Konkurrenz. Zur Regulation der biologischen Vielfalt. In: Hein, Wolfgang/Fuchs, Peter (Hg.): *Globalisierung und Ökologie*. Hamburg, S. 231-264
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2001a): Postfordistische Naturverhältnisse. NGOs und Staat in der Biodiversitätspolitik, in: Brand, Ulrich u.a. (Hg) 2001, S. 65-93
- Görg, Christoph /Brand, Ulrich (2001b): Patentierter Kapitalismus, in: *Das Argument* 242; Heft 4/5, S. 466-480
- Goldman, Michael (1998): Allmacht und Allmende. Die „Commons“-Debatte und der Aufstieg der globalen Ressourcenmanager. In: Flitner, Michael/Görg, Christoph/Heins, Volker (Hg.): *Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik*. Opladen, S. 87-118
- Hauff, Volker; Hg (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft*. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven
- Hermle, Reinhard (Hg., 1997): *Ein Buch macht von sich reden*, Aachen
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin
- Hirsch, Joachim (2000): Die Internationalisierung des Staates. Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie. In: *Das Argument* 42 (3), S. 325-339
- Hirsch, J./B.Jessop/N.Poulantzas (2001): *Die Zukunft des Staates*. Hamburg
- Hoedeman, Olivier (2001): Industry's Rio+10 Strategy: Banking on Feelgood P.R. In: *Corpotea Europe Observer*, Nr. 10, S. 10-15. <http://www.xs4all.nl/~ceo/observer10/observer10.pdf> (Januar 2002)
- IIED (2001): *The Future is Now*. For the UN World Summit on Sustainable Development, Vol.1, April, published by the International Institute for Environment and Development, London (<http://www.iied.org>)
- ISOE (Hg) (1994): *Sustainable Netherlands. Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande*, herausgegeben vom Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt/M.
- Jörissen, J./D.Rink/G.Kneer (2000): Nachhaltigkeit und Wissenschaft: Synopse zur Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in konzeptionellen Studien. In: *TA-Datenbank-Nachrichten*, 9.Jg, Nr.2, Juni 2000, Forschungszentrum Karlsruhe
- Kant, Immanuel (1977): *Ideen zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht*. In: ders.: *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik*, Werkausgabe Bd. XI, Frankfurt/Main
- Kuppe, René (2001): Der Schutz des traditionellen umweltbezogenen Wissens indigener Völker. In: Klaffenböck, Gertrude et. al. (Hg.): *Biologische Vielfalt. Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen?* Frankfurt/M., S. 141-155
- Ling, Chee Yoke/Khor, Martin (2001): *International Environmental Governance. Some Issues from a Developing Country Perspective*. Working Paper by the Third World Network. (www.twinside.org.sg/title/ieg.htm) (January 2002)
- Lipietz, Alain (1993): *Berlin, Bagdad, Rio*. Das 21. Jahrhundert hat begonnen. Münster
- Müller-Kraenner, Sascha/Greger, Nika (2001): Die Globalisierung von Nachhaltigkeit. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Von Rio nach Johannesburg. Beiträge zur Globalisierung der Nachhaltigkeit*. Johannesburg Papers, Nr. 4, S. 7-24

- Paul, James A. (2001): Der Weg zum *Global Compact*. Zur Annäherung von UNO und multinationalen Unternehmen. In: Brühl, Tanja et al. (Hg.), *Privatisierung der Weltpolitik*. Bonn, 104-129
- Poulantzas, Nicos (1978): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*, Hamburg
- Sachs, Wolfgang (1997): Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines Leitbilds. In: Brand, Karl-Werner (Hg): *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*, Opladen, S. 93-110
- Sachs, Wolfgang (2000): *Wie zukunftsfähig ist die Globalisierung? Studien und Berichte Heinrich-Böll-Stiftung*, Nr. 3, Berlin
- Seiler, Achim (2000): Die Patentierung lebender Materie. Das WTO-TRIPS-Abkommen und die Optionen zur Umsetzung des Artikel 27.3 (b). Bonn (Forum Umwelt & Entwicklung)
- SAPRI (2002): Weltweite Armutsproduktion statt globale Armutsbekämpfung, Zusammenfassung der Ergebnisse der Structural Adjustment Participatory Initiative. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Sonderdienst Nr. 1-2/Januar 2002
- Spehr, Christoph/Stickler, Armin (1997): Morphing Zone. Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken. In: Foitzik, Andreas/Marvakis, Athanasios (Hg.), *Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche*. Hamburg, S. 211-225
- SRU (1994): *Umweltgutachten 1994*. Sachverständigenrat für Umweltfragen, Drucksache 12/6995, Stuttgart
- Stoll, Peter-Tobias (1999): Werte der Vielfalt aus rechtlicher Sicht. In: Görg, Christoph u.a. (Hg): *Zugänge zur Biodiversität*. Marburg, S. 187-202
- UNEP (2000): *Global Environmental Outlook 2000*, United Nations Environmental Program, London
- Unmüßig, Barbara (2001): Zwischen Nachhaltigkeitsrhetorik und Wettbewerbsfixierung. Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 5/Dezember, S. 1-3
- VCI (1995): *Sustainable Development*, Verband der chemischen Industrie, Frankfurt/Main
- Wichterich, Christa (1998a): Der Gipfel-Tango aus Frauensicht. In: Calließ, Jörg (Hg.): *Barfuß auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik*, Loccum, S. 43-52.

Brand, Ulrich; Görg, Christoph: "Nachhaltige Globalisierung"? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens. In: Görg, Christoph ; Brand, Ulrich (Hrsg.): *Mythen globalen Umweltmanagements: Rio + 10 und die Sackgassen "nachhaltiger Entwicklung"*. Münster : Westfälisches Dampfboot, 2002, S. 12-47.

Soziale Nachhaltigkeit als konkrete Utopie?

von Ulrich Schachtschneider

Politiken einer nachhaltigen Entwicklung, die mehr sein möchten als schmückendes Beiwerk, stoßen schnell an strukturelle Grenzen der zeitgenössischen Formation eines finanzmarktdominierten Kapitalismus. Offensichtlich beherbergen die konkreten Ziele nachhaltigkeitsorientierter Sozial-, Umwelt- oder Wirtschaftspolitik gesellschaftliche Entwicklungsrichtungen, die unabhängig von den jeweiligen konkreten Kontexten in Konflikt mit tieferliegenden Strukturen des zeitgenössischen Kapitalismus, möglicherweise auch der bisherigen Entwicklung der modernen Gesellschaft insgesamt, geraten. In welche grundlegenden Richtungen würde eine Realisation der vielfältigen Vorschläge aus Nachhaltigkeitskonzepten, ein Erfolg der Projekte nachhaltigkeitsorientierter Programme die Struktur der Gesellschaft denn überhaupt verändern, seien es nun – um nur beispielhaft die Bandbreite zu skizzieren – Projekte zum Thema Flächenverbrauch, Müllvermeidung, Energiesparen, Schienenverkehr, Armutsbekämpfung oder etwa zur Mitbestimmung im Wohnquartier? Um eine erste Diskussion dieser Fragen leisten zu können, ist eine Abstraktion der Nachhaltigkeitsforderungen aus ihren konkreten Kontexten nötig. Ich werde deshalb die Frage der Anschlussfähigkeit von Nachhaltigkeitspolitiken anhand von grundlegenden analytischen Kategorien von Nachhaltigkeitsansätzen diskutieren. Diese werde ich dann in Beziehung setzen zu den Grundstrukturen der aktuellen postfordistischen Formation des Finanzmarktkapitalismus. Die meisten, wenn auch nicht alle Nachhaltigkeitsansätze sind mit dem zeitgenössischen Kapitalismus nicht kompatibel – dies wird zunächst nicht verwundern. Fraglich ist aber auch, ob die im bisherigen Nachhaltigkeitsdiskurs zu beobachtenden Ansätze zu Projekten der modernen Gesellschaft insgesamt taugen – ob sie also von der Linken als Transformationsprojekt propagiert werden können.

Solidarisch-substanzielle soziale Nachhaltigkeitsansätze

Unter »nachhaltiger Entwicklung« bzw. »Nachhaltigkeit« ist eine Entwicklung, die dauerhaft durchhaltbar ist, zu verstehen. Daraus ergibt sich die Forderung nach intra- und intergenerationaler Gerechtigkeit: Eine Politik, die jetzt keine Gerechtigkeit herstellen kann, ist ebenso wenig dauerhaft durchhaltbar wie eine Politik, die Probleme auf folgende Generationen abwälzt. Intra- und intergenerationale Gerechtigkeit ist nur zu erreichen bei einer Integration ökonomischer, sozialer und ökologischer Politikziele. Dies ist die entscheidende Neuerung, die mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs seit etwa anderthalb Jahrzehnten auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Dies klingt zunächst harmlos, hat es aber in sich, wenn wir die Implikationen des Anspruchs auf Integration bzw. auf Ganzheitlichkeit in den Blick nehmen. Zum einen verbietet sich die Priorisierung eines der drei Ansprüche. So geht der reine ökonomische Liberalismus etwa davon aus, dass die Verfolgung seiner politökonomischen Ziele der Schaffung freier Märkte ausreicht, auch alle anderen möglichen Ansprüche von Entwicklung zu befriedigen. Soziale und ökologische Politikziele werden schlichtweg für unnötig gehalten. Zum anderen verbieten sich additive Politiken, wie sie etwa im Rahmen der sozialdemokratischen Gestaltung des Finanzmarktkapitalismus¹ versucht werden. Nicht nachhaltig kann es sein, wenn die Wirtschaftspolitik Prozesse der Spaltung vorantreibt und benötigt, die dann mit Sozialpolitik wieder zurückgedrängt werden sollen. Diese nicht integrative Politik produziert systematisch Zielkonflikte. Sie kann nicht dauerhaft durchgehalten werden – sie ist nicht nachhaltig.

Nachhaltigkeit mit seinem Integrations- und Gerechtigkeitsanspruch ist der »vielleicht wichtigste gesellschaftspolitische Gegenentwurf zur neoliberalen Weltordnung«². Eine nachhaltige Entwicklung erfordert nicht nur dauerhaft durchhaltbare Techniken der Produktion, wie sie etwa in den technologischen Meta-Forderungen nach mehr Effizienz (Verbraucht weniger Energie und Rohstoffe für

¹ Vgl. Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2006, Hamburg 2006.

² So Joachim Spangenberg in: Nachhaltigkeit – Konzept, Grundlagen, Herausforderungen, Anwendungen, in: UTOPIE kreativ, H. 174, Berlin 2005.

eure Produkte!) und mehr Konsistenz (Macht natürliche und anthropogene Stoffkreisläufe kompatibel!) zum Ausdruck kommen. Eine nachhaltige Entwicklung wird sich nach allem, was wir heute über die begrenzten Ressourcen des Globus wissen, nicht allein technologisch erreichen lassen. Die Grenzen der Technik und der Physik zwingen uns, über andere Konsumstrukturen und Lebensstile nachzudenken. Zur Nachhaltigkeit gehören damit auch andere Gesellschaftsstrukturen. Die Sozialstruktur der Gesellschaft muss dabei zwei Anforderungen genügen: Sie muss erstens kompatibel mit den ökologischen Randbedingungen sein und sie muss zweitens sozial dauerhaft durchhaltbar sein. Das ist gemeint mit sozialer Nachhaltigkeit.

Als Gegenentwurf zum aktuell hegemonialen Neoliberalismus wirkt Nachhaltigkeit gerade dann, wenn sie nicht liberalistisch-prozedural, sondern solidarisch-substanziell gefasst wird. Nach dem liberalistisch-prozeduralen Verständnis ist Nachhaltigkeit als regulative Idee, als ständig neu auszuhandelnder Prozess und daher nicht substanziell zu bestimmende Qualität zu fassen. So liegt demnach etwa das »Wesen der sozialen Dimension« von Nachhaltigkeit in der »Umsetzung gesellschaftlich determinierter Gerechtigkeitsvorstellungen ...«³. Als Elemente einer »solidarischen Gesellschaft« werden dann prozedurale Oberziele wie etwa »Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit«⁴ angeführt.

Demgegenüber steht ein solidarisch-substanzielles Verständnis von Nachhaltigkeit, insbesondere von sozialer Nachhaltigkeit. Für eine nachhaltige Entwicklung wird etwa eine gesellschaftliche Tendenz, eine Änderung der Sozialstruktur in Richtung von mehr Egalität und mehr Kommunarität für notwendig gehalten. Beide Ansätze basieren auf einer solidarischen Haltung, wenn auch die Handlungsorientierungen sich auf verschiedene gesellschaftliche Ebenen beziehen. Die egalitäre Forderung nach Gleichverteilung von Inanspruchnahmen natürlicher Ressourcen bezieht sich auf die Gesamtgesellschaft, die komunitäre Forderung nach mehr Gemeinschaftsbindungen fordert ein solidarisches Handeln, welches im Wesentlichen auf Kontexte innerhalb partikularer Gruppen bezogen ist.

Ausgangspunkt für den egalitären Ansatz war die Analyse einer stark asymmetrischen Inanspruchnahme global knapper Umweltgüter, die auf Dauer nicht zu verteidigen und auch normativ nicht zu legitimieren sei. So heißt es im Abschlussdokument der Konferenz von Rio, der Agenda 21: »Während in bestimmten Teilen der Welt übermäßig konsumiert wird, bleiben die Grundbedürfnisse eines großen Teils der Menschheit unbefriedigt.«⁵ Die Antwort auf diesen Zustand trägt dabei deutlich egalitäre Züge und geht über reine Armutsbekämpfung hinaus. So ist selbst in der aufgrund ihres Konsensanspruches notwendig stark kompromissförmigen Agenda 21 etwa die Rede von einer »größeren Ausgewogenheit der Einkommensverteilung « als »größte[r] Herausforderung überall auf der Welt«⁶, von »übermäßigem Konsum« und »überhöhten Ansprüchen« der wohlhabenden Bevölkerungsteile⁷. Diese Sichtweise wird zum Zentrum der folgenden, den Globalanspruch operationalisierenden Nachhaltigkeitsstudien »Sustainable Netherlands«⁸ und daran anschließend »Zukunftsfähiges Deutschland«⁹. Dort wird der egalitäre Anspruch in das Konzept des paritätischen Pro-Kopf-Umweltraums gegossen, der ein Höchstmaß an persönlichen Umweltnutzungsrechten für jeden Erdbewohner festlegt.¹⁰ Das Konzept des global-paritätischen Umweltraums hat egalitäre Implikationen in Richtung einer faktisch dramatisch stärkeren Gleichverteilung von Einkommen durch die Annähe-

³ Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« des 13. Deutschen Bundestages (Hrsg.): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlussbericht, Bonn 1998, S. 38.

⁴ Ebenda, S. 48.

⁵ BMU (Hrsg.): Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21, Bonn o. J., S. 22.

⁶ Ebenda, S. 18.

⁷ Ebenda, S. 22.

⁸ Institut für sozialökologische Forschung (ISOE)/ (Hrsg.): Sustainable Netherlands – Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande, Frankfurt/M. 1993.

⁹ BUND/Misereor (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal- Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel u. a. 1996.

¹⁰ Eine noch konsequentere Ausformung dieses Konzeptes findet sich bei Lothar Mayer: Ausstieg aus dem Crash. Entwurf einer Ökonomie jenseits von Wachstum und Umweltzerstörung, Oberursel 1999. Ebenso bei Saral Sarkar: Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen, 2001.

rung der Konsumrechte, auch wenn diese Konsequenz – aus welchen Gründen auch immer – von seinen Autoren nicht immer expliziert wurde.¹¹

Der andere solidarisch-substanzielle Ansatz geht von der notwendigen Stärkung gemeinschaftlicher Bezüge aus. Ausgangspunkt ist die Kritik der Auswirkungen der Individualisierung in modernen Gesellschaften. Ihre allzu große Ausdehnung wird aufgrund ihrer sowohl narzisstisch-distinktiv als auch kompensatorisch motivierten Konsumförderung als Barriere ressourcensparender Lebensstile und damit als ökologisch nicht nachhaltig betrachtet. Ein zweiter Begründungsstrang besteht aus der Sorge um nachlassendes Gemeinwohlerengagement durch eine fragmentierende Wirkung von Individualisierung. Der Erhalt und der Ausbau sozialen Kapitals, in diesem Zusammenhang verstanden als die Kapazität sozialer Bindungen zur näheren sozialen Umgebung, wird als Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhang überhaupt und damit für soziale Nachhaltigkeit gesehen. Ausdrücke dieser Orientierungen sind etwa die starke Gewichtung der lokalen Agenda oder die Aufwertungen demonetarisierter Sphären der Nachbarschaften und der bürgerschaftlichen Gemeinschaftsarbeit in den Nachhaltigkeitskonzepten.¹² Dieser kommunitäre Ansatz hat im Laufe des letzten Jahrzehnts im Unterschied zum Leitbild der Egalität weniger an Attraktivität verloren. Es wird unverändert auf lokale Nachhaltigkeit gesetzt, auch in neueren Konzepten wird eine stärker gemeinschaftliche Organisation gesellschaftlicher Arbeit anvisiert.¹³

Die Forderungen nach mehr Egalität und mehr Kommunarität (Gemeinschaftlichkeit) sind soziale Nachhaltigkeitsansätze, die auf eine starke Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen zielen. Als weiterer sozialer Nachhaltigkeitsansatz ist die Forderung nach umfassender Partizipation zu nennen, gekoppelt mit dem Anspruch, einen Konsens zu finden. Im Gegensatz zum Modus der politischen Entscheidungsfindung in der parlamentarischen Demokratie, der durch Repräsentation und Mehrheitsprinzip charakterisiert ist, sollen alle Betroffenen direkt eingebunden, möglichst jede Meinung und jedes Interesse berücksichtigt werden. Nur solche politischen Lösungen gelten als nachhaltig, die alle Interessen einbeziehen.

Ebenso zum solidarisch-substanziellen Ansatz sozialer Nachhaltigkeit gehört Suffizienz (Genügsamkeit). Wiederum ausgehend vom Konzept des globalen Umweltraumes wird vom Einzelnen erwartet, auf Konsum zu verzichten, um damit andere am weltweiten Gebrauch natürlicher Ressourcen teilhaben lassen zu können. Insofern handelt es sich hier nicht um eine rein individuelle Präferenzverschiebung, sondern um einen sozialen Vorgang. In dieselbe Richtung einer größeren Suffizienz gehen Strategien der Regionalisierung und der Entschleunigung. Die Optionen der Masse der Konsumenten werden eingeschränkt, wenn der Zugang zu Waren aus größerer Entfernung erschwert oder verunmöglicht wird – etwa durch die Verteuerung des Warentransports durch Ökosteuern. Eine Einschränkung der Optionen ist es auch, wenn die Fortbewegung verlangsamt wird, indem ressourcenintensive Geschwindigkeiten (z. B. Flugverkehr) unerreichbar teuer gemacht werden. Die sozialen Nachhaltigkeitsansätze

- Egalität (Nutzt den Umweltraum paritätisch!)
- Kommunarität (Nutzt Güter gemeinsam!)
- Partizipation, Konsensualität (Beteiligt alle! Überstimmt keinen)
- Suffizienz (Verbraucht weniger!)
- Regionalität, Langsamkeit (Vermeidet Wege, lebt ruhiger!)

¹¹ Vgl. die Analyse des Gesellschaftsbildes von ausgewählten Nachhaltigkeitskonzepten in Ulrich Schachtschneider: Zukunftsfähige Gesellschaften, Gesellschaftsbilder von Nachhaltigkeitskonzepten im Vergleich, Oldenburg 2000.

¹² Während in »Sustainable Netherlands« so exemplarisch die zulässige Nutzung des »Umweltraums« auf jeden Erdenbürger heruntergerechnet und entsprechende persönliche Reduktionsziele für Bewohner der Niederlande abgeleitet werden, teilt die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« den Ansatz des paritätischen globalen Umweltraums, begnügt sich allerdings mit dessen Operationalisierung bis auf die nationalstaatliche Ebene. Aus verständlichem Grund: Durch diesen Stopp der Operationalisierung des Konzepts an der nationalstaatlichen Grenze braucht die intranationale Verteilung des Ressourcenverbrauchs nicht in Frage gestellt zu werden.

¹³ So wird etwa in der im Nachhaltigkeitsdiskurs einflussreichen Studie des Verbundprojektes »Arbeit und Ökologie« die Ausweitung des Angebots an »betrieblicher, kommunaler und selbstorganisierter Pflege« und eine »öffentliche Infrastruktur für Gemeinschafts- und Eigenarbeit« gefordert. Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf 2000, S. 47 ff.

sind als analytische Kategorien zu verstehen. Sie tauchen so explizit in Nachhaltigkeitskonzepten und -studien nicht auf. Viele der dort propagierten Vorschläge, Projekte etc laufen jedoch auf eine Änderung in Richtung einer oder mehrerer dieser analytischen Kategorien hinaus.¹⁴ Dies gilt zumindest für diejenigen Nachhaltigkeitskonzepte von Umweltverbänden, kritischer Wissenschaft, sozialen Bewegungen, linken Organisationen und Parteien, die auf eine starke Änderung der Entwicklungsrichtung der modernen Gesellschaft drängen. Natürlich gibt es auch Nachhaltigkeitskonzepte, die gravierende Änderungen in die oben angeführten Richtungen nicht für nötig halten, wie etwa viele Stellungnahmen aus Wirtschaftsverbänden oder das Nachhaltigkeitskonzept der Bundesregierung. Sie sollen im Rahmen dieses Beitrags nicht weiter untersucht werden. Ziel dieses Beitrages ist es hingegen, die Chancen der oben genannten, wesentlich auch von der Linken aufgenommenen Forderungen mit Änderungskonsequenz zu diskutieren.

Nachhaltigkeitsprogrammatik in der Linkspartei

So findet sich auch im Parteiprogramm der PDS der soziale Nachhaltigkeitsansatz der egalitären Umweltraumnutzung: »20% der Weltbevölkerung dürfen nicht länger 80 % aller Ressourcen verbrauchen. Umweltpolitik ist nicht vorstellbar, ohne die Lösung drängender sozialer Fragen voranzutreiben ... Ohne soziale Sicherheit wird es keine Bereitschaft zur Veränderung der Lebensweise geben ... Es ist nicht nur eine Effizienzrevolution in Produktion und Verbrauch notwendig, sondern auch die Abkehr von der Vorstellung, selbst oberhalb eines bestimmten Wohlstandes den Verbrauch immer weiter steigern zu können. Dies bedarf eines tiefgreifenden kulturellen Wandels ...«. Angedeutet wird hier, dass Suffizienz nur bei stärkerer Egalität durchsetzbar ist.¹⁵ In die gleiche Richtung geht auch die Argumentation von Raimund Köhn, wenn er vorrechnet, dass bei weiter steigendem Wirtschaftswachstum Mengenentwicklungen Effizienzsteigerungen beim Ressourcenverbrauch kompensieren werden. Folglich fordert er – entgegen mehrheitlicher Auffassungen in der Linkspartei –, dass das »Wirtschaftswachstum als Ursache der Umweltzerstörung und -belastung wieder in den Mittelpunkt rückt.«¹⁶ Gerade dies setzt aber die Verteilungsfrage verschärft auf die Tagesordnung: »Eine Lösung kann nur durch die sozialkulturelle Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums erreicht werden, die in einem ersten Schritt mit der erheblichen Verringerung der Durchschnittsarbeitszeit verbunden ist ...«¹⁷

Im PDS-Programm taucht ebenfalls der Ansatz der Regionalisierung auf: »Die PDS fordert umweltgerechte internationale Arbeitsteilung. Sinnvoller internationaler Austausch von Waren und Dienstleistungen, weltumspannender Informationsaustausch, Regionalisierung von Stoff- und Energiekreisläufen sowie humane Dienstleistungen vor Ort müssen einander durchdacht ergänzen.«¹⁸ Regionalisierung wird hier gefordert, aber nicht absolut gesetzt. Die Kombination aus internationaler Arbeitsteilung dort, wo sie sinnvoll ist, und regionalisierten Kreisläufen kann als partielle Regionalisierung bezeichnet werden. Der Regionalisierung wird jedoch nicht nur ein ökologischer, sondern auch ein sozialer Nutzen durch die Aufwertung attestiert: »Regionalisierung ist dazu angetan, die demokratischen Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei den Umgestaltungen in ihren Lebensräumen zu verstärken.«¹⁹ Hier schimmert der Gedanke der Gemeinschaftlichkeit durch eine Aufwertung nähräumlicher Lebenswelten durch. Deutlicher noch wird dies betont in den »umweltpolitischen Vorschlägen«: »Gerecht und zukunftsfähig ist die Schaffung und Förderung regionaler Wertschöpfungs-

¹⁴ Zum Konzept der analytischen Nachhaltigkeitsansätze sowie ihrer Verbreitung in verschiedenen Nachhaltigkeitsstudien und Konzepten vgl. Ulrich Schachtschneider: Nachhaltigkeit als geänderte Moderne? Spielräume nichttechnischer Strategien nachhaltiger Entwicklung, Frankfurt/M. 2005.

¹⁵ Für diesen Zusammenhang fehlt anderen Vertretern der Nachhaltigkeit – etwa den Bündnisgrünen – der Blick, da sie Verteilungsprobleme als altmodische Fragestellung betrachten. Dieser Zusammenhang sollte als originäres Gedankengut der Linken stärker herausgestellt werden.

¹⁶ Vgl. Raimund Köhn: Soziale und ökologische Nachhaltigkeit. RLS-Standpunkte 1/2006.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Vgl. Programm der PDS, 2003.

¹⁹ Ebenda.

ketten, weil ... sie Identität mit der Region schaffen.«²⁰ Eine Orientierung auf den Nahraum als wesentliche soziale Nachhaltigkeitsstrategie findet sich auch in anderen Dokumenten der Nachhaltigkeitsdiskussion der Linkspartei. In den »Thesen zur 5. Ökologischen Konferenz der Linkspartei.PDS Brandenburg« heißt es in Auswertung eines Berichts des IPCC²¹ zum Klimawandel: »Alle vorgeschlagenen Handlungslinien unterstreichen die Notwendigkeit, den Klimaschutz nicht als naturwissenschaftliches Phänomen zu betrachten, sondern seine gesellschaftlichen Ursachen und Folgen in die Lösungssuche einzubeziehen, ... Diese wissenschaftlich fundierten Aussagen sollen Ermutigung für all jene sein, die sich im Sinne der AGENDA 21 für die vorrangige Orientierung auf lokale und regionale Nachhaltigkeit engagieren.«²²

Nachhaltigkeit und moderne Gesellschaft

Praktische Nachhaltigkeitspolitiken, die auch nur in die Richtung der skizzierten Ansätze sozialer Nachhaltigkeit zielen, scheitern – so die zunächst banale Ausgangserkenntnis – schnell an den tieferliegenden Strukturen moderner westlicher, kapitalmarktdominierter Industriegesellschaften, sofern sie über additive kosmetische Politik hinausgehen. Hier beginnt die Aufgabe für linke Theorie bzw. für eine kritische Wissenschaft. Vorzufinden sind bis dato hingegen lediglich Forschungen in zwei isolierten Richtungen:

Zum einen werden die konkreten Probleme und Umsetzungsschwierigkeiten von Nachhaltigkeitspolitiken – hauptsächlich beobachtet wird die Politik der lokalen Agenda – aufgelistet. Dabei werden die sichtbaren Barrieren beschrieben, die Studien verharren auf einer eher deskriptiven Ebene. Zum anderen gibt es soziologische Theoriebildung über die Strukturen und Dynamiken der Moderne bzw. moderner Industriegesellschaften. Zu nennen wären etwa die mehr oder weniger konkurrierenden Ansätze: Theorie des kommunikativen Handelns, Systemtheorie, Theorie »reflexiver Modernisierung«, »Modernisierungstheorie« sowie der Regulationsansatz als neomarxistische Theorie.

Warum werden nicht beide Probleme integriert bearbeitet? Warum werden die Schwierigkeiten praktischer Nachhaltigkeitsanstrengungen nicht auf die tiefer liegenden Strukturen moderner Gesellschaften bezogen? Zu fragen ist etwa: Welche langfristigen Trends werden von den Theoriesträngen als irreversibel beschrieben und welche Begründungen werden dafür angeführt? Wie konstitutiv für eine moderne Gesellschaft sind Erscheinungen wie Individualisierung, Massenkonsum und repräsentative Konkurrenzdemokratie? Wie konstitutiv sind Trends der Wertepluralität, einer Desubstanzialisierung von Gerechtigkeitsfragen, ein prozedurales Gerechtigkeitsverständnis? Wenn hier – möglicherweise theorieübergreifend – bestimmte Trends als stabil begründet werden können, welche Schlussfolgerungen ergeben sich dann für die Zielsetzungen einer linken Politik für soziale Nachhaltigkeit? Welche Trends lassen sich ganz oder teilweise mit den bisherigen Ansätzen sozialer Nachhaltigkeit vereinbaren und welche eher nicht? Gibt es möglicherweise eine theoretisch begründbare Hierarchie der Anschlussfähigkeit sozialer Nachhaltigkeitsansätze?

Es geht dabei letztendlich um die Bestimmung der Ziele linker Transformationspolitik: Was können wir als an die Moderne anschlussfähige Alternativen zur aktuellen Dominanz der Kapitalmärkte, was können wir also als konkrete Utopie anstreben? Die sich herausbildende neue kapitalistische Formation des Finanzmarktkapitalismus²³ ist sicher in vielen Ausprägungen als geradezu entgegengesetzt zu einer nachhaltigen Entwicklung zu beschreiben. Die gesteigerte Bedeutung kurzfristiger Profitorientierung ist das Gegenteil einer vorausschauenden Politik, die Individualisierung sozialer Risiken führt zu geringerer intragenerationeller Gerechtigkeit, der Ressourcenverbrauch wird durch die mangelnde Bereitschaft zur Steuerung der Wirtschaft weiter steigen usw. Wenn die Linke aber ihr Projekt einer Überwindung der Kapitaldominanz verankern möchte, benötigt sie den Nachweis machbarer

²⁰ In: Wessen Welt ist die Welt? Unsere umweltpolitischen Vorschläge. Hg: Fraktionsvorsitzendenkonferenz und umweltpolitische Sprecher der Landtagsfraktionen.

²¹ IPCC: Intergovernmental Panel on Climate Change (Eine Kommission der UNO).

²² In: Thesen zur 5. Ökologischen Konferenz der Linkspartei.PDS Brandenburg 2005: »Umweltschutz ist öffentliche Daseinsvorsorge – über die Notwendigkeit ökologischer Nachhaltigkeit und ihre soziale Dimension«, in: Reader zur landesweiten Konferenz der Linkspartei.PDS Brandenburg 2005.

²³ Vgl. Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen, a. a. O.

Projekte, die das Neue andeuten und gleichzeitig die Unvereinbarkeit mit dem Alten, der Kapitaldominanz, demonstrieren. Gerade Beispiele der Umsetzung von Ansprüchen der Nachhaltigkeit eignen sich hervorragend als solche Einstiegsprojekte. Sie werden jedoch nur dann Überzeugungskraft gewinnen können und sich entsprechend verbreiten, wenn sie keine exotischen Nischenprojekte sind. Sie dürfen sich nicht gegen Entwicklungen der Moderne stellen, die offensichtlich auch jenseits der Kapitaldominanz aus guten Gründen Bestand haben werden.

Soziale Nachhaltigkeitsansätze im und jenseits des Finanzmarktkapitalismus

Wie sind die angeführten Ansätze sozialer Nachhaltigkeit vor dem gesellschaftsstrukturellen Hintergrund der aktuellen, zeitgenössischen Formation des Finanzmarktkapitalismus einerseits und der langfristigen Tendenzen der Moderne andererseits einzuordnen? Ein sozialer Ansatz kann mit dem Finanzmarktkapitalismus mehr oder weniger vereinbar sein und er kann mit basalen Trends der modernen Gesellschaft mehr oder weniger vereinbar sein. In erster Näherung sind also vier Kombinationen denkbar (vgl. Abb. 1). Ideal für die Linke sind diejenigen Projekte, die in das Feld links oben einzuordnen sind: Gesellschaftliche Entwicklungen, die gut in den Rahmen der Moderne passen, aber inkompatibel mit dem Finanzmarktkapitalismus sind. Interessant bleiben Projekte mit einer Nähe zum Feld links oben, der Rest wäre für eine linke Strategie ungeeignet.

Im Folgenden will ich am Beispiel von drei sozialen Nachhaltigkeitsansätzen unterschiedliche Einordnungen begründen. Ich werde etwas ausführlicher zeigen, dass das Ansinnen nach mehr Kommunität entgegen ersten Vermutungen sowohl mit dem Finanzmarktkapitalismus als auch mit der Moderne allgemein vereinbar ist. Im Anschluss werde ich exemplarisch zwei Nachhaltigkeitsansätze kurz andiskutieren, die im Raster Finanzmarktkapitalismus/Moderne woanders einzuordnen sind. Der Ansatz der Egalität etwa erfährt erst jenseits des Finanzmarktkapitalismus überhaupt eine Chance auf Realisierung. Dies kann für einen Ansatz genereller Regionalisierung hingegen nur eingeschränkt behauptet werden. Letztendlich wird sich zeigen, dass sich zumindest im Rahmen der hier unterschiedenen sozialen Nachhaltigkeitsansätze noch keine idealen Transformationsprojekte für die Linke herausbilden.

Abb. 1: Soziale Nachhaltigkeitsansätze im Finanzmarktkapitalismus und in der Modernen Gesellschaft



Ich werde mich bei den Ausführungen jeweils zunächst am Regulationsansatz orientieren als einem Ansatz, der die Entwicklungsphasen moderner Industriegesellschaften als kapitalistisch verfasste begreift, ohne in ein einfaches Basis-Überbau-Schema bei der Erklärung gesellschaftlicher Meta-Strukturen zu verfallen. Der Regulationsansatz erklärt jede relativ stabile Phase der kapitalistischen Moderne als spezifisches Zusammenspiel zwischen einem die Kapitalrentabilität garantierenden Akkumulationsregime einerseits und deren gesellschaftlicher Regulationsweise durch formale und informelle Normen andererseits. Akkumulationsregime und Regulationsweise »artikulieren« sich zueinander, sie sind nicht aufeinander reduzierbar – es gibt etwa keinen ökonomischen Kern, aus dem

sich das politische und ideologische der Regulationsweise ableitet und auch nicht umgekehrt.²⁴ Bekanntestes Beispiel einer relativ kohärenten Entwicklungsformation ist der Fordismus, der sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den entwickelten Industrieländern durchsetzte und etwa bis in die Mitte der 70er Jahre andauerte. Der Fordismus hat seinen Namen vom US-amerikanischen Automobilfabrikanten Henry Ford, der in den zwanziger Jahren prototypisch die Entwicklungsweise vorweg exerzierte: Auf der einen Seite effektiverte und verbilligte er die industrielle Produktion von Automobilen durch Standardisierung der Modelle und eine taylorisierte Zerteilung des Arbeitsprozesses (Fließband). Auf der anderen Seite zahlte er seinen Arbeitern relativ hohe Löhne, so dass für eine Massennachfrage nach seinen eigenen Wagen gesorgt war. Dementsprechend ist der Fordismus gekennzeichnet durch ein Akkumulationsregime der tayloristischen Massenproduktion, eines durch Gewinnaufteilung ermöglichten Massenkonsums sowie einer relativen Binnenorientierung nationaler Wirtschaftsräume. Diese spezifische Kohärenz von Produktion und Konsum, die eine beständige Akkumulation möglich machte, wurde gestützt durch eine Regulation über den keynesianischen Wohlfahrtsstaat. Er glättete durch aktive staatliche Konjunkturpolitik zyklische Krisen und korrigierte das Marktergebnis via sozialstaatliche Umverteilung. Zu einer Regulationsweise gehört immer auch ein soziales Paradigma, ein hegemoniales Leitbild. Das soziale Paradigma dieser Periode war sozialer, technischer und staatlich-institutioneller Fortschritt.

Soviel mag als erste Orientierung zum Regulationsansatz hier genügen. Neben diesem werde ich auf Gesichtspunkte anderer Theorien der Entwicklung der modernen Gesellschaften zurückgreifen, die sich zwar nicht in erster Linie auf die kapitalistische Verfasstheit der bisherigen Moderne beziehen, dafür aber andere zentrale Entwicklungstrends stärker in den Blick nehmen.

Ich verstehe diese Überlegungen als einen ersten Beitrag für eine strategische Diskussion, die Ansprüche der Linken vor dem Hintergrund von Theorien sowohl des zeitgenössischen Kapitalismus als auch der modernen Gesellschaft insgesamt problematisiert – keinesfalls als fertiges Ergebnis.

Mehr Kommunität als Sozialparadigma und neue Regulation

Unter Kommunität fasse ich, wie oben erläutert, die Aufwertung gemeinschaftlicher, nähräumlicher Bezüge. In der aktuellen postfordistischen Formation, die als Finanzmarktkapitalismus bezeichnet werden kann, erfahren – dies mag zunächst verwundern – kommunitäre Bezüge eine Aufwertung. Die gesteigerte Bedeutung gemeinschaftlicher Bezüge ergibt sich trotz und gerade wegen der Individualisierungstendenz.

Mehr Kommunität im Postfordismus kann aus der regulatorischen und der akkumulatorischen Krise des Fordismus heraus erklärt werden. Das fordistische soziale Paradigma einer den sozialen Fortschritt sichernden primären Vergesellschaftung über zentrale Institutionen der Interessenvertretung und des Sozialstaats geriet von »innen« durch die Dynamik von Individualisierungsprozessen und von »außen« durch ökonomischen Druck in die Krise. Kritisiert wurde auf der einen Seite die atomistische Vereinzelung in einem System unpersönlicher, unbeeinflussbarer Großorganisationen, sei es in der Sphäre der politisch-repräsentativen Interessenvertretung oder der tayloristisch entmündigenden Arbeitsorganisation. Auf der anderen Seite nagten multiple ökonomische Differenzierungsprozesse an der Akzeptanz kollektiver Regelungen, etwa des Flächentarifs oder der Sozialversicherungspflicht. Das im Fordismus vorherrschende soziale Paradigma des atomistischen Kollektivismus wurde abgelöst durch das postfordistische Leitbild der Selbstorganisation. Letztere wird sowohl individualistisch als auch kommunitär gedacht. Die kommunitären Konnotationen des neuen Leitbildes spiegeln sich in den Konturen der neuen Regulationsweise ebenso wie in denen des neuen Akkumulationsregimes.

²⁴ Als Akkumulationsregime definiert Alain Lipietz, einer der Begründer der französischen »ecole de la regulation«, den »Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes«, der über einen längeren Zeitraum hinweg eine bestimmte Entsprechung zwischen der Transformation von Produktions- und Konsumverhältnissen herstellt. Als Regulationsweise fasst er die Gesamtheit der institutionellen Formen, der Netze, der expliziten und impliziten Normen, die die Kompatibilität von Verhaltensweisen im Rahmen des Akkumulationsregimes ... gewährleisten«. Vgl. Alain Lipietz: Nach dem Ende des goldenen Zeitalters: Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften, Hamburg 1998, S. 161 ff.

Die Konturen der postfordistischen Regulationsweise sind gekennzeichnet durch eine Transformation der Solidaritätsform. Statt der Solidarität mit den Unbekannten im Rahmen von anonymen, gesamtgesellschaftlichen Regelungen tritt die selbstorganisierte Solidarität mit den Bekannten. Kommunitäre Bezüge zur Familie, zum Betriebsteil, zur Nachbarschaft, zum Berufsstand werden dabei aufgewertet. Die Solidarität wird exklusiver. Hirsch/Roth sprechen von der »Erosion der Institutionen, die bisher die Verbindung zwischen Individuum und Kollektiv hergestellt haben« und der Herausbildung eines »Mikrokorporatismus«, geprägt durch die »Konkurrenz zersplitterter Individuen, partikularer Statusgruppen, auseinanderdriftender Regionen und sich verselbständigender Betriebsgemeinschaften«. ²⁵ Lipietz charakterisiert die Krise der Solidarität als Krise ihrer »anonymen, bürokratischen Form« im Wohlfahrtsstaat und preist die »Transformation der Solidaritätsformen« von »rein monetärer Umverteilung hin zur Subventionierung von Aktivitäten, die selbstorganisiert sind« als Element des »alternativen Paradigmas«. ²⁶ Das »alternative Paradigma« ist nach Lipietz eine mögliche Antwort auf die Krise des fordistischen Leitbildes staatlich organisierten sozialen Fortschritts und steht in Konkurrenz zum »liberal-modernistischen Paradigma« des reinen Neoliberalismus.

Auf der Ebene der Arbeitsorganisation spiegeln sich diese kommunitären Elemente der neuen Regulationsweise. Auf die hierarchischtayloristische Arbeitsorganisation folgt neben der Flexibilisierung die Strategie der auszuhandelnden Einbindung. ²⁷ Die Einbindung umfasst Dimensionen der Qualifikation, der Gruppenarbeit, sowie der Mitsprache bei Festlegung und Kontrolle von Aufgaben. Der Aushandlungsprozess dieser Einbindung vollzieht sich immer stärker jenseits aggregierter sozialer Ebenen der Gesamtgesellschaft oder von Branchen, sondern zunehmend auf individueller oder partikular korporativer Ebene etwa von Arbeitsgruppen oder Betriebsteilen. Die auf diesem Weg sowie über ökonomische Fragmentierung geforderte und geförderte betriebliche *corporate identity*, zu denen auch die Unternehmenssteuerung über Aktienbesitz der unmittelbaren Produzenten gezählt werden muss, ist Bestandteil einer allgemeinen kommunitären Orientierung auf unmittelbare Gemeinschaften. ²⁸

Diese Unmittelbarkeit von Kommunität, ihre Orientierung auf die nähere soziale Umgebung, erklärt ihren engen Zusammenhang mit Partizipation. In der regulationstheoretischen Beschreibung postfordistischer Konturen sowie deren paradigmatischen Strömungen (etwa das der »Alternative«) tauchen Partizipation und mehr Gemeinschaftsbezug oft gemeinsam auf. Kommunität ist zwar kein zwingendes Implikat partizipativer Orientierung, da Partizipation auch in überörtlichen oder temporären sozialen Zusammenhängen stattfinden kann. In nahräumlichen Konstellationen sind Partizipativität und Kommunität jedoch zwei Seiten derselben Medaille. Die abgelöste soziale Währung ist die überörtliche Egalität. Erst partizipative Kommunität bzw. kommunitäre Partizipation ermöglicht die Abschaffung (eher) egalitärer Paradigmen und Praxen, sie sind der neue soziale Kitt in der postfordistischen kapitalistischen Gesellschaft.

Dieser aus den regulationstheoretischen Beschreibungen zu gewinnende Zusammenhang erklärt die mögliche Parallelität von Individualisierung und einem Anstieg von Kommunität. Individualisierende Tendenzen wie die Kommerzialisierung sozialer Bindungen, wie sie etwa in der Person des Arbeitskraftunternehmers zum Ausdruck kommt, oder Entwicklungen hin zum narzisstischen Selbstdarsteller ²⁹ stehen zwar einerseits im Gegensatz zur gemeinschaftlichen Orientierung. Die Kritik am Fordismus war aber auch eine Kritik an dessen atomistischer Vergesellschaftung, die keineswegs mit

²⁵ Vgl. Joachim Hirsch, Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg 1986, S. 140.

²⁶ Vgl. Alain Lipietz: Demokratie nach dem Fordismus, in: Das Argument, 189, Hamburg 1991, S. 682 ff.

²⁷ Vgl. Derselbe: Die neuen Beziehungen von Zentrum und Peripherie, in: Ders.: Nach dem Ende des goldenen Zeitalters, a. a. O., Hamburg 1998.

²⁸ Die Vermögensbeteiligung der Produzenten am eigenen Betrieb ist Bestandteil der Strategie von Michel Aglietta zur Regulation des sich abzeichnenden »Akkumulationsregimes des Vermögensbesitzes«, also des Finanzmarktkapitalismus. Daneben sollen gesamtgesellschaftliche Mechanismen der Kontrolle institutioneller Anlage treten. Vgl. Michel Aglietta: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg 2000. Ähnlich wie bei der Transformation der Solidarität in der von Lipietz unterstützten »Alternative« besteht die Transformation der Unternehmenssteuerung hier bei Aglietta aus einer Mischung von dezentralem Korporatismus und überpartikularen Ausgleichsmechanismen.

²⁹ Vgl. Joachim Hirsch, Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus, a. a. O.

der postfordistischen Modifikation hin zu ökonomistischen und narzisstischen Formen der Vereinzelung zu stillen gewesen wäre. So leisteten vor allem die neuen sozialen Bewegungen Pionierarbeit für einen Vereinzelungs- und Normierungstendenzen überwindenden dezentralpartikularen Korporatismus,³⁰ wenn sie ihn auch stets mit einem Bezug aufs Ganze kombinieren wollten und wollen³¹.

Die mögliche und für die Stabilität postfordistischer Vergesellschaftung auch notwendige Kombination von individualisierendem Neoliberalismus und sozialisierendem Kommunitarismus im »kommunitaristischen Neoliberalismus«³² soll für Nachhaltigkeit, Einbettung und Kompensation desselben sorgen. Die funktionale Notwendigkeit der nur scheinbar paradoxen parallelen Förderung von Markt und Gemeinschaft konstatiert auch Roth in seiner Analyse der lokalen Ebene als Experimentier- und Pionierfeld postfordistischer Regulation: »Flexiblere Produktionskonzepte bedürfen der sozialen und politischen institutionellen Einbettung, die vor allem auf lokaler Ebene zu leisten ist. Der Blick auf diesen institutionellen Bedarf kann auch zur Klärung einer Paradoxie beitragen, die in der aktuellen sozialwissenschaftlich inspirierten öffentlichen Debatte deutlich zu spüren ist: die Förderung von Marktmentalitäten einerseits und die Anrufung von Gemeinschaften andererseits. Die marktliberale Umwälzung der Arbeitsbeziehungen und Lebensverhältnisse und das wachsende Interesse an Kommunitarismus und Zivilgesellschaft sind keine schroff gegensätzlichen Alternativen, sondern sich ergänzende Strategien. Es geht bei den Debatten über den Dritten Sektor, über neue Ehrenamtlichkeit und bürgerschaftliches Engagement überwiegend nicht um eine nostalgische Anrufung lokaler Gemeinschaften, sondern darum, jenes »soziale Kapital« zu sichern, das für die erfolgreiche Etablierung postfordistischer Produktions- und Konsumformen unverzichtbar ist.«³³

Nach dem Regulationsansatz wandelt sich im Postfordismus – oder genauer: im Finanzmarktkapitalismus – gesamtgesellschaftliche Solidarität zu selbstorganisierter. Durch die lokale Selbstorganisation des Sozialen gewinnen partikulare Bezüge zur Familie, zum Betrieb(steil), zur Nachbarschaft, zum Berufsstand an Bedeutung. Solidarität wird damit exklusiver. Die durch die neue Regulationsweise verstärkt notwendige Einbindung in gemeinschaftliche Bezüge auf unterschiedlichsten Ebenen ist nicht zu verwechseln mit der Wiederkehr umfassender askriptiver Gemeinschaftsbindungen. Die Bezüge gehen quer durch die Individuen, sind nicht allumfassend, wechseln im Lebenszyklus und sind – in welchen Grenzen auch immer – wählbar. Die Aufwertung von Gemeinschaftsbezügen im Postfordismus vollzieht sich damit komplementär zur Individualisierungstendenz.

Kommunarität und Moderne

Welche Anschlussfähigkeit haben nun posttraditionale Gemeinschaftsbezüge jenseits des postfordistischen Finanzmarktkapitalismus, den die Linke ja überwinden möchte? Wie vereinbar ist Kommunarität mit allgemeinen Trends der Entwicklung moderner Gesellschaften?

Eine Modernetendenz, die der Zunahme posttraditionaler Gemeinschaftsbezüge entgegensteht, ist die Herausbildung generalisierter, überörtlich geltender Kommunikationsmedien wie etwa Geld, Macht, Werte etc. Diese werden von der strukturfunktionalistischen Erklärung der Entwicklung moderner Gesellschaften, wie sie die so genannte »Modernisierungstheorie« anführt, als notwendig für die Funktionalität von Subsystemen begründet.³⁴ Die generalisierten Medien Geld, Macht, Einfluss sowie Argument/Wertbindung sorgen für die nötige Kommunikation innerhalb und zwischen den Subsystemen Wirtschaft, Politik, gesellschaftlicher Gemeinschaft und sozial- kulturellem System. Ihre

³⁰ Ebenda.

³¹ So Alain Lipietz in: Demokratie nach dem Fordismus, a. a. O.

³² Vgl. Hans-Jürgen Bieling: Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen, Münster 2000, S. 228.

³³ Vgl. Roland Roth: Postfordistische Politik. Regulationstheoretische Perspektiven zur Zukunft des Politischen, in: Christoph Görg, Roland Roth (Hg.): Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Münster 1998, S. 110.

³⁴ Die Modernisierungstheorie als Entwicklungstheorie der westlichen Gesellschaften wurde maßgeblich von Parsons u. a. in den 60er Jahren entwickelt. Vgl etwa Talcott Parsons: Gesellschaften. Evolutionäre und komparative Perspektiven, Frankfurt/M. 1971 (Original 1966); Ders.: Das System moderner Gesellschaften, München 1972. Eine Weiterentwicklung dieser strukturfunktionalistischen Erklärung der Entwicklung der Moderne in Richtung einer stärkeren Betonung des Voluntarismus und des zugrunde liegenden Wertesystems leistete Richard Münch: Die Struktur der Moderne. Grundmuster und differentielle Gestaltung des institutionellen Aufbaus der modernen Gesellschaften, Frankfurt/M. 1984.

dafür notwendige Universalität, ihre Unabhängigkeit von partikularen Bindungen sind ein Sprengsatz für den Zusammenhalt partikularer Gemeinschaften und fördern den Individualisierungsprozess. Die »Modernisierungstheorie« begreift die Struktur moderner Gesellschaften aufgrund der Funktionen ihrer Teile, der »Subsysteme« für das Ganze (Strukturfunktionalismus). Die für die Integration notwendige Funktion der Solidaritätserhaltung in der modernen Gesellschaft wird nach diesem Ansatz über das Subsystem der »gesellschaftlichen Gemeinschaft« gewährleistet. Mit Hilfe des systeminternen Kommunikationsmediums Einfluss sowie Ressourcen aus den anderen Systemen (Wirtschaft, Politik, Sozio-Kultur) ist so die Generierung von Solidarität in der Moderne möglich. In ihrer unpersönlichen Form kann sie nur mit Hilfe von Macht aus dem politischen System, Argumenten aus dem sozial-kulturellen System und Geld aus dem ökonomischen System entstehen. Die Chancen für eine derartige gesamtgesellschaftliche Generierung von Solidarität stehen im Zielkonflikt mit der Reichweite partikularer Bindungen, die in Disharmonie mit universalistischem Engagement für Unbekannte steht. Dieses Nullsummenspiel von Solidaritätsressourcen liegt implizit übrigens auch der oben angeführten regulationstheoretischen Argumentation zu Grunde, wenn dort die postfordistische Regulation unter anderem als Ablösung einheitlicher sozialer Sicherungen zugunsten lokal selbstorganisierter sozialer Zusammenhalte beschrieben wird. Der strukturfunktionalistische Ansatz der Modernisierungstheorie begründet also die Wahrscheinlichkeit einer Zurückdrängung partikularer Bindungen und damit auch von gemeinschaftlichen Orientierungen mit ihrer Dysfunktionalität für die Solidaritätsgenese innerhalb des Systems der »gesellschaftlichen Gemeinschaft«.

Die Ablösung dauerhafterer gemeinschaftlicher Bindungen auf der Basis einer geteilten Lebenswelt durch universalistische Orientierungen konstatiert ebenso die Theorie des kommunikativen Handelns.³⁵ Die tiefere Ursache wird jedoch dort in der Modernetendenz einer rationalen Verflüssigung von Normen, die aus der Dynamik sprachlicher Verständigung resultiert, ausgemacht. Dennoch können sich nach diesem Ansatz auch in der »verflüssigten« Moderne Gemeinschaftsbildungen vollziehen – quasi auf rationaler, freiwilliger Basis. Nach der Theorie kommunikativen Handelns sind diese sozial-integrativen Akte von Gemeinschaftsbildung jedoch durch die Kolonisierung der lebensweltlichen, sozialen Ressourcen, die diese Gemeinschaftsbildung hervorbringen können, gefährdet. Das Eindringen strategischer Orientierungen nach Macht- und Geldmaximierung überformt Verständigungsprozesse, die für Produktion und Reproduktion geteilter Lebenswelten und damit auch für die Bildung posttraditionaler Gemeinschaften notwendig sind. Allerdings ist der Ausgang dieses Konfliktes zwischen einer Systemintegration über die Steuerungsmedien Geld bzw. Macht einerseits und einer Sozialintegration über kommunikative Verständigung andererseits nach Habermas offen. Das heißt, auch angesichts der ständigen Gefahr einer Kolonisierung der Lebenswelt sind posttraditionale Gemeinschaftsbildungen als Resultat rationalen offenen Diskurses möglich. Diese möglichen Gemeinschaftsbezüge ändern jedoch nichts an der Haupttendenz einer Universalisierung von Normen, die sich durch die Dynamik sprachlicher Verständigung fortsetzen wird. Eine Universalisierung von Normen wirkt jedoch der Bildung gemeinschaftlicher Bezüge eher entgegen, sind doch Gemeinschaften immer auch durch identitätsstiftende eigene Normsetzungen (»in unserer Familie«, »bei uns im Viertel«, »wir aus der Abteilung XY«) konstituiert.

Festzuhalten bleibt also, dass Gemeinschaftsbezüge aktuell eine Aufwertung erfahren. Sie scheinen mindestens kompatibel wenn nicht sogar funktional erforderlich für die zeitgenössische postfordistische Entwicklungsformation des Finanzmarktkapitalismus. Gemeinschaftsbezüge sind offensichtlich auch in der Moderne möglich, auch wenn ihre Existenz dort aufgrund der Herausbildung universalisierter Medien zumindest prekär bleiben muss. In keinem Fall kann davon gesprochen werden, dass erst eine Überwindung des Finanzmarktkapitalismus mehr gemeinschaftliche Formen ermöglicht. Die Eignung von Kommunitarität als linkes Transformationsprojekt erscheint vor diesem Hintergrund mehr als fragwürdig. Dies gilt völlig unabhängig davon, ob wir den Prozess der Aufwertung gemeinschaftlicher Bezüge als positiv – sowohl für die Gesamtgesellschaft als auch für unsere eigene Lebenswelt – betrachten.

³⁵ Vgl. Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns (2 Bände), Frankfurt/M. 1988 (Original 1981).

Mit Finanzmarktdominanz unvereinbar: Egalität und Regionalisierung

Diese hier am Beispiel von Kommunität geführte Erörterung der zeitgenössischen Bedeutung eines sozialen Nachhaltigkeitsansatzes sowie dessen Zukunftschancen in einer Moderne jenseits des Finanzmarktkapitalismus zeigt eine theoretische Debatte an, die hier nur angedeutet werden kann.³⁶ Zum Abschluss möchte ich für zwei der anfangs unterschiedenen Nachhaltigkeitsansätze stichpunktartig eine mögliche erste Verortung ihrer Vereinbarkeiten mit dem Finanzmarktkapitalismus einerseits und allgemeinen Trends moderner Gesellschaft andererseits vornehmen.

Der Ansatz nach mehr Egalität bei der Nutzung weltweiter Umweltgüter ist unvereinbar mit dem Finanzmarktkapitalismus. Die Herrschaft der Finanzmärkte sorgt für mehr Ungleichheit, für multiple Spaltungen. Eine Regulationsweise, die durch eine Individualisierung sozialer Ungleichheit, die Zurückdrängung von Kollektivregelungen sowie eine Aufwertung von Selbstorganisation gekennzeichnet ist, wird die inter- und intraregionalen Ungleichheiten entsprechend verstärken.

Betrachten wir die Dynamiken moderner Gesellschaften insgesamt, so stoßen wir bezüglich der Chancen auf mehr Egalität auf stützende als auch auf gegenläufige Entwicklungen. Der Individualisierungstrend etwa sowie die Tendenz der Normabstraktion entwickeln moderne Gesellschaften anti-egalitär. Normabstraktion bedeutet, dass Konsense im Diskurs der Modernen immer weniger über geteilte substanzielle Inhalte, also etwa eine bestimmte Form der Einkommensverteilung, erreichbar sein werden. Die Wertesysteme, die Auffassungen vom richtigen Zusammenleben und von der gelungenen Lebensart, werden sich weiter ausdifferenzieren. Es verbleiben Konsense über Verfahrensregeln – über abstraktere Normen.³⁷ Dem substanzielle Werte wie etwa Verteilungsgerechtigkeit verdrängenden Abstraktionsprozess steht jedoch die potentiell egalitäre Wirkung des früher oder später alle Ansprüche inkludierenden Diskurses gegenüber. Ob sich die egalitäre oder die eher wertabstrahierende, rein prozedurale Tendenz durchsetzen wird, ist damit eine offene Frage der Moderne. Ebenso offen ist, ob sich ein derartiger Diskurs gegenüber den konkurrierenden, zur Kolonisation neigenden geld- und machtgesteuerten Systemen der Wirtschaft und der Politik überhaupt durchsetzen kann. Der Nachhaltigkeits-Topos der Egalität hat in der Moderne jenseits des Finanzmarktkapitalismus also zumindest eine Option.

Der Nachhaltigkeitsansatz einer Regionalisierung von Produktionskreisläufen fordert eine Umkehr der historischen Tendenz einer zunehmenden globalen Arbeitsteilung. Aktuell erleben wir mit der neoliberal dominierten Globalisierung einen starken Schub in diese Richtung. Zwar erfährt die Region im Zuge der Abwertung des Nationalstaates eine Aufwertung – dies hat jedoch nichts mit regionalisierten Produktionskreisläufen, bei denen etwa weniger Transportenergie benötigt wird und andere Rohstoffe gespart werden, zu tun. Die aktuelle Aufwertung von Regionen ist gekennzeichnet durch regionsweite gemeinsame Anstrengungen zur Positionierung auf dem Weltmarkt bei gleichzeitiger Regionalisierung der Reproduktion. Letztere vollzieht sich angesichts zurückgedrehter überregionaler Ausgleichsprozesse, etwa bei den Sozialtransfers. Die Regulationsweise erhält im Finanzmarktkapitalismus eine stärkere regionale Komponente. Margit Mayer spricht von einer »Übertragung von immer mehr Funktionen der gesellschaftlichen Reproduktion auf die lokale und regionale Ebene« als Nachfolgemodell des fordistischen Staates. Dabei »findet eine fragmentierte und höchst ungleiche Versorgung mit Dienstleistungen statt, die gekoppelt an die jeweilige ökonomische ›Leistung‹ der Region und abhängig von den Fähigkeiten, politischen Prioritäten und der Mobilisierung der lokalen politischen Akteure ist.«³⁸ Dieser Bedeutungszuwachs der lokalen und regionalen Ebene passt zum übergreifenden sozialen Paradigma der postfordistischen Konstellation, der Selbstorganisation. Nur in dieser Hinsicht kann von einer Regionalisierung gesprochen werden.

Auch jenseits des Finanzmarktkapitalismus wird es keine generelle Deglobalisierung, keine generelle Tendenz regionalisierter Produktionskreisläufe geben. Bis jetzt ist der Trend der Entbettung aus

³⁶ Ausführlich in Ulrich Schachtschneider: *Nachhaltigkeit als geänderte Moderne*, a. a. O.

³⁷ Vgl. Jürgen Habermas: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt/M. 1994.

³⁸ Vgl. Margit Mayer: *Postfordistische Stadtpolitik. Neue Regulationsweisen in der lokalen Politik und Planung*, in: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, H. 1-2/96, S. 23.

kleinräumigen, den Individuen vorgegebenen Verhältnissen prägend für die Moderne.³⁹ Sobald entsprechende Transport- und Kommunikationstechnologien verfügbar waren, wurden sie für eine Erweiterung der Arbeitsteilung, eine gesteigerte Produktivität und für eine Ausweitung des 'Bewegungsradius' genutzt. Nun ist prinzipiell denkbar, dass in einer Konstellation nach der Dominanz der Finanzmärkte das Prinzip der Nachhaltigkeit einen hohen diskursiven Rang hat, der Produktivitätsbegriff entsprechend ganzheitlich betrachtet wird. Dann lassen sich möglicherweise partielle Einschränkungen der erreichten Globalisierung dort durchsetzen, wo es aus ökologischen Gründen für notwendig gehalten wird, Transportwege etc zu reduzieren.⁴⁰ Dies ist allerdings eben nicht gleichzusetzen mit einer generellen Regionalisierung. Allerdings erfordert schon die Durchsetzung partieller Regionalisierungen der Produktion die Akzeptanz einer gewissen Genügsamkeit – die Bewegungsfreiheit und die Konsumentenoptionen wären eingeschränkt, wenn etwa durch Ökosteuern die räumliche Verkleinerung von Produktionskreisläufen erzwungen würden. Ob ein derartiger Diskurs Chancen auf Akzeptanz hat, ist offen. Auch hier gilt das, was oben für den Nachhaltigkeitsansatz des egalitären Umweltraumes angeführt wurde: Möglicherweise kann sich das substanziell normative Ansinnen einer Einschränkung von Optionen, einer Suffizienz, einer partiellen Regionalisierung nicht durchsetzen gegenüber der generellen Modernetendenz einer Relativierung aller substanziellen Normen, einer Wertabstraktion.

Für die solidarisch-substanziellen Nachhaltigkeitsansätze der Kommunität, der Egalität und der Regionalisierung habe ich angedeutet, wie sich ihre Kompatibilität mit der zeitgenössischen postfordistischen Kapitalmarktdominanz einerseits und der modernen Gesellschaft jenseits dieser Konstellation andererseits aus gesellschaftstheoretischer Sicht darstellt. Die anderen sozialen Nachhaltigkeitsansätze lassen sich, wie in Abb. 1 gezeigt, ebenfalls in das Schema einordnen – eine Begründung werde ich aus Platzgründen hier nicht ausführen können. Auffällig ist, dass es offensichtlich keinen Ansatz sozialer Nachhaltigkeit gibt, der sich eindeutig im oberen linken Feld positionieren lässt und sich deshalb als linkes Transformationsprojekt aufdrängt. Möglicherweise liegt die vielbeklagte (noch) fehlende gegenhegemoniale Kraft der Linken ja darin begründet: Es gibt – zumindest aus dem bisherigen Nachhaltigkeitsdiskurs heraus – keine eindeutigen gesellschaftsstrukturellen, linken Forderungen bzw. Projekte, die sich als unvereinbar mit dem Finanzmarktkapitalismus, aber als genau passend zu einer modernen nachhaltigen Gesellschaft darstellen lassen. Noch nicht.

Schachtschneider, Ulrich: Soziale Nachhaltigkeit als konkrete Utopie?

In: UTOPIE kreativ, H. 196 (Februar 2007), S. 132-146

³⁹ Die Entbettung der Individuen, der Produktion, der Kultur aus vorgegebenen Verhältnissen wird nach Beck, Giddens u. a. als wesentlicher Prozess der zeitgenössischen »zweiten Moderne«, in der die Moderne die Halbheiten der Industriemoderne hinter sich lässt und sozusagen vollständig zu sich selber findet, gesehen. Vgl. etwa Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986; Ders.: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt/M. 1993; Anthony Giddens: Die Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/M. 1995.

⁴⁰ Michael Brie führt diese partielle Regionalisierung ebenfalls als Ziel linker Transformationspolitik an. Die globale Regulationsweise nach dem Finanzmarktkapitalismus sollte charakterisiert sein durch die »demokratisch-partizipatorische Verbindung von Bereichen der Deglobalisierung und globaler Koordination«. Vgl. Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen, a. a. O., S. 49. Wie allerdings diese ja nicht ganz unterkomplexen Abwägungen und Entscheidungen für eine globale, nachhaltigkeitsorientierte Rahmensetzung für Wirtschaftskreisläufe nach dem partizipatorischen Ansatz der Beteiligung aller, also im Gegensatz zu Prinzipien der demokratischen Repräsentation, ausgehandelt werden können, erscheint unklar.

Ins Licht hinein?

Epilog zu einem turbulenten Jahr 2007

von Turbulence

Es ist Nacht, und ein Mann kriecht auf seinen Knien herum: er sucht seinen Autoschlüssel unter einer Straßenlaterne. Eine Frau kommt vorbei und hilft ihm. Nach einiger Zeit fragt sie den Mann: „Sind Sie sicher, dass Sie den Schlüssel hier verloren haben?“

Der Mann antwortet: „Nein, ich glaube, ich hab' ihn woanders verloren.“

„Aber warum suchen wir dann hier?“, entgegnet sie.

„Weil hier Licht ist.“

Anfang 2007 bat das Turbulence-Kollektiv 14 AutorInnen aus der globalen ‚Bewegung der Bewegungen‘ darum, folgende Frage zu beantworten: „Was würde es bedeuten, zu gewinnen?“ Die Antworten wurden von uns in einer Zeitung zusammengestellt, die wir in einer Auflage von 7000 Exemplaren druckten. Die meisten von ihnen wurden bei der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm verteilt. Jetzt, einige Monate später, kehren wir zur Frage des ‚Gewinns‘ zurück.

Es ist keine Überraschung, dass wir hierbei immer wieder auf das Problem der Sichtbarkeit stoßen. Wann immer wir über die Frage des Gewinns nachdenken, wird unser Blick in Richtung des deutlich Sicht- oder Messbaren gelenkt, etwa auf Veränderungen von Gesetzen oder Institutionen, die Eröffnung eines sozialen Zentrums, oder steigende Mitgliederzahlen. Denn dort ist das Licht. Aber wir müssen auch lernen, unsere Siege im zwar weniger handfesten aber genauso realen Feld der Möglichkeiten beurteilen zu können. Hier kann zu ‚gewinnen‘ bedeuten, unser Potenzial zu erweitern, oder Wahrnehmungen und Verhaltensmuster zu verändern. Aber solche ‚Siege‘ liegen scheinbar am Rande des Lichtkegels.

Dies führt zu einem weiteren Problem: Unsere Erfahrungen werfen ihr eigenes Licht und schaffen daher auch ihre eigene Dunkelheit. Wenn wir über das Gewinnen nachdenken, denken wir automatisch an Bewegungen, an Menschen und Ereignisse, die uns vertraut sind; und wir haben bestimmte Vorstellungen davon, was als Sieg gilt. Daher stellt sich die Frage, wie wir diese Blindheit überwinden können, die sich einstellt, sobald wir den Blick über das uns Bekannte hinaus schweifen lassen. In gewisser Hinsicht war genau diese Fähigkeit, über unseren eigenen Tellerrand zu blicken, der Schlüssel für die Ereignisse von Heiligendamm.

Heiligendamm: Same procedure as every year?

In vielerlei Hinsicht verlief der G8-Gipfel in Heiligendamm genau wie erwartet: eine Wiederholung von Gegengipfelmobilisierungen seit Seattle und darüber hinaus (Prag, Göteborg, Genua, Cancun, Gleneagles). Bei jedem dieser Ereignisse kam ein breites Spektrum von AkteurInnen in produktiver Kooperation zusammen, wobei es gelang, Räume zu öffnen und (oft hinter dem Rücken der Beteiligten) Kontaminationsprozesse in Gang zu setzen, die wiederum zur Politisierung einer neuen Generation von AktivistInnen führten. Einerseits wurde dort die Legitimität globaler Herrschaft praktisch in Frage gestellt (durch die Ablehnung von Dialog, und die Blockade der Zufahrtsstraßen zum Tagungsort), andererseits wurden durch Diskussionen und Aktionen in den Camps und Convergence Centers neue Gemeinsamkeiten und Mutationen produziert.

Allerdings hatten frühere Gipfelmobilisierungen auch die Grenzen derartiger Ereignisse aufgezeigt. Nach Seattle 1999 war klar, dass sich der Affekt, der in solchen Massenaktionen auf der Straße produziert wird, nicht ohne weiteres in eine alltägliche Praxis der Transformation übertragen lässt. Zwei Jahre später zeigte sich in Göteborg und Genua, welchen Preis eine Bewegung zahlt, wenn sie sich auf die Logik des (beinahe) symmetrischen Konflikts einlässt: Gefängnis, Verletzung, Tod. Und dass im Jahr 2005 in Gleneagles 300.000 Menschen für die G8 demonstrierten, verdeutlichte, wie schnell die Wünsche einer Bewegung eingefangen und gegen sie selbst gewendet werden können. Wenn

also die Beschränkungen derartiger Mobilisierungen und Aktionsformen bereits hinlänglich bekannt waren, und Heiligendamm vor allem versprach, eine Wiederholung dieser Ereignisse zu werden – wie in aller Welt sollte es dann anders werden?

Manchmal aber ist das, was als bloße Wiederholung erscheint, in Wirklichkeit gar keine Wiederholung, zumindest nicht in dem Sinne, dass immer wieder genau das Gleiche geschieht. Anstatt zu einem bestimmten Punkt in einem Kreislauf zurückzukehren (zum Beispiel ‚Seattle nach Deutschland zu bringen‘), ging es in Heiligendamm darum, einen unvorhersehbaren Prozess der Veränderung anzustoßen, der über die Erfolge, aber auch die Beschränkungen der Vergangenheit hinausgehen würde. Heiligendamm sollte weniger bloße Wiederholung als vielmehr ein Experimentieren mit Formen der Politik sein, in welchem gegebene Identitäten eher durchbrochen als bestätigt werden.

Im Vorfeld des Gipfels durchliefen die an der Organisation der Proteste beteiligten Gruppen eine Art Transformationsprozess, in dessen Verlauf sie dem Ziel zu einer wirklichen ‚Bewegung der Bewegungen‘ zu werden entscheidend näher kamen. Ein breites Spektrum von Gruppen – von der autonomen radikalen Linken bis hin zu Menschen, die ökumenische Gebetsstunden gegen Armut organisierten – entwickelte eine gemeinsame ‚Choreographie des Widerstandes‘. Während radikalere Gruppen versuchten, die Rahmenbedingungen der Koalition zu bestimmen (Delegitimierung der G8 sowie Toleranz verschiedener Aktionsformen), gab es trotzdem eine allgemeine Bereitschaft zu Kompromissen und gemeinsamen Absprachen in Bezug darauf, welche Aktionsformen wo und wann angemessen seien. So ging Heiligendamm über das Prinzip der ‚Vielfalt der Taktiken‘, welches mittlerweile zum Allgemeinplatz geworden war, hinaus und kehrte zum ursprünglichen Prinzip der gegenseitigen Befruchtung zurück. Statt dass verschiedene politische Milieus verschiedene Aktionsformen anwendeten – solidarisch miteinander, aber ohne ihre eigenen Identitäten zu gefährden – ging es in Heiligendamm eher um ein ‚Zusammen-anders-Werden‘. Es ging darum, gemeinsam Aktionsformen zu entwickeln und durchzuführen, die für alle Beteiligten neu waren, es ging um Aktionen und Bündnisse, welche die daran teilnehmenden AktivistInnen aus ihrer gewohnten Umgebung herausführten, in Richtung der praktischen Konstitution neuer Gemeinsamkeiten und somit neuen gemeinsamen Potenzials.

Wie steht's?

Heiligendamm war zwar kein quantitativer Höhepunkt in der Geschichte der Bewegung für eine andere Globalisierung (sowohl in Genua als auch Gleneagles waren ungefähr vier Mal so viele Menschen versammelt), aber in qualitativer Hinsicht schien ein neuer Höhepunkt in der Tat erreicht worden zu sein. Es war ein ‚Sieg‘, weil es ein Moment der Wieder- und Neuzusammensetzung war, nicht nur für die Linke in Deutschland. Gleichzeitig fehlte aber auch etwas an diesem Sieg: das Gefühl, die andere Seite besiegt zu haben. Natürlich konnten unsere Massenblockaden einige Erfolge gegen die Polizei und die GipfelorganisatorInnen erzielen. Angela Merkel aber konnte an Legitimität dazugewinnen, indem sie den ‚widerspenstigen Amis‘ eine Vereinbarung zum Klimawandel aufzuzwingen schien. Und die G8? Die feiern den Gipfel in Heiligendamm als einen ihrer bisher erfolgreichsten. Dort vermochten sie den Eindruck zu erzeugen, dass die Mächtigen der Welt wirklich die ‚globale Herausforderung‘ des Klimawandels zu meistern suchen.

Als die G8 gegen Ende der 80er Jahre zum ersten Mal das Ziel massiver Proteste wurden, war es noch verhältnismäßig leicht, die Illegitimität ihrer Aktivitäten aufzuzeigen. Noch 1999, als sie bei ihrem Gipfel in Köln etwas unbeholfen auf Aktionen sozialer Bewegungen im globalen Süden (und einiger nördlicher NGOs) reagierten, indem sie Schuldenerlassprogramme verabschiedeten, nahm kaum jemand sie ernst. Aber die G8 definierten sich und ihre Rolle neu: Sie präsentierten sich nicht mehr nur als eine Arena, in der die kapitalistischen Großmächte ihre Differenzen austragen konnten, sondern nun auch als den einzigen Ort, an dem globale Herausforderungen gemeinsam angepackt werden können. Anders ausgedrückt: aufgrund der Angriffe auf ihre Legitimität wurde die Relegitimierung ihrer weltweiten Autorität zum Hauptziel. Und dies gelang prächtig. Im schottischen Gleneagles brachte eine groß angelegte und von der britischen Regierung geförderte NGO-Mobilisierung ca. 300.000 Leute auf die Straße. Aber nicht um gegen die G8 zu demonstrieren, sondern um sie willkommen zu heißen und sie freundlich um mehr Schuldenerlasse und Entwicklungshilfe für Afrika zu bitten.

Die in Schottland aufgrund der Vereinnahmung der Proteste durch eine effektive PR-Offensive verlorene Initiative wurde in Heiligendamm erfolgreich zurück gewonnen: alle großen Aktionen hatten sich das ausdrückliche Ziel gesetzt, die G8 zu delegitimieren. Das Problem war allerdings, dass die G8 sich schon wieder weiterbewegt hatten und jetzt versuchten, Legitimität aus dem Anschein zu schöpfen, sie hätten sich des weithin Besorgnis erregenden Problems des Klimawandels angenommen. Und auf eben diesem Feld wurden wir besiegt. Unsere Aktionen in Heiligendamm waren nicht in der Lage, die Relegitimierung der G8 durch das Thema ‚Klimawandel‘ in Frage zu stellen, und agierten somit an einem neuen politischen Schlüsselthema vorbei.

Wie konnte das passieren? Ein Grund dafür ist, dass wir noch kein Projekt entwickelt haben, das eine Alternative zur neuen, ‚ökologischen‘ globalen kapitalistischen Agenda darstellen könnte: wie schlecht ihr Projekt auch sein mag, momentan haben wir ihm nichts entgegensetzen. Aber das Problem geht tiefer. Die angeblichen ‚Lösungen‘ der G8 für den Klimawandel sind reine Fiktion, genau wie ihr Versprechen, die Armut aus der Welt zu verbannen (‚Make Poverty History‘). Trotzdem ist es nicht genug, dieser Fiktion einfach nur unsere eigene entgegensetzen. Wir wissen einfach nicht, wie das Problem ‚Klimawandel‘ zu ‚lösen‘ ist. Niemand von uns kann so weit, oder so klar sehen. Wir können uns nur von einem Lichtkegel zum anderen bewegen.

Wo sind die Grenzen? Kapital, Krise, Klimawandel

Es ist kein Zufall, dass wir von den G8 direkt zum Klimawandel übergehen, der mittlerweile zu einem zentralen Gegenstand öffentlicher Diskussionen geworden ist. Sozialen Bewegungen eröffnet dies die Möglichkeit der Entstehung eines neuen politischen Handlungsschwerpunkts. Ereignisse wie das Climate Action Camp in England, das massiv Aufmerksamkeit erregte und 2008 in Deutschland, den USA, Schweden und anderswo wiederholt werden soll, belegen dies auf eindrucksvolle Weise. Für Staat und Kapital wird der Klimawandel zu einem Schlüsselement im Management des globalen Systems, sowohl auf der Ebene konkreter Entscheidungen, als auch der Ebene politischer Legitimation (von der Schaffung neuer Märkte ganz zu schweigen). Im Raum zwischen Bewegungen und Staaten verdeutlicht er die Unklarheit und Komplexität der Frage von Sieg und Niederlage. Insofern der Umweltaktivismus der vergangenen Jahre darauf abzielte, Bewusstsein für die Gefahren des Klimawandels zu schaffen, muss 2007 als das Jahr angesehen werden, in dem ‚wir gewannen‘. Alle, einschließlich der PolitikerInnen und großen Unternehmen, reden davon.

Aber gerade dieser Sieg kann sich am Ende als Niederlage herausstellen. Die weltweite Sorge über den Klimawandel muss sich anders ausdrücken als bisher, wenn sie tatsächlich den Lauf der Dinge beeinflussen, d.h. Kohlenstoffemissionen schnell und radikal reduzieren will. Einerseits heißt das, einen neuen Diskurs zu entwickeln, der verhindert, dass der Klimawandel einfach nur zu einer neuen Profitquelle für das Kapital gemacht wird. Allzu leicht kann es sonst passieren, dass das Thema Klimawandel dazu benutzt wird, den Beherrschten einmal mehr Verzicht zu predigen sowie verschärfte ‚Sicherheitsmaßnahmen‘ und, im Kontext steigender geopolitischer Spannungen, neue Grenzkontrollen zu legitimieren. Wenn es aber um mehr gehen soll als nur eine Auseinandersetzung um die ‚öffentliche Meinung‘ – denn in solchen Auseinandersetzungen sind wir immer in der Defensive – dann muss der Kampf auch auf dem Feld der Produktion und der gesellschaftlichen Reproduktion geführt werden.

Der Klimawandel wird gemeinhin als ökologisch-technisches Problem betrachtet, das ökologisch-technischer Lösungen bedarf. Problem: es wird zu viel Kohlenstoffdioxid ausgestoßen; Lösung: die Verminderung dieser Emissionen auf ein ‚akzeptables‘ Niveau mittels technologischer Innovation, neuer Gesetze und dadurch, dass wir alle ‚unseren Beitrag leisten‘. Dies birgt aber zwei Probleme. Erstens sind wir in fast allem, was wir tun, auf fossile Brennstoffe angewiesen und erzeugen daher CO₂-Emissionen, egal ob wir zur Arbeit fahren, oder dort anrufen um krank zu feiern und DVDs zu schauen. Zweitens sind die notwendigen Verminderungen derart weitreichend (zwischen 60 und 90% bis 2050), dass sie einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel nötig machen, welcher kaum dadurch zustande kommen wird, dass sich die Umweltministerien der Welt zusammensetzen.

Der Klimawandel kann aber auch anders verstanden werden, und zwar indem wir die Welt als einen Stoffwechselkreislauf betrachten. Der Stoffwechsel der Erde, also ihre Fähigkeit Kohlenstoff zu verarbeiten, ist langsamer als der ‚Stoffwechsel‘ des zeitgenössischen Kapitalismus. Die Ökonomie be-

findet sich auf Kollisionskurs mit der Biosphäre. Klimawandel bedeutet hier also eine Grenze der Ausdehnung des Kapitals und impliziert daher eine mögliche Akkumulationskrise.

Im Kapitalismus sind Grenzen aber etwas Merkwürdiges. Das Kapital hat eine interne Expansionsdynamik. Damit diese befriedigt werden kann, müssen Grenzen ignoriert, untergraben, umgangen oder sonstwie überwunden werden. Das Geheimnis der Langlebigkeit des Kapitals liegt gerade in seiner Fähigkeit, Grenzen und die Krisen, die sie produzieren, als Anfangspunkt einer neuen Runde der Akkumulation und Ausdehnung zu benutzen. Ein gutes Beispiel ist die Entstehung der so genannten keynesianischen/fordistischen Phase des Kapitalismus. Der hohe Organisationsgrad der industriellen ArbeiterInnenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – nicht nur in der russischen Revolution, sondern darüber hinaus in hart geführten Kämpfen auf der ganzen Welt – erschien als eine Grenze der Ausdehnung des Kapitalismus und drohte, eine Akkumulationskrise auszulösen und das System zu zerstören. Der Wohlfahrtsstaat war die direkte Folge dieser Kämpfe, aber er war auch ein Weg, diese Bedrohung zu neutralisieren. Das größte Kunststück des Kapitals war es, mit den ArbeiterInnen einen Produktivitätskompromiss abzuschließen, wodurch aus einer Grenze der Motor einer neuen Phase kapitalistischen Wachstums wurde.

Was können wir hieraus über die wahrscheinlichen Reaktionen auf den Klimawandel lernen? Der Klimawandel ist ohne Zweifel eine Grenze, die für das Kapital ebenso viele Möglichkeiten wie Gefahren birgt. Viele versuchen jetzt, diese Grenze, diese potenzielle Krise in einen neuen Akkumulationsmotor zu verwandeln. Ein Beispiel dafür ist das Aufheben, dass um den neuen Markt für Kohlenstoffemissionsrechte gemacht wird: Kohlenstoffsenken, Emissionszertifikate, Emissionsguthaben, Emissionsderivate, usw. Außerdem gibt es noch den ‚ökologischen Konsum‘: Ökoautos, Solarbatterien, ökologischer Hausumbau. Könnte der Klimawandel der globalen Ökonomie einen neuen Anstoß, eine neue Dynamik geben? Steht uns eine neue ‚grüne‘ Phase des Kapitalismus bevor, in welcher die Atmosphäre die Rolle spielt, die der ‚Cyberspace‘ in den 90er Jahren innehatte? Möglich ist's. Und es ist offensichtlich, dass Kohlenstoffemissionen dabei kaum radikal reduziert würden!

Eine kapitalistische Lösung wird natürlich nichts anderes tun, als den Kapitalismus zu reproduzieren. Die Effekte des Klimawandels sind ungleich verteilt und sehr viel schlimmer für die Armen, wie zum Beispiel Hurrikan Katrina in New Orleans oder der Tsunami in Aceh zeigten. Und die bisher gehandelten ‚Lösungen‘ werden bestehende Hierarchien nur verfestigen. Die meisten ‚Ökosteuern‘ führen zu höheren Preisen für Güter und Dienstleistungen und begrenzen dadurch Mobilität oder den Zugang zu Nahrungsmitteln und Heizung. Dass Reisen, Essen und Komfort abhängig sind von der persönlichen finanziellen Lage, ist natürlich nicht neu, sondern folgt den altbekannten Spielregeln. Aber jetzt werden diese Regeln damit begründet, dass sie zur Rettung der Erde notwendig seien. Der ‚grüne Kapitalismus‘ wird also voraussichtlich ein neues Spar- und Disziplinarregime sein, das im Namen des ‚Gemeinwohls‘ den Armen mehr abverlangt als den Reichen.

Das Auge des Sturms

Aber der Kapitalismus ist weder allmächtig noch unverwundbar. Wenn der Klimawandel tatsächlich eine Krise auslöst, macht es Sinn, darüber nachzudenken, was deren Dynamiken sein könnten.

Ein zentraler Aspekt, in zweierlei Hinsicht, ist die zeitliche Dimension. Erstens im Bezug auf das Problem der zeitlichen Verzögerung. Entscheidungen, die wir jetzt im Bezug auf den Klimawandel treffen, produzieren erst Jahrzehnte später spürbare Resultate. Aufgrund der thermischen Trägheit des Klimasystems besteht eine massive Verzögerung zwischen Ursache und Wirkung. Sollten die Auswirkungen des Klimawandels also außer Kontrolle geraten, kann es sein, dass dies mehrere Jahrzehnte lang so bleiben wird. Zweitens weisen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse auf die Dringlichkeit des Problems hin. Wenn wir verhindern wollen, dass die so genannten ‚Kipppunkte‘ erreicht werden, an denen der Klimawandel potenziell unumkehrbar wird – mit katastrophalen Auswirkungen auf einen Großteil der Menschheit (zum Beispiel das Absterben des Regenwaldes im Amazonas) – müssen Emissionen innerhalb des nächsten Jahrzehnts drastisch reduziert werden.

Dieser Zeitdruck hat seine Vorteile. Ein Grossteil der ‚Bewusstseinsbildung‘ der letzten zehn Jahre hat diese zeitliche Dimension ignoriert, und sich auf eine ‚Öffentlichkeit‘, auf eine allgemeine ‚Anderer‘ bezogen, die über etwas informiert werden musste. Deshalb gab es keine Fristen, keinen allgemeinen Zeitplan, kein Bewusstsein der Verschärfung des Problems und keine klaren Ziele; wenn alles

immer ‚gerade jetzt‘ passiert, gibt es überhaupt keine Zeit. Die Dringlichkeit des Klimawandels aber stellt Fragen, die überhaupt nur aufgrund der Zeitvariable existieren, und zwar Fragen der Strategie und der Taktik.

Dies bringt uns zurück zur Frage nach dem ‚Gewinnen‘. Manche sagen zum Beispiel, dass nichts so Großes in so kurzer Zeit geschafft werden kann, und dass wir uns deshalb am Besten schon jetzt auf das Schlimmste vorbereiten sollten. Lasst uns einfach das Licht ausschalten und uns fröhlich in die Dunkelheit aufmachen! Andere meinen, das Problem sei so massiv und dringend dass nur eine zentralisierte Institution wie der Staat in der Lage wäre, es effektiv anzugehen. Vor dem Abgrund des Unbekannten stehend ist es immer leicht, der Versuchung nachzugeben, in das sichere Licht des Staates zurückzukehren. Aber dieses gleißende Licht erhellt nicht nur, es macht auch blind.

Zum Beispiel Flugreisen: Das Wachstum des Flugverkehrs ist ein massives Umweltproblem, was uns leicht dazu verführen kann, neue Steuern auf Flugreisen zu unterstützen, oder gar die Menschen, die fliegen, als das eigentliche Problem zu betrachten. Sich vor allem auf dieses Thema zu konzentrieren könnte es aber schwieriger machen, die anderen Dynamiken zu erkennen, die hier ebenfalls am Werk sind. Insofern sie unsere Autonomie einschränken und kapitalistische oder staatliche Institutionen stärken, können bestimmte ‚Lösungen‘ des Klimawandelproblems andere Kämpfe behindern und es schwerer machen, die tiefer liegenden Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen. Notwendig ist ein Blickwinkel – eine Einstellung oder eine Ethik – der es uns erlaubt zu fragen, wie Klimapolitik Wiederhall bzw. Resonanzen in anderen Kämpfen erzeugen kann. Nicht weil Bewegungen eine explizite, bewusste Verbindung bräuchten, um miteinander zu schwingen – das brauchen sie nicht. Aber Resonanzen und Dissonanzen müssen sichtbar gemacht werden. Wenn wir die Pfade sehen können, ist es leichter, ihnen zu folgen.

Wir dürfen uns also vom gleißenden Licht des Staates nicht blenden lassen – aber gleichzeitig können wir auch nicht einfach unsere Augen vor ihm verschließen. Wie also sollen wir uns gegenüber institutionalisierten Formen verhalten? Vielleicht können uns die jüngsten Ereignisse in Lateinamerika einige Hinweise geben.

Die Welt verändern, indem man die Macht übernimmt?

In den letzten Jahren erlebte Lateinamerika die Entstehung und Etablierung von Regierungen in verschiedenen Rottönen. Chavez in Venezuela, Morales in Bolivien und Lula in Brasilien riefen dabei am meisten internationale Diskussion hervor. Zu nennen sind aber auch Rafael Correa in Ecuador, Tabaré Vasquez in Uruguay, die Rückkehr Daniel Ortegas in Nicaragua und, wenn auch weniger eindeutig in der Zuordnung, Michelle Bachelet in Chile und die Kirchners in Argentinien. Diese nationalen Prozesse verlaufen nicht unabhängig voneinander, sondern haben zwei miteinander verwandte Motive gemeinsam: erstens ist das neoliberale Modell in der Region auf Grund gelaufen; zweitens hat die Bewegung der Bewegungen es geschafft, auf der institutionellen Ebene Spuren zu hinterlassen.

Sind diese institutionellen Erfolge also Anlass zur Freude, oder eher zur Trauer? Manche sehen diese Wahlerfolge als die einzigen konkreten Resultate der Jahre nach Seattle. So gesehen wären solche ‚Siege‘ auch gleichzeitig Niederlagen der Bewegungsfixiertheit dieser Jahre: Beweise dafür, dass es unmöglich ist, ‚die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen‘. Folgen wir dieser Logik, bliebe uns nur sicherzustellen, dass die Parteien und Gruppierungen, die von einer Welle des Widerstandes an die Macht getragen wurden, auch in der Lage sind, sozialen Wandel innerhalb ihrer institutionellen Schranken zu erzeugen. Außerdem müssten diese Parteien und Gruppierungen gezwungen werden, dort, wo es möglich ist, die Institutionen dergestalt zu verändern, dass sie durchlässiger für ‚Druck von unten‘ werden. Hier wird als gegeben angenommen, dass solcher Druck seine Rolle nur erfüllen kann, wenn er in institutionelle Formen übertragen werden kann.

Obwohl wir die Fortschritte, die an so vielen Orten in Lateinamerika gemacht werden, nicht unterschätzen sollten, ist es doch sinnvoll, sich einmal die Implikationen dieses Verständnisses von gesellschaftlichem Wandel zu vergegenwärtigen.

Zuerst einmal dürfen wir nicht die bedeutenden Unterschiede zwischen den genannten Ländern vergessen. Einzig und allein Morales‘ Fall entspricht ziemlich genau dem Bild einer immer stärker werdenden Welle des Widerstandes, die letztendlich zum Wahlsieg führt. In den letzten zehn Jahren

gab es in Bolivien immer wieder Momente der Radikalisierung, die stets ins existierende politische System reintegriert wurden, wo sie dann unaufgelöst blieben. Als diese Momente des Widerstandes jedoch immer häufiger und kraftvoller wurden, erzwangen sie einen Umbau des Systems, infolgedessen schließlich Morales' MAS (Movimiento al Socialismo) an die Macht kam. Im Falle Brasiliens fand eine ähnliche Welle in den 80er Jahren statt, scheiterte aber drei Mal an der Wahlurne, bevor Lula im vierten Versuch gewann. Zu diesem Zeitpunkt war die Arbeiterpartei (PT) aber nur mehr die Übersetzung einer alternden und geschwächten Bewegung (mit einer möglichen Ausnahme, der Landlosenbewegung MST) in die Formen der Parteipolitik. In Venezuela wiederum gab es überhaupt keine wirkliche Bewegung, trotz einer weit verbreiteten diffusen Wut gegen die Undurchdringlichkeit der Institutionen und gegen die Politiken der 80er und 90er Jahre. Chavez war hier der Katalysator einer verstärkten politischen Mobilisierung und Partizipation, wie sie in der Geschichte Venezuelas einzigartig ist. Es bleibt abzuwarten, ob er nur der Katalysator war, oder ob er mittlerweile die Stütze geworden ist, ohne die Alles in sich zusammen stürzt.

Vor allem aber ist die Behauptung, dass diese Wahlsiege die einzigen konkreten Resultate der globalisierungskritischen Politik des letzten Jahrzehnts seien, in zweierlei Hinsicht falsch. Erstens geht sie davon aus, dass Politik nur in den institutionellen Räumen stattfindet, in denen wir normalerweise nach ihr suchen. Dadurch übersieht sie eine ganze Reihe von Netzwerken, Infrastrukturen, Kulturen, Wissensformen usw., welche zusammen ein diffuses Netz kollektiver Intelligenz und kollektiver Erinnerungen konstituieren, das in unterschiedlichen Formen stets aktiv ist, Veränderung produziert und sich in entscheidenden Augenblicken als antagonistische Kraft kristallisiert. Ein gutes Beispiel dafür ist die Verschärfung der Kämpfe in Bolivien vor dem Sieg der MAS. Das, was nach jedem Aufblitzen zu verschwinden schien, kam immer größer und stärker zurück. Das war nur möglich, weil es nie wirklich verschwunden war.

Zweitens wird so übersehen, dass Bewegungen, solange sie in Bewegung bleiben, über Mittel und Wege verfügen, sozialen Wandel zu produzieren, die nicht die Sphäre der institutionellen Politik durchlaufen, oder gar von dieser anerkannt werden müssen. Zum Beispiel indem sie öffentliche Diskurse verändern, die Einführung neuer Gesetze verhindern, oder einfach mittels ihrer Fähigkeit zu Autonomie und Selbstverwaltung.

Was wäre, wenn es schon einen neuen Zyklus der Kämpfe gäbe – und niemand hätte uns eingeladen?

Die Frage nach der transformativen Kraft sozialer Bewegungen bringt uns zurück zu unserem Ausgangspunkt. Es gab für uns drei Hauptgründe, die erste Ausgabe von *Turbulence* für den G8-Gipfel in Heiligendamm zu produzieren. Der erste, sehr pragmatische, war, dass es dort recht einfach sein würde, eine breite LeserInnenschaft zu erreichen. Zweitens sind unserer Erfahrung nach Gipfelmobilisierungen Räume, in denen Leute offener für neue Ideen sind als sonst.

Der dritte Grund ist etwas komplizierter. Seit Seattle waren Gipfelmobilisierungen die sichtbarste Ausdrucksform der Bewegung der Bewegungen. In ihnen manifestierte sie sich am deutlichsten als globaler Machtfaktor, und sie boten außerdem die Gelegenheit, Stärke und Positionen der Bewegung zu beurteilen. Gleichzeitig zeigten sich hier aber auch ihre potenziellen Grenzen. Unsere Frage war also dieselbe, die sich viele in und um Heiligendamm stellten: wie groß und transformativ wird dieses Ereignis werden und wie wird es um seine gesellschaftliche Relevanz bestellt sein? Wird es ein letztes Aufbäumen, ein neuer Anfang oder etwas ganz anderes werden? Und vor allem: wie werden wir erkennen, was es ist?

Wenn wir diejenigen kritisieren, die sozialen Wandel nur auf der Ebene von Institutionen erkennen möchten, könnte dann den Bewegungsfixierten nicht ebenso vorgeworfen werden, immer nur an den selben alten Orten nach Veränderungsprozessen zu suchen? Schon wieder reden wir hier über Gipfelproteste und Gegengipfel. Vielleicht steckt die Bewegung seit ein paar Jahren gerade deshalb in einer Sackgasse, weil an den üblichen Orten keine Antworten zu finden waren und niemand woanders gesucht hat. Möglicherweise haben wir uns zu sehr in unser eigenes Spiegelbild verliebt, um uns einfach mal umzuschauen. Was wäre, wenn es schon einen ‚neuen Zyklus der Kämpfe‘ gäbe – und niemand hätte uns eingeladen?

Erinnern wir uns an die Ereignisse in den französischen Banlieues im Herbst 2005. Die gesamte ‚etablierte‘ Linke – die Parteien, Gewerkschaften, ‚aktivistischen‘ Gruppen (wenn du weißt, wovon wir reden, gehörst du in diese Kategorie!) – die behauptet, dass diejenigen, die sich in Frankreich erhoben, in irgendeiner Art und Weise ‚mit uns‘ seien, macht sich durch diese Fehldarstellung der Vereinnahmung der Kämpfe Anderer schuldig. Zwar wurde dort gegen vieles gekämpft, das auch wir ablehnen. Wenn wir uns aber die Reaktion der etablierten Linken anschauen, lässt sich diese auf drei Argumentationslinien reduzieren. Entweder werden die Ereignisse in den Banlieues als Beweis einer vorgefertigten Theorie über irgendeine ‚neue Phase des Kapitalismus‘ benutzt. Oder sie symbolisieren die Schrecken gesellschaftlicher Auflösung, die wiederum staatliche Intervention notwendig macht, um langfristig Wohlstand und Lebenschancen umzuverteilen (möglicherweise aber auch, um sie kurzfristig zu unterdrücken und einen BürgerInnenkrieg zu verhindern). Oder die Banlieues repräsentieren ein romantisches abstraktes ‚Anderes‘, dessen harte, kompromisslose und gängigen Revolutionsklischees entsprechende Radikalität mit einer ebenso abstrakten Solidarität vergolten wird.

Wenn das alles ist, was ‚wir‘ – Parteien, Gewerkschaften, ‚Bewegungsfixierte‘ – anzubieten haben, müssen wir uns eingestehen, dass wir selbst ein Teil des Problems sind. Sogar die ‚radikalsten‘ Mitglieder der etablierten Linken konnten in den Banlieues nur einen Ausbruch purer Negativität sehen, eher eine ‚Naturgewalt‘ als die Aktionen wirklicher Menschen. Für die PolitikerInnen des Mainstream waren sie die Fratze der Angst: wir stehen am Abgrund eines BürgerInnenkrieges! Für Andere waren sie an sich Nichts, aber als unbekannte Größe konnten sie in jede Theorie eingepasst werden: ‚Seht, sie bestätigen unsere Prophezeiungen!‘ Diese letzte Position negiert einfach das Ereignis; jeder andere Handlungsverlauf würde genau das Selbe bedeuten. Die ersten beiden erkennen das Ereignis als solches an, sehen es aber als etwas, das so fern jeder Erklärung liegt, dass es nur ein Vorbote des Endes der Welt sein kann, was dann je nach Geschmack als Grund zur Freude oder Trauer gewertet wird.

Aber sofern die Banlieues ein Problem darstellen, so ist es eins aus Fleisch und Blut. Dies übersehen die drei genannten Positionen. Die Banlieues weisen auf eine Lücke in unserem Wissen hin, und solange diese Lücke nicht von den Banlieuesards selbst gefüllt wird – und zwar in ihrer eigenen Sprache und unter von ihnen gewählten Bedingungen – dann spielen ‚wir‘ nur das Spiel weiter, das ‚sie‘ ausschließt. Schlimmer noch, wenn wir uns als ÜbersetzerInnen derjenigen ausgeben, mit denen wir selbst nicht sprechen, dann reproduzieren ‚wir‘ ganz aktiv dieses Spiel. Sogar noch das marginalste linke Grüppchen kann politisches Kapital daraus schlagen, dass es vorgibt, für diejenigen zu sprechen, die außerhalb der Tore stehen. Die wirkliche Herausforderung liegt deshalb darin, diese Tore für sie zu öffnen oder besser noch: die Mauer selbst einzureißen. Aber dies kann nur durch echte Kooperation mit echten Menschen geschehen. Wir werden nur wenig ausgerichten, wenn wir uns weiter an dem Gedanken erfreuen, dass unsere abstrakte ‚Solidarität‘ in irgendeiner Form relevant sei.

Ein weiteres Beispiel: seit über einem Jahr entwickelt sich in mehreren Städten Spaniens eine einzigartige Bewegung, angetrieben von der Frustration vieler Menschen darüber, dass die Zunahme von Immobilienspekulation ‚menschenswürdiges Wohnen‘ (Vivienda Digna) immer schwerer macht. Die Bewegung begann, als auf der Höhe der Proteste gegen das CPE in Frankreich eine anonyme Email herumgeschickt wurde, die zu einem Aktionstag für ‚menschenswürdiges Wohnen‘ aufrief. Diese Email wurde weitergeleitet, und am vorbestimmten Tag gingen Hunderte Menschen – TaxifahrerInnen und FriseurInnen ebenso wie ‚AktivistInnen‘ – auf die Straße. Beim zweiten selbst ausgerufenen Aktionstag waren schon Tausende dabei. Seitdem wurde eine Vielzahl lokaler Versammlungen ins Leben gerufen, von denen viele noch aktiv sind.

Die Reaktionen der ‚AktivistInnen‘ auf diesen sozialen Kampf ums Wohnen waren aufschlussreich. Sie reichten von Verwirrung (‚Wie, da ist ‚ne Demo und ich weiß nicht, wer sie arrangiert hat?‘), über den Wunsch, im Hintergrund zu bleiben (‚In der Versammlung sind alle gleich, die Leute sollten nicht erwarten, dass wir irgendwas Besonderes zu sagen haben‘), bis zur Anerkennung der Tatsache, dass ihr Wissen und ihre Erfahrung nützlich sein könnten (‚Ich hab schon mal ne Demo organisiert, und glaube, es könnte besser funktionieren, wenn wir es folgendermaßen machen...‘). Die Reaktionen derjenigen, die weniger Erfahrung mit politischer Arbeit hatten, gingen oft in eine ganz andere Richtung. Auf einer Versammlung in Madrid, so wird berichtet, kam es zu einer Diskussion darüber, ob die TeilnehmerInnen eine Demo unterstützen sollten, die sie nicht selbst organisiert hatten: ‚Jetzt sind wir der Raum, in dem die Bewegung organisiert ist, also sollten wir über diese Dinge entschei-

den' – ‚Aber fing nicht alles mit einer spontanen Demo an? Warst du nicht da?' – ‚Ja, aber das war, bevor es die Versammlung gab!...'

All dies beweist, dass ‚wir', trotz des anscheinend alles umfassenden Labels ‚Bewegung der Bewegungen' (wie auch immer es im Einzelnen interpretiert werden mag) und trotz ‚Seattle', ‚Cancun' oder ‚Heiligendamm', nicht die einzigen sind, die sozialen Wandel verursachen. Es ist nicht einmal klar, dass ‚wir' überhaupt existieren. Und so zu tun, als ob Geschichte ausschließlich von uns gemacht wird, muss uns gegenüber der Einsicht blind machen, wo wir eigentlich hineinpassen – und wenn wir irgendwo hineinpassen, können wir logischerweise nicht das Ganze sein.

Ins Licht hinein?

Der gedankliche ‚Reisebericht', den wir hier zu schreiben versucht haben – von Heiligendamm nach Lateinamerika, von der Politik des Klimawandels zu den Banlieues, zur Bewegung der Bewegungen und wieder zurück – begann mit einer Frage und ein paar tausend Zeitungen, und brachte uns immer wieder zu ganz bestimmten Themen und Problemen zurück, die partout nicht verschwinden wollten.

Wir fingen mit dem Motiv der Sichtbarkeit an, weil es die Beziehung zwischen Bewegungen und den Dynamiken ihrer Reproduktion verdeutlicht. Es ist relativ leicht, über das Verhältnis von Bewegungen und institutioneller Politik nachzudenken, etwa anhand der Beispiele der wahlpolitischen Experimente in Lateinamerika, den Sozialforen, oder den in jüngster Zeit gemachten Versuchen, die sozialen Zentren in Europa einander wieder näher zu bringen. Je nach Perspektive sind das Beispiele für den Ausverkauf einer Bewegung, für ihren Reifungsprozess oder ihre politische Vereinnahmung. Alle drei Positionen begehen jedoch denselben Fehler, nämlich institutionelle Formen und Bewegungen als grundlegend verschieden zu betrachten. Sie sehen Bewegungen als klar umrissene Einheiten, mit einem ‚Dinnen' und einem ‚Draußen', anstatt sie als das endlose Bewegen sozialer Beziehungen zu verstehen.

Wenn Bewegungen sich bewegen, produzieren sie immer wieder neue Formen der Organisation und Praxis, die sich wiederum verstetigen und konsolidieren. Dies kann natürlich auch Probleme mit sich bringen. Sind sie einmal etabliert, können Identitäten und Rituale dem sozialen Wandel als massive Hindernisse entgegenstehen. Das bedeutet aber nicht, dass Bewegungen sterben, sobald sie Wurzeln schlagen oder sich im hellen Licht präsentieren. Dieser Prozess ist für Bewegungen auch eine Art und Weise, ihr eigenes Licht auszustrahlen. Die ‚Bewegung der Bewegungen' ist zum Beispiel selbst die Institutionalisierung eines bestimmten Moments der Kämpfe, deren Höhepunkt Seattle war. Sie hat außerdem dazu beigetragen, eine ganze Reihe anderer Institutionen hervorzubringen, die wiederum eigene Dynamiken entfaltet haben. Gipfelproteste zum Beispiel fanden überall in der Welt statt, wobei jeder auf den vorhergehenden aufbaute und die Aktionsform mal mehr, mal weniger weiterentwickelte. Als dieser Protestzyklus abzuflauen schien, begann der Sozialforums-Prozess, der wiederum eine andere Art von Experiment konstruierte. Nach dem Weltsozialforum 2007 in Kenia, welches zum Grossteil von NGOs gesponsert und kontrolliert wurde, hatten viele das Gefühl, dass dieser Prozess nun auch sein Ende erreicht habe. Aber nur wenige Monate später demonstrierte das US-amerikanische Sozialforum, dass es weiterhin möglich ist, etwas zu organisieren, das nicht nur ein paar Tage anhält, sondern in der Lage ist, weit darüber hinaus Effekte und Resonanzen erzeugen und verschiedene Kämpfe mit einander in Verbindung zu bringen.

Die kürzlich von den ZapatistInnen veranstalteten Encuentros stellten dies noch einmal deutlich unter Beweis. Dort trafen aus den Bewegungen kommende Visionen von Autonomie, Horizontalismus und herrschaftsfreier Praxis auf einen tatsächlichen Versuch, diese Visionen umzusetzen – unter ständiger Bedrohung durch paramilitärische Gruppen und umzingelt von feindlichen Truppen. Viele BewegungsaktivistInnen konnten sich dort über die ‚Juntas der guten Regierung' informieren, ein langfristiges Experiment in der Selbstverwaltung der autonomen zapatistischen Kommunen. Ein verblüffender Aspekt des Ganzen war die Erfahrung, in einem Raum zu sein, wo die Bewaffneten – die EZLN – auf der eigenen Seite sind! Wenn wir aber wirklich sicht- und greifbaren sozialen Wandel bewirken wollen, stellt sich die Frage, wie das ohne den Aufbau neuer Institutionen überhaupt geschehen kann. Wie sonst sollen wir denn diese ‚anderen Welten' erschaffen?

Aber das Motiv von Licht und Sichtbarkeit hatte auch noch eine zweite Bedeutung. Als wir fragten, ‚Was würde es bedeuten, zu gewinnen?‘, ging es uns nicht um so etwas wie ein Zehn-Punkte-Programm. Wir wollten keine ‚Erleuchtung‘, sondern eine Politik machen, die anerkennt, dass niemand die Lösung hat, dass ‚die Welt zu verändern‘ immer auch, zumindest teilweise, ein Prozess des gemeinsamen Suchens ist, und dass ein erster Schritt darin bestehen könnte, dieselben Fragen zu stellen. Das ist weit entfernt von der altbackenen Politik der Eindeutigkeit, die von polemischen Konfrontationen bestimmt wird, in der sich unterschiedliche politische Identitäten und Ansätze gegenüber stehen und identitäre und ideologische Nischen immer wieder reproduziert werden.

Die Idee der totalen Erleuchtung ist natürlich ein Fantasiegebilde, aber ein sehr verlockendes, das wiederum mit dem Mythos des totalen Wissens zusammenhängt. Wenn man lange genug in die Sonne starrt, brennt das Bild sich für einige Zeit in die Augen ein und hinterlässt eine Art visuelles Echo. Nachdem die G8 das Thema Klimawandel vereinnahmt hatten, meinten einige, dass wir jetzt einfach nur das richtige Projekt brauchen, um zu zeigen dass nur wir ‚die Antwort‘ haben. Anstatt aber diesem Vorschlag, mit all seinen Anklängen von Doppelmacht und Gegenhegemonie, zu folgen, scheint es uns produktiver, eine andere Lehre aus Heiligendamm zu ziehen. Als wir uns auf die Blockade der Zufahrtswege zum Gipfelzentrum vorbereiteten, machte ein letzter guter Tipp die Runde: „Wenn ihr euch den Polizeiketten nähert, schaut nicht auf die Bullen – schaut auf die Lücken zwischen ihnen.“

Schließlich gibt es noch einen dritten Aspekt, der die Motive Licht und Sichtbarkeit zusammenführt. In diesem ganzen Text bedeutete die Metapher des ‚ins Licht gehen‘ ein sich selbst sichtbar machen, eine Art ‚coming out‘, mit dem wir Raum einnehmen können. In so genannten ‚Nahtod-Erfahrungen‘ hat der Ausdruck aber noch eine andere Bedeutung: du siehst ein Licht, und eine Stimme lädt dich ein, ins Licht zu gehen. Denn irgendwie bedeutet Wandel auch Tod. Er bedeutet, seine gewohnte Umgebung zu verlassen, einen Teil seiner selbst sowie alte Routinen und Sicherheiten aufzugeben. So gesehen müssen Bewegungen auch immer wieder an ihren eigenen Tod denken, an die Möglichkeit, dass sie aufhören müssen, zu sein, damit etwas anderes geboren werden kann. Haben wir den Mut, uns darauf einzulassen? Wagen wir diesen Sprung ins Unbekannte? Wagen wir es, durch diese Lücken zu springen, ins Ungewisse hinein, ins Licht?

Dezember 2007

Turbulence: Ideas for movement ist eine unregelmäßig erscheinende Veröffentlichung, die Raum dafür bieten soll, Ideen und Praktiken unserer Bewegungen zu reflektieren. *Turbulence* besteht aus David Harvie, Keir Milburn, Tazio Müller, Rodrigo Nunes, Michal Osterweil, Kay Summer, Ben Trott und David Watts.

Aus: http://www.turbulence.org.uk/moveintothelight_de.html; zuletzt besucht 31.01.08

Umwelt- oder Gesellschaftskrise?

Zur politische Ökonomie des Klimas¹

von Achim Brunnengräber

„Mittlerweile hatten die Vögel die Grillen abgelöst und Tau lag schlüpfrig auf den Blättern. Es schwebte ein Geruch in der Luft, herb und süß zugleich, der Geruch der Sonne, die Knospen entzündete und Blüten öffnete. Ich betrachtete den Wagen. Er lag da wie ein Wrack irgendwo am Rand des Highways, wie eine Stahlskulptur. Zeugnis einer längst untergegangenen Kultur. Alles war still. Das war Natur“ (T. C. Boyle, Greasy Lake).

Einleitung

Der Klimawandel wird als eines der zentralen Probleme der Menschheit angesehen, das es „im Jahrhundert der Umwelt“ (Weizsäcker 1999) zu bewältigen gilt. Meist ist negativ formuliert von einem globalen Umweltproblem, positiv formuliert von einem global zu schützenden Gut, einem sog. *global public good* die Rede (Kaul et al 1999). Um die natürlichen Grenzen zu verdeutlichen, an welche die Gesellschaften auf Grund eines überstrapazierten Ressourcenverbrauchs und zu hoher Schadstoffemissionen stoßen, spricht das Wuppertal Institut vom begrenzten „globalen Umweltraum“ (BUND/Misereor (Hg) 1996). Aus der „Vermehrung von Risiken, die alle Gesellschaften betreffen“, werden schließlich „gemeinsame Interessen an Sicherheit, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sowie globaler Umweltpolitik“ abgeleitet (Messner/ Nuscheler 1996). Die Botschaften, die mit einer solchen Problemwahrnehmung begründet werden und zu „neuen“ Nachhaltigkeitsstrategien führen sollen,² sind eindeutig – und notwendig: Sie fordern zu international abgestimmtem Handeln der sog. Staatengemeinschaft gegen die gravierenden ökologischen Zerstörungen auf, die im Zuge der temporeichen und ressourcenintensiven Globalisierung noch verschärft werden (Globale Trends 2001).

Eine solche politisch-strategische Problemsicht und –bearbeitung greift allerdings analytisch zu kurz, weil sie eine einheitliche Problemdefinition suggeriert, den Schwerpunkt auf die internationale Politik als wesentliches Entscheidungszentrum legt und einen Automatismus zwischen Problemwahrnehmung und dem Strukturwandel in Richtung Nachhaltigkeit unterstellt. Beispielhaft kann hierfür Klaus Töpfer, der Chef des UN-Umweltprogramms (UNEP), zitiert werden: „Ob der Kyoto-Vertrag kommt, hängt nicht von der einen oder der anderen Regierung, sondern von den Notwendigkeiten ab, und was notwendig ist, das kann man an den sich häufenden Extrem-Wetterlagen in der ganzen Welt ablesen“ (FR vom 27.11.2000). Mit der Bezugnahme auf das Kyoto-Protokoll ist auch festgelegt, wie die „richtige“ Antwort auf den Klimawandel aussehen soll: Vor allem wirtschaftliche Instrumente wie der Emissionshandel oder der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung sollen dem Trend des zunehmenden Treibhauseffekts entgegenwirken.

Das eigentliche Problem aber ist viel komplexer als es auf den ersten – und globalen – Blick erscheint: Gesellschaften werden *erstens* in ihren Reaktionsweisen und Entwicklungsmöglichkeiten durch „die Natur“ nicht eindeutig festgelegt. Denn die Natur ist auch das Ergebnis der gesellschaftlichen Kommunika-

¹ Der Aufsatz entstand im Rahmen eines Sondierungsprojektes zum Rahmenprogramm sozial-ökologische Forschung, das vom Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) initiiert wurde. Der Titel des abgeschlossenen Vorhabens: „Globaler Klimawandel, gesellschaftliche Naturverhältnisse und (inter-)nationale Klimapolitik“. Dem Projektleiter Elmar Altvater und meiner Kollegin Angela Oels sowie Heike Walk, Axel Michaelowa, Christoph Görg und Ulrich Brand danke ich für wertvollen Anregungen zu diesem Text.

² Klimawandel und Klimapolitik nehmen auch in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung einen prominenten Stellenwert ein, deren Ausarbeitung auf Beschluss des Bundeskabinetts vom 26. Juli 2000 beschlossen wurde. Dafür wurden ein „Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung“ (green cabinet), ein „Rat für Nachhaltigkeit“ und ein „Internet-Forum Dialog Nachhaltigkeit“ ins Leben gerufen (vgl. <http://www.dialog-nachhaltigkeit.de>; <http://www.nachhaltigkeitsrat.de> und <http://www.weltgipfel2002.de>).

tion über das, was als schützenswerte oder der Nutzung zu unterwerfende Natur verstanden wird. Der jeweilige Ansatzpunkt, machtförmige Diskurse oder die mediale Aufbereitung dessen, was als Krise definiert wird, sind also entscheidende Elemente der Perzeption des Klimawandels.³ *Zweitens* sind der Klimawandel und Klimakatastrophen keine rein natürlichen Erscheinungen, sondern anthropogen, d.h. von Menschen mitverursacht (IPCC 1996). Dem Klimawandel liegen also gesellschaftliche Naturverhältnisse zugrunde, d.h. ein widersprüchliches und problematisches Geflecht aus Beziehungen und Verhaltensformen zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur. *Drittens* ist Klimapolitik abhängig von machtvollen Interessen und einflussreichen Akteuren, die wesentlich dazu beitragen, dass sich hegemoniale Formen der Problembearbeitung herausbilden. Maßnahmen, die sich in das bestehende Wirtschaftsgefüge einpassen, erscheinen dabei realistischer und durchsetzbarer als solche, die das bestehende System in Frage stellen. In der Klimapolitik entsprechen sie einem technischen Steuerungsoptimismus und politökonomisch einer weitgehend neoliberalen Strategie.⁴

Umkämpfte Problembearbeitung

Allseits geteilt werden die internationalen Antworten auf den Klimawandel aber nicht. Dementsprechend unterschiedlich werden auch die Ergebnisse der Verhandlungen bewertet, wie exemplarisch an der Klimakonferenz im Juli 2001 in Bonn (Conference of the Parties; COP 6b) verdeutlicht werden kann: Für EU-Umweltkommissarin Margot Wallström gelang dort ein Durchbruch auf den „wir stolz sein“ können und Konferenzpräsident Pronk sprach kaum bescheidender von einem „Erfolg für den Multilateralismus“. Solche Reaktionen mögen nach dem kräftezehrenden Konferenzkrimi verständlich sein. Aus einer Außenperspektive waren sie jedoch kaum nachvollziehbar. Umweltexperte Franz Alt kritisiert das Bonner Ergebnis in scharfer Form als „geradezu lächerlich“ und Hermann Scheer, Präsident von Eurosolar, sieht darin nur einen „Pyrrhussieg“.

Die Zusammenhänge, die trotz der mageren Ergebnisse zur positiven Einschätzung der Ergebnisse aus der „Innenperspektive“ beitrugen, seien kurz in Erinnerung gerufen: US-Präsident George W. Bush stellte im Vorfeld der Klimaverhandlungen im Juli 2001 in Bonn die Grundsatzfrage, ob es den anthropogenen Treibhauseffekt überhaupt gibt. Der vermeintliche Konsens der Staatengemeinschaft über diese Frage, die wissenschaftlich geklärt zu sein schien, wurde somit aufgekündigt. Als jedoch ein von der Bush-Administration einberufenes Expertengremium der *National Academy of Sciences* bestätigte, dass der Treibhauseffekt bereits in vollem Gange und menschengemacht sei, war diese Position von Bush nicht mehr haltbar. Gleichwohl schrieb er in einem Brief an die Senatoren Hagel, Helms, Craig und Roberts vom 13. März 2001: „I oppose the Kyoto Protocol“ (vgl. Simonis 2001)

Damit versuchte er – und die hinter ihm stehenden Interessengruppen der *fossilistischen* Industrie – die mühsam im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenzen getroffenen Vereinbarungen zu unterminieren. Gleichzeitig unternahm er bilaterale Anstrengungen, um auch andere Vertragsstaaten zum Ausscheren aus dem Kyoto-Prozess zu gewinnen. Das aber blieb erfolglos. Trotz des Ausstiegs der USA und des zögerlichen Verhaltens anderer Staaten konnte Ende 2001 bei der COP7 in Marrakesch die Voraussetzung für die Ratifikation des Kyoto-Protokolls geschaffen werden. Erklärtes Ziel ist es nun, das Kyoto-Protokoll bis September 2002 zur Weltkonferenz für Nachhaltigkeit (World Summit on Sustainable Development; WSSD) im südafrikanischen Johannesburg in Kraft treten zu lassen. Dafür müssen mindestens 55 Staaten das Protokoll ratifiziert haben, wobei auf diese mindestens 55 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen der Industrieländer von 1990 entfallen müssen. Ein Scheitern der Verhandlungen hätte

3 Auch die Nicht-Thematisierung von Umweltproblemen stellt in diesem Zusammenhang ein Problem dar. Dabei sind Unterschiede zwischen lokalen, nationalen und globalen „Blindstellen“ wichtig. Lokale oder nationale Umweltprobleme können ja „externalisiert“ werden und zum „Nimby-Syndrom“ (not in my backyard) beitragen.

4 Im Folgenden konzentriere ich mich im Wesentlichen auf den internationalen Politikprozess, obgleich dieser nicht unabhängig ist von Auseinandersetzungen auf der nationalstaatlichen und lokalen Ebene. Die dort vorzufindenden Kräfteverhältnisse, Problemdeutungen und als legitim anerkannten Formen der Problembearbeitung sind kaum identisch mit denjenigen auf internationaler Ebene. Gleichmaßen kann aber auch die (zunehmende) Deutungsmacht internationalen Politik nicht unberücksichtigt bleiben.

dieses Ziel frühzeitig vereitelt. Dies erklärt die für Außenstehende meist unverständliche Euphorie. Ob die Ergebnisse aber real zur Verringerung der Treibhausgasemissionen in den Industrieländern werden beitragen können, ist eher zu bezweifeln.⁵

Der Grund für die unterschiedliche Beurteilung der Klimaverhandlungen liegt zunächst also auf der Hand: Während die offiziellen Verhandlungsführer aus der Warte der „hohen Diplomatie“ argumentieren, dass der Prozess der internationalen Klimapolitik vor dem „Aus“ stand und in letzter Minute gerettet wurde, fragen sich die externen Konferenzbeobachter, inwiefern das alles noch etwas mit Klimaschutz zu tun hat. Aus einer weitergehenden Perspektive zeigt sich aber auch, dass es sich beim Klimawandel keinesfalls um ein klar definiertes globales Umweltproblem handelt, das spezifische Lösungsstrategien erforderlich macht, sondern um ein Konfliktterrain, auf dem um die Problemdeutung und den „richtigen“ Fahrplan zur Problemlösung gerungen wird.

Systemimmanente Risiken

Umweltschutz und Umweltpolitik in den Industrieländern seit den 1960er, 1970er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zielte noch auf die Ausweisung von Naturreiservaten, die Rettung von Vögeln, *end of pipe*-Technologien oder auf die Behebung oder Begrenzung von Schäden, welche die Menschen der physischen Umwelt wie den Wäldern, Flüssen oder Böden zugefügt hatten. Die Risiken waren zumindest zum Teil kontrollierbar; sie konnten als *äußere Risiken* durch eine mehr oder weniger beherrschbare Umwelt interpretiert werden. Darin zeigte sich der Anspruch der Moderne, die Beziehungen zwischen den Menschen und der objektiven äußeren Welt rational zu gestalten. Dieser Anspruch hat heute weniger denn je seine Geltung; insbesondere wenn er auf den Klimawandel bezogen wird.

Der ubiquitäre Treibhauseffekt lässt die begriffliche Abgrenzung von Umwelt und Gesellschaft nicht mehr zu, geschweige denn, dass seine – im Einzelnen gar nicht vorhersehbaren – Auswirkungen kontrollier- oder beherrschbar wären. Die Menschen selbst, vor allem diejenigen in den reichen Industrieländern, tragen durch die Nutzung fossiler Energieträger zum Treibhauseffekt bei. Überschwemmungen, Stürme oder Dürrekatastrophen sind daher systemimmanente oder *innere* Risiken. Noch drastischer formuliert: Menschen und Gesellschaften werden von den Geistern bedroht; die sie selbst gerufen haben. Die ökologischen Probleme wirken in Form von Schädigungen der Lebensgrundlagen, der Gesundheit oder zusätzlicher Kosten auf die Menschen zurück (Görg 1999:10).

Gleichwohl kann daraus nicht der Zwang zur vernünftigen Gestaltung der Naturverhältnisse abgeleitet werden. Vielmehr müssen die widersprüchlichen Wechselbeziehung zwischen Natur und Gesellschaft als zentrale Dimension der ökologischen Krise verstanden werden: Menschen artikulieren Schutzansprüche gegenüber der Natur und sind selbst durch die eigene Produktions- und Konsumweise beständig dabei, Natur zu verändern und zu zerstören. Dabei sind allerdings sowohl auf der Verursacher- wie auf der Betroffeneneseite erhebliche Ungleichheiten vorhanden. Während vor allem die armen Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern unter den Klimaveränderungen zu leiden haben, können sich die Menschen in den Industrieländern (noch) relativ gut dagegen durch Anpassungsmaßnahmen schützen. Ebenso sind die Emissionen, sprich die Ursachen des Treibhauseffekts, ungerecht verteilt. Während rechnerisch die CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr in Deutschland bei rund 10,2 Tonnen CO₂ liegen, beträgt dieser Wert in den USA 22 Tonnen. Dagegen liegen die Pro-Kopf-Emissionen in China bei 2,7 und in Indien bei 0,7 Tonnen CO₂. Die sozialen und wirtschaftlichen Ausprägungen des Klimawandels sind also alles andere als global.

⁵ Nach dem Kyoto-Protokoll sollen die Industrieländer bis 2012 ihre Emissionen im Durchschnitt um 5,2 Prozent verringert haben. Von dieser Zielmenge sind die Industrieländer weit entfernt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beziffert den Anstieg der CO₂-Emissionen in den OECD-Ländern 1999 auf 8-9 Prozent gegenüber 1990 (DIW-Wochenbericht 6/2001). Problematisch ist außerdem das Aufweichen des Reduktionsziels durch die Rolle von Senken und der „heißen Luft“ (siehe unten; Jotzo/Michaelowa 2001).

Grenzen des Umweltraums?

Der Klimawandel ist tief in gesellschaftliche Strukturen wie die Produktions- und Konsumweise, den Nord-Süd-Konflikt oder das Mobilitätsverhalten eingeschrieben. Vor diesem Hintergrund ist die Vorstellung trügerisch, dass der überzogene Ressourcenverbrauch und ökologische Zerstörungen – interpretiert als das Überschreiten natürlicher Grenzen – schon dafür sorgen werden, dass Umweltprobleme auch adäquat bearbeitet werden. Die Grenzen der Natur sind, was den Klimawandel betrifft, nämlich keine unüberwindlichen Barrieren im Umweltraum. Sie sind vielmehr der Gegenstand der gesellschaftlich-wissenschaftlichen Debatten.

Die assimilative Kapazität der Weltmeere, der Pflanzen und Wälder für anthropogene klimaschädliche Emissionen ist zwar überschritten, d.h. das „natürliche“ Gleichgewicht hinsichtlich der stofflichen Zusammensetzung der Atmosphäre, das über Jahrtausende hinweg Bestand hatte, ist gestört. Schließlich drückt sich das Überschreiten der assimilativen Kapazität der Natur für klimaschädliche Gase auch in einer Erhöhung der Weltmitteltemperatur aus. Das IPCC geht davon aus, dass sie im 21. Jahrhundert zwischen 1,4 und 5,8 Grad C ansteigen wird (ebd. 2001). Damit ist aber noch keine Grenze definiert, welche die zunehmende Konzentration von klimaschädlichen Gasen in der Atmosphäre verhindern könnte. Im Gegenteil: In den nächsten Jahrzehnten werden noch Millionen Tonnen an CO₂ und anderer schädlicher Klimagase dort „deponiert“ werden. Im rein naturwissenschaftlichen Sinne existiert also keine Grenze, wie es der Ansatz des begrenzten Umweltraums nahe legt (BUND/Misereor (Hg) 1996).

Das Ökosystem Klima ist vielmehr ein offenes System, das sich aus mehr oder weniger stabilen wie aus sich stetig verändernden und fortschreitenden Prozessen zusammensetzt. Das Verschwinden der Dinosaurier bedeutet vor dem Hintergrund dieser materiell-stofflichen Dimension des Klimas keinesfalls das Ende der Entwicklung. „Bekanntlich ist der Natur die ökologische Krise ziemlich egal; es sind die Menschen, die sie bewirken, von ihr betroffen sind und sie bewältigen müssen“ (Sachs 1998: 203). Erst in dem Moment, als die ersten dramatischen Auswirkungen des Klimawandels zu spüren waren, der anthropogene Charakter des Treibhauseffekts wissenschaftlich untermauert werden konnte und die Ursachen davon in der auf fossilen Energieträgern beruhenden Ökonomie verortet wurden, konstituierte sich die Klimapolitik als konfliktives gesellschaftliches Terrain. Der strategische Bezug auf die „Grenzen des Umweltraums“ oder auf die „nachhaltige Globalisierung“ stellen spezifische Antworten auf diese Entwicklung dar. Sie sind aber selbst nur ein – und sicher auch nicht der politisch einflussreichste – Teil der damit verbundenen symbolisch-sprachlichen Dimensionen der Naturverhältnisse. Mit anderen Worten: Die „Grenze“ ist als Symbol zu verstehen, mit dem verdeutlicht werden kann, dass die Menschen – freilich auf ganz verschiedene Art und Weise und in unterschiedlichem Umfang – dabei sind, sich ihrer Lebensgrundlagen zu berauben. Dieses ökologische Problem lässt sich aber außerhalb einer sozialen Interpretation und Vermittlung gar nicht bearbeiten.

Weil absolute Grenzen fehlen bzw. der diskursiven Konstruktion bedürfen, verfolgt etwa der WBGU die folgende Strategie. Er fordert die Festlegung einer „konkreten ‚Leitplanke‘, also derjenigen Klimaänderung, die nicht mehr tolerierbar ist“ (*Politikpapier* 1/2001: 8). Auswirkungen des Klimawandels wie ungewöhnlich heftige Stürme, die über die Elendsviertel der Entwicklungsländer hinwegfegen, geografische Verschiebungen der Vegetationszonen, die zu neuer Armut der ländlichen Bevölkerung führten, oder der angekündigte Untergang der Südseeinseln des Staates Tuvalu mit seinen Atollen und Eilands dürften für die Betroffenen aber schon jetzt nicht mehr tolerierbar sein (vgl. auch Schellnhuber u.a. 2001). Der moralische Appell an ein Umsteuern zur Nachhaltigkeit, so notwendig er auch ist, reicht zur Krisenbewältigung ganz offensichtlich nicht aus. Und er wirft noch ein anderes Problem auf. Die Frage, wer diese Leitplanken eigentlich definieren soll, verweist auf einen *top down*-Ansatz von Politik. Dies trägt wiederum zur verkürzten Problemkonstitution bei, weil „... vom Gesellschaftlichen, also dem Ineinander von Institution, Macht und Bedeutung, in das jeder Umgang mit der Natur eingelassen ist, abstrahiert [wird], mit der Folge, daß die Umweltproblematik als Naturkrise und nicht als Gesellschaftskrise erscheint“ (BUND/Misereor (Hg) 1996:149).

Der Klimawandel ist eine solche Gesellschaftskrise. Er wird in vergesellschafteter Form bearbeitet, wahrgenommen und symbolisiert, d.h. die Krise ist sozial, politisch, ökonomisch und kulturell geprägt (Görg

1999, Harvey 1996:131) und wird im Interessenkampf selbst zum Gegenstand der Interpretation. Das erklärt auch, warum die politische Bearbeitung des Klimawandels keineswegs auf einem einheitlichen Verständnis davon beruht, welches Problem eigentlich gemeinsam und auf welche Weise bearbeitet werden soll. Vielmehr geraten die Akteure mit ihren ganz unterschiedlichen Problemdefinitionen aneinander, wobei sich allerdings vor allem diejenigen Akteure durchsetzen, die politisch und von ihren Ressourcen her in der Lage sind, Einfluss auf die (internationale) Klimapolitik nehmen zu können. Klimapolitik – wie alle anderen Bereiche, in denen es um Lastenteilung und die Probleme der Aneignung der Natur geht – regiert also keineswegs nur auf objektiv bestehende Umweltveränderungen, sondern wird zugleich von Herrschafts- und Machtverhältnissen überformt.⁶

Neoliberales Klima

Der Deutungsspielraum des Problems erklärt auch, weshalb in der internationalen Klimapolitik, wie sie sich seit Mitte der 1980er Jahre herausbildete, „tektonischen“ Verschiebungen möglich waren (Walk/Brunnengräber 2002: 26, 72ff.). Die Problementdeckung und die Versuche, die Ursachen des Treibhauseffekts zu klären und öffentlich zu machen, wurden vor allem von NaturwissenschaftlerInnen und Umweltverbänden unternommen; sie wurden lange Zeit nicht besonders ernst genommen. Erst in den späten 1980er Jahren kam es zu einer stärkeren Politisierung des Phänomens. Die anfänglichen Diskussionen bewegten sich um Fragen der Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd, um die weltweite Gleichverteilung der Pro-Kopf-Emissionen, um den Zusammenhang von Armut, Reichtum und Umweltzerstörung oder um die Frage der historischen Verantwortung für den Klimawandel und einen substantiellen Finanztransfer von den Industrie- in die Entwicklungsländer (Missbach 1999).⁷ Klimapolitik hat in dieser Phase also durchaus die gesellschaftlichen Naturverhältnisse zum Gegenstand. Nachdem sich die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention 1997 auf das Kyoto-Protokoll geeinigt hatten und damit die Reduktionsziele für die Industrieländer fest standen, ging diese Phase aber zu Ende. Sie wurde, weil die fossilistische Industrie plötzlich aus ihrem Schlummer erwachte, die weitreichenden Folgen der Klimapolitik hinsichtlich ihrer Geschäftsinteressen abzuschätzen begann und ihre Gegenkräfte mobilisierte, von der engen Fokussierung der Klimaverhandlungen auf ökonomische Fragen abgelöst.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, neue Technologien und Finanzinstrumente bestimmen nunmehr die Verhandlungen. Schon aus den Kommentaren zum Kyoto-Protokoll wurde deutlich, dass nunmehr in erster Linie der freie Markt die Probleme lösen soll. Der UNFCCC-Exekutivsekretär Cutajar bezeichnete es als „eine der weitreichendsten ökonomischen Vereinbarungen ..., die seit Jahren unter der Flagge der Vereinten Nationen abgesegnet worden sind“ (zitiert nach Taalab 1998: IV). In der Folge bildete sich eine *hegemoniale* Problembearbeitung heraus, weil sich hierbei nicht etwa alleine die dominanten Interessen der Regierungen oder Wirtschaftslobby durchsetzten, sondern durch Partizipation von NGOs ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die zentrale Strategie der Klimaverhandlungen, sprich die Erschließung neuer Märkte, erzielt werden konnte; freilich bei erheblichen Divergenzen im Detail. Die Notwendigkeit zur breit angelegten Regulierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die auch das Klima in der Gesellschaft berücksichtigt, geriet – wird von zahlreichen aber erfolglosen Protestaktionen engagierter Umweltaktivisten einmal abgesehen – aus dem Blick.

⁶ In der sich herausbildenden Global Change-Forschung, die im Begriff ist, die klassische nationale Umweltpolitik zu ergänzen bzw. abzulösen, wird dieser Aspekt gänzlich vernachlässigt. Schon terminologisch wird die ökologische Gesellschaftskrise entdramatisiert. Dem globalen Wandel gilt es dann mit pragmatischen Managementkonzepten, technologischen Innovationen oder neuen globalen Institutionen zu begegnen.

⁷ Auch bei der COP 6b gelang es den Entwicklungsländern nicht, ihre Forderung nach rechtsverpflichtenden Finanzbeiträgen durchzusetzen. Zwar wurde die Globale Umweltfazilität (Global Environmental Facility; GEF) als Finanzmechanismus der Konvention konsolidiert sowie drei neue Fonds für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern geschaffen („Special Climate Change Fund“, „Least Developed Countries Fund“, „Adaptation Fund“). Die Ausstattung von jährlich 410 Mio. US\$, die in der politischen Erklärung der COP6b genannt wird, ist jedoch keineswegs garantiert und blieb weit hinter den Erwartungen der Entwicklungsländer zurück.

Joint Implementation und Clean Development Mechanism: moderne Formen des Ablasshandels

Die Idee der beiden Instrumente ist einfach: Regierungen oder Firmen, die ihre Emissionen reduzieren müssen, können ihren Pflichten nachkommen, indem sie Klimaschutzmaßnahmen in einem anderen Land durchführen. Bei *Joint Implementation* (JI) geht es um Projekte von Industrieländern in einem anderen Industrieland und beim Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (*Clean Development Mechanism*; CDM) um Projekte von Industrie- und Entwicklungsländern in einem anderen Entwicklungsland. In Frage kommen etwa die Hilfe beim Bau von Kraftwerken und Windkraftanlagen oder Wiederaufforstungsprojekte. Die auf diese Weise eingesparten bzw. im Falle der Aufforstungsprojekte gebundenen (siehe Abschnitt 5.3.) Emissionen können auf das Konto des investierenden Landes als Guthrift verbucht und von den internationalen Reduktionspflichten abgezogen werden. Auf diese Weise soll den Ländern ein kostengünstiger Klimaschutz ermöglicht werden, zumal es als irrelevant angesehen wird, in welchem Land die Treibhausgase emittiert bzw. deren Emissionen reduziert werden. Als ökonomisch effizient gilt es hingegen, die Maßnahmen in denjenigen Ländern und Regionen durchzuführen, in denen mit einem bestimmten Budget die größten Emissionsreduktionen erreicht werden können.

Zu Beginn der offiziellen Klimaverhandlungen erteilten die Regierungen der Entwicklungsländer dem Instrument dennoch eine Absage, weil sie es als Form des modernen Ablasshandels ansahen (Michaelowa 1997: 256). In Kyoto wollten die G77 und China ihre Einwilligung nur dann geben, wenn die Industriestaaten die ersten Schritte zur Emissionsreduktion übernehmen und nur einen Teil der international vereinbarten Reduktionsverpflichtungen außerhalb des eigenen Landes erfüllen könnten. Auf diese Weise sollte verhindert werden, dass die nationale Verantwortung für den Klimaschutz aufgeweicht und die eigentliche Problembearbeitung in die Entwicklungsländer verschoben wird. Solche Überlegungen berührten noch das (Un-)Gerechtigkeitsproblem zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern, das aus den unterschiedlichen Betroffenheiten und Ursachenstrukturen resultiert. Im weiteren Verlauf der Klimaverhandlungen wurden solche Überlegungen immer mehr von technischen Fragen abgelöst.

Bei der COP 1 1995 in Berlin wurde zunächst eine Pilotphase vereinbart, in der die Reduktionen nicht gutgeschrieben werden durften. Auch wurden für die Pilotphase weder explizite Ziele noch konkrete Kriterien zur Berichterstattung genannt, die es ermöglicht hätten, unterschiedliche Projekte zu vergleichen. Es existierte lediglich ein gemeinsames Berichtsformat. Ein durchschlagender Erfolg der Erprobungsphase blieb dann auch aus (Michaelowa 1997: 259, Herold 1998: d1). Viele verfahrenstechnische und naturwissenschaftliche Details blieben auch in der Folge ungeklärt. So wurden etwa die notwendigen Berechnungsmethoden noch nicht standardisiert, weshalb sich nicht eindeutig klären lässt, wie viele Emissionen bei einem gegebenen Projekt eingespart werden. 1998 bei der COP 4 in Buenos Aires bestand darüber hinaus die Befürchtung, dass einige Regierungen eigene Regeln zur Berechnung der Reduktionen festlegen könnten, bzw. – da keine Vereinbarungen der Vertragsstaaten existierten – der Mechanismus willkürlich angewendet werden könnte. Mitnahmeeffekte wären dann ein Leichtes, d.h. dass Projekte wie große Wasserkraftwerke, die auch ohne CDM wirtschaftlich sind und ohnehin durchgeführt werden, als CDM-Maßnahme deklariert werden könnten.

Mit dem Beschluss der COP 6 wurde nun zumindest ausgeschlossen – was lange Zeit eine offene Frage war –, dass Atomkraftwerke im CDM und bei JI berücksichtigt werden können. Bei der COP 7 wurde darüber hinaus – um den Start von CDM-Projekten zu gewährleisten – ein CDM-Exekutivrat gewählt, der über Richtlinien und Methodologien von Projekten entscheidet sowie Projektanträge registriert und prüft. Bei JI hingegen soll nur dann ein Aufsichtsgremium aktiv werden, wenn das Gastland seine Berichtspflicht nicht erfüllt. Andernfalls kann es selbst das Registrierungs- und Überprüfungsverfahren durchführen. Die oben angeführten Probleme mit den flexiblen Mechanismen sind mit dieser Regelung im einzelnen noch nicht aus der Welt geräumt. Sie wurden lediglich anderen Gremien überantwortet, die nun die Konkretisierung der Instrumente voranbringen soll.

„Hot and tropical air“ für den Emissionshandel

Ohne die Klausel über das *emission trading*, durch die der internationale Handel mit Emissionszertifikaten prinzipiell ermöglicht wird, hätten sich die USA bei den Klimaverhandlungen in Kyoto kaum auf eine

Emissionsreduktion um 7 Prozent verpflichtet (eine Festlegung, die nun freilich schon verstaubt ist). In Buenos Aires machte der Verhandlungsführer der USA, Stuart Eizenstat, unmissverständlich deutlich, dass auch die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls andernfalls nicht in Frage käme. Andere Industrieländer wollten dieser Forderung gerne nachgeben, zumal sie die Möglichkeiten beinhaltet, dass die vereinbarten Reduktionen wenigstens rechnerische eingehalten werden können.

Grundsätzlich geht es bei dem Handel mit Emissionszertifikaten darum, dass alle Staaten Zertifikate erhalten, die den ihnen zugeteilten Emissionsmengen entsprechen (*assigned amount*). Der Handel ist entsprechend des Protokolls von 2008 an vorgesehen. Die Länder mit ungenutzten Emissionsrechten können diese Mengen dann solchen Ländern zum Verkauf anbieten, die ihre zugeteilten Emissionsmengen überschreiten. Das Käuferland kann die Anteile zu der ihm zugeschriebenen Menge hinzuzählen und somit die Reduktion eigener Emissionen kompensieren.

Vor allem den mittel- und osteuropäischen Transformationsländer kommt der Handel mit Emissionskontingenten gelegen. So wurde in Kyoto vereinbart, dass Russland und die Ukraine ihre Emissionen bis 2012 gegenüber 1990 lediglich stabilisieren müssen. Durch den Zusammenbruch der jeweiligen Wirtschaften kam es real aber zu Emissionsminderungen, woraus sich die Möglichkeit ergibt, dass beide Länder ihre überschüssigen Emissionsrechte auf dem zukünftigen Zertifikatenmarkt versteigern könnten (es wird in diesem Fall vom Handel mit *hot air* gesprochen). 2001 in Bonn und dann noch einmal wenige Monate später in Marrakesch gelang es Russland sogar noch, Senken-Potentiale zu erhalten (*Russian forest air*; siehe Abschnitt 5.3), die sie auf den Handel mit *hot air* dazu addieren können. Um diese Forderung durchzusetzen, musste Russland nicht lange kämpfen. Nachdem die USA ihren Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll verkündet haben, ist eine Ratifikation Russlands für das in Kraft treten des Protokolls unabdingbar. Russlands Stimme konnte also teuer verkauft werden.

Weil im Kyoto-Protokoll lediglich erwähnt wird, dass der Handel mit Emissionsrechten zusätzlich zu den nationalen Maßnahmen erfolgen soll, wurden Obergrenzen für das *emission trading* diskutiert (*cap* oder *concrete ceiling*). Die vor allem von Entwicklungsländern vorgetragene und von der EU unterstützte Forderung, dass mindestens 50 Prozent der Emissionsreduktionen im eigenen Land umgesetzt werden sollten, blieb aber chancenlos. Auch hier traten die USA als *hardliner* in Erscheinung - und setzte sich letztlich im Verbund mit anderen Industrieländern durch. Im Bonner Beschluss heißt es jetzt lediglich, dass ein „signifikanter Anteil“ im eigenen Land erbracht werden soll.

In Bonn wurde zudem ein System der Erfüllungskontrolle verhandelt, das die Konsequenzen auflistet, die bei Nicht-Einhaltung der Reduktionsziele drohen. Auf Grund des Widerstands insbesondere von Japan und Russland wurde dieses System aber nicht rechtsverbindlich vereinbart.⁸ Wie es auf nationaler Ebene konkret aussehen soll, ist noch offen. Großbritannien, die Niederlande und Dänemark haben schon Pilotvorhaben zum Emissionshandel gestartet. In der deutschen Industrie hingegen sind die Widerstände groß, weil Wachstumshemmnisse und zusätzliche finanzielle Belastungen befürchtet werden.⁹ Die Selbstverpflichtungserklärungen werden von weiten Teilen der deutschen Industrie als ausreichend angesehen. Das ist verständlich, entsprechen sie doch nur dem *business-as-usual*.

Die große Unbekannte: Die Senken

Unter *Senken* wird die Bindung von CO₂ durch Pflanzen, Wälder oder Meere verstanden. So wird durch Aufforstungsprojekte CO₂ im Holz von Bäumen gespeichert. Umgekehrt wird bei der Verbrennung von Biomasse CO₂ freigesetzt, was als *Quelle* bezeichnet wird. Brandrodungen führen demzufolge zu CO₂-Emissionen, wohingegen wachsende Wälder CO₂ absorbieren und somit zum Klimaschutz beitragen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Aufforstungs- und Walderhaltungsprojekte sind im Vergleich zu vielen

⁸ Festgelegt wurde allerdings, dass die im Jahr 2010 festgestellten „Fehlmengen“ an Treibhausgasreduktionen in der darauffolgenden Periode mit einem Aufschlag (Faktor 1,3) nachgeholt werden müssen.

⁹ Wirtschaftsminister Werner Müller gibt Schützenhilfe: In seinem Energiebericht, den er Ende 2001 vorlegte, wird ein Szenario entwickelt, nach dem auf die Verbraucher bis 2020 kumulierte Zusatzkosten von 500 Milliarden Mark durch Klimaschutzmaßnahmen zukommen würden. Im rot-grünen Regierungslager führte der Bericht zu einigem Unmut, zumal sich auch Umweltminister Jürgen Trittin nicht mehr eindeutig zu dem bereits gesteckten 25-Prozent-Ziel bekennt (FR 27.11.2001).

anderen Projekten, die etwa auf Technologietransfer beruhen, recht preisgünstig – und eignen sich ausgesprochen gut für *public relations*-Zwecke. Der französische Autokonzern Peugeot schützt den brasilianischen Regenwald, das Chemieunternehmen Henkel den Wald in Argentinien und Neuseeland will gleich 80 Prozent seiner Emissionsverringerung durch Aufforstung erzielen (Michaelowa 1997: 245).

Vor allem auf Drängen von Staaten wie den USA, Neuseeland, Australien und Norwegen wurde diese Möglichkeit 1997 im Kyoto-Protokoll fest gehalten. Vier Jahre später in Bonn konnte hinsichtlich dieses Instrumentes ein nur fragliches Ergebnis erzielt werden. Insbesondere große Flächenstaaten und Japan forderten eine unbegrenzte Anrechnung von Senken als Klimaschutzmaßnahmen – und setzten sich weitgehend durch. Japan wird – wie einige andere Länder auch – zukünftig einen erheblichen Teil seiner Reduktionsziele über Senkenaktivitäten realisieren können, wenn auch eine Obergrenze für Waldsenken festgelegt wurde. Das Schlupfloch sind die landwirtschaftlichen Böden, die unbegrenzt als Senke genutzt werden können. Im CDM sind allerdings nur Aufforstung und Wiederaufforstung zugelassen und gedeckelt. Über die technischen Fragen der Definition, des Anrechnungsverfahrens sowie des *monitoring* konnte zwar formal Einigkeit erzielt werden, die grundlegenden Probleme der Berechnung von Senkenpotentialen sind damit aber noch nicht aus der Welt geräumt.

Problematisch ist *erstens*, dass es keine zuverlässige Methode gibt, die Auskunft darüber gibt, wieviel CO₂ überhaupt von der Vegetation gespeichert wird. Dennoch können nach den Bonner Beschlüssen nun auch die Acker- und Grünlandbewirtschaftung sowie die Ödlandbegrünung als Klimaschutzmaßnahmen angerechnet werden. *Zweitens* geht vom Senken-Ansatz der Anreiz zur Schaffung von Holzplantagen aus (bspw. von Eukalyptus), die ökologisch höchst fragwürdig sind und den Zielen der Biodiversitätskonvention zuwiderlaufen könnten. Nicht vorgesehen ist auch, wie die gespeicherten Kohlenstoffmengen wieder mit dem Kohlenstoff verrechnet werden, der bei der späteren Nutzung des Holzes oder bei der Anlage der geplanten Holzanlagen frei wird. Schließlich besteht *drittens* die Gefahr, dass der Einbezug von Senken eine weitere kostengünstige Ausweichmöglichkeit bietet, um die Entwicklung und den Einsatz von Technologien zur CO₂-armen Energienutzung und -erzeugung in den Industrieländern selbst zu verzögern oder gar zu verhindern.¹⁰

Aus den Entwicklungsländern ist deshalb auch wieder die Kritik zu vernehmen, die schon zum Thema JI geäußert wurde. Insbesondere VertreterInnen von indigenen Völkern kritisierten die Senken-Debatte und sprechen von Kohlenstoff-Kolonialismus, weil vor allem in Entwicklungsländern Klimaschutz betrieben werden soll, während die Industrieländer selbst untätig bleiben. Außerdem wird mit diesem und den anderen flexiblen Instrumenten die schon lange im Nord-Süd-Verhältnis in die Kritik geratene „Projektivität“ neu belebt. Neue Politikansätze oder Ansätze internationaler Strukturpolitik wurden durch die internationale Klimapolitik aber nicht realisiert. Dabei wurde lange angenommen, dass die Entwicklungsländer vor dem Hintergrund der ökologischen Krise nunmehr über eine größere Durchsetzungsmacht ihrer Interessen verfügten (so etwa Udo Ernst Simonis, *epd Entwicklungspolitik* 4/99). Zwei Aspekte ließen hoffen: Zum einen wurde die „Überentwicklung“ der Industrieländer aufgrund ihrer hohen CO₂-Emissionen konstatiert. Sie müssten sich folglich unter ökologischen Gesichtspunkten nunmehr mit weitreichenden Entwicklungserfordernissen im eigenen Land auseinandersetzen. Der ökologischen Krise könne zum anderen aber nicht ohne die aktive und intensive Mitwirkung der Entwicklungsländer begegnet werden, weil die hier zu erwartende Zunahme der Treibhausgasemissionen das globale Ökosystem erheblich beeinträchtigen wird. Wie nicht nur die Instrumentendebatte innerhalb der internationalen Klimaverhandlungen zeigt, blieben jedoch die Hoffnungen auf veränderte weltpolitischen Machtkonstel-

10 Mit dem Problem der Senken befasste sich auch ein Sondergutachten des „Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen“. Obgleich der Beirat die Idee einer Verbindung von Klima- und Senkenschutz befürwortet, bewertet er die Art der Anrechnung von Tätigkeiten im Bereich Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft des Kyoto-Protokolls „als unzureichend und verbesserungsbedürftig ... Der derzeitige Anrechnungsmodus kann zu negativen Anreizen sowohl für den Klimaschutz als auch für den Schutz der Biodiversität und der Böden führen“ (WBGU 1998:1, zur Senken-Position des WBGU siehe auch Politikpapier 1/2001: 8). Als Problem bzw. Schlupfloch könnte es sich auch noch erweisen, dass die aus den drei Mechanismen erzeugten Emissionsrechte sowie Emissionsgutschriften, die aufgrund der Kohlenstoffeinbindung von Senken erzielt wurden, sowohl zur Erfüllung der Emissionsreduktionsverpflichtungen als auch zum Handel mit anderen Vertragsstaaten genutzt werden können. Auch hier sind also viele die Statistik und Berechnung betreffenden Detailfragen noch ungeklärt.

lationen, die vor allem durch die Konferenz für Umwelt- und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro genährt wurden, unerfüllt.

Fraglicher Steuerungsoptimismus

Die 1997 in Kyoto vereinbarten klimapolitischen Ziele wurden Ende 2001 in Marrakesch verwässert, die Instrumente wurden abgeschwächt und die Finanzierungsfrage wurde alles andere als befriedigend geklärt. In den Instrumenten, die vor allem *all winners*-Lösungen versprechen, sieht Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung eine „kreative Kohlenstoffbuchführung“ und konstatiert: „Für das Klima bringt das alles noch nicht sehr viel“ (Rundbrief des Forum Umwelt und Entwicklung 3/2001). Eine Reihe von renommierten Klimaexperten wie Tom Wigley (Intergovernmental Panel on Climate Change; IPCC) oder Patrick Michaels (Sachverständiger für den US-Senat) teilen diese Auffassung. Selbst wenn das Kyoto-Protokoll in der jetzt vorliegenden Form von allen Unterzeichnerstaaten ratifiziert wird, könne dies die Erwärmung der Erdatmosphäre weder stoppen noch nennenswert beeinflussen (*Wirtschaftswoche* 9.8.2001). Dazu wären konkretere und weitreichendere Maßnahmen erforderlich als sie bisher bei den COPs 1 bis 7 vereinbart worden sind. Insofern ist auch der Erfolg zu relativieren, dass in Marrakesch ein Kontrollsystem vereinbart worden ist, das verbindliche Konsequenzen im Falle der Nichterfüllung der Vertragspflichten eines Staates und detaillierte Verfahrensvorschriften bei der Entscheidungsfindung vorsieht.

Zahlreiche wissenschaftliche Studien wurden bereits durchgeführt, die Licht ins Dunkel der komplizierten Materie bringen sollten – die aber immer auch neue Unsicherheiten produzierten. Alleine die offiziellen Dokumente umfassen heute mehrere tausend Seiten. Der Teufel aber steckt im Detail. Viele strittige Formulierungen und Fragen sollen noch präzisiert und geklärt werden. Auf diese Weise ist die Debatte um den Klimaschutz immer mehr aus der Alltagswelt in die Hände der „globalen Ressourcenmanager“ (Goldmann 1998) verlagert worden. Die Schlupflöcher, die die Dokumente offen lassen, sind kaum noch von den ExpertInnen selbst und schon gar nicht mehr von der breiten Öffentlichkeit identifizierbar. Ganz zu schweigen von der Frage der nach wie vor fehlenden Kohärenz mit den Vertragswerken der Welthandelsorganisation oder der Konvention zur biologischen Vielfalt.

Ein Ausweg aus der verfahrenen Situation wird in der Verschlankung oder der „Rückverhandlung“ der Instrumentenvielfalt gesehen. „Es gibt kein Patentrezept für die Lösung dieses diplomatischen Knotens, aber eins ist sicher: ohne eine drastische Reduktion der Komplexität wird es keinen Fortschritt geben. Die wesentlichen politischen Fragen müssen von den eher technischen Details getrennt werden. Ohne eine drastische Reduktion der Komplexität wird es keinen Fortschritt geben“ (Hermann Ott, *FR* 16.7.2001). Der Vorschlag zielt jedoch, wie oben begründet wurde, am eigentlichen Problem der Klimaverhandlungen vorbei. Der Steuerungsoptimismus, wie er in der Fokussierung auf die wirtschaftlichen Instrumente und zwischenstaatlichen Verhandlungen zum Ausdruck kommt, überdeckt die Unsicherheiten und zugleich die gesellschaftlich-sozialen Dimensionen des Problems. Sie eröffnen einen globalen Nebenschauplatz, auf dem die Ursachen der hergestellten Risiken und die Krise der Regulierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse schon lange nicht mehr thematisiert werden. Er verengt die Lösungssuche auf systemspezifische Perspektiven, Begriffe und Methoden. Die Komplexität des Konfliktfeldes, wie sie im widersprüchlichen Doppelcharakter von symbolisch-sprachlicher und materiell-stofflicher Dimension zum Ausdruck kommt, wird gar nicht erfasst. Mit anderen Worten: Wichtig ist, „was seit der Eröffnung der Konferenzserie versäumt, vertagt, ausgespart, unterlassen und verspielt wurde“ (Scheer 2001).

Die Engführung des klimapolitische Fahrplans wird von machtvollen Interessengruppen aus der Kohle-, Gas- und Erdöl-Lobby gefördert; immerhin 80 Prozent des Ausstoßes klimarelevanter Gase basieren auf diesen Energieträgern (zuzüglich eines geringen Umfangs Uran). Ordnungspolitische bzw. vermeintlich wirtschaftsschädigende Maßnahmen sollen verhindert, Marktgängigkeit, Effizienz und ökologische Modernisierung sollten gewährleistet werden. Dem wirken staatliche Entscheidungen nicht grundsätzlich entgegen. Vielmehr wird den Akteuren aus der Privatwirtschaft ein Bewegungsfeld eröffnet, um Marktinstrumente mit entwickeln, erproben und implementiert zu können. Dabei gibt es zwar, wie die Diskussionen um die Strategie zum Emissionshandel in Deutschland und der Europäischen Union zeigen, hef-

tige Auseinandersetzungen (Joachim Wille, *FR* 26.1.2002), letztlich haben aber auch Regierungen – gerade über den „strategischen Umweg“ der internationalen Ebene – das Ziel, *ihre* Wettbewerbsfähigkeit, nationale energiewirtschaftliche Interessen und ökonomische Wachstumsziele durchzusetzen. Auch die meisten NGOs in den Industrieländern beziehen hierzu keine grundsätzliche Gegenposition, sondern sehen ihre Aufgabe vor allem darin, Steuerungsleistungen im Detail zu erbringen. Kritischer argumentieren noch die meisten der Süd-NGOs, die bei den internationalen Klimaverhandlungen aber zumeist unterrepräsentiert sind (Walk/ Brunnengräber 2001: 141ff.).

Die Klimaverhandlungen und die dort organisierten Akteure orientieren sich also keinesfalls nur an den – durch die Klimakatastrophen als zwingend postulierten – sozial-ökologischen Notwendigkeiten, wonach die Transformation der Industrieländer in Richtung „nachhaltiger Globalisierung“ quasi zwangsläufig erfolgen müßte. Stattdessen wird die Klimapolitik ebenso wie am Beispiel der biologischen Vielfalt gezeigt werden kann, „von zwei gegensätzlichen und sich überlagernden Tendenzen durchzogen: der Politisierung von Nutzungsformen im Naturverhältnis und der Überformung ökologischer Problemdefinitionen durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse“ (Görg 1997: 112). In diesem Zusammenhang ist auf eine wichtige Unterscheidung zwischen der Klima- und Biodiversitätspolitik hinzuweisen: Hinsichtlich der Biodiversitätspolitik steht die direkte Aneignung von Natur in Form ihrer Ökonomisierung unter Wettbewerbsbedingungen im Vordergrund der Auseinandersetzungen (Brand/Görg 1998; ebd. 2001). In der Klimapolitik ist, weil hier eine unmittelbare wirtschaftliche Verwertbarkeit nicht gegeben ist, die Suche nach den Instrumenten zur indirekten Aneignung in Gange. Dabei wird weitreichend über die gesellschaftliche Zukunft (mit-)entschieden, d.h. bestimmte Entwicklungspfade werden eröffnet, andere bleiben tendenziell verschlossen. Den dadurch entstandenen Blindstellen der internationalen Klimapolitik gilt es zukünftig wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Resümee: Ein anderes Krisenkonzept

Die Defizite der Klimapolitik liegen darin, dass sie die mit dem Klimawandel verbundene sozial-ökologische Komplexität nicht angemessen zu erfassen und zu berücksichtigen vermag. Sie hat stattdessen zu Formen der politischen Regulierung der ökologischen Krise geführt, die durch drei wesentliche Verkürzungen gekennzeichnet sind: *zum einen* durch die Schwerpunktsetzung auf die wirtschaftliche Instrumentendebatte, welche die systematische Förderung alternativer Ansätze der Problemlösung wie einen weitreichenden energiepolitischen Strukturwandel weitgehend ausklammert, *zum zweiten* durch die grundlegende Problemkonstitution, die von einem scheinbar naturwissenschaftlich objektivierbaren globalen Umweltproblem ausgeht und daraus die direkte und vor allem lösungsorientierte Problembearbeitung ableitet, und schließlich *drittens* durch den Fokus auf der internationalen Handlungsebene, die als die angemessene und zentrale Bearbeitungsebene angesehen wird, obgleich der hier zwingend erforderliche Konsens nur schwache und sehr begrenzte Vereinbarungen zulässt. Darüber hinaus konnten die Mechanismen zur Reduktion der schädlichen Treibhausgase noch nicht soweit konkretisiert und umgesetzt werden, dass eine in absoluten Zahlen gemessene CO₂-Minderung garantiert werden könnte.

Die „langfristig größte ökologische Herausforderung der Menschheit“ (U. E. Simonis, in: *Das Parlament* Nr. 46, 9.11.2001) stößt sich im Wesentlichen an den kurzfristigen ökonomischen Interessen. Die Krisendiagnose und die Vorschläge ihrer Bearbeitung sind in Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingelassen und folglich mit wissenschaftlichen Modellierungen alleine weder beschreib- noch bearbeitbar. Ebenso wenig ist ihr alleine mit technischen und wirtschaftlichen Instrumentarien beizukommen. Noch nicht einmal die Wirkungen der bisher angedachten Instrumente zur Problemlösung sind im Einzelnen vorhersehbar. „Durch die Wechselwirkungen von globalen und lokalen Umweltveränderungen, technologischen Entwicklungen, ökonomischem Strukturwandel, der Globalisierung von Märkten, sich wandelnden Bedürfnissen und Lebensstilen entstehen komplexe sozial-ökologische Problemlagen mit einer nur schwer zu erfassenden Dynamik. Wieweit die beabsichtigten und die unbeabsichtigten Folgen von politischen Eingriffen und Maßnahmen diese Dynamik tatsächlich beeinflusst, ist eine offene Frage“ (Becker u.a. 1999: 27).

Ein anderes, sozial-ökologisches Krisenkonzept wird also erforderlich, weil es dem an der Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Natur gelegenen politisch-ökonomischen System immer weniger gelingt, die Verknüpfung des Naturverbrauchs für die Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft und die Reproduktionsgrundlage der Gesellschaft störungsfrei zu gewährleisten. Zumindest wird dieses System zunehmend zum Gegenstand von Kritik und sozialer Auseinandersetzungen. Die zerstörerischen Produktionsweisen sowie die ressourcenfressenden Konsumstile und Mobilitätsbedürfnisse – vor allem in den Industrieländern – werden allerdings weitgehend verteidigt. Im Vordergrund steht vor allem die Frage der gesellschaftlichen Nutzung und Inwertsetzung der Natur sowie das „enormes Innovationspotenzial für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft“, das unter dem Label der Nachhaltigkeit erschlossen werden soll, wie es die deutsche Bundesregierung im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie fordert (PM 19.12.2001). Die internationale Klimapolitik ist diesem Ziel durchaus förderlich. Dort werden die konfliktreichen gesellschaftlichen Naturverhältnisse auf spezifische Weise machtvoll reguliert, um darauf hin über das politisch-institutionelle Institutionensystem wirkungsmächtig auf den lokalen Ort zurückwirken.¹¹

So bleibt unberücksichtigt, welche sozial-ökologischen Folgen es für indigene Völker eigentlich hat, wenn ihre „natürlichen Umwelten“ nun als CO₂-Senken in Wert gesetzt werden. Unabsehbar sind auch die sozial-ökologischen Konsequenzen des Handels mit *hot air*. Jedenfalls scheint die Regierung Russlands größeres Interesse am schnellen internationalen Geld zu haben, als daran, langfristig und intensiv den Bereich der erneuerbaren Energien „vor Ort“ zu erschließen und zu fördern. Und die Maßnahmen im Rahmen des *Clean Development Mechanism* könnten eher zu einem ökologischen Notanker der in die Krise geratenen Entwicklungszusammenarbeit werden, die kaum dazu in der Lage sind, die strukturellen Probleme der Weltwirtschaft zu beseitigen. Ihre Sozialverträglichkeit wäre jedenfalls an konkreten Beispielen zu überprüfen. Es müsste außerdem geklärt werden, ob die Liberalisierung des Welthandels durch die WTO mit klimapolitischen Zielen überhaupt vereinbart werden kann. Die Dimensionen globaler Gerechtigkeit und der Nord-Süd-Konflikt müssten verstärkt zum Gegenstand der klimapolitischen Debatten werden. Und schließlich müssten nationale wie lokale Widerstände wieder als Teil der umfassenden sozial-ökologischen Krise angesehen werden.

Die Reaktion auf sozial-ökologische Krisen geschieht also nicht nur auf Grund natürlicher Zwänge, denen Gesellschaften in spezifischer Weise ausgesetzt sind. Die diskursive Konstruktion von äußeren Realitäten mit eigenen Gesetzmäßigkeiten wie die „globale Umweltkrise“ kann vielmehr zum Machtinstrument werden. Darauf stützt sich heute argumentativ die ökonomisch-technisch geprägte Instrumenten-debatte, mit der neue Märkte erschlossen werden sollen, oder auch die Forderung nach einer Weltumweltorganisation, deren Aufgaben und Ziele abgesehen vom „Schutz der Umwelt“ meist nicht genauer definiert werden. Staatliche und internationale Klimapolitik dient vor diesem Hintergrund nicht nur dem Klimaschutz, sondern ist eingebettet in Interessenpolitik und hegemoniale Verhältnisse. Nicht die Komplexitätsreduktion wäre daher erforderlich, sondern die thematische Öffnung und Re-Politisierung der Klimaproblematik. Denn sie lässt sich als tiefgreifende Gesellschaftskrise mit den klassischen Instrumenten der Umweltpolitik nicht bearbeiten.

Literatur

Becker, Egon/Jahn, Thomas/ Schramm, Engelbert (1999): Sozial-ökologische Forschung – Rahmenkonzept für einen neuen Förderschwerpunkt, Institut für sozial-ökologische Forschung, <http://www.isoe.de> (14.2.2001)

Brand, Ulrich/Görg, Christoph (1998b): Neue Akteure der Biopolitik. Nichtregierungsorganisationen und ihr Beitrag zum ‚Netzwerk internationaler Regulation‘. In: Flitner u.a. (Hg.) (1998): *Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik*, Opladen, S.143-168

¹¹ Davon sind auch die nationalen Industrien betroffen, die sich gegen die Implementierung der internationalen Verhandlungsergebnisse dann heftig zur Wehr setzen. Vor diesem Hintergrund ist auch die These nicht von der Hand zu weisen, dass es ohne die internationale Klimapolitik gar keine Fortschritte auf nationaler Ebene geben würde.

- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2001): Access & Benefit Sharing. Zugang und Vorteilsausgleich - das Zentrum des Konfliktfelds Biodiversität, Hg. von Germanwatch und dem Forum Umwelt&Entwicklung, Bonn
- BUND/Misereor (Hg) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Basel, Boston, Berlin
- Globale Trends (2000): Globale Trends 2001. Fakten, Analysen, Prognosen (Hg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
- Goldmann, Michael (1998): Allmacht und Allmende. Die ‚Commons‘-Debatte und der Aufstieg der globalen Ressourcenmanager. In: Flitner, Michael/ Görg, Christoph/ Heins, Volker (Hg.) (1998): Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik, Opladen, S. 87-118
- Görg, Christoph (1997): Schutz durch nachhaltige Nutzung? Der Konflikt um die biologische Vielfalt. In: Brand, Karl-Werner u.a. (Hg) (1997): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen, S.111-129
- Görg, Christoph (1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Münster
- Görg, Christoph/Brand Ulrich (1999): Globale Umweltpolitik und nationalstaatliche Konkurrenz. Zur Regulation der biologischen Vielfalt In: Wolfgang Hein/Peter Fuchs (Hg): Globalisierung und Ökologie, Hamburg, S. 231-264
- Harvey, David (1996): Justice, Nature & the Geography of Difference, Blackwell Publishers: Cambridge, MA and Oxford, UK
- Herold, Anke (1998): Kopfgeburt oder praktikables Konzept? Öko-Institut beurteilt Pilotprojekte für Joint Implementation im Klimaschutz skeptisch. In: *epd-Entwicklungspolitik* 1/98, d1-d2
- IPCC (1996): Climate Change 1995 – Impacts, Adaptations and Mitigation of Climate Change: Scientific-Technical Analyses. Contribution of Working Group II to the Second Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge, New York, Melbourne
- IPCC (2001): Third Assessment Report, Climate Change 2001: Impacts, Adaptations and Vulnerability, Cambridge University Press
- Jotzo, Frank/Michaelowa, Axel (2001): Estimating the CDM market under the Bonn Agreement, HWWA Discussion Paper No. 145, Hamburg, Oktober 2001
- Kaul, Inge/Grunberg, Isabelle/Stern, Marc A. (Hg.) (1999): Globale öffentliche Güter. Internationale Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert, New York, Oxford: Oxford University Press.
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (1996): Global Governance. Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, *Policy Paper 2* der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
- Michaelowa, Axel (1997): Klimapolitik fünf Jahre nach Rio: zwischen Ernüchterung und Konsolidierung. In: *Nord-Süd aktuell*, No 2/1997, S.249-260
- Missbach, Andreas (1999): Das Klima zwischen Nord und Süd. Eine regulationstheoretische Untersuchung des Nord-Süd-Konflikts in der Klimapolitik der Vereinten Nationen, Münster
- Sachs, Wolfgang (1998): Astronautenblick – Über die Versuchung zur Weltsteuerung in der Ökologie. In: Altner, Günter u.a. (1998): Jahrbuch Ökologie 1999, Hamburg ... München, S.199-206
- Scheer, Hermann (2001): Klimaschutz durch Konferenzserien: eine Fata Morgana. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2001, S. 10967-10973 Oktober 1999
- Schellnhuber, Hans-Joachim/Schulz-Baldes, Meinhard/Pilardeaux, Benno (2001): Umweltveränderungen und ihre Folgen. In: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hg.) (2001): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Hamburg, Berlin, Bonn: Mittler
- Simonis, Udo Ernst (2001): Präsident Bushs klimapolitische Wegfahrsperrre. In: Jahrbuch Ökologie 2002, S.271-274
- Taalab, Azza (1998): Stimmen gegen den Treibhauseffekt, Frankfurt am Main

UNEP (1999): GEO-2000. Global Environment Outlook, (United Nations) New York (<http://www.unep.org/unep/eia/geo2000>)

WBGU (1998): Die Anrechnung biologischer Quellen und Senken im Kyoto-Protokoll: Fortschritt oder Rückschlag für den globalen Umweltschutz? Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Bremerhaven, *Sondergutachten 1998*, Bremerhaven

Walk, Heike/Brunnengräber, Achim (2000): Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster

Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1999): Das Jahrhundert der Umwelt. Vision: Öko-effizient leben und arbeiten, Frankfurt am Main, New York

-
- ▶ *Achim Brunnengräber*, Dr. phil., geb. 1963, Politikwissenschaftler, arbeitet an der Freien Universität Berlin über die transnationale Vernetzung von NGOs, Neue soziale Bewegungen, die internationale Klimapolitik und Global Governance. Er ist außerdem wissenschaftlicher Mitarbeiter von Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (MdB), dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“. Er studierte an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, an der Freien Universität Berlin und an der Universität Bremen im Aufbaustudium Entwicklungspolitik mit dem Schwerpunkt Nicht-Regierungs-Organisationen (ENRO).

Aus:

Brunnengräber, Achim (2002c): Umwelt- oder Gesellschaftskrise? Zur politischen Ökonomie des Klimas, in: Brand, Ulrich; Görg, Christoph (Hrsg.) (2002): Mythen globalen Umweltmanagements. Rio+10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“, Münster: Westfälisches Dampfboot (im Erscheinen)

Klimapolitik

von Oliver Walkenhorst

A: . -- E: climate politics. -- F: politique du climat. -- R: . -- S: . -- C:

Der anthropogene Klimawandel gilt zu Beginn des 21. Jh. als eines der zentralen globalen Umweltprobleme. Die klimapolitischen Antworten darauf nehmen vielfältige Formen an, sind auf lokaler bis internationaler Ebene angesiedelt, werden zwischen einer Vielzahl von Akteuren ausgehandelt und sind keineswegs unumstritten, auch nicht innerhalb der marxistisch orientierten Linken. Da Hauptverursacher und -betroffene des Klimawandels nicht identisch sind -- dies gilt von der Personen- bis zur Staatenebene -- gibt es Kontroversen um die gerechte Verteilung der Lasten von K. Konflikte ergeben sich zudem aufgrund der potenziellen Kollision von K mit zahlreichen anderen Politikfeldern wie z.B. Wirtschafts-, Energie-, Verkehrs- und Entwicklungspolitik, die auch Ausdruck unterschiedlicher Interessen verschiedener Kapitalfraktionen ist.

K als gesellschaftlicher Umgang mit dem Klima ist keine Erfindung des späten 20. Jh. Der gegenwärtigen durch unbeabsichtigten anthropogenen globalen Klimawandel ausgelösten dritten Phase von K gehen mindestens zwei frühere Phasen voraus, wobei bei der ersten Anpassung ans Klima und bei der zweiten beabsichtigte Klimaveränderung im Vordergrund standen. K reicht somit in teilweise anderer, teilweise aber auch sehr ähnlicher Form bis in die Antike zurück, da spätere Phasen stets klimapolitische Elemente früherer enthalten.

1.

Aufgrund der großen Bedeutung der klimatischen Verhältnisse für Produktion und Reproduktion finden sich Anpassungsmaßnahmen sowohl an das gegebene Klima als auch als Reaktion auf ein sich veränderndes Klima bereits in Jäger- und Sammlerkulturen: sie reichen von Fellbekleidung und Schutz durch Behausung bis hin zur Migration und Besiedlung neuer Gebiete als ultimativer *^Anpassungsoption^*. Die Entstehung der Landwirtschaft im Zuge der *>neolithischen Revolution<* (Childe 1936) forderte später in einigen warmen, aber trockenen Regionen einen systematischen gesellschaftlichen Umgang mit dem Klima heraus. Ein Erklärungsansatz dafür geht auf Engels (an Marx, 6.6.1853; 28/259) zurück, den Marx wenige Tage später in den Zeitungsartikel *Die britische Herrschaft in Indien* einarbeitet: im Orient mache die *>unbedingte Notwendigkeit einer sparsamen und gemeinschaftlichen Verwendung des Wassers [...] das Eingreifen einer zentralisierenden Staatsgewalt erforderlich<* (9/129). Diese Überlegung baut er in den *Grundrissen* zur These der (später so genannten) *^asiatischen Produktionsweise^* aus, indem er sowohl die Bedeutung der natürlichen Produktionsbedingungen betont als auch in ideologiekritischer Perspektive darauf hinweist, dass *>die gemeinschaftlichen Bedingungen der wirklichen Aneignung durch die Arbeit, Wasserleitungen, sehr wichtig bei den asiatischen Völkern<* als *>Werk der höheren Einheit -- der über den kleinen Gemeinden schwebenden despotischen Regierung<* erscheinen (42/386).

Analog argumentiert Karl August Wittfogel (1931) -- in Unkenntnis der *Grundrisse*, die 1939-41 erstmals vollständig veröffentlicht wurden -- in seinen Untersuchungen zu China, dass dort die *>Regulierung des Wassers<*, und zwar sowohl zur künstlichen Bewässerung als auch zum Hochwasserschutz, zu ihrer Durchführung *>Großformen der Arbeit<* bedarf, *>die grobenteils über den Rahmen der lokalen und kommunalen Leistungsfähigkeit<* weit hinausgehen und somit den *>Staat als übergreifendes Organ<* erfordern (410). Später systematisiert er diese Überlegungen zu einer *>Theorie der orientalischen Gesellschaft<* (1938), wobei er *>den dieser Gesellschaft entsprechenden Staat als orientalischen Absolutismus oder -- um die Übermächtigkeit und Unerbittlichkeit des Staatstypus zu kennzeichnen -- als orientalische Despotie<* (102) bezeichnet. Diese frühen Wasserbaustaaten waren stets der Gefahr von *>Flut- und Dürrekatastrophen großen Stils<* ausgesetzt, die die Opfer *>zu Massenflucht und zu Aufständen<* treiben, wobei der *>subjektive Faktor einer guten oder schlechten Regierung<*, d.h. *>Ausbau oder Verkom-*

menlassen der Wasserbauten<, eine besonders große Rolle spielte (109). Wittfogel hält die orientalische Despotie zudem für den klassischen Typus einer >stationären Gesellschaft<, die sich nicht weiterentwickelt, da >die um die ^public works^^ herum zentrierte Staatsordnung Städter und Bauern nicht zum Vorstoß in eine neue Sozialordnung befähigt< (118).

Die autoritäre Wasserbau- und Ressourcenpolitik der ^orientalischen Gesellschaften^^, zu denen neben Ägypten, Mesopotamien, Indien und China auch Staaten außerhalb des Orients wie Altperu zählten, kann durchaus als eine erste Phase von K im Sinn der Anpassung an ein gegebenes Klima interpretiert werden. Wie von Wittfogel vorgeschlagen, kann das Erfordernis einer solchen K mit der Staatsgenese selbst bzw. der Weiterentwicklung bereits existierender Staaten in engen Zusammenhang gebracht werden, zu der sie durch die Etablierung von Kompetenz/Inkompetenz-Strukturen im Zuge der Kontrolle und Monopolisierung von wasserbaulichem, astronomischem und planwirtschaftlichem Wissen in den Händen einer spezialisierten Bürokratie erheblich beitrug (vgl. 97f). K erschien in dieser Perspektive als eine der ersten Formen staatlicher Politik überhaupt, die zudem mit einer enormen Produktivkraftentwicklung verbunden war.

Diese Sichtweise wird durch eine u.a. von Nick Brooks vertretene These zugespitzt, wonach die Entstehung der ersten Staaten im Sinne >hochorganisierter Gesellschaften, die ein hohes Maß an Urbanisierung, sozialer Schichtung, Arbeitsteilung und zentralisierter Macht aufweisen< (2006, 30) als >eine Form der Anpassung an Klimawandel< (46) aufgefasst werden könne, ohne damit jedoch Umweltdeterminismus nahe legen zu wollen. Er verweist auf paläoklimatische Forschungen, denen gemäß v.a. verminderte Sonnenaktivität das globale Monsunsystem geschwächt und bes. seit etwa 4000 v.u.Z. zu stark zunehmender Trockenheit im -- bis dahin noch relativ ^grünen^^ -- heutigen Wüstengürtel der Erde geführt hat. Aus archäologischen Funden ergibt sich, dass in diesen Klimaregionen bald darauf und relativ gleichzeitig die ersten Staatsgründungen erfolgten (z.B. Ägypten, Mesopotamien, Indus). Entgegen der weitverbreiteten Ansicht gehe der >Prozess zunehmender ^sozialer Komplexität^^< hier nicht mit sich verbessernden, sondern mit sich verschlechternden Umweltbedingungen einher (29f) und sei zudem mit >steigender Ungleichheit und gewaltsamer Auseinandersetzung< verbunden (46).

2.

Nicht nur Anpassung ans Klima, sondern auch das Bestreben, es zu verändern, geht weit in der Geschichte zurück. Vom Vorsokratiker Empedokles wird überliefert, er habe Windsperren zur Rettung der Ernte errichtet (Diogenes Laertios, Buch 8, Kap. 60) und Flüsse zur Verringerung der Seuchengefahr aufgrund von >schädlichen Ausdünstungen< zusammengelegt (Kap. 70). Neben diesen lokalen Eingriffen wird ihm die Formulierung eines klima-utopischen Programms zugeschrieben, mit dem er sich am Ende der überlieferten Fragmente seines Lehrgedichts *Über die Natur* an seine Schüler richtet: >Du wirst Einhalt gebieten den unermüdlichen Stürmen / Welche die Erde bedrängen und alle Felder verwüsten. / Wenn du aber den Wind wünschst, dann wirst du erwecken ihn können / Wie auch die schwärzliche Sintflut in trockenes Wetter verwandeln. / Ebenso machst aus der Dürre des Sommers du für die Menschen / Regengüsse, die strömen vom Himmel und nähren die Bäume.< (Kap. 59; vgl. auch DK, Empedokles, B.111)

In der Neuzeit beginnt mit Bemühungen um beabsichtigte regionale Klimaveränderungen eine zweite Phase von K. Erste Ansätze dazu gab es in den nordamerikanischen Kolonien, in denen die Umwelt im Vergleich zu Europa seit dem 17. Jh. durch die schnelle und großflächige Besiedlung merkbarer verändert wurde. So konstatiert der nordamerikanische Politiker Hugh Williamson 1771 regionale Klimaveränderungen aufgrund von Entwaldung und Trockenlegung von Sümpfen und beschreibt euphorisch die positiven Folgen für Landwirtschaft und menschliche Gesundheit durch diese klimatische >Verbesserung der Kolonien< (zit.n. Schramm 1984, 62f). Diese ^Macht über das Klima^^ mag zudem das nordamerikanische Selbstbewusstsein und Unabhängigkeitsdenken gefördert haben (58). Während des Unabhängigkeitskriegs schlug Benjamin Franklin Klimamodifikation gar als Kriegswaffe vor: eine geschickte Umlenkung des Golfstroms würde Großbritannien aufgrund der dann dort eintretenden Abkühlung in die Knie zwingen (Ponte 1976, 137).

Ihren Höhepunkt erreichte die staatliche Planung von Wetter- und Klimaveränderungen für zivile und militärische Zwecke im 20. Jh., bes. seit in den 1950er Jahren durch numerische Computersimulationen der Atmosphäre das Verständnis von Wetter und Klima sprunghaft zunahm; diese Aktivitäten waren zunächst vorwiegend auf die beiden Supermächte Sowjetunion und USA beschränkt. Ein feuchterer Süden, ein wärmerer Norden und eine eisfreie Arktis waren die klimatischen Hauptwünsche der Sowjetunion, die damit v.a. Landwirtschaft, Schifffahrt und Rohstofferschließung fördern oder überhaupt erst zu ermöglichen wollte. Ungebrochener Naturbeherrschungsoptimismus führte zur Planung zahlreicher diesbezüglicher Großprojekte; das wohl prominenteste war der 1950 präsentierte Dawydow-Plan -- besser bekannt als *^Großer Stalinscher Plan zur Umgestaltung der Natur^* --, der vorsah, sibirische Flüsse nach Süden umzulenken und damit die Trockengebiete um den Aralsee und das Kaspische Meer landwirtschaftlich nutzbar zu machen. Daneben gab es Pläne, die Bering-Straße zu sperren oder mit Flugzeugen großflächig Staub auf das arktische Eis auszubringen, um es für immer abzuschmelzen. Diese Großprojekte hätten unabsehbare Folgen für das Weltklima gehabt, blieben aber durchweg in der Planungsphase stecken oder jedenfalls unvollendet. Die gigantischen Flussumleitungsprojekte wurden allerdings erst 1986 unter Michail Gorbatschow eingestellt, als aus der Perestrojka das *>neue Denken der Mensch-Natur-Verhältnisse<* hervorging (Haug 1989, 92-95). Verwirklicht wurden lediglich kleinere lokale Projekte wie Regenerzeugung durch Wolkenimpfung und Gletscherabschmelzung durch Staubebedeckung (Ponte 1976, 131-36). -- In den USA förderte der Staat seit den 1940er Jahren umfangreiche Experimente zur Regenerzeugung (z.B. Project Skywater), zur Hagelunterdrückung und zur Tornado- und Hurrikankontrolle (z.B. Project Cirrus, Project Stormfury).

Angesichts der Risiken dieser Entwicklung weist Edith Brown Weiss 1975 darauf hin, dass *>die neue Technologie der Wetter- und Klimamodifikation [...] neue Antworten von der internationalen Gemeinschaft verlangt<* (805), zumal Mitte der 1970er Jahre bereits mehr als 60 Staaten mit dieser neuen Technologie experimentiert hätten. Die bevorstehende *>Politisierung des globalen Klimasystems<* (ebd.) erfordere v.a. die Regelung von Haftungsfragen und Schadenersatz, von nötigem *^Klimatechnologietransfer^* in die Entwicklungsländer, den generellen Schutz des Klimasystems als globalem Gemeingut und ein striktes Verbot von Wetter- und Klimawaffen. Paradigmatisch waren z.B. Klagen von Honduras gegen die USA wegen Hurrikanmodifikationen im Rahmen von Project Stormfury: zum einen wurden die USA 1973 offiziell des *^Regendiebstahls^* beschuldigt, da sie Wolken schon im Golf von Mexiko abregnen ließen und so angeblich eine Dürre in Honduras auslösten, zum anderen soll Hurrikan FiFi, der 1974 schwere Schäden in Honduras verursachte, von seinem ursprünglichen Kurs auf die USA abgelenkt und nach Honduras umgelenkt worden sein (Ponte 1976, 149ff). Es wurde auch direkte *^Klimahilfe^* zur Unterstützung der Entwicklungsländer diskutiert: während der Dürre Ende der 1960er Jahre erbaten einige Sahel-Länder vom US-Militär *>Wolkenimpfungshilfe<*; es lehnte mit dem Hinweis ab, dass doch *>private amerikanische ^cloud-seeders^* für diesen Job angeheuert werden könnten (166) und verweigerte jeglichen *^Klimatechnologietransfer^*. Ein Verbot von Wetter- und Klimawaffen wurde immer dringlicher nachdem bekannt wurde, dass die USA ebensolche als vermutlich erster Staat zwischen 1967 und 1972 im Vietnam-Krieg eingesetzt hatten: das US-Militär erhöhte in bestimmten Gegenden die Niederschläge, um die feindlichen Nachschubwege durch Schlammabildung lahmzulegen (164f).

Auch die Kämpfe zur Verhinderung von Atomtests und Atomkriegen seit den 1950er Jahren hatten stets eine klimapolitische Dimension, in denen es angesichts der Gefahr eines nuklearen Winters auch um den Schutz des Weltklimas ging. Zum Verbot von Wetter- und Klimawaffen wurde 1977 die UN-Konvention zum *>Verbot der militärischen und jeglicher anderen feindlichen Nutzung von Umweltveränderungstechniken<* verabschiedet. Ihre Operationalisierung ringt jedoch mit dem Problem, zwischen zivilen und militärischen Absichten einerseits und zwischen natürlichem und modifiziertem Wetter oder Klima andererseits zu unterscheiden. Zudem verbietet die Konvention nur die militärische Nutzung, nicht aber entsprechende Forschung und legalisiert damit die weitere Entwicklung von Wetter- und Klimawaffen, z.B. untersucht eine vom US-Militär finanzierte Studie mit dem Untertitel *>Owning the weather in 2025<* (House u.a. 1996) temporäre Modifikationen von Niederschlägen, Nebeln, Stürmen und der Ionosphäre während militärischer Operationen. Im Kontext von *^climate warfare^* steht auch das 1993 von den USA

gestartete zivil-militärische High Frequency Active Auroral Research Program (HAARP), das hochfrequente elektromagnetische Wellen zur Untersuchung, aber auch Manipulation der oberen Atmosphäre einsetzt und daher als klimaveränderndes Waffensystem kritisiert wird.

3.

Im Laufe der 1970er Jahre wurden die fortschrittsoptimistischen Bemühungen um beabsichtigte Klimamodifikationen durch die aufkommenden Diskussionen um einen möglichen unbeabsichtigten globalen anthropogenen Klimawandel zunehmend in den Schatten gestellt. Dadurch bahnte sich eine Neukonfiguration und dritte Phase von K an. Zwar reichen die wissenschaftlichen Diskussionen über globalen Klimawandel aufgrund der Verbrennung fossiler Energieträger bis ins 19. Jh. zurück (vgl. Sardemann 1997, 28f; Weart 2003, 1-8), aber dieser wurde erst in den 1970er Jahren -- befördert durch das aufkommende ökologische Bewusstsein und die Umweltbewegung -- als potenzielle Gefahr wahrgenommen. Jedoch war zunächst noch umstritten, ob die Erwärmung durch Treibhausgase und direkte Freisetzung thermischer Energie oder die Abkühlung durch Aerosole überwiege und mit welchem Trend langfristig zu rechnen sei; bald darauf wurden die Aerosol-Emissionen allerdings vielerorts verringert, um lokalen und regionalen Umweltproblemen u.a. aufgrund von 'saurem Regen' entgegenzuwirken.

Die marxistische Auseinandersetzung mit der Klima- wie überhaupt der Umweltproblematik war zunächst zögerlich und tendenziell abwehrend. Zum einen stand die Umweltfrage im Kontext der Debatte über die 'Grenzen des Wachstums' und unterlag dem Ideologieverdacht, da sie in den kapitalistischen Staaten nur von Verteilungsfragen und Klassenkampf ablenken und den Profitinteressen eines entstehenden 'öko-industriellen Komplexes' dienen sollte (vgl. Enzensberger 1973, 10). Zudem dominierte die Vorstellung, dass Umweltprobleme, falls es überhaupt nennenswerte gäbe, Ausdruck eines 'Nebenwiderspruchs' seien und dass ihre Lösung an die notwendige und zugleich hinreichende Bedingung des Übergangs zum Sozialismus gekoppelt sei. Zum anderen wurden im Staatssozialismus die Umweltprobleme marginalisiert, nicht zuletzt aufgrund der ökonomisch angespannten Lage im Rahmen des internationalen Konkurrenzverhältnisses (vgl. Methe 1981, 283, 407), wenngleich z.B. in der DDR manche Praktiken wie die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und des öffentlichen Nahverkehrs durchaus umweltschonend waren.

Allerdings gab es marxistische Beiträge, die das Klimathema schon früh ernst nahmen. Von Seiten der DDR-Klimatologie liegt eine systematische Studie zur Beeinflussung des Klimas durch menschliche Aktivitäten vor (Bernhardt/Kortüm 1976), in der auf die 'hochgradige Sensitivität des gegenwärtigen globalen Klimaregimes' (47) und die diesbezügliche internationale Verantwortung hingewiesen wird. Wolfgang Harich warnt vor den 'ungeheuerlichen Konsequenzen', die sich 'aus den vom Wirtschaftswachstum bewirkten Veränderungen des Klimas' ergeben (1975, 119); sie bilden einen Mosaikstein der Begründung seiner Forderung nach einem 'Kommunismus ohne Wachstum'. Ulrich Hampicke sieht im steigenden 'Energiewechsel der Menschheit' (1975, 795) gar die Hauptdimension der objektiven Grenzen des Wachstums, da dieser zu 'ungewollten und unvorausehbaren Klimamodifikationen' (806) führe. Eine 'mechanistische Selbstzerstörungstheorie des Kapitalismus' aufgrund dieser drohenden 'Kollision zwischen ökologischen Restriktionen und systemnotwendiger Expansion' lehnt er allerdings ab, da vorherige 'Rückwirkungen auf die politische Praxis' dies verhindern werden (796).

Nachdem sich spätestens seit der Ersten Weltklimakonferenz 1979 in Genf die Erwärmungsthese weitgehend durchgesetzt hatte, begann Mitte der 1980er Jahre die 'Politisierung des Treibhausthemas', das mittlerweile in den meisten Industrieländern ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit und auf die Agenda der internationalen Politik gebracht worden war (Missbach 1999, 132). Dieser Prozess führte 1992 auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro zur Verabschiedung der *Klimarahmenkonvention* (UNFCCC) mit dem Endziel, 'die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird' (Art. 2). Die beiden darin angelegten und komplementären grundsätzlichen Handlungsoptionen sind Klimaschutz, d.h. Verringerung der Treibhausgasemissionen, und Anpassung an den Klimawandel. Auf Grundlage der UNFCCC trat 2005 als erstes bindendes inter-

nationales Abkommen zum Klimaschutz -- orientiert am positiven Vorbild des 1987 noch zu Zeiten der Blockkonfrontation verabschiedeten *Montreal-Protokolls* zum Schutz der Ozonschicht -- nach siebenjährigem zähem Ratifizierungsprozess das *Kyoto-Protokoll* in Kraft. Es verpflichtet die Gesamtheit der Industrieländer, ihre jährlichen Emissionen von sechs Treibhausgasen -- u.a. Kohlendioxid, Methan, Distickstoffoxid und verschiedene Fluorkohlenwasserstoffe, die entsprechend ihrer Treibhauswirkung gewichtet zusammengerechnet werden -- bis zum Zeitraum 2008-2012 um durchschnittlich 5,2% gegenüber 1990 zu reduzieren (die individuellen Kyoto-Vorgaben variieren zwischen -8% und +10% und wurden innerhalb der EU später noch weiter ausdifferenziert). Obwohl jedem Land freigestellt ist, wie das jeweilige Reduktionsziel erreicht wird, sollen global drei sogenannte flexible Mechanismen zum Einsatz kommen: Emissionshandel, Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM), wobei die letzten beiden den Industrieländern ermöglichen, sich Reduktionen in anderen Industrieländern (JI) bzw. in Entwicklungs- und Schwellenländern (CDM) anrechnen zu lassen. Den flexiblen Mechanismen mit ihrer *^Aufteilung der Atmosphäre^* in Emissionsrechte als international handelbare fiktive Ware -- eine weitere Etappe der langen Geschichte der Einhegung und Kommodifizierung von Gemeingütern, von Weideallmenden über Wasser bis zu genetischem Material (Buck 2006, 68f) -- liegt das neoliberale Credo zugrunde, dass der Markt automatisch regelt, dass dort reduziert wird, wo es am billigsten ist. Dabei berief man sich auch darauf, dass die Idee der handelbaren Verschmutzungsrechte -- nachdem sie erstmals 1968 vom kanadischen Ökonomen John Dales systematisch untersucht und propagiert wurde -- in den USA bereits im Rahmen des Clean Air Act (1990) zur Reduktion der Luftverschmutzung in Form von Stickstoffdioxid- Emissionsrechten erfolgreich umgesetzt worden sei (vgl. Eri- on 2005, 90).

Die Debatte um Anpassung hingegen spielte in den internationalen Verhandlungen lange kaum eine Rolle, sie gewann erst seit Ende der 1990er Jahre etwas mehr Bedeutung, u.a. da allmählich ins Bewusstsein rückte, dass selbst bei sofortigem effektivem Klimaschutz weiterer unvermeidbarer Klimawandel zu erwarten ist. Ein erster Schritt war 2001 die Einrichtung der drei sogenannten Marrakesch-Fonds zur Anpassungsfinanzierung in Entwicklungsländern, von denen allerdings zwei auf freiwillige Zahlungen der Geberländer angewiesen sind und nur einer völkerrechtlich verbindlich ist (vgl. Dietz 2006, 38). -- Zu Beginn des 21. Jh. werden die internationalen Vereinbarungen insofern ernst genommen, als staatliche K nunmehr weltweit mit einem Spektrum von Instrumenten umgesetzt wird, das von ordnungspolitischen Emissionsgrenzwerten, Ökosteuern und Subventionen für erneuerbare Energien bis zur Verankerung von Klimaschutz und Anpassung in der kommunalen Planung reicht.

Nun ist aber Klimawandel ein *>Konfliktterrain*, auf dem um die Problemdeutung und den *^richtigen^* Fahrplan zur Problemlösung gerungen wird (Brunnengräber 2002, 195), denn aufgrund der global ungleich verteilten und zumeist tief in die Produktions- und Konsumtionsweise eingelassenen Ursachen und der ebenso ungleich verteilten, verzögert auftretenden, unterschiedlich bewerteten und nicht exakt prognostizierbaren Folgen des Klimawandels existieren vielfältige Interessen. Es entstehen Konflikte zwischen Staat, Kapital und Gesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene, z.B. zwischen Staaten in den internationalen Klimaverhandlungen, zwischen staatlichen Politikfeldern, zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen, und nicht zuletzt zwischen und innerhalb der linken und marxistischen Strömungen. Ein Grundproblem ist, dass die Verursacher oftmals nicht die hauptsächlich Betroffenen sind, woraus sich Gerechtigkeitsfragen in mindestens dreifacher Hinsicht ergeben. Erstens stellt sich die Frage nach Generationengerechtigkeit, da heutige Emissionen erst in Zukunft Klimafolgen zeitigen. Zweitens ergeben sich Fragen der Nord-Süd- Gerechtigkeit, da mehr als 80% der historischen Treibhausgasemissionen vom Norden verursacht wurden, während der Süden gravierendere Klimafolgen zu erwarten und ein geringeres Anpassungspotential hat. Drittens hängt die Lastenverteilung von Klimaschutz und die Vulnerabilität gegenüber Klimawandel von innergesellschaftlichen Verteilungs- und Machtasymmetrien ab, welche durch Klimawandel -- und klimapolitische Maßnahmen -- möglicherweise weiter verstärkt werden. Z.B. offenbart jeder Wirbelsturm schonungslos die Klassenspezifität der Vulnerabilität und Melanie Weber (2005) diskutiert Fragen der Geschlechtergerechtigkeit am Beispiel der Nutzung natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern. In diesem Zusammenhang könnte das an Popularität gewinnende Kon-

zept der >Klimagerechtigkeit< weiter präzisiert und fruchtbar gemacht werden (zur Diskussion einiger Ansätze vgl. Dorsey 2007).

3.1 Positionen in den internationalen Klimaverhandlungen.

Die USA forderten, bevor sie sich 2001 aus dem Kyoto-Prozess zurückzogen, gemeinsam mit den anderen sogenannten JUSCANZ-Staaten (u.a. Japan, Australien) stets die unbeschränkte Anwendbarkeit der flexiblen Mechanismen und die Anrechenbarkeit von Kohlenstoff-Senken, um möglichst wenig innerhalb des eigenen Landes reduzieren zu müssen. Zudem verlangten sie Emissionsbegrenzungen auch für den Süden, während sie bei diesbezüglichem Technologietransfer und Finanzhilfe zögerlich blieben. Die EU fordert die stärksten Reduktionsziele, einen Mindestanteil von Reduktionen im eigenen Land und zeigt sich dem Süden gegenüber entgegenkommend. Die OPEC-Staaten sind sich einig in ihrem grundsätzlichen Interesse am Ölkonsum, verfolgen aber durchaus unterschiedliche Rentenstrategien (vgl. Massarrat 2000, 139-51). Den an fossilen Ressourcen ärmeren Süden eint die Betonung des Vorrangs von Entwicklung vor Reduktionsverpflichtungen, die mit der Forderung nach Technologietransfer verbundene Befürchtung steigender Ausgaben für Energieimporte und die mit der Forderung nach Anpassungshilfe verbundene Furcht vor Klimafolgen (dramatisch gilt dies für die AOSIS-Gruppe der etwa 40 kleinen Inselstaaten wie z.B. die vom Untergang bedrohten Malediven oder Tuvalu); allerdings ist auch er kein monolithischer Block.

Die unterschiedliche Position von EU und USA gibt oftmals Anlass zur Konstruktion eines Gut-Böse-Dualismus, dahinter steckt allerdings eine Reihe handfester Differenzen. Zum einen verfügen die USA im Gegensatz zur EU über einen immensen Reichtum an Öl und Kohle, der zusammen mit der kontinentalen Ausdehnung dazu beigetragen hat, dass sie zum >Mutterland des fossilistischen Fordismus< (Missbach 1999, 252) geworden sind. Zu Beginn des 21. Jh. sind die Pro-Kopf-Emissionen in den USA mehr als doppelt so hoch wie in der EU, die über ein effizienteres Energiesystem und mehr Erfahrung mit nicht-fossilen Energieträgern verfügt. Zum anderen befürchteten die USA lange Zeit weniger direkte Klimafolgen (z.B. sogar vorteilhafte Auswirkungen auf die Landwirtschaft) und auch die indirekten Klimafolgen (z.B. Klimaflüchtlinge aus dem Süden) schienen für die EU gravierender zu sein (vgl. Lipietz 2000, 111f).

3.2 Kritik am Kyoto-Protokoll.

Zwei grundlegende Einwände sind, dass die angestrebten Reduktionen viel zu niedrig sind und dass völlig offen bleibt, wie es nach 2012 weitergeht. Die Anrechenbarkeit von Senken (z.B. Wälder, Ackerland) ist problematisch, da der in der Vegetation gespeicherte Kohlenstoff weder zuverlässig quantifizierbar noch dauerhaft gebunden ist und nur zur opportunistischen Verzögerung von ^{echten} Emissionsreduktionen dient (vgl. Brunnengräber 2002, 204f). Die Entwicklungsländer sind nicht einbezogen, obwohl sie durch die Institutionen der Entwicklungshilfe >zur Industrialisierung, folglich auch bei gleich bleibenden Umständen zur Steigerung der Treibhausgasemissionen gezwungen werden< (Altvater 2005, 173). Gleichzeitig bedeutet die prozentuale Reduktion pro Land (^{Grandfathering-Prinzip}), dass die >historischen Ungleichheiten< akzeptiert werden, was für >sich entwickelnde Länder wie China oder Indien einem Urteilsspruch zur Unterentwicklung< gleichkomme (Leff 2002, 102), sobald sie unter dieser Bedingung einbezogen würden. Der CDM wird als Instrument eines ^{Kohlenstoff-Kolonialismus} kritisiert, da er die Lösung des Klimaproblems in den Süden verlagere, während die Produktions- und Konsumtionsweise in den Industrieländern unangetastet bleibe; bes. die Nutzung des Südens als ^{Kohlenstoff-Müllhalde} durch Senken-Projekte stelle eine >Form des modernen Ablasshandels< (Brunnengräber 2002, 201) und eine Perpetuierung des >Mechanismus ungleichen Tauschs< (Leff 2002, 100) dar. Megan Lindow führt am Beispiel Südafrika aus, dass der CDM sogar zu Emissionssteigerungen führen könne, da >perverse Anreize für Länder und Industrien [im Süden] zur weiteren Emission geschaffen werden, um Investmentkapital [aus dem Norden] anzuziehen< (2005, 58). Zudem können CDM-Projekte ökologisch und sozial fragwürdige Folgen haben; bes. umstritten sind auf Monokulturen zielende Aufforstungsprojekte (z.B. das Plantar-Projekt in Brasilien), die ökologische Probleme und

die Verdrängung indigener Nutzungsformen zur Folge haben, sowie Deponiegas- Projekte (z.B. in Durban/Südafrika), die gesundheitsbelastende Mülldeponien in armen Stadtvierteln zu einer finanziellen Goldgrube machen (Erion 2005, 97). Neben solcher konzeptionellen Kritik weist Heidi Bachram auf Probleme der Durchführung hin, da ungenügende Kontrolle von Emissionshandel, JI und CDM zu >Klimaschwindel< führe: oftmals werde die Bescheinigung von Emissionen und Reduktionen von involvierten Beraterfirmen statt von unabhängigen Institutionen durchgeführt (2004, 8).

3.3 Grundlegende Problemanalysen und Lösungsansätze.

Ökokulturpessimistische Positionen machen Industrialisierung und steigenden Konsum schlechthin für den anthropogenen Klimawandel verantwortlich und halten ihn für unabwendbar. Die klassische Umweltökonomie bezeichnet Klimawandel als >das größte Marktversagen, das die Welt jemals erlebt hat< (Stern 2006, viii) und meint folglich, er sei durch die Internalisierung externer Effekte zu beheben. Marxistisch orientierte Analysen rücken hingegen die kapitalistische Produktions- und Konsumtionsweise als Ursache in den Mittelpunkt.

Für John Bellamy Foster manifestiert sich in der Klimaproblematik der unauflösbare >Konflikt zwischen Ökologie und Kapitalismus< (2002, 12): die auf kurzfristigen Profit ausgelegten Imperative der kapitalistischen Akkumulation machten langfristig angelegte Anstrengungen zum Klimaschutz weitgehend unmöglich, so dass der >Kapitalismus wohl nicht zur Umkehr in der Lage< sei (21). Zwar sei eine >^Entkopplung^ von Wirtschaftswachstum und Energie- und Materialverbrauch< aufgrund von >steigender Energieeffizienz und dem Wachstum der New Economy< hinsichtlich einfach substituier- oder abscheidbarer Ressourcen und Schadstoffe erreicht worden, aber dennoch sind die Kohlendioxid- Emissionen in führenden Industrieländern seit den 1970er Jahren ständig angestiegen -- mit der Ausnahme von Deutschland, wo infolge des Beitritts der DDR u.a. zahlreiche emissionsintensive Braunkohlekraftwerke stillgelegt wurden (22f). Senkungen der Emissionen pro Dollar Bruttosozialprodukt entlang des abfallenden Astes einer ^ökologischen Kuznets-Kurve^ (wonach zwischen spezifischer Umweltbelastung und Bruttosozialprodukt ein umgekehrt U-förmiger Zusammenhang bestehen soll) wurden dabei offensichtlich durch das Wirtschaftswachstum überkompensiert. Der >Mythos der Entmaterialisierung< suggeriere einen Übergang in eine ^schwerelose^ post-industrielle Gesellschaft, der sich jedoch keineswegs abzeichne (22). Gegen Fosters Argumentation ist einzuwenden, dass es kapitalistische Länder gibt, in denen der Primärenergieverbrauch trotz Wirtschaftswachstum nicht ansteigt (z.B. in Dänemark seit den 1970er Jahren); offen ist auch die Frage, welche noch nicht ausgeschöpften Emissionsreduktionspotentiale die hochtechnologische Produktionsweise bietet.

Victor Wallis hält die drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen ohne eine >gesellschaftliche Transformation< für >gänzlich unrealistisch< (2006, 89) und weist auf das Lösungspotential eines sozialistischen Ansatzes hin, der nicht nur >neue Energiequellen in bestehende Konsummuster integriert<, sondern auch die Senkung der Gesamtproduktion anstrebt, etwa durch die >Umgestaltung ökonomischer Räume< unter Ausnutzung geographischer Nähe (d.h. entgegen den Tendenzen transportintensiver Globalisierung), die Förderung von kollektivem Konsum und weniger besitz- und konsumorientierten Lebensstilen und die Einstellung militärischer Aktivitäten (88). In Bezug auf letztere zeigt eine globale empirische Analyse auf Länderebene, dass ihr Umfang positiv mit den Kohlendioxid-Emissionen korreliert, u.a. da das Militär selbst in vielen Staaten ein erheblicher Emittent ist (Roberts/Grimes/Manale 2003). James O'Connor betrachtet die globale Erwärmung im Rahmen seiner These des >zweiten Widerspruchs des Kapitalismus< (1998, 158) als potenziellen Auslöser einer Unterproduktionskrise, da die >kapitalistische Akkumulation ihre eigenen Bedingungen schädigt oder zerstört< (166), die Produktivkräfte sich also als Destruktivkräfte erweisen. Die Antwort auf diese Krise erfordere neue Formen der Kooperation und Planung und erzwingen einen höheren Grad gesellschaftlicher Kontrolle bei der Bereitstellung der externen natürlichen Produktionsbedingungen, wodurch der >Übergang zum Sozialismus klarer vorstellbar< (167) und somit -- neben dem aus dem ^ersten Widerspruch^ zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen resultierenden -- ein ^zweiter Pfad zum Sozialismus^ möglich werde. Allerdings ist einzuwenden, dass Zerstörung und Auf- oder Umbau, egal ob etwa aufgrund von

Krieg oder Klimawandel, die kapitalistische Akkumulation stimulieren kann; und >wenn Rüstungskeynesianismus funktionieren kann, kann es ein Klimakeynesianismus allemal< (Radke 2007), zumal letzterer zugleich die Symptome des ersten und des zweiten Widerspruchs abmildert.

Für Elmar Altvater ist die Klimaproblematik eng mit dem im 18. Jh. entstehenden >fossilistischen Kapitalismus< (2005, 212) verknüpft; gekennzeichnet ist dieser durch die >historisch einmalige ^Dreifaltigkeit^^ von europäischer Rationalität, die in der modernen Industrie materielle Gestalt annimmt, den fossilen Energieträgern, die ihr Treibstoff sind, und der kapitalistischen Gesellschaftsformation mit ihrer durch Profit und Konkurrenz stimulierten Dynamik< (72). Er werde nicht wie der Staatssozialismus implodieren, sondern wahrscheinlicher sei >eine soziale Explosion, weil die Vorbereitungen auf die Zeit nach dem Höhepunkt der Ölförderung und gegen die drohende Klimakatastrophe viel zu kleimütig ausfallen< (175). Dies könne durch den Übergang zur >solaren Gesellschaft<, die >vor allem die Strahlenenergie der Sonne verarbeitet<, verhindert werden. Dieses Ziel könne >nur mit und in einer solidarischen Ökonomie verwirklicht werden<, da keine der erneuerbaren Energien die >Bedingung der Kongruenz von Energiesystem und Kapitalismus< erfülle und die >Änderung des Energieregimes< somit >Änderungen von Produktions- und Lebensweise< verlange (213f). Altvaters Position changiert zwischen einer Öl-Klima-Zusammenbruchstheorie und einer bloßen Möglichkeitsthese. Das Klima-Argument ist durchaus vorstellbar, denn durch Klimawandel ausgelöste und verstärkte Verteilungskonflikte können Unruhen und möglicherweise gar revolutionäre Situationen zur Folge haben, allerdings nicht zwingend. Hinsichtlich des Öl-Arguments weist die Fassung der kapitalistischen Produktionsweise als ^fossilistisch^^ zwar auf einen wichtigen Nexus hin, ist aber verengt und blendet v.a. computerbasierte und solare Hochtechnologien aus, so dass der an eine hypothetische Abfolge ^Handmühle-Dampfmühle-Solarmühle^^ erinnernde Technodeterminismus angesichts von weitgehend reibungslos in den Kapitalismus integrierten erneuerbaren Energietechnologien bis hin zu Großanlagen wie Off-shore- Windparks und Solarthermiekraftwerken wenig überzeugend ist. In diesem Sinne betont Daniel Buck, dass das >Überleben des Kapitalismus< nicht >von einem bestimmten technologischen Milieu oder System oder von einer bestimmten Art der Antriebskraft abhängt< (2006, 65), sondern dass im Gegenteil die Spezifik der kapitalistischen Produktionsweise gerade in der permanenten Umwälzung auch des technologischen Milieus liege.

Diese Spezifik spiegelt sich in der zunehmend gespaltenen Haltung des Kapitals zwischen Ignorieren und Ernstnehmen der Klimafrage wider. So versuchen einerseits >machtvolle Interessengruppen aus der Kohle-, Gas- und Erdöl-Lobby< sich gegen jede vermeintlich wirtschaftsschädigende Maßnahme zu wehren (Brunnengräber 2002, 207), andererseits kümmern sich >selbst die Ölkapitale< angesichts der Endlichkeit der fossilen Ressourcen längst um die >notwendige Entwicklung von Alternativen< (Buck 2006, 68), so dass hinter der Umbenennung von BP in ^Beyond Petroleum^^ mehr als ein bloßer klimabezogener Werbegag steht. Sowohl für Verfahren zur effizienteren Energienutzung (z.B. Ein-Liter-Auto) als auch für erneuerbare Energiequellen eröffnen sich somit im 21. Jh. riesige Märkte und bes. Exportmärkte für die technologisch führenden Industriestaaten. Sogar für die fossile Energieindustrie zeichnet sich mit der Abscheidung von Kohlendioxid direkt am Kraftwerk und anschließenden Sequestrierung in geologischen Formationen eine klimaschonendere End-of-pipe-Lösung ab, die allerdings das Risiko der Wiederfreisetzung in sich trägt -- ähnlich wie bei der auch im marxistischen Spektrum immer noch teilweise kontrovers bewerteten Kernenergie, deren drohende klimapolitische Renaissance allerdings bloß >einem lebensbedrohenden Risiko ein anderes< hinzusetzen würde (Hennicke/Seifried 1992, 25). Darüber hinaus werden risikoreiche großtechnische ^Geoengineering^^-Lösungen zur Vermeidung jeglicher Emissionsreduktionen diskutiert wie z.B. die Abschirmung der Sonnenstrahlung durch Injektion von Aerosolen in die Atmosphäre oder riesige Weltraumspiegel oder die Speicherung von Kohlendioxid in der Tiefsee durch direkte Einleitung oder Eisendüngung der Ozeane (vgl. Foster 2002, 20f). Der Finanzsektor verdient am Handel mit Emissionsrechten, die Zertifizierung der Emissionen schafft einen ganz neuen Erwerbszweig und die Großbanken bieten bereits Klimawandel-Fonds an. Zudem haben unmittelbar von Klimafolgen betroffene Sektoren wie Land und Forstwirtschaft ein vitales Interesse am Klima. Versicherungen befürchten schwer kalkulierbare Klimaschäden, >denen sie nur durch eine Erhöhung der Versicherungsprämie begegnen können und indem sie Klimarisiken aus dem Versicherungsschutz heraus-

nehmen< (Scheer 2005, 50). Auch die Anpassung an Klimawandel erfordert weltweit massive Investitionen: unter dem inflationär gebrauchten Etikett des *^climate proofing^* soll zunehmend alles von Vorhaben im Bausektor und Hochwasserschutz über das Gesundheitswesen bis zu Projekten der Entwicklungszusammenarbeit gegen Klimafolgen geschützt werden.

Alain Lipietz sieht den anthropogenen Klimawandel als Ausdruck einer globalen >ökologischen Überkonsumtionskrise< als Folge des fordistischen Entwicklungsmodells, das zwar zunächst als >^guter^ Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital< erschien, sich aber in ökologischer Hinsicht zunehmend als >ganz strikt unhaltbar< erwies (2000, 59f). Nachdem Arbeiter- und Umweltbewegung im Fordismus meist gegeneinander standen, öffnete sich aufgrund der ökologisch prekärer werdenden Verhältnisse im Postfordismus >ein politischer Raum für eine Wiedervereinigung<, um dann >dem Markt erneut eine soziale Regulation aufzuzwingen<, die >mit einer verbindlicheren Umweltregulation zu verbinden< wäre (61f). Hierbei müssen allerdings -- neben konvergierenden Interessen wie Arbeitsplätzen im Klimabereich, Senkung der Energiekosten durch Effizienzsteigerung und Schutz vor Klimafolgen -- auch divergierende Interessen wie Arbeitsplatzverluste in stark von fossilen Energieträgern abhängigen Sektoren und Einschränkung des Konsums, u.a. durch höhere Energiepreise, berücksichtigt werden. Ein Anknüpfungspunkt könnte die Erkämpfung von mehr betrieblicher Mitbestimmung bei Produktionsprozessen und Technologieentwicklung sein.

Angesichts der Entwicklungsansprüche des Südens und der >Nicht- Generalisierbarkeit des nördlichen Entwicklungsmodells< (Missbach 1999, 11) verlangt das Klimaproblem global gerechte Lösungen. Eine früh von Anil Agarwal und Sunita Narain aus Süd-Perspektive vorgebrachte Grundforderung und auf der UNCED 1992 anerkannte Alternative zum *^Grandfathering-Prinzip^* ist, dass jedem Menschen der gleiche Zugang zu den natürlichen Kohlenstoff-Senken -- ein beträchtlicher, aber variabler Anteil der jährlich emittierten Treibhausgase wird von Ozeanen und terrestrischen Ökosystemen aufgenommen -- zusteht (1991, 7). Zunächst müsste dazu ein angestrebtes Stabilisierungsniveau der atmosphärischen Treibhausgaskonzentration ausgehandelt werden -- zur Vermeidung einer Erwärmung von mehr als 2°C gegenüber der vorindustriellen Mitteltemperatur werden hierfür 450-550 ppm Kohlendioxid-Äquivalent diskutiert (2006 lag die Konzentration bereits bei 430 ppm), das dann mit um 80% gegenüber 2006 reduzierten Emissionen zu halten wäre (Stern 2006, vii) -- und dann würden Länderbudgets gemäß gleichen Pro-Kopf- Emissionsrechten zugeteilt. Solange eine globale Konvergenz der Emissionsrechte nicht angestrebt geschweige denn umgesetzt ist, kann mit Joan Martinez-Alier aufgrund der >überproportionalen Nutzung des Umweltraums durch die reichen Länder< (2002, 228) von einer >Kohlenstoff-Schuld< gegenüber den ärmeren Ländern gesprochen werden, die sich einerseits aus den in den ärmeren Ländern auftretenden Klimaschadenskosten und andererseits aus den Emissionsreduktionskosten in den reicheren Ländern ergebe und sich innerhalb weniger Jahre zu finanziellen Forderungen in der Größenordnung der Auslandsverschuldung des Südens aufsummiere (230f). Diese historisch angehäufte Kohlenstoff-Schuld ist bislang nirgends einklagbar, unterstreicht aber die Berechtigung der Süd-Forderungen nach Schadenskompensation, Anpassungshilfe und nicht von Patentrechten behindertem Technologietransfer, letzteres um das vielbeschworene *^leap-frogging^*, d.h. das Überspringen emissionsintensiver Technologiestadien, zu erleichtern. Auch durch den Abbau und Transport fossiler Energieträger, die gravierende negative Folgen für die lokale Bevölkerung haben, werden Fragen der globalen >Umweltgerechtigkeit< aufgeworfen und zudem ergeben sich klimapolitische Allianzen mit der >Umweltbewegung der Armen<, die z.B. gegen die Ölförderung im Nigerdelta oder Gaspipelines in Thailand kämpft, da verhinderte Extraktion zum Klimaschutz beiträgt (102-11).

Mohssen Massarrat schlägt eine marktkonforme und auf Nord-Süd-Ausgleich bedachte Lösung des Klimaproblems vor, die zugleich als >revolutionäre Reform< (2006, 12) die Überwindung des Kapitalismus erleichtern soll. Globale >Energieüberproduktion und Energiedumpingpreise< seit Beginn des 20. Jh. seien der stärkste Antrieb für verschwenderischen Konsum und >besonders energieintensive Industrialisierungsmuster< (2000, 195f). Da die >ökologische Wirksamkeit< der zwei populären Instrumente Ökosteuern (wegen Zielungenauigkeit) und Emissionshandel (wegen bürokratiebedingt hoher Transaktionskosten) zweifelhaft sei (2006, 204), propagiert er die >direkte Mengenverknappung fossiler Energien< (2000, 243) an den Quellen bei den >weltweit ca. 100 Großanbietern< (265). Die globale Men-

genregulierung solle im Rahmen eines >klimapolitischen Nord-Süd-New- Deal< (262) zudem durch preisbedingt höhere Energieeinnahmen für den OPEC-Süden und finanziellen Ausgleich für Südländer ohne fossile Ressourcen flankiert werden. Darüber hinaus könne eine Demokratisierung der islamisch-fundamentalistischen Golfoligarchien (die ölreichen und bevölkerungsarmen sogenannten ^OPEC-Tauben^^ Saudi-Arabien, Kuwait und VAE), die westlichen militärischen Schutz gegen stabile Ölmengen und niedrige Ölpreise tauschen, zu Ölnappheitspreisen führen und sei deshalb auch ein Beitrag zum Klimaschutz (147ff). Ob die 2006 vom Präsidenten des Club of Rome, El Hassan Bin Talal, geäußerte These zur Solarenergie -- >die Länder des Sonnengürtels und des Technologiegürtels der Erde können sehr mächtig werden, wenn sie sich als eine Gemeinschaft [...] für den Schutz des Erdklimas< erkennen (zit.n. Staud/Reimer 2007, 107) -- in diesem Zusammenhang als Chance oder als Bedrohung aufzufassen ist, sei dahingestellt.

Hermann Scheer vertritt das Konzept der >Energieautonomie<, d.h. eine >selbst- statt fremdbestimmte Verfügbarkeit über Energie<, die >frei und unabhängig von äußeren Zwängen, Erpressungs- und Interventionsmöglichkeiten< ist und nur als >Aneignung erneuerbarer Energie durch eine Vielzahl von Akteuren< möglich ist (2005, 235). Das zu bekämpfende Gegenkonzept sei die >Integration der erneuerbaren Energien in das bestehende Energieversorgungssystem<, die er in Anlehnung an Antonio Gramsci als >passive Revolution< bezeichnet (236). Globale Energieautonomie wäre nicht nur klima- und energiepolitisch erstrebenswert, sondern brächte angesichts vielfältiger Formen von >Ölimperialismus< (Alt-vater 2005, 163-71) und der zahlreichen Konflikte um fossile Ressourcen im Mittleren Osten, Mittel-asien und Afrika (Massarrat 2000, 151-67) auch eine friedenspolitische Dividende mit sich. ^Frieden durch Erneuerbare^^ kann somit den Slogan ^Kein Blut für Öl^^ ergänzen.

Das breite Spektrum klimapolitisch engagierter NGOs ist heterogen und ambivalent. Zum einen tummeln sich darin >graue NGOs< wie Branchenverbände und Industrielobbies (Missbach 1999, 279), zum anderen spielen vermeintlich progressive NGOs, etwa die einigen Hundert weltweit im Climate Action Network organisierten wie u.a. Greenpeace und WWF, eine zweifelhafte Rolle. Im Zuge ihrer versuchten Beeinflussung der internationalen Klimaverhandlungen unterlagen sie zunehmend der >Schwächung durch Integrierung< (Scheer 2005, 213) und wurden so vom >Sand im Getriebe< zum >Öl im Getriebe< (215), wobei Süd-NGOs tendenziell kritischer als Nord-NGOs, >aber zumeist unterrepräsentiert sind< (Brunnengräber 2002, 208). Bei umstrittenen Emissionshandel- und CDM-Aktivitäten von Unternehmen helfen oftmals NGOs -- stets auf der Suche nach Spendengeldern -- beim >Outsourcing von Legitimität< und erteilen den >moralischen Stempel der Zustimmung< (Bachram 2004, 15). Daneben gibt es aber weltweit Tausende von begrüßenswerten Graswurzelinitiativen, die z.B. kollektive Energieproduktion mit Windrädern oder Solaranlagen aufbauen oder Aufklärungskampagnen bezüglich Klimafolgen und Anpassungsmöglichkeiten durchführen (18f).

3.4 Rolle der Wissenschaft.

K und Klima- bzw. Klimafolgenforschung stehen in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis, in dem erstere v.a. an Legitimationsbeschaffung interessiert ist, während letztere ständig ihre Daseinsberechtigung unter Beweis stellen muss. So war die Etablierung des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) als weltweit hochrangigstes klimawissenschaftliches Gremium, das seit 1988 sogenannte Sachstandsberichte verfasst und in dem mehrere Tausend Wissenschaftler organisiert sind, durch das Ziel der regierungsseitigen >Kontrolle über die Treibhausforschung< mitmotiviert (Missbach 1999, 237f). Auf die politikberatenden zusammenfassenden Berichte des IPCC (z.B. 2007) dürfen Regierungsvertreter sogar direkt Einfluss nehmen, was oftmals zu nächtelangem Feilschen um politisch brisante Passagen führt.

Die Produktion von klimapolitisch relevantem Wissen ist in hegemoniale Diskurse und Machtstrukturen eingebettet und die produzierten Ergebnisse werden durch vielfältige Selektionsmechanismen gefiltert, zurückgehalten oder gar modifiziert. Einerseits musste z.B. die aus Klimamodellen abgeleitete These des anthropogenen Klimawandels seit den 1970er Jahren immer wieder gegen sogenannte Klimaskeptiker verteidigt werden, die u.a. von der ^fossilen Industrie^^ gezielt lanciert wurden. Andererseits basiert die

Forschung bes. im Bereich der Klimafolgen und Klimaschutzstrategien auf teilweise mit Recht zu kritisierenden Werturteilen, z.B. in Bezug auf die Frage, welche Klimafolgen für wichtig und beforschenswert erachtet werden oder inwieweit die >soziale Differenziertheit< von Vulnerabilität gegenüber Klimawandel berücksichtigt wird (Dietz 2006, 15). Viele der ökonomischen Kosten- Nutzen-Analysen zum Klimawandel sind problematisch, da sie auf neoklassischen Modellen, fragwürdiger Diskontierung zukünftigen ^Nutzens^^ und der >Monetarisierung des gar nicht Monetarisierbaren< (Altvater 2005, 173) beruhen, wobei manche dieser Studien -- z.B. der Stern-Report, demzufolge die jährlichen Kosten für Klimaschutz zur Abwendung der schlimmsten Klimafolgen 1% des globalen Bruttosozialprodukts betragen, während bei ausbleibendem Klimaschutz globale ^Konsumeinbußen^^ von jährlich 5-20% zu erwarten seien (2006, vi) -- enorme klimapolitische Wirkung entfaltet haben.

Emanzipatorische K muss danach fragen, wie eine demokratische und partizipative ^Klimafolgenforschung von unten^^ jenseits von Expertentum, wirtschaftseigener Forschung und konservativen ^think tanks^^ aussehen könnte und umsetzbar wäre, bes. in den ärmeren Ländern. Zudem ist der Wissenschaftsapparat der reichen Länder nicht zuletzt deshalb ein zusätzlicher Machtfaktor, weil die ärmeren Länder nicht über die geforderten wissenschaftlichen Kapazitäten verfügen, um bei Klimaverhandlungen auf die unzähligen und oftmals entscheidenden Detailprobleme ausreichend vorbereitet zu sein.

3.5 Ideologische Instrumentalisierung und Kampf um globale Hegemonie.

Der >Verweis auf ^unser aller Betroffenheit^^ und das zu sichernde angebliche ^Gemeinwohl^^< eignet sich in der K bestens zur >Entwaffnung des möglichen Widerstands der potenziellen Opfer und zur ideologischen Herstellung von Opferbereitschaft< (Hennicke/Seifried 1992, 24). Die Sorge ums Klima beschert zudem jedem Staat einen Legitimitätsgewinn. Vor diesem Hintergrund ist im 21. Jh. eine zunehmende Instrumentalisierung der Klimaproblematik zu erwarten wie sie sich z.B. auch beim aufkommenden neuen ^Klimadeterminismus^^ zeigt, der den Klimawandel -- ähnlich wie die Globalisierung -- für Probleme verantwortlich macht, die zu einem Großteil andere Ursachen haben. So wurde z.B. Hurrikan Katrina in New Orleans 2005 oftmals als Klimakatastrophe dargestellt, der die Menschen hilflos ausgeliefert seien, anstatt vielmehr auf die gesellschaftlichen Missstände hinzuweisen, die diesen Wirbelsturm erst zur Katastrophe werden ließen.

Im Ringen um globale Hegemonie spielt die Klimafrage seit Beginn des 21. Jh. eine immer größere Rolle, zum einen da die USA aufgrund ihres Festhaltens am Fossilismus als >zukunftsfähige Hegemonialmacht< zu versagen drohen (Missbach 1999, 292), zum anderen da Klimaschutz den vakanten Platz einer überzeugenden ^globalen Mission^^ besetzen könnte, bes. nachdem andere Projekte mit dem Anspruch, ein globales Gemeingut zu schützen, wie z.B. der ^Krieg gegen Drogen^^, der ^Krieg gegen den Terror^^ und der ^Krieg für Menschenrechte^^, zunehmend in die Kritik geraten sind. Klimaschutz könnte somit zu einem Legitimationsangelpunkt eines neu zu etablierenden Hegemonieblocks werden. Zumindest haben die USA erkannt, dass in einem ^Krieg für das Klima^^ das Potenzial einer globalen Mission steckt, dass aber ihre diesbezügliche Ausgangsposition im Vergleich zur EU schlechter ist, die sich multilateral gibt, zugleich aber ihren klimapolitischen Führungsanspruch deutlich macht. Um ihr Image als ^Klima-Schurke^^ loszuwerden haben die USA 2006 die AP6-Initiative zum Klimaschutz als eine außerhalb der UN stehende klimapolitische ^Koalition der Willigen^^ präsentiert (u.a. zusammen mit Australien, Japan, China und Indien).

In den 1990er Jahren trat z.B. im deutschen medialen Diskurs über anthropogenen Klimawandel im Zuge zunehmender Orientierung der Berichterstattung auf Lösungen der Klimaproblematik eine Metaphernverschiebung vom ^Krieg gegen das Klima^^ (oder allgemeiner ^Krieg gegen die Natur^^) hin zum ^Krieg um/für das Klima^^ auf. Die Fiktion, es handle sich bei dem neuen Krieg um einen ^Kampf für das Gute^^ in einem durchaus ^revolutionären Krieg^^, unterstreichen Ausdrücke wie ^Effizienzrevolution^^ oder ^dritte industrielle Revolution^^ (Weingart u.a. 2002, 113-17). Die metaphorische Ebene könnte im 21. Jh. durch reale Kriege gegen ^Klimakiller^^ verlassen werden, wie eine Überlegung von Norman Moss aus der Sicht des britischen Militärs deutlich macht: falls der Süden die ihm eines Tages aufgezwunge-

nen Emissionsreduktionen verweigere, sollten >wir uns durch die Bombardierung ihrer Kraftwerke verteidigen< und >Truppen zum Schutz des Regenwalds aussenden< (zit.n. Missbach 1999, 13f).

4.

Zu Beginn des 21. Jh. kann keine Entwarnung gegeben werden. Die Kohlendioxid-Emissionen werden gegenüber 1990 trotz *Kyoto-Protokoll* vermutlich >weltweit bis 2012 mindestens um 20% steigen<, obwohl Klimaforscher für denselben Zeitraum eine Reduktion von 15% empfohlen haben (Massarrat 2006, 200), um gefährlichen anthropogenen Klimawandel zu vermeiden.

Jedoch ist Bewegung in die K gekommen: die diskursive Explosion der Klimathematik, die dem Zusammenwirken heterogener Faktoren geschuldet ist -- u.a. neuen Erkenntnissen der Klimaforschung, engagierten Umweltorganisationen, bröckelnder Opposition des Kapitals gegen Klimaschutz und verschiedenen Versuchen, die Klimafrage zu instrumentalisieren -- ließ in vielen Industrieländern phasenweise alle anderen Umwelt- und auch Gesellschaftsprobleme verblassen.

Die dabei oft im Vordergrund stehenden Appelle an die Änderung von Konsumverhalten und Lebensstil in den reicheren Ländern sind ein zweifellos berechtigter und wichtiger, aber möglicherweise auch hilfloser Einsatzpunkt, solange eine solche ^Individualisierung der Klimaproblematik^^ von den ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen ablenkt, die es den Individuen erschweren bis unmöglich machen, sich anders zu verhalten.

Emanzipatorische K könnte gerade an der Veränderung dieser Strukturen ansetzen und darauf hinweisen, dass effektiver Klimaschutz dadurch erheblich erleichtert würde und so -- jenseits von lähmendem Katastrophismus -- im Sinne einer ^revolutionären Klima-Realpolitik^^ auf dem Wege systemtranszendierender Reformen über die kapitalistische Produktionsweise hinausweisen. Die unterschiedlichen klimapolitischen Interessen und Widersprüche könnten zur Knüpfung von strategischen Bündnissen genutzt werden -- denn >die Widersprüche sind unsere Hoffnung< (Brecht) -- während zugleich die auftretenden innerlinken Widersprüche auszubalancieren wären, da >Politik-Machen< auch der Kunst bedarf, >mit Widersprüchen in eigener Sache umzugehen< (Haug/Haug 2002, 30). Die ambivalente Rolle des Staates sollte dabei nicht aus den Augen verloren werden: einerseits ist er in den gegenwärtigen Verhältnissen unerlässlich, etwa um gegen Kapitalinteressen Klimaschutz durchzusetzen, andererseits darf die Staatsfixiertheit in der Klimafrage nicht für die Gefahr blind machen, dass das Klimaproblem ökodiktatorisch-imperialistische Lösungen hervorbringen kann -- analog zum frühgeschichtlichen Klimawandel, der Urformen des autoritären Staates möglicherweise den Weg bereitet und, durch ihn vermittelt, auch neue Kulturstufen hervorgebracht hat.

Bibliographie:

A.Agarwal u. S.Narain, *Global Warming in an Unequal World. A Case of Environmental Colonialism*, Delhi 1991; E.Altvater, *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen*, Münster 2005; H.Bachram, >Climate Fraud and Carbon Colonialism: The New Trade in Greenhouse Gases<, in: *Capitalism Nature Socialism*, 15. Jg., 2004, H. 4, 5-20; K.- H.Bernhardt u. F.Kortüm, >Beeinflussung der Atmosphäre durch menschliche Aktivitäten<, in: *Geodätische und Geophysikalische Veröffentlichungen*, Reihe II, Nr. 21, 1976, 3-62; P.Bond u. R.Dada (Hg.), *Trouble in the Air. Global Warming and the Privatised Atmosphere*, Durban 2005, www; N.Brooks, >Cultural responses to aridity in the Middle Holocene and increased social complexity<, in: *Quaternary International* 151, 18. Jg., 2006, 29-49; E.Brown Weiss, >International responses to weather modification<, in: *International Organization*, 29. Jg., 1975, H. 3, 805- 26; A.Brunnengräber, >Umwelt- oder Gesellschaftskrise? Zur politischen Ökonomie des Klimas<, in: Görg/Brand 2002, 192-215; D.Buck, >The ecological question: can capitalism prevail?<, in: L.Panitch u. C.Leys (Hg.), *Coming to terms with nature*, London u.a. 2006, 60-71; V.G.Childe, *Der Mensch schafft sich selbst* (1936), Dresden 1959; K.Dietz, *Vulnerabilität und Anpassung gegenüber Klimawandel aus sozialökologischer Perspektive*, Berlin 2006, www; Diogenes Laertios, *Leben und Lehre der Philosophen*, a.d. Gr. u. hgg. v. F.Jürß, Stuttgart 1998; M.K.Dorsey, >Climate knowledge and

power: Tales of skeptic tanks, weather gods, and sagas for climate (in)justice<, in: *Capitalism Nature Socialism*, 18. Jg., 2007, H. 2, 7-21; H.M.Enzensberger, >Zur Kritik der politischen Ökologie<, in: *Kursbuch* 33, 9. Jg., 1973, 1-42; G.Erion, >Low hanging fruit always rots first: South Africa's crony carbon market<, in: *Bond/Dada* 2005, 88-131; J.B.Foster, *Ecology against Capitalism*, New York 2002; C.Görg u. U.Brand (Hg.), *Mythen globalen Umweltmanagements*, Münster 2002; U.Hampicke, >Kapitalistische Expansion und Umweltzerstörung<, in: *Argument* 93, 17. Jg., 1975, 794-821; W.Harich, *Kommunismus ohne Wachstum?*, Reinbek 1975; W.F.Haug, *Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*, Hamburg 1989; ders. u. F.Haug (Hg.), *Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden*, Hamburg u.a. 2002; P.Hennicke u. D.Seifried, >Die Stabilisierung des Klimas: Ein anderer Umgang mit Energie<, in: *Prokla* 86, 22. Jg., 1992, H. 1, 23-33; T.J.House u.a., *Weather as a force multiplier: Owning the weather in 2025* (1996), www; IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), *Climate Change 2007: Synthesis Report*, hgg. v. ##, www 2007; E.Leff, >Die Geopolitik nachhaltiger Entwicklung -- Ökonomisierung des Klimas, Rationalisierung der Umwelt und die gesellschaftliche Wiederaneignung der Natur<, in: Görg/Brand 2002, 92-117; M.Lindow, >A new source of African finance<, in: *Bond/Dada* 2005, 54-63; A.Lipietz, *Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie*, a.d. Frz. v. F.O.Wolf, Münster 2000; J.Martinez-Alier, *The Environmentalism of the Poor: A Study of Ecological Conflicts and Valuation*, Cheltenham 2002; M.Massarrat, *Das Dilemma der ökologischen Steuerreform*, 2., stark erw. A., Marburg 2000; ders., *Kapitalismus, Machtungleichheit, Nachhaltigkeit*, Hamburg 2006; W.Methe, *Ökologie und Marxismus. Ein Neuanatz zur Rekonstruktion der politischen Ökonomie unter ökologischen Krisenbedingungen*, Hannover 1981; A.Missbach, *Das Klima zwischen Nord und Süd*, Münster 1999; J.O'Connor, *Natural Causes. Essays in Ecological Marxism*, New York-London 1998; L.Ponte, *The Cooling*, Englewood Cliffs 1976; V.Radke, >Alles eine große Verschwörung<, in: *Jungle World*, Nr. 32, 9.8.2007, 18; J.T.Roberts, P.E.Grimes, J.L.Manale, >Social roots of global environmental change: A world-systems analysis of carbon dioxide emissions<, in: *Journal of World-Systems Research*, 9. Jg., 2003, H. 2, 277-315; G.Sardemann, >Beeinflussung des globalen Klimas durch den Menschen: Historische Entwicklung und Stand des Wissens zum anthropogenen Treibhauseffekt<, in: J.Kopfmüller u. R.Coenen (Hg.) *Risiko Klima*, Frankfurt/M-New York 1997, 27-73; H.Scheer, *Energieautonomie*, München 2005; E.Schramm (Hg.), *Ökologie-Lesebuch*, Frankfurt/M 1984; T.Staud u. N.Reimer, *Wir Klimaretter*, Köln 2007; N.Stern, *The Economics of Climate Change: The Stern Review. Summary of Conclusions* (2006), www; V.Wallis, >Socialism and Technology: A Sectoral Overview<, in: *Capitalism Nature Socialism*, 17. Jg., 2006, H. 2, 81-97; S.R.Weart, *The discovery of global warming*, Cambridge-London 2003; M.Weber, *Gender, Klimawandel und Klimapolitik*, Berlin 2005, www; P.Weingart u.a., *Von der Hypothese zur Katastrophe. Der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien*, Opladen 2002; K.A.Wittfogel, *Wirtschaft und Gesellschaft Chinas*, Leipzig 1931; ders., >Die Theorie der orientalischen Gesellschaft<, in: *ZfS*, 7. Jg., 1938, 90-122.

Aus:

Stichwort-Entwurf für das "Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus", Band 7.1, herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug, Frigga Haug, Peter Jehle und Werner Goldschmidt. Erscheint Anfang 2008. (Oliver Walkenhorst, 2.F., 29.10.2007; redaktionell überarbeitet am 21.11.2007)

Erscheint in:

Walkenhorst, Oliver: Klimapolitik. In: Haug, Wolfgang Fritz; Haug, Frigga; Jehle, Peter ; Goldschmidt, Werner (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hamburg : Argument, 2008.

Der Bali-Konsens als Problem für das Klima

Eine Kritik der Ergebnisse der Klimakonferenz

von Achim Brunnengräber/Kristina Dietz

Vorab im Web – Bereits die Tatsache, dass der Ausgang der internationalen Klimaverhandlungen in Bali in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eher gefeiert als grundsätzlich kritisiert wird, dürfte nachdenklich stimmen. Der Charme der dramatischen Verhandlungen, der Verheißungen auf einen verbesserten Finanzund Technologietransfer von Nord nach Süd und vor allem der erste Entwurf einer „Straßenkarte“ zum Kyoto II-Abkommen reicht bis weit in die Gesellschaft hinein. Im Bali-Konsens zeigt sich das tiefreichende Problem eines unzureichenden Umgangs mit dem Klimawandel, argumentieren Kristina Dietz und Achim Brunnengräber aus hegemonietheoretischer Sicht.

Wir könnten es uns einfach machen: Nach klassischem politikwissenschaftlichem Verständnis bezieht sich das Attribut „hegemonial“ auf das Verhältnis zwischen Staaten. Und weil der „böse“ Hegemon, die USA, als wirtschaftlich wie militärisch mächtiger Akteur alle erfolgreichen Bemühungen um eine wirklich anspruchsvolle Klimapolitik torpediert, ist eigentlich schon alles gesagt. Dann befinden sich natürlich alle anderen, insbesondere die EU oder Deutschland, in einer ausgesprochen komfortablen Position: Sie würden ja gerne, aber...? Aus einer solchen Perspektive ist das Ergebnis von Bali, einen Fahrplan für ein Kyoto II vereinbart zu haben, besser als nichts. Das darin die Festlegung von punktgenauen Koordinaten, die die Richtung bestimmen würden, fehlt, wird nachrangig. Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

Komplizierter wird die Sachlage, wenn wir Hegemonie so verstehen, dass zu bestimmten Politiken und Praktiken ein breiter gesellschaftlicher Konsens herrscht, in den Regierungen, staatliche Institutionen, zivilgesellschaftliche Akteure, die Privatwirtschaft und die Öffentlichkeit eingebunden sind. Das bedeutet nicht, dass ein konfliktfreies gesellschaftliches Terrain entsteht. Im Gegenteil: Nur in sozialen Auseinandersetzungen setzen sich jene akzeptierten Positionen durch, die sich auch als hegemonietauglich erweisen. Was bedeutet das übertragen auf die Klimapolitik?

Kyoto I – schon vergessen?

Nimmt man die 1. internationale Konferenz zum Schutz des Klimas 1988 in Toronto als Ausgangspunkt, so sind mittlerweile 20 Jahre der Bemühungen um einen anspruchsvollen internationalen Klimaschutz vergangen. Das Kyoto-Protokoll aus dem Jahr 1997 trat 2005, also sieben Jahre später, in Kraft. Die Reduktionspotentiale durch die flexiblen Mechanismen (Emissionshandel, Joint Implementation und Clean Development Mechanismen), darüber sind sich die meisten Beobachter einig, ist äußerst gering. Auch zeigen sich bereits deutliche Defizite in der Umsetzung. Eigentlich müsste nun auf der Grundlage einer ersten Wirkungsanalyse über Kyoto II verhandelt werden.

Warum aber das Schweigen hierüber in Bali? Die Schwächen der flexiblen Instrumente sollen gar nicht öffentlich diskutiert werden, um die ohnehin schon diplomatischen Winkelzüge nicht noch weiter zu verkomplizieren. Ferner würde eine (Miss-)Erfolgsanalyse der flexiblen Mechanismen grundsätzlich ein Kyoto II, das ganz sicher auf den gleichen ökonomischen Prämissen aufbauen wird, in Frage stellen. Und das obwohl selbst in den alten EU-Staaten die CO₂-Emissionen eher ansteigen als sinken. Bleibt nur noch die Hoffnung auf die Zielerreichung durch den Emissionshandel. Ein Aufbrechen dieses Konsenses würde dagegen eine Auseinandersetzung sowohl mit den flexiblen Mechanismen als auch mit den ökonomischen Widerständen erfordern, die einer weit reichenden Klimapolitik entgegenstehen.

Die unbequeme Wahrheit

Al Gore hat mit seinem Filmtitel über den Klimawandel den Nagel auf den Kopf getroffen. Die unbequeme Wahrheit („An Inconvenient Truth“) liegt darin, dass aus einer OECD-Perspektive nicht nur Staaten oder Energiekonzerne zum Klimawandel beitragen, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche von den Haushalten bis zu den Automobilkonzernen radikal umsteuern müssten. Das aber ist nur realistisch, wenn dafür auch die gesellschaftliche Bereitschaft, die Akzeptanz für Alternativen und die

Alternativen selbst vorhanden sind. Weil dies aber an persönliche, staatliche und ökonomische Einschnitte geknüpft wäre, hat sich ein doppelter gesellschaftlicher Konsens herausgebildet: Zum einen, dass gegen den Klimawandel etwas unternommen werden muss. Wie wir aber wissen, kann aus dem Bewusstsein über das Problem kaum auf entsprechendes Handeln geschlussfolgert werden. Daraus leitet sich zum anderen ab, dass man die Problemlösung am besten auf die internationale Ebene verlagert und marktwirtschaftliche Steuerungsimpulse setzt, damit es national nicht zu konkret wird.

Die intensiv geführten Diskussionen um die Verabschiedung eines Fahrplans für Kyoto II werden so zum Bestandteil einer „symbolischen“ Politik, die auch nach Bali weiterhin auf vielen unkonkreten Aussagen und vielen Versprechungen beruhen wird. Dieser Zusammenhang lässt sich am Beispiel der Begrenzung des CO₂-Ausstoßes im Autoverkehr in der EU besonders aufschlussreich zeigen: Nach der Ankündigung der EU, den CO₂-Ausstoß von Autos auf 120 Gramm pro km zu senken, also Klimapolitik konkret werden zu lassen, war der Aufschrei in Chefetagen von Daimler, Porsche und BMW groß. Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, sieht Bundeskanzlerin Merkel in der EU-Initiative gar eine industriepolitische Verschwörung gegen die deutschen Automobilkonzerne.

Der Wunsch nach klaren Botschaften: Das 2°C-Ziel

Ungeachtet aller Kontroversen im Detail ist die Zielmarge klar definiert. Die G8- Industrieländer, die EU, die deutsche Bundesregierung, die europäischen Umweltminister, das Climate Action Network (CAN), die NGOs – sie alle setzten sich dafür ein, dass eine globale Erderwärmung die 2°C-Grenze im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter nicht überschritten wird. Wenn sich alle gesellschaftlichen Kräfte einem solchen, durchaus ambitionierten Ziel verschreiben, erscheint das auf den ersten Blick ein positives Signal für den Klimaschutz zu sein. Die Politik braucht verständliche, kommunizierbare Orientierungen, um ihre Maßnahmen begründen zu können.

Allerdings lässt sich nicht ganz von der Hand weisen, dass der breite gesellschaftliche 2°C-Konsens den Blick auf die zentralen Interessenkonflikte und Widersprüchlichkeiten der Klima-, Energie-, Handels- oder Finanzpolitik eher verdeckt als problematisiert. Wir ziehen doch alle am gleichen Strang, so der Konsens. Wie gegensätzlich die Interessen aber sein können, lässt sich anhand der Entwicklungspolitik gut verdeutlichen.

Entwicklungspolitische Kontinuitäten: Technologie- und Finanztransfer

Daran, dass von den Folgen des Klimawandels weltweit vor allem die ärmeren Länder betroffen sein werden, besteht heute kein Zweifel mehr; ebenso wenig daran, dass veränderte Niederschlagsmuster, Überflutungen, Dürren und der Anstieg des Meeresspiegels bereits heute reale Bedrohungen für Gesellschaften in der Subsahelzone, den kleinen Inselstaaten und Küstenregionen darstellen. Nicht zuletzt auf Druck der Regierungen der Entwicklungsländer, aber auch zivilgesellschaftlicher Akteure haben die Diskussionen um Ausgleichspolitiken zwischen Nord und Süd heute einen hohen Stellenwert in der internationalen Klimadiplomatie eingenommen. Jedoch hat sich, obwohl die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten armer Bevölkerungsschichten bekannt sind, seit den gescheiterten entwicklungspolitischen Versuchen der „Grünen Revolution“ der 1960er Jahre wenig an den dominanten Problemlösungsansätzen geändert.

Das Zauberwort in Bali lautete „Technologie- und Finanztransfer“, und der verspricht eine win-win-Situation, von der sowohl die Technologieexporteure als auch die jeweiligen Länder bzw. Sektoren profitieren. Grundsätzlich ist gegen die Forderung nach Verantwortungsübernahme durch die westlichen Industrieländer nichts einzuwenden. Allerdings verdecken die bisherigen Politiken der (ökologischen und technologischen) Modernisierung die bestehenden sozialen, politischen wie ökonomische Ungleichheiten – zwischen den Transferpartnern wie innerhalb von Gesellschaften. Nicht „warum“ sozial und ökonomisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen besonders verwundbar gegenüber den Folgen des Klimawandels sind, wird verhandelt, sondern darüber, wie der Krise mit technologischen Errungenschaften – vor allem des Nordens – begegnet werden kann.

Gleichzeitig wurde in Bali die Zusage für neue Finanzmittel gefeiert. De facto wurde jedoch nichts Neues vereinbart, sondern nur Bestehendes in eine neue Form gegossen. Nicht ein neuer Finanz- oder Entwicklungsfonds wurde eingerichtet, sondern ein in Kyoto längst beschlossenes Finanzierungsinstrument wurde – zwei Jahre nach Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls – endlich institutionalisiert. Die

Höhe der Mittel, die dem Fonds tatsächlich zur Verfügung stehen werden, ist noch unklar. Der Topf wird sich aus Abgaben von CDM-Projekten speisen. Nach Schätzungen von Oxfam dürften die Mittel kaum ausreichen, um den jährlichen Bedarf an ca. 50 Mrd. US-Dollar zur Anpassungsfinanzierung zu decken. In anderen Institutionen der Weltpolitik geht es zügiger voran. So basiert die Armutspolitik der Weltbank weiterhin auf einem fossilistischen und modernisierungstheoretischen Wachstumsparadigma. Die Weltbankgruppe hat ihre Projektausgaben im fossilen Energiebereich im Geschäftsjahr 2006 um 93% zum Vorjahr auf 869 Mio. US-Dollar gesteigert. Für 2007 liegen die Neuzusagen bei ca. 600 Mio. US-Dollar. Zum Vergleich: Die gegenwärtig in den klimapolitischen Finanztöpfen vorhandenen Mittel zur Anpassungsförderung belaufen sich auf insgesamt rund 200 Mio. USDollar.

Hegemonie des Fossilismus

Die Sicherung des Zugangs zu den fossilen Ressourcen sowie deren billige Verfügbarkeit haben in der Regierungspolitik der westlichen Industrieländer, aber auch in den Schwellenländern, politische wie ökonomische Priorität. Die stabile Lieferung von Öl und Gas, die strategische Einbindung neuer Regionen (Importdiversifikation) und Investitionen in neue und bessere Pipelines und Lagerungsstätten sind allemal wichtiger als die grundsätzliche Transformation des Energiesystems. Notfalls wird die Hegemonie auch militärisch hergestellt und abgesichert. Erneuerbare Energien spielen in den nationalstaatlichen Geostrategien nur insofern eine Rolle, als dass sie die Abhängigkeit von fossilen Energien verringern oder einen wesentlichen Beitrag zum steigenden Energieverbrauch leisten können.

Das spiegelt sich auch im Kyoto-Protokoll wider, in dem die Erneuerbaren Energien (EE) keine bedeutende Rolle spielen. Scheinbar sind die Lobbyisten der Erneuerbaren zu schwach und ist die Akzeptanz für EE in der Gesellschaft zu gering, um hier grundsätzlich gegenzusteuern. Die Fixierung auf niedrige Energiepreise als Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und die Sicherung von Arbeitsplätzen hat allemal Vorrang vor klimapolitischen Einschnitten. Debatten über die Entwicklung von Benzin-, Diesel- und Heizölpreisen stehen deutlich höher im Kurs als sogar staatlich geförderte Wärmepumpen, Pelletheizungen oder öffentliche Verkehrskonzepte. Die starken Beharrungskräfte am Fossilismus sind gesellschaftlich fest verankert.

Strategische Selektivität oder Gegenhegemonie

Wie findet nun die Widerspruchsbearbeitung statt, die der Hegemonie der neoliberalen Wirtschaftspolitik die Tore öffnet? Institutionell wird zwischen dem emissionsfixierten Klimaregime und dem fossilistischen Energiesystem feinsäuberlich getrennt. Der Konsens wäre sonst brüchig, wenn die politischen, ökonomischen und sozialen Institutionen des fossilistischen Wirtschaftssystems sowie deren Ausrichtung auf Wachstum und Standortwettbewerb in ihrer Widersprüchlichkeit permanent – etwa in Bali – offen gelegt werden würden. Anpassungspolitisch wird auf Technologie gesetzt, gesellschaftlich wird zum Energiesparen aufgerufen, der Stand-by-Betrieb soll ab- und die Energiesparlampe eingeschaltet werden. Das klingt einfach und funktioniert sogar, kann aber den Anstieg des Energiebedarfs durch verändertes Konsumverhalten (etwa der Zunahme der technischen Geräte im Haushalt oder von Reisen in ferne Länder) kaum entgegenwirken.

Es kann aber ganz offensichtlich nur soviel politisch umgesetzt werden, wie interessenpolitisch und individuell auch akzeptiert wird. Werden diese schwierigen und sich überschneidenden Problemkomplexe ernst genommen, reicht es nicht, permanent das schöne Biest der Bürokratie zu verfeinern, mit Grad-Zahlen und Reduktionszielen zu Jonglieren, die Finanztöpfe zu füllen und alle Hoffnungen auf die marktwirtschaftlichen Instrumente zu setzen. Dafür sind gegenhegemonialen Perspektiven notwendig, die aber in sozialen Auseinandersetzungen immer auch entwickelt und erkämpft werden müssen.

-
- ▶ *PD Dr. Achim Brunnengräber* ist Gastprofessor für Internationale Politische Ökonomie am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin (priklima@zedat.fu-berlin.de);

 - ▶ *Kristina Dietz* promoviert am FB Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel sowie am FB Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin zu Klimawandel, Partizipation und Armut (krdietz@zedat.fu-berlin.de).

Achim Brunnengräber/Kristina Dietz: Der Bali-Konsens als Problem für das Klima. Eine Kritik der Ergebnisse der Klimakonferenz (Web-Fassung), in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Luxemburg, 21.12.2007
(www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)

Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat ...

Ein Text zu Klimawandel, sozialer Frage und Aktionsperspektiven

von AntiRassismusBüro Bremen

Vorbemerkung

Aufgrund verschiedener Debattenbeiträge und nicht zuletzt aufgrund des Vorschlags und der Planungen für ein Klimacamp 2008 hat in der Linken eine Diskussion über die Bedeutung des Themas „Klimawandel“ und die Verbindung zu anderen „klassischen“ Politikfeldern begonnen. Zu dieser Debatte wollen wir ein Papier beisteuern, das im ersten Teil eine Bestimmung dessen versucht, was wir uns unter dem Begriff „Klimawandel“ politisch eigentlich vorzustellen haben, und im zweiten Teil der Frage nachgeht, ob „Klimawandel“ als eine Art politische Klammer taugt.

Der Text geht daher auch auf Fragestellungen ein, die Gegenstand aktueller und z. T. kontroverser Debatten sind. Allerdings verstehen wir ihn nicht als explizite Antwort auf einzelne Debattenbeiträge. Er ist vielmehr Ergebnis von Überlegungen, die uns schon seit Beginn des Jahres 2007 beschäftigen und die zu Papier zu bringen uns nunmehr endlich gelungen ist. Insofern ist der Text auch nicht dazu gedacht, laufende Vorbereitungen für bestimmte Projekte zu kommentieren, sondern als Anregung für eine Positionsbestimmung hinsichtlich der Bedeutung des Themas Klimawandel. Denjenigen, die in den letzten Wochen mit uns bereits erste Diskussionen geführt und uns dabei zu einer Präzisierung unserer Gedanken verholpen haben, danken wir an dieser Stelle.

Teil 1: Der Ort des Klimawandels ist nicht der schmelzende Gletscher, sondern die kapitalistische Warenproduktion

Auch wenn über die Genauigkeit und Aussagekraft von Prognosen zu den Auswirkungen des Klimawandels noch Unsicherheiten bestehen, ist bereits heute klar, dass die Klimaveränderungen gravierende Veränderungen der globalen Ökosysteme und damit auch fundamentale Umwälzungen der menschlichen Lebensbedingungen nach sich ziehen werden. Als Beispiele seien genannt:

- Nahrungsmittelkrisen infolge anhaltender Dürreperioden oder großflächiger Überschwemmungen;
- eine weitere Verschärfung der in vielen Weltregionen aufgrund menschlicher Eingriffe bereits heute prekären Versorgung mit Trinkwasser;
- ein Anstieg des Meeresspiegels mit der Folge, dass viele Küstenstädte in derzeitiger Form nicht mehr bewohnt werden können;
- zunehmende Konflikte um knapper werdende Ressourcen (Wasser, Weideland etc.) mit der Folge bürgerkriegsähnlicher Situationen;
- Verschärfung der prekären Ressourcensituation in Megacities.

Die Wucht, mit der die entsprechenden Effekte in einzelnen Weltregionen zum Tragen kommen werden, bleibt abzuwarten. Sicher ist allerdings, dass die Anfälligkeit für klimabedingte Veränderungen der Lebensgrundlagen sehr unterschiedlich ausfallen wird. Der bereits bestehende Zusammenhang von Armut, ungünstigen Umweltbedingungen und Anfälligkeit für klimatische Extreme wie Überschwemmungen, Erdbeben, Dürren oder Stürme (sind es doch gerade Arme, die oftmals gezwungen sind, in ökologischen Risikolagen zu siedeln) wird sich zukünftig noch weiter verschärfen:

- In Regionen, in denen die Menschen aufgrund einer Kombination von Armut und ungünstigen klimatischen Bedingungen nur mangelhaft mit dem Lebensnotwendigsten versorgt sind, werden die Auswirkungen besonders gravierend sein. Denn während ihnen aufgrund ihrer prekären sozialen Situation der Zugang zu Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern verwehrt

bleibt, wird sich die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen weiter verschlechtern. Ursachen können sein, dass Landwirtschaft in vielen Gegenden nicht mehr oder nur noch mit enormem technischem und damit auch finanziellen Aufwand möglich sein wird, oder dass ihre wenigen Habseligkeiten von monströsen Fluten weggespült werden. Von dieser Zuspitzung wird voraussichtlich auch eine große Zahl von Menschen in den aufstrebenden Wirtschaftsgroßmächten China und Indien betroffen sein, da der Aufstieg der städtischen Eliten durch eine rücksichtslose Auspressung der Landbevölkerung und ökologische Zerstörungen im großen Maßstab erkaufte wird.

- Der Trends zu sog. „Biotreibstoffen“ wird zu einer verschärften Nahrungsmittelkonkurrenz führen, da zunehmend landwirtschaftliche Flächen zur Treibstoffgewinnung genutzt werden könnten. Die Parole „Mehr produzieren um Knappheit zu vermeiden“, die derzeit in so manchem Wirtschaftsteil zu lesen ist, greift nicht, wenn eine vermehrte Produktion aufgrund klimatischer Änderungen nicht oder nur mit enormen Kosten möglich ist. Von der z. T. verheerenden Ökobilanz des sog. „Biosprits“ hier einmal ganz zu schweigen.
- In Staaten, in denen der Aufbau von Infrastruktur gemessen an den verfügbaren Haushaltsmitteln eine enorme finanzielle Kraftanstrengung bedeutet, können Unwetter wie schwere Stürme oder Überschwemmungen die Entwicklung von Jahren oder gar Jahrzehnten zunichte machen.
- In Gegenden, in denen Hitze- und Trockenheitsperioden erhöhte Anforderungen an Vegetation und Menschen stellen, bedeutet eine Ausdehnung dieser Perioden einen zusätzlichen Stress für Menschen und Umwelt. Dieser erhöhte Stress betrifft insbesondere Menschen, die aufgrund ihrer Wohn- und Lebenssituation sowie der Art ihrer Arbeitsplätze anfälliger sind für die Folgen dieser Hitzeperioden. Während Hitze für Finanzmakler, die sich von ihren klimatisierten Büros mittels klimatisierter Fahrzeugen in ihre Wohnungen mit Air Condition begeben, lediglich ein Problem der richtigen Einstellung der Klimaanlage darstellt, sieht dies bei Menschen, deren Wohn- und / oder Arbeitsplätze sich nicht in klimatisierten Räumen befinden, ganz anders aus. Gesellschaften, in denen ein großer Anteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitet, wären somit zweifach betroffen.

Der Klimawandel hat eine Dimension des Rassismus wie auch des Sozialen

Anhand der aufgeführten Beispiele sollte deutlich geworden sein, dass Aussagen, wonach Alle „irgendwie“ vom Klimawandel betroffen sein werden, bestenfalls die halbe Wahrheit darstellen. Denn die Möglichkeit, die negativen Auswirkungen des Klimawandels durch entsprechende Maßnahmen zu kompensieren, wird entscheidend von den jeweiligen Möglichkeiten abhängen. Während z. B. die Erhöhung des Meeresspiegels bereits für die europäischen Staaten eine große finanzielle Kraftanstrengung für Deichbau und Hochwasserschutz bedeutet, aber angesichts der geballten Finanzkraft wohl grundsätzlich zu bewältigen sein wird, ist es hierzulande kein Gegenstand gesellschaftlicher Debatten, wie den entsprechenden Folgen in ärmeren Ländern begegnet werden soll.

Grace Akumu vom Climate Network Africa in Nairobi fasst die doppelte Betroffenheit im Hinblick auf den afrikanischen Kontinent wie folgt zusammen:

„Afrika wird aufgrund seines unterentwickelten Status von den Auswirkungen des Klimawandels am härtesten getroffen werden. Viele Länder in Afrika erleben aufgrund des Klimawandels bereits jetzt Konflikte um die Verteilung von Ressourcen wie Auseinandersetzungen um Wasserreservoirs. Die Nahrungsmittelsicherheit in vielen afrikanischen Staaten ist bereits jetzt gefährdet. Regierungen haben Schwierigkeiten die Infrastruktur ihrer Länder wieder aufzubauen, die durch großflächige Überschwemmungen im Zusammenhang mit den El-Nino Effekten der Jahre 1997 bis 1998 beschädigt wurde. Gleichzeitig ist der Transfer von Ressourcen von den für den Klimawandel verantwortlichen reichen Staaten enttäuschend langsam und zu unbedeutend, um Afrika sinnvoll bei der Anpassung an Schäden zu unterstützen. Das bedeutet, dass die kleinen Entwicklungsfortschritte, die der Kontinent gegenwärtig macht, durch die Folgen des Klimawandel zunichte gemacht werden könnten – insbesondere bei der Entwicklung der Infrastruktur wie auch beim allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung.“

In diesem Sinne zahlen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent wieder einmal die Zeche für den verschwenderischen Lebensstil der Kolonialmächte. Die Auswirkungen des Klimawandels reihen sich ein in die seit Jahrhunderten andauernde Geschichte von kolonialer Ausbeutung und Vernichtung, mit deren Folgen auseinander zu setzen, sich die europäischen Staaten weigern. Diese Geschichte setzt sich fort, wenn zwar medienwirksam über Dürren und Fluten berichtet wird, gleichzeitig aber eine konkrete Verantwortungsübernahme für die desaströsen Folgen des eigenen Energie- und Rohstoffhungers verweigert wird.

Fragen danach, was mit den Menschen im Süden geschehen soll, die nicht in der Lage sind, Anpassungsstrategien an die Veränderung ihrer Lebensbedingungen zu entwickeln bzw. zu finanzieren, werden gar nicht erst gestellt. Ist es die Vision der Reichen, dass diese Menschen ihr Leben im besten Fall in Lagern mit prekärer Lebensmittelalimentierung zubringen sollen? Jedenfalls arbeiten Geostrategen aus diversen Think-Tanks und einschlägige Kriegspolitiker bereits heute im Hintergrund an Szenarien zur Abwehr von Klimaflüchtlingen.

In Europa selbst werden die mit den vorgeschlagenen technologischen Anpassungsstrategien verbundenen Kosten für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen wenn nicht zur Existenzfrage so doch mindestens zur Frage nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Denn während steigende Energie- und Lebensmittelpreise Reiche kaum interessieren dürften, engen sie die finanziellen Spielräume von Menschen mit niedrigen Einkommen enorm ein oder katapultieren sie in eine andauernde finanzielle Abwärtsspirale. Gleichzeitig erkaufen sich diejenigen, die es sich leisten können, die Fortsetzung des bisherigen Lebensstils. Die offerierten Ablasszahlungen bei Flugreisen sind ein Beispiel dafür.

Die hohe Anfälligkeit gegenüber den negativen Folgen von Klimaveränderungen und fehlende Möglichkeiten zur Anpassung betreffen somit nicht nur arme Staaten sondern auch Menschen in reichen Ländern, die nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Oder anders gesagt: Wer arm ist, hat wenig oder keine Chancen, der drohenden Verschlechterung der eigenen Lebensverhältnisse zu begegnen. Der Klimawandel hat daher sowohl eine Dimension des Rassismus wie auch des Sozialen.

Die Zerstörung der Stadt New Orleans durch den Hurrikan „Katrina“ ist eine Parabel darauf, welche Wechselwirkungen sich hier ergeben können. Dieser mächtige Sturm hätte wohl nicht genügt, weite Teile der Stadt zu überfluten, wäre er nicht auf eine aus politischen Gründen vernachlässigte öffentliche Infrastruktur getroffen. Diese Vernachlässigung war nicht zuletzt die Folge des Rassismus in den USA. In der Folge haben diejenigen, die das Zepter der Macht in Händen halten, versucht, die Zerstörungen der Stadt zum Ausgangspunkt zu nehmen für eine „Bereinigung“ der sozialen Verhältnisse mit einer Vertreibung der Armen. Gleichzeitig ist New Orleans ein Beispiel dafür, wie mittels Widerstand von unten erfolgreich versucht werden kann, sich der Nutzung der Zerstörung durch die Reichen und Mächtigen zu widersetzen.

Die „Klimadebatte“ als Wohlfühlprogramm für die Mittel- und Oberklasse

Von der engen Verbindung zwischen Klimawandel und sozialen Verhältnissen ist in den Diskussionen hierzulande jedoch so gut wie keine Rede. Eine öffentliche „Klimadebatte“, die diesen Namen verdienen würde, findet nicht statt. Das widerspricht in höchstem Maße sowohl ihrer Dringlichkeit, als auch ihrer Komplexität. Was nach den UN-Berichten zum Thema in den Medien verblieben ist, ist die übliche sensationslüsterne Mixtur aus Wetterkatastrophen und systemimmanenten Lösungsansätzen. Es ist also viel die Rede vom Wetter (und weniger vom Klima), ganz viel von erneuerbaren Energien, Wärmedämmung und Energieeffizienz¹ (und nicht vom Wachstumswahn, vom industriellen Energiehunger oder vom Irr-

¹ Um am dieser Stelle nicht falsch verstanden zu werden: Es spricht nichts gegen intelligente technische Lösungen, die den Energieverbrauch senken oder Energie aus regenerativen Quellen bereit stellen. Was hier kritisiert werden soll, ist der Glaube, mit technischen Maßnahmen alleine könne das „Problem“ Klimawandel „gelöst“ werden. Denn bereits jetzt sehen wir, was daraus folgt: Seitens der EU werden feste Anteile für „Bio“- Treibstoffe als Zielvorgaben formuliert, ohne sich eingehender mit den ökologischen (Stichwort Ressourceneinsatz und Regenwaldzerstörung) und sozialen (Stichwort: Nahrungsmittelkonkurrenz) Folgen dieser Vorgabe zu beschäftigen. Kraftwerksbetreiber halten an ihren Monopolen fest, bauen Großkraftwerke auf Kohlebasis und versuchen sich in dem Irrsinn einer CO₂ Abscheidung (wenn nicht gleich die Kernenergie als Ausweg verkauft wird).

sinn der Exportweltmeisterschaft usw.), und ein bisschen vom armen Süden, der wie immer irgendwie am Meisten betroffen ist (und nicht von den Verantwortlichkeiten globalisierter Ausbeutung). Dazwischen setzen sich CDU Merkel und SPD Gabriel z.B. in Grönland als „verantwortungsbewusste Politiker/innen“ in Szene, die sich „vor Ort ein Bild über den Klimawandel“ machen. Dabei ist der Ort des Klimawandels nicht der schmelzende Gletscher, sondern die kapitalistische Warenproduktion.

Diese Art der „Klimadebatte“ ist nicht allein einer Medienwelt zu verdanken, die Sensation vor Hintergrund, Halbwahrheiten und schlichte Lügen vor Recherche stellt, und darüber hinaus so hoffungslos mit dem politischen System verwoben ist, dass sämtliche Ansprüche an eine unabhängige Berichterstattung geradezu absurd sind.² Sie ist sicherlich auch jenen Organisationen und Strukturen zu verdanken, die sich die „Ökologie“ schon vor Jahrzehnten auf ihre Fahnen geschrieben haben, aber leider dermaßen in die Systemlogiken eingebunden und mit ihnen verwoben sind, dass seitens von Greenpeace, Nabu, Bund usw. zwar alarmierend auf den Ernst der Lage hingewiesen wird, letztlich aber vorrangig technische Lösungen formuliert werden. So werden Windkraft und Hybridmotoren, Energieeinsparung und Wärmedämmung, Ablasszahlungen für Vielflieger/innen und heimatnahe Urlaubsziele als Problemlösungen offeriert, ohne auch nur im Ansatz mögliche soziale Ursachen und Folgen des Klimawandels zu diskutieren. Als Umweltlobbyisten scheinen sie (trotz G 8) an politischen Mobilisierungen jenseits ihrer gut organisierten „Spektakel“ ja auch weniger interessiert zu sein.

Sie tragen insofern auch dazu bei, die Antworten auf den Klimawandel und seine Folgen zu individualisieren. Inzwischen ist es ja schon soweit, dass sich jeder und jede als „Klimaretter“ aufspielen kann, wenn er oder sie nur den Stromanbieter wechselt. Die „Klimadebatte“ und die hierbei formulierten Antworten sind auf dem besten Wege zum Wohlfühlprogramm für die Mittel- und Oberklasse zu verkommen, das moralische Überlegenheit suggeriert („man tut ja was“), gleichzeitig aber unhistorisch ist und die soziale Dimension des Phänomens völlig ausblendet.

Eine systemimmanente „Lösung“ der Probleme ist nach unserer Auffassung schlichtweg nicht möglich. Nicht möglich auf jeden Fall dann, wenn wir in einem internationalen Rahmen denken wollen. Aber selbst aus einem euro-zentristischen Egoisten-Blickwinkel heraus können wir nur die üblichen Profiteure ausmachen, wenn Klimaschutz lediglich als neuer Markt begriffen wird. Die innovativen Lösungsansätze hiesiger Politiker/innen und Lobbyisten/innen machen nur ein neues Fass deutscher High-Tech-Betriebe auf, binden die einigermaßen finanzkräftigen Bevölkerungsteile des Landes in eine pseudo-klimafreundliche Politik der CO₂-Minderung ein, und leugnen weitgehend die Verantwortung der kapitalistischen Metropolen mit ihrer immerhin gut 150jährigen Ausbeutungs- und Verwertungsgeschichte.

Zusammengefasst verstehen wir unter dem Begriff „Klimawandel“ somit einen weltweiten, bereits in Gang befindlichen – und nicht etwa in ferner Zukunft zu erwartenden – Prozess, der zu einer gravierenden Zuspitzung bestehender sozialer Verhältnisse und Gegensätze führt. Dabei umfasst der Begriff für uns auch die Anpassungsstrategien der Eliten und steht somit für insgesamt geänderte Rahmenbedingungen sozialer Kämpfe.

Die allzu schnelle Fokussierung auf die technologische Lösung blendet somit aus, dass jede neue im großen Maßstab eingesetzte Technologie immer auch neue Probleme erzeugt. Von der Frage, welche Arten von technologischen Lösungen wie finanziert werden sollen, ganz zu schweigen (Der Ablasshandel für Flugreisen funktioniert ja nach dem Modell dem verarmten ländlichen Indien als Kompensation dafür, dass man in den Industrienationen weiterhin beliebige Einkaufs- oder Urlaubsreisen mit dem Jet unternimmt, einen Solarkocher zu spendieren – ein Modell, das nur funktioniert, wenn der enorme Unterschied in den Lebensverhältnissen aufrecht erhalten wird).

² Vor dem Hintergrund einer tiefgreifenden politischen und sozialen Verunsicherung in den Metropolen, eines wirksamen konservativen „Roll-Back“, und einer nie zuvor existierenden Medienmacht, sollten wir die Wirkung ihrer politischen Inszenierungen und pseudo-wissenschaftlichen Reportagen aber nicht unterschätzen.

Teil 2: Der „Klima-Hype“ oder: Ist die Zeit reif für eine klima-politische Offensive von unten ?

Da wir als Linke an vielen verschiedenen Punkten gegen die Systemlogik zu kämpfen versuchen, muss sich für uns immer wieder die Frage nach den Verbindungen, den Gemeinsamkeiten, nach der Idee des „Gemeinsam kämpfen“ stellen, d. h. nach Schnittmengen und Verknüpfungen. Jedenfalls dann, wenn wir das „große Ganze“ immer noch vor Augen und im Visier haben. Auch wir scheuen uns ein bisschen davor, von Revolution zu reden, haben aber den Eindruck, dass ein vielfaches und energisches „Schluss jetzt!“ angesagt wäre.

Große überregionale Events wie der G8-Gipfel 2007 bieten sich natürlich an, diese Radikalität, diese Gemeinsamkeiten oder unsere Visionen davon, in den Mittelpunkt zu rücken, kräftemäßig ist so etwas aber nicht jedes Jahr drin. Mal abgesehen davon steht dem guten Gefühl, mit vielen Menschen ein oder mehrere Tage gemeinsam auf der Straße / im Camp Widerstand geleistet zu haben, die Tatsache gegenüber, die meiste Zeit eines Jahres allein auch nur ein Rädchen im Gefüge des globalisierten Schwachsinn zu sein. Also müssen wir einerseits sehen, was es an guten und umsetzbaren Initiativen und Aktionsplanungen so gibt, und andererseits überlegen, wie wir die mediale politische Hegemonie der herrschenden Kräfte durchbrechen können. Politische Zusammenarbeit darf sich ja auch nicht darin genügen, (vorübergehend) eine gewisse Binnen-Harmonie zu erzeugen, sondern muss darauf gerichtet sein, die politische Definitionsmacht quasi in Wort und Bild zurück zu erobern!

Insofern ist klar, dass wir unabhängig von irgendwelchen „Gipfeln“ der Herrschenden nicht darum herum kommen werden, linke und linksradikale Zusammenarbeit „neu“ zu definieren. Ganz bestimmt geht das nicht über den vielfach eingeschlagenen Weg, einen gewissen Mobilisierungsverlust und damit einhergehende Perspektivlosigkeit „*zunächst in den eigenen Strukturen*“ zu klären. Genauso aussichtslos wäre der Versuch, an die G8-Erfolge des vergangenen Jahres anzuknüpfen, ohne einen ähnlichen „Selbstläufer“ in der Hand zu haben. Hilfreich wäre es also, eine oder mehrere (inhaltliche und praktische) „Klammern“ zu schaffen, um unsere politische Marginalität zu überwinden und um auch ohne Gipfel-events (so hilfreich und ansprechend diese auch sind) linke Zusammenarbeit zu stärken.

„Klimawandel“ als inhaltlich-politische Klammer ?

In den aktuellen Diskussionen geht es unserem Eindruck nach auch um die Frage, ob das Thema Klimawandel eine politische „Klammer“ im obigen Sinne bilden könnte. Wir haben im Zuge unserer eigenen Überlegungen festgestellt, dass eine schlüssige Antwort darauf wesentlich schwieriger zu formulieren ist, als es auf den ersten Blick erscheint. Dennoch wollen wir an dieser Stelle den Versuch einer Antwort unternehmen, in der Hoffnung, damit einen brauchbaren Beitrag zu den laufenden Diskussionen zu liefern (zu welchen Schlussfolgerungen auch immer wir Alle dann letztlich kommen mögen).

Wir haben „Klimawandel“ im ersten Teil als weltweiten, bereits in Gang befindlichen – und nicht etwa erst in ferner Zukunft zu erwartenden – Prozess analysiert, der zu einer erheblichen Zuspitzung bestehender sozialer Verhältnisse und Gegensätze führt. Hierbei verstehen wir unter dem Begriff „Klimawandel“ nicht nur die im Zuge der Erhöhung der Atmosphärentemperatur ablaufenden geophysikalischen und biologischen Prozesse sondern auch die Gesamtheit der Anpassungsstrategien, die von den politischen Eliten angedacht und ins Werk gesetzt werden. Tatsächlich sind wir überzeugt davon, dass es global zu einer gravierenden Umwälzung der Lebensverhältnisse kommen wird (und das völlig unabhängig davon, wie schnell irgendwelche Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen greifen werden oder können). Insofern ist auch klar, dass der Prozess des Klimawandels neue materielle und immaterielle Rahmenbedingungen für soziale Kämpfe setzt. Diese geänderten Rahmenbedingungen könnten in einzelnen Region so drastisch ausfallen, dass bestimmte Überlebensstrategien hinfällig werden bzw. neue Konfrontationen erzeugt werden.

In der angesprochenen Zuspitzung der Verhältnisse und der Änderung der Rahmenbedingungen besteht eine faktische Verbindung verschiedener Einzelthemen, -fragenstellungen und -kämpfe, die diese gemeinsam in Beziehung setzt zu dem Prozess des Klimawandels. In genau diesem Sinne ist das Thema

Klimawandel als verbindendes Moment zu sehen. Gleichzeitig ist es damit auch nicht irgendein Partikularthema unter vielen anderen.

Der Klimadiskurs bietet somit dann eine Chance verschiedene Einzelfragenstellungen und -kämpfe inhaltlich zu verklammern, wenn auf den Aspekt der Zuspitzung und der sich ändernden Rahmenbedingungen Bezug genommen wird. Nach unserer Auffassung werden wir ohnehin nicht umhin kommen, diese in unsere politischen Überlegungen und unsere Praxis einzubeziehen, da sie Realität sind, ob wir das nun kurzfristig wahrhaben wollen oder nicht. Andererseits bleibt Klimawandel als politischer Begriff unbrauchbar, wenn er nicht zusätzlich zu den ablaufenden geophysikalischen und biologischen Prozesse, d. h. außerhalb einer reinen „Öko-Schiene“, auf die bestehenden sozialen Verhältnisse und Gegensätze Bezug nimmt und diese mit ins Zentrum rückt.

Es geht also nicht darum, bestehende politische Initiativen oder politische Strömungen auf ein neues Hauptthema „Klimawandel“ einzuschwören und eine Art Leitthema vorzuschlagen, dem sich möglichst viele schon vorhandene politische Kampagnen / Initiativen unterordnen sollen. Denn klarerweise können nicht alle politischen Felder und Kämpfe unter dem neuen Oberbegriff „Klimawandel“ subsumiert werden: Wie Nazi-Attacken, rassistische Polizeikontrollen oder die extreme Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft der Eltern in das „Klimathema“ eingereiht werden sollen, können wir uns auch mit viel Phantasie nicht vorstellen.

Genauso wenig kann es darum gehen, „alte“ Themen durch ein „neues“ zu ersetzen oder zu ergänzen, sondern nur darum, das Thema Klimawandel vor dem Hintergrund der dadurch bewirkten Umwälzungen zu nutzen, um grundlegende politische und gesellschaftliche Fragestellungen neu zu thematisieren. Ziel ist es nicht, auf den fahrenden Zug der Eliten aufzuspringen und lediglich die drohende Apokalypse an die Wand zu malen (um dann mit Angst Politik zu machen), sondern im Klimawandel einen weiteren, nicht zu unterschätzenden zerstörerischen Ausdruck der kapitalistischen Systemlogik zu identifizieren und anzuprangern. Wird das Thema auf die dahinter stehenden, grundlegenden gesellschaftlichen Fragestellungen zurückgeführt, sehen wir darin eine politische Chance.

Geht es doch unter anderem um Fragen

- • der weltweiten Verteilung von und des Zugangs zu Ressourcen,
- • der Überlebensfähigkeit ganzer Regionen,
- • nach den zentralen Grundlagen gesellschaftlicher „Entwicklung“ in den letzten 300 Jahren, die auf dem stetig wachsenden Verbrauch fossiler Energieträger beruht,
- • rücksichtsloser Umweltzerstörung,
- • der weltweiten Ernährungssicherheit und Landwirtschaft,
- • weltweiter Bewegungsfreiheit angesichts sich massiv verschlechternder Lebensumstände,

was letztlich somit auch eine Reihe von Aspekten globaler sozialer Gerechtigkeit beinhaltet.

Im diesem Sinne könnte uns das Thema Klimawandel die Möglichkeit bieten, politisch mit unseren Themen zu intervenieren, unsere eigenen Kämpfe zu verbreitern, die internationalistische Perspektive zu verstärken und die gegenwärtige Orientierungslosigkeit zu überwinden. Gleichzeitig bestünde die Möglichkeit, neue Momente einer Zusammenarbeit in der Linken zu schaffen.

„Klimawandel“ – ein Modethema ?

„Klimawandel“ scheint als Modethema daher zu kommen. Allerdings übersieht eine derartige Klassifizierung das Problem und seine Folgen: „Klimawandel“ ist kein virtuelles Phänomen sondern harte Realität mit entsprechenden materiellen Auswirkungen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass der aktuelle Klimadiskurs derzeit fast ausschließlich von den gesellschaftlichen Eliten geprägt wird, die eine „Lösung“ in ihrem Sinne propagieren. Die Kehrseite der Medaille ist, dass der offizielle Hype keine gesellschaftliche Entsprechung findet. Insbesondere existieren kaum Vorstellungen über die Erfordernis, den Rezepten von oben alternative Konzepte gegenüber zu stellen.

Es ist unserer Auffassung nach nicht weiter verwunderlich, dass „Klimawandel“ und „Klimapolitik“ von den Eliten aufgegriffen werden, da es strategische Themen mit erheblichen Rückwirkungen auf die zukünftigen gesellschaftlichen wie ökonomischen Entwicklungen sind. In der Tatsache, dass sie von oben besetzt sind, sehen wir wenig Unterschiede zu anderen, ebenfalls nahezu ausschließlich von oben forcierten Diskursen wie z. B. um „Terrorismus“, „Jugendkriminalität“ oder „Mindestlohn“.

Die Motive für die Beliebtheit des „Klimathemas“ in der politischen Sphäre sind vielfältig, aber nachvollziehbar: So geht es Merkel und Gabriel sicher um persönliche Profilierung, für die sich das Thema „Klimawandel“ hervorragend anbietet, solange ihrem alarmistischen Gerede keine Taten folgen müssen, die den gesellschaftlichen Eliten und den führenden Konzernen weh tun. Darüber hinaus spielt eine Rolle, dass es einer etwaigen breiteren Thematisierung von unten, die angesichts medial aufbereiteter Ergebnisse der Klimaforschung und individueller Wettererfahrungen sicher irgendwann an Bedeutung gewinnen wird, den Wind aus den Segeln zu nehmen gilt (dass in den USA ausgerechnet der „Terminator“-Gouverneur aktiv geworden ist, dürfte nicht zuletzt diesem Umstand geschuldet sein). Mit rhetorischen Bekenntnissen und trivial symbolischen Aktionen (wie „Licht aus“), die zielgenau an allen wesentlichen Fragen vorbei gehen, lassen sich derzeit sogar Wähler/innen mobilisieren, wie die letzte Wahl in Australien gezeigt hat. Wir wollen auch nicht ausschließen, dass in Teilen der Politik Besorgnis über die Auswirkungen globaler Temperaturerhöhungen existiert – der „Stern-Report“ hat die möglichen ökonomischen Folgen ja recht anschaulich beschrieben. Damit zusammen hängt, dass es im Politikbetrieb eine Reihe von Personen und Meinungsmachern gibt, die dafür bezahlt werden, „strategisch“ in die Zukunft zu denken – und sei es über die Frage, wie zukünftigen massiven Fluchtbewegungen und Unruhen militärisch zu begegnen sei. Ein entscheidender Faktor ist unserer Ansicht nach der Versuch, das Thema Klimawandel zu nutzen, um globale Prozesse in Gang zu bringen, die dem technologisch hochgerüsteten Europa im Allgemeinen und dem Exportweltmeister Deutschland im Speziellen über den Weg der technologischen Lösung einen strategischen Wettbewerbsvorteil im globalen Konkurrenzkampf verschaffen sollen.

Ausgehend von dieser Situation wären von linker Seite her Fragen zu stellen und, wenn möglich, erste Antworten zu formulieren, sowohl theoretisch als auch praktisch. Diese müssten anders ausfallen als diejenigen der tonangebenden gesellschaftlichen Eliten. Um nicht in der medialen Welle von Beiträgen zur „Klimadebatte“ unterzugehen, ist neben der Prägnanz der eigenen Positionen auch eine gewisse Mobilisierungsfähigkeit erforderlich.

Dass es diese Mobilisierungsfähigkeit bislang womöglich nicht gibt, seitens der Linken weder nennenswerten Debattenbeiträge noch Kampagnenvorschläge vorliegen, und auch eine allgemeine gesellschaftliche „Mobilisiertheit“ nicht wirklich zu erkennen ist, führt insgesamt dazu, dass die Aussichten für eine „radikale“ Klimadebatte derzeit nicht die Besten zu sein scheinen. Im übrigen wirken auch die bestehenden ökologie-kritischen Strukturen felsenfest verankert im hiesigen Werte- und Denksystem. Und trotzdem, wir halten eine unabhängige politische Mobilisierung von unten für wünschenswert, für notwendig, und sogar für eine politische Chance, die wir nicht von vorn herein vertun sollten.

Denn wenn uns eine gewisse Mobilisierung von unten gelingt, sollte uns die vordergründige Popularität des Themas letztlich mehr nutzen als schaden. Geschickt angestellt und mit der notwendigen Entschlossenheit ausgestattet, halten wir es für möglich, uns im großen Konzert hör- und sichtbar zu machen und die vorhandene Aufmerksamkeit zu unseren Gunsten zu nutzen. Das heißt, dass es die mediale Aufmerksamkeit uns letztlich erleichtern könnte, die tiefer liegenden grundsätzlichen Fragen zum Thema zu machen – also die ganze Fülle unseres Wissens über den Zusammenhang von weltweiter sozialer Gerechtigkeit und Klimawandel nicht nur in die Debatte, sondern auch in unsere zukünftigen Kampagnen einzubringen.

Den Klimawandel zum Thema machen

Den Klimawandel von Seiten der Linken zum Thema zu machen hieße zunächst sich den Scheiß von Merkel & Co nicht länger bieten zu lassen, und das in jeder Beziehung: ob es nun um die Frage nach den (weltweiten) Fluchtursachen von Millionen von Menschen geht, oder um die Frage nach der Le-

bensqualität in den Metropolen, ob es um weltweite Lebensmittelproduktion und deren Transporte geht, oder um den Hochwasserschutz in Bangladesh - mit Markt- und Geldlogik, mit den Profitinteressen korrupter Regime, globaler Finanzmakler und Börsenzocker lassen sich die Probleme auf diesem Planeten nicht lösen. Binsenweisheiten sind das, und trotzdem ist die Linke hier viel zu wenig präsent. Das zu ändern sollten wir uns zur Aufgabe machen.

Dazu gehört:

- • Erstens natürlich inhaltlich dem Geschwafel der selbsternannten Klimaretter/innen seitens der Regierung(en) unsere unbequemen Fragen - und vielleicht auch erste Antworten - entgegenstellen. Dazu gehört unbedingt auch, diese Aspekte in unsere ohnehin laufende politische Arbeit zu integrieren, das Thema Klimawandel in unsere Aktions- und Kampagnenplanungen inhaltlich einzubinden, und auf diesem Weg erste Schritte zu tun, die Hohlheit und Verlogenheit regierungsamtlicher und regierungsnaher Lösungsofferten offen zu legen. Es geht somit um die Neu-Definition des Begriffs „Klimawandel“, weg von der Beschreibung singulärer Naturphänomene, hin zu einem Begriff, der auch die sozialen Dimensionen impliziert. Als inhaltliche Schwerpunkte bieten sich an:
 - o Drastische Senkung von Emissionen; dies erfordert die „Erzwingung“ einer öffentlichen Debatte darüber, wie sich die Gesellschaft verändern muss, um dieses Ziel zu erreichen (Stichwort: Autowahn, Großkraftwerke, Vielfliegerei). Gleichzeitig muss den Versuchen, sich bestimmte Standards und Emissionsrechte erkaufen zu können, ein Riegel vorgehoben werden. Ein weiter Schritt ist das Aufbrechen der verengten technologischen Perspektive. Es ist Bezug zu nehmen auf die bestehenden sozialen Verhältnisse (Wer kann sich teure Energiesparmaßnahmen leisten? Wer trägt im Zweifelsfall die Kosten dafür?).
 - o Solidarische Teilung der Folgen. Es kann nicht angehen, dass die Folgenbewältigung von den jeweiligen Möglichkeiten abhängt, sowohl national als auch international; die Linke muss hierbei all jenen ein Forum bieten, die sonst in der öffentlichen Diskussion untergepflegt werden oder dort gar nicht erst auftauchen. Das bedeutet in erster Linie die Einbindung von Aktivistinnen aus Afrika, Asien und Lateinamerika in die hiesige Klimadiskussion. Von ihrer Seite muss formuliert werden, welche Forderungen sich aus den rassistischen Aspekten des Klimawandels ableiten.
 - o Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit, um der drohenden neuen Unwirtlichkeit ganzer Regionen entkommen zu können. Hier ist der Bezug zur Migration und den bisherigen diesbezüglichen Aktivitäten.
- • Zweitens lokale Initiativen zum Klimawandel zu starten, die geeignet sind, eine gewisse Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien zu erregen, und die den o. g. Willen zur Zusammenarbeit dokumentieren. Welche konkreten lokalen Initiativen geeignet sind, neben den ökologischen auch die sozialen Aspekte in den Vordergrund und in einen internationalen Zusammenhang zu stellen, ist in diesem Zusammenhang sicherlich noch klärungsbedürftig. Dass es uns aber genau darum gehen sollte, liegt für uns aus den in diesem Papier dargelegten Gründen auf der Hand. Auf jeden Fall liegen hier u. A. Anknüpfungspunkte für die zukünftige Zusammenarbeit.
- • Richtig klasse wäre es dann drittens, wenn wir uns auf ein überregionales Ereignis, eine überregionale Mobilisierung in 2008 einigen könnten, in der diese inhaltliche und praktische Antwort mit all ihren Aspekten zum Ausdruck kommen könnte.

Jenseits der bisherigen G8-Anknüpfungsideen und Widerstandscamps gilt für uns zunächst: Klimawandel ist zwar ein globales Problem, ohne lokale Verankerung und ohne themenübergreifende Zusammenarbeit ist die Vision einer internationalen Kampagne von unten unerreichbar!

Nicht allein weil der Nachfolgegipfel von Bali 2009 in Kopenhagen stattfinden soll, juckt es uns in den Fingern, an genau solch einer Vision / Utopie zu arbeiten. An Kopenhagen kommen wir sowieso nicht

vorbei, egal woran wir konkret politisch arbeiten. Ziel sollte es daher sein, das Thema soweit in der Linken zu verankern und verbreitern, dass der nächste Klimagipfel in Kopenhagen im Herbst 2009 zu einem Kristallisationspunkt für eine europaweite bzw. darüber hinausgehende Mobilisierung werden kann.

AntiRassismusBüro Bremen: Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat. Ein Text zu Klimawandel, sozialer Frage und Aktionsperspektiven, Bremen: 2007.

Artenschutz? Biologische Vielfalt und Eigentumskonflikte

von Gregor Kaiser

Wissen und Information haben in der heutigen postindustriellen Gesellschaft einen wesentlich bedeutenderen Stellenwert in der ökonomischen Entwicklung als noch vor einigen Jahrzehnten. Unter den Bedingungen der so genannten digitalen Revolution rufen viele AutorInnen bereits seit Jahren die Wissens- bzw. Informationsgesellschaft aus. Gregor Kaiser sieht sich Erscheinungen und Folgen auf einem Gebiet an, mit dem sich auch die G8 befasst.

Diese Aus- und Anrufung hat aber nur insofern eine Berechtigung, als anerkannt wird, dass Wissen um Produktionszusammenhänge und in ihnen (sowie auch darüber hinaus) schon immer bedeutsam gewesen ist und heute nur eine veränderte Rolle konstatiert werden kann: Wissen, besonders das vor kostenloser Nutzung durch Dritte geschützte Wissen, ist eine bedeutende Profitquelle geworden. Individuelle Gewinnmaximierung ist das Ziel des Wirtschaftens mit Wissen, nicht solidarischer Austausch und gegenseitiges Voneinander-Lernen. Dies gilt auch für die Landwirtschaft – ebenso wie für die Computer- und Softwareindustrie. In der Landwirtschaft materialisiert sich Wissen im Kontext von Saatgut auf der einen Seite im konkreten Gegenstand, im Saatkorn, durch Jahrtausende lange Züchtung, und auf der anderen Seite im Prozesswissen, nämlich der Aufbewahrung, Weiterentwicklung und Auswahl von Saatgut.

Saatgut, biologische Vielfalt, Pflanzen, Tiere und vor allem ihre genetischen Ressourcen geraten immer mehr in das Zentrum politischer Auseinandersetzungen, denn sie bilden die Grundlagen für die Medizin und die „Zukunftstechnologie Biotechnologie“. Seit Beginn der 90er Jahre wird vom grünen Gold der Gene gesprochen, kürzlich hat sogar Bundesumweltminister Gabriel den Schatz der biologischen Vielfalt als fundamental für die Wirtschaft bezeichnet.¹ Seit 1995 das TRIPS-Abkommen² der Welthandelsorganisation in Kraft getreten ist, welches weltweite Mindeststandards für geistige Eigentumsrechte (Patente, Copyright, Markenschutz u.a.) setzt, hat die Debatte zur Privatisierung von und Eigentum an Wissen – Prozesswissen und auch vergegenständlichtem Wissen – stark zu genommen, da v.a. der Nord-Süd-Gegensatz die Ungerechtigkeiten dieses Umgangs mit Wissen im Kontext biologischer Vielfalt verdeutlicht hat. Patente und andere geistige Eigentumsrechte gefährden schon heute den freien Wissenstransfer in den Bereichen Saatgut, Medikamente und Software in mehrfacher Hinsicht: Vandana Shiva spricht von einer neuen Form des Kolonialismus, einer neuen Ausbeutung des Südens durch den Norden.³

Diese Gefährdungen sollen kurz skizziert werden, bevor auf die rechtlichen und politischen Strukturen eingegangen wird, die seit gut zwei Jahrzehnten die Basis legen für die staatlich abgesicherte Kommodifizierung des Wissens. Zum Abschluss werde ich verdeutlichen, welche Rolle der G8-Gipfel in Heiligendamm im Hinblick auf geistiges Eigentum spielt und wie die emanzipatorische Zivilgesellschaft darauf reagieren kann.

Eigentumsrechte – Wirkungen ...

Wissen ist normalerweise das, was Ökonomen ein öffentliches Gut nennen. Es ist nicht-rivalisierend im Konsum, und niemand kann von der Nutzung ausgeschlossen werden.⁴ Die Vergabe geistiger Eigentumsrechte (IPR – Intellectual Property Rights), der Versuch, Wissen zu einem „normalen“ Gut zu machen, Knappheit zu erzeugen, Nutzungsrechte bzw. Ausschließungsrechte zu vergeben, hat

¹ Vgl. Sigmar Gabriel (2007): Biodiversity ‚fundamental‘ to economics; Viewpoint; BBC News 9. März 2007.

² Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights.

³ Shiva, Vandana (2002): Biopiraterie – Kolonialismus im 21. Jahrhundert, Unrast-Verlag Münster.

⁴ Vgl. ausführlicher: Nuss, Sabine (2006): Copyright und Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im digitalen Kapitalismus, Westfälisches Dampfboot Münster.

vielfältige Auswirkungen individueller oder gesellschaftlicher Natur; vier will ich an dieser Stelle nennen.⁵

Erstens wird durch geistige Eigentumsrechte eine Kontrollfunktion ausgeübt. Neue Wissensproduktion wird verhindert bzw. eingeschränkt, und durch die Notwendigkeit der Erteilung von Lizenzen zur Nutzung geschützten Wissens können Rechteinhaber ganze Forschungsbereiche gegenüber Dritten abschotten. Saatgut als Gegenstand kann dann nicht mehr für weitere Züchtungsarbeit eingesetzt werden, Pflanzen selbst und das Wissen um sie werden zum Privateigentum. Immer häufiger wird zusätzlich zur rechtlichen Regulierung auf technische Kontrolle gesetzt. Die sog. Terminator-Technologie (steriles Saatgut, vgl. www.freie-saat.de) ist ein prominentes Beispiele dafür. So wird z.B. Ernährungssouveränität gefährdet, wenn nur noch die gentechnisch veränderte, standardisierte Massenware Saatgut angeboten und keine Rücksicht mehr genommen wird auf lokale Umweltbedingungen und kulturelle Hintergründe.

Zweitens findet weltweit ein Ausschluss von der Nutzung statt sowie eine Umverteilung von Reich zu Arm. So lässt sich zeigen, dass im Jahr 2002 die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen netto ca. 9 Mrd. US-Dollar an Lizenzgebühren an die Länder des Nordens gezahlt haben. Nach Schätzungen von Weltbank-Experten kommen auf die Entwicklungsländer durch die TRIPS Umsetzung (s.u.) Mehrzahlungen für Lizenzgebühren in Höhe von rund 60 Mrd. US-Dollar jährlich zu. Andere Berechnungen kommen zu dem Schluss, dass die sechs größten Industrieländer in Zukunft jährliche Mehreinnahmen aus TRIPS von ca. 41 Mrd. US-Dollar verbuchen können – die USA 19 Mrd. US-Dollar und Deutschland 6,8 Mrd. US-Dollar.⁶ Diese Dominanz verfestigt sich noch, wenn man sich ansieht, wo die Patentinhaber ihren Firmensitz haben. Von den 312.000 Patenten, die 2002 vergeben wurden, gingen 81 Prozent nach Japan, Nordamerika und Westeuropa. Deutlich mehr Patente – auch im Saatgutbereich – sind in den Händen der Industrieländern. Die Folge ist, dass die weniger entwickelten Länder dauerhaft auf Abstand gehalten werden können, ihre ökonomische Entwicklung gebremst werden kann. So ist z.B. mit Eigentumsrechten belegte Software, proprietäre Software, häufig teurer als Freie Software – in Entwicklungsländern könnte die Nutzung Freier Software dazu beitragen, zum Beispiel mehr Ressourcen für Bildung oder Gesundheitsvorsorge bereitzustellen.⁷

Drittens geht mit der Privatisierung des Wissens auch ein Verlust von vergegenständlichtem *und* Prozesswissen einher. In Indien wurden z.B. vor rund 50 Jahren noch bis zu 50.000 Reissorten angebaut. Im Verlauf der Grünen Revolution und der Industrialisierung der Landwirtschaft sank die Anzahl auf mehrere Hundert. Das traditionelle Wissen um die Aussaat, Aufbewahrung und Erhaltung dieser nun z.T. ausgestorbenen Sorten ist mit der Zeit ebenfalls verloren gegangen. Ähnliches in Deutschland: Die Einführung des Sortenschutzes und Saatgutverkehrsgesetzes in Deutschland in den 1940er Jahren führte zum Verlust Dutzender Ackerfrüchte und des Wissens darum, da sie nicht mehr gehandelt werden durften.⁸

Viertens und eng verknüpft mit der Privatisierung von Wissen im Kontext biologischer Vielfalt und vielfach nur durchführbar mit Hilfe geistiger Eigentumsrechte (v.a. Patente, Sorten- und Markenschutz) ist die Inwertsetzung der genetischen Ressourcen⁹ – ein Prozess, der häufig als Biopiraterie bezeichnet wird.¹⁰ Darunter versteht man die Aneignung genetischer Ressourcen (von Pflanzen, Tieren, Mikroorganismen, Menschen), die zumeist in den Zentren biologischer Vielfalt eingesammelt

⁵ Vgl. hierzu ausführlicher: Gerstetter, Christiane; Kaiser, Gregor (2006): Gemeinsam die Allmende verteidigen In: *Peripherie*, 101/102, S. 69-98.

⁶ Frein, Michael (2007) Globaler Patentschutz: Alles nur geklaut? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/07.

⁷ May, Christopher (2006) Escaping the TRIPS' Trap: The Political Economy of Free and Open Source Software in Africa, In: *Political Studies*, 34, S. 123-146.

⁸ Vgl. hierzu: Flitner, Michael (1995): *Sammler, Räuber und Gelehrte. Pflanzengenetische Ressourcen zwischen deutscher Biopolitik und internationaler Entwicklung 1890-1994*, Frankfurt/M./New York.

⁹ Zur Problematik des Ressourcenbegriffs in diesem Kontext siehe Gregor Kaiser: Wenn Leben zur Ressource wird. Der Wettlauf um die Gene. In: *ila – Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika*, Nr. 263, März 2003.

¹⁰ U.a. BUKO Kampagne gegen Biopiraterie (2005) *Grüne Beute. Biopiraterie und Widerstand*, Trotzdem-Verlagsgenossenschaft Frankfurt; Klaffenböck, G./Lachkovics, E./Südwind Agentur (2001): *Biologische Vielfalt. Wer kontrolliert die globalen genetischen Ressourcen?* Frankfurt/M.; Ribeiro, Silvia (2002): *Biopiraterie und geistiges Eigentum – Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen*, in: Görg, C./ Brand, U. (Hrsg.): *Mythen globalen Umweltmanagements: ‚Rio + 10‘ und die Sackgasse nachhaltiger Entwicklung*, S. 118-136.

werden, und des Wissens der lokalen Bevölkerung zur Nutzung eben dieser Vielfalt durch Forschungseinrichtungen und Unternehmen v.a. aus den Industrieländern. Die Struktur dieser erweiterten Form des Kapitalismus, des Kolonialismus im 21. Jahrhundert, wird besonders deutlich an den Patenterteilungen in der Biotechnologie bereits Mitte der 1990er Jahre: Knapp 95 Prozent der Patente in der Biotechnologie waren bereits vor rund 10 Jahren in den Händen von Unternehmen und Forschungseinrichtungen in den USA, Japan und Europas. Basis dieser Patente ist jedoch häufig die sich v.a. in den Ländern des globalen Südens konzentrierende biologische Vielfalt – u.a. in Mexiko, Brasilien, Indonesien etc.

... in der Globalisierung

Geistige Eigentumsrechte an Pflanzen können bereits auf eine knapp 90jährige Geschichte zurückblicken. Bereits seit den 1920er Jahren können in den USA Patente auf sich vegetativ vermehrende Pflanzen erteilt werden; in Europa erlangte der pflanzliche Sortenschutz in den 1960er Jahren seinen Durchbruch. Im Laufe der Jahre wurden diese Gesetzgebungen laufend den technischen und veränderten politischen Gegebenheiten angepasst, Patente auf Medikamente eingeführt und seitens der Patentämter in den USA und Europa die bestehende Rechtslage großzügig interpretiert und immer häufiger Patente auf Gene erteilt. Richtungsweisend war das Urteil im sog. Chakrabarty-Fall 1980 in den USA – es ging um gentechnisch veränderte, ölabbauende Bakterien –, wo das Oberste Gericht zu dem Schluss kam, dass das gewährte Patent rechtens sei, denn alles von Menschenhand Geschaffene „unter der Sonne“ sei patentierbar. Durch die verstärkt aufkommenden Informations- und Kommunikationstechnologien, die Gentechnologie sowie eine Sättigung der Märkte in den Industrieländern bei konventionellen Industrieprodukten verstärkte sich die Debatte um den Schutz des geistigen Eigentums Ende der 1980er Jahre immer mehr. Im Rahmen der 1986 begonnenen Welthandelsrunde (Uruguay-Runde) sah nun v.a. die amerikanische Pharmaindustrie die Chance, weltweite Mindeststandards für geistige Eigentumsrechte durchzusetzen, und in einer beispiellosen Lobbykampagne gelang es, amerikanische, japanische und europäische Regierungen von der Wichtigkeit dieses Vorhabens zu überzeugen und im Rahmen der dann neu geschaffenen Welthandelsorganisation (WTO) gegen den Widerstand vieler Entwicklungsländer das TRIPS-Abkommen aus der Taufe zu heben.¹¹ Zentrales Element des Abkommens ist die Verpflichtung für alle Mitgliedsländer der WTO, bis zu einem festgelegten Zeitpunkt eine nationale Patent- bzw. geistige Eigentumsgebung (u.a. Copyright, Markenschutz, geographische Herkunftsangaben) zu schaffen und auch für die entsprechenden Durchsetzungsmechanismen zu sorgen. Besonders umstritten ist der §27 des TRIPS-Abkommens, der lautet: „Subject to the provisions of paragraphs 2 and 3, patents shall be available for any inventions, whether products or processes, in all fields of technology, provided that they are new, involve an inventive step and are capable of industrial application.“ Alles, Wissen, Pflanzen, Gene, Software etc. muss patentierbar sein können; ob die genannten Bedingungen erfüllt sind, ist bei den schwammigen Begriffsbedeutungen quasi Ermessenssache der nationalen Patentämter. Von dieser Regel können Ausnahmen gemacht werden (Abs. 2 und 3), wenn Fragen der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit oder Moral betroffen sind oder wenn es sich um Tiere oder Pflanzen handelt; Mikroorganismen müssen aber patentiert werden können. Um die Bedeutung all dieser Begriffe (Mikroorganismen, Gesundheit, Moral etc.) gibt es erbitterten Streit und keine internationale Einigkeit. Der bekannteste Konflikt ist sicherlich der um AIDS-Medikamente. Patentierte Medikamente sind wesentlich teurer als sogenannte Generika (Nachahmerprodukte), so dass sich in den Entwicklungsländern viele Menschen die bis zu 10.000 Euro teure Therapie nicht leisten können. Südafrika wollte 2001 die Ausnahmeklausel des TRIPS in Anspruch nehmen und ertete heftigste Widersprüche der großen Pharmaunternehmen, die erst auf weltweiten öffentlichen Druck einem Kompromiss zustimmten. Die Konflikte um den kostenlosen bzw. kostengünstigen Zugang zu Medikamenten sind in der WTO bis heute noch nicht gelöst, auch wenn Unternehmen und westliche Regierungen einen 2003 gefassten Kompromiss öffentlichkeitswirksam als die Lösung des Problems bezeichneten. Dieser ist jedoch so komplex, dass in den fast vier Jahren seiner Existenz noch kein Entwicklungsland darauf zurückgegriffen hat – und das, obwohl die Medikamentenversorgung immer noch nicht gewährleistet ist.

¹¹ Drahos, Peter, and Braithwaite, John (2002): *Information Feudalism: who owns the knowledge economy?* Earthscan London, Sterling.

Auch Pflanzensorten können von der Patentierbarkeit ausgenommen werden, dann muss aber ein Schutzsystem eigener Art (*sui generis*), häufig ein Sortenschutzsystem, geschaffen werden. Für viele Länder, v.a. Entwicklungsländer, die u.a. aus Gründen der Ernährungssicherung lange versucht haben, das TRIPS-Abkommen zu verhindern, bedeutet dies die Wahl zwischen Pest und Cholera, da sich nach 1995 schnell herausstellte, dass die WTO, die Industrieländer und andere Organisationen, die sich mit geistigen Eigentumsrechten beschäftigen, wie die *World Intellectual Property Organization* (WIPO) oder die *Union Internationale pour la Protection des Obtentions Vegetales* (UPOV), nur ein *sui generis*-System akzeptieren werden, das dem Patentrecht sehr weit angenähert ist. Da es jedoch in den meisten Entwicklungsländern, im Gegensatz zu den Industrienationen, keine kommerziellen Märkte für Saatgut gibt, sondern dieses von den BäuerInnen (weiter)entwickelt, getauscht und aufbewahrt wird, bedeutet die durch die WTO erzwungene Umstellung auf Sorten- bzw. Patentschutz das Ende dieser kleinbäuerlichen (und ernährungssichernden) Praxis, da die Tausenden Landsorten, die die BäuerInnen nutzen und weiterzüchten, die festgelegten Standardisierungsansprüche nicht erfüllen. So werden Tür und Tor geöffnet für die multinationalen Saatgutunternehmen, deren größten zehn bereits 2005 knapp 50 Prozent des auf ca. \$ 21 Mrd. US-Dollar geschätzten kommerziellen Saatguthandels kontrollierten.

G8 und geistiges Eigentum

Genau dies ist aber gemeint, wenn im Rahmen der derzeitigen G8-Präsidentschaft Bundeskanzlerin Merkel oder andere Vertreter der Bundesregierung von Investitionssicherheit sprechen. „Wir brauchen den Schutz geistigen Eigentums. Wenn wir vom kreativen Imperativ sprechen, dann ist es natürlich von allergrößter Bedeutung, dass es uns gelingt, geistige Innovation auch wirklich vor Piraterie zu schützen. Außerdem brauchen wir nach meiner festen Überzeugung – dafür wird sich Deutschland im Rahmen seiner G8-Präsidentschaft einsetzen – hierfür auch mehr Regelungen“, so Frau Merkel bereits 2006 in Davos. Es soll nun „einen strukturierten Dialog mit den Schwellenländern“ geben, um Defizite der vorhandenen internationalen Rechtslage zum geistigen Eigentum zu identifizieren und „ggf. neue internationale Vereinbarungen“ in den „Blick“ zu nehmen.¹² Dass diese neuen Regelungen nicht im Sinne der Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern, aber auch nicht im Interesse von Verbrauchern und Verbraucherinnen in den Industrieländern sind, ist deutlich erkennbar an den Entwicklungen der letzten 20 Jahre. „Patente auf Leben“ werden nicht nur von einer großen Zahl an VerbraucherInnen abgelehnt, auch die damalige *Organisation Afrikanischer Staaten* (OAU), heute die Afrikanische Union, bracht bereits 1999 einen Vorschlag zur Umsetzung des TRIPS-Abkommens in Afrika in die laufenden Diskussionen im sogenannten TRIPS-Council ein, der ein Verbot von Patenten auf Leben vorsah. Dieser Vorschlag wurde von der WIPO und der UPOV, beide damals von den Industrieländern dominiert, direkt als nicht-WTO-konform abqualifiziert. Der Vorschlag ist somit bisher auch kaum in afrikanischen Ländern weiter diskutiert oder in die nationale Gesetzgebung übernommen worden. Neben diesen die Existenz von Millionen KleinbäuerInnen gefährdenden Entwicklungen im Kontext der landwirtschaftlichen Pflanzenvielfalt (Agrobiodiversität) widersprechen geistige Eigentumsrechte an Heilpflanzen oder anderen Komponenten der wilden biologischen Vielfalt den Naturverhältnissen und Nutzungsvereinbarungen vieler indigener Völker und lokaler Gemeinschaften. Die Bedeutung des Wissens dieser Gruppen um die Nutzung der wilden Vielfalt wird weithin akzeptiert – und es wird versucht, es sich zu Nutze zu machen. Die in der Natur vorkommenden Pflanzen, Tiere und Gene werden als „grüne Gold“ oder als „Schatz der Natur“ angesehen und auf bedeutende Inhaltsstoffe oder Wirkungen untersucht. Minister Gabriel: „The global value of plant-derived pharmaceuticals products is more than \$500 bn in industrialized countries.“ Und das bereits zu einem Zeitpunkt, zu dem wahrscheinlich erst ca. 10 Prozent der auf der Erde lebenden Tier- und Pflanzenarten wissenschaftlich erforscht sind. Es wird noch ein ungeheures Potenzial in den Tiefen der Ozeane, der Höhe der Tropenbäume etc. vermutet, das durch Bioprospekting ausfindig gemacht werden soll. Dieses Schürfen der biologischen Artenvielfalt, die Erforschung der kommerziell wertvollen genetischen und biochemischen Schätze (*World Resource Institute*) weckt Assoziationen, dass es sich um etwas bis dato Unbekanntes handelt, das zu Tage gefördert wird, um die Gene in den Dienst der Menschheit zu stellen. Doch ein solches Naturverständnis negiert die Nutzung biologischer Vielfalt durch indigene Gemeinschaften seit Jahrhunderten. Es

¹² Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Deutsche G8 Präsidentschaft – Unterrichtung des Unterausschusses Globalisierung und Außenwirtschaft am 17. Januar 2007, S. 3, 15. Januar 2007.

negiert, dass jegliche terrestrische biologische Vielfalt bereits kulturell überformt ist und Menschen seit Jahrtausenden und Jahrhunderten Natur gestalten, Wissen über Natur gewinnen und es weiterentwickeln. Wissen und Natur werden in indigenen Gemeinschaften gemeinschaftlich genutzt, private Verfügungsrechte widersprechen kulturellen, spirituellen und ökologischen Vorstellungen. Dennoch gehen mit der Jahrhunderte langen Nutzung biologischer Vielfalt Rechte einher, die durch individuelle Verfügungsrechte über gewonnene „neue“ Erkenntnisse multinationaler Konzerne im Anschluss an ein Bioprospektoringvorhabens negiert werden.¹³ Alternative Wissens-, Wert- und Wirtschaftssysteme werden zerstört, wenn geistige Eigentumsrechte auf natürliche Ressourcen angewandt werden, um die Innovationssicherheit von Unternehmen in der globalisierten Welt zu stärken.

zu 1 „Haltet den Dieb!“

In Heiligendamm werden die G8 die Piraten jedoch nicht unter sich, sondern in anderen Ländern suchen. Ihre Verantwortung für die Kommodifizierung des Lebens und für Biopiraterie wird nicht thematisiert werden, sondern China, Indien und andere sollen dafür sorgen, dass die Produktion von kopierten, billigeren Schuhen, CDs oder Medikamenten eingestellt und Produktpiraterie wirksam verhindert wird. Die Werbetrommel wird gleichsam für den einfachen Zugang der multinationalen Unternehmen zur biologischen Vielfalt gerührt werden, in der Hoffnung, dass neue Medikamente, verbessertes Saatgut oder neue Kosmetika, basierend auf den genetischen Ressourcen und dem Wissen der einheimischen Bevölkerung, die Absatzmärkte für heimische Unternehmen verbessern und Arbeitsplätze erhalten.

Emanzipativen Bewegungen gibt jedoch die Thematisierung geistiger Eigentumsrechte in Heiligendamm, diese Neujustierung des globalen Kapitalismus mit Hilfe des Instruments geistigen Eigentums, die Möglichkeit, diesen als Ganzes in Frage zu stellen und sich für einen offenen solidarischen Wissensaustausch einzusetzen. An Konzepten, für die es sich zu streiten lohnt bzw. die in die Diskussionen einbezogen und weiterentwickelt werden sollten, gibt es einige: Ernährungssouveränität, Farmer's Rights, Open Source auch in der Landwirtschaft, bäuerliche Erhaltungszüchtung oder *collective property rights* sollen nur einige Schlaglichter sein, die herangezogen werden können. „Convergence of movements“ gegen geistige Eigentumsrechte (GRAIN, www.grain.org), also das Zusammenbringen der Kritiken am geistigen Eigentum aus allen Bereichen (Saatgut, Software, Medikamente, aber auch Urheberrecht) ist eine zentrale Herausforderung für emanzipative Bewegungen, wenn der Kolonialismus des 21. Jahrhunderts wirksam in Frage gestellt werden soll.

-
- Gregor Kaiser, Sozialwissenschaftler und Biologe, promoviert an der Uni Kassel und am Wuppertal Institut zu Alternativen zu geistigen Eigentumsrechten und ist politisch aktiv in der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie.

Kaiser, Gregor: Artenschutz? Biologische Vielfalt und Eigentumskonflikte. In: *Forum Wissenschaft*, 24, Nr. 2, 2007, S. 28-30.

¹³ Vgl. auch : Shiva, Vandana (1998): Biopiraterie „Schürf“-Rechte an pflanzlichen und kulturellen Ressourcen, in: Koechlin, Florianne (Hg.): *Das patentierte Leben*, Rotpunktverlag Zürich, S. 76-85.

Biopiraterie und geistiges Eigentum

Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen¹

von *Silvia Ribeiro*

Der Begriff „Biopiraterie“ wird in unterschiedlicher Weise interpretiert. Einige sehen darin schlicht den Vorgang des Ansammelns biologischen Materials ohne die „vorherige informierte Zustimmung“ der regionalen Gemeinden oder des Landes, in dem es gesammelt wird, und ohne die Bestimmung zum „Vorteilsausgleich“ (*benefit sharing*) zu respektieren, wie sie von der Biodiversitätskonvention (engl. CBD) der Vereinten Nationen vorgegeben ist. Gemäß dieser legalistischen Perspektive würde die Unterzeichnung eines Vertrages über „Bioprospektierung“ das Problem der Biopiraterie im legalen Rahmen lösen, und die so genannten „Rechte“ über geistiges Eigentum, in ihren zahlreichen Versionen, könnten ein nützliches Instrument sein, dass in dem Moment in dem für die Unternehmen Gewinne anfallen, sie einen Teil ihres ökonomischen Ertrages an die lokalen Gemeinden abführen müssten, die ihnen die Ressourcen und Kenntnisse vermittelten.

Für die großen transnationalen Unternehmen, welche die Biotechnologie für Pharmazie und Landwirtschaft nutzen und Hauptinteressenten- und -empfänger der biologischen Ressourcen sind, ist die Biopiraterie die nicht-autorisierte Nutzung oder Reproduktion ihrer patentierten Innovationen. Benutzt beispielsweise ein Landwirt bewusst oder unbewusst patentiertes Saatgut ohne dafür eine Gebühr zu bezahlen, so ist dies aus Sicht der Unternehmen „Biopiraterie“. Dies war beispielsweise der Fall als das Feld eines Landwirts durch den durch Wind verbreiteten Blütenstaub von Feldern, die patentiertes Saatgut enthielten, verunreinigt worden war. Zur Absicherung ihrer Rechte haben die Konzerne, zusätzlich zu Gesetzen und den direkten Verträgen mit den Landwirten, Detektivgruppen gebildet, die durch die Felder in den Vereinigten Staaten oder Kanada ziehen, um von dort Proben zur Überprüfung zu holen. Das Unternehmen Monsanto hat bereits mehr als 460 Prozesse gegen Landwirte dieser Länder angestrengt. Im März 2001 wurde ein kanadischer Landwirt zu mehr als 75000 Dollar Strafe wegen „Biopiraterie“ verurteilt, weil sein Feld mit von Monsanto patentiertem transgenem Saatgut durchzogen war, obwohl der Landwirt das nicht wusste und auch gar nicht wollte, und zudem der Meinung war, dass diese Kontamination seinem Feld schade.² Für den Fall, dass die Gerichte anders entscheiden würden oder die Gesetze über geistiges Eigentum nicht ausreichend wären, haben die in diesen Sektoren dominanten Firmen inzwischen mehr als 70 technologische Patente entwickelt, damit ihre Saat in der zweiten Generation steril bleibt. So haben sie „biologische Patente ohne Verfallsdatum“ (die sog. *Terminator*-Technologien) etabliert, um so der Biopiraterie vorzubeugen.

Die Gruppe ETC (vorher RAFI) sieht, ebenso wie zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft, in der Biopiraterie die Aneignung genetischer Ressourcen und Kenntnisse der indigenen Bevölkerung und lokalen Gemeinschaften, speziell aus Dritt-Welt-Ländern, von Seiten privater, zumeist transnationaler Unternehmen, und/oder öffentlicher Institutionen, die generell aus dem Norden stammen. Die Biopiraten nutzen verschiedene Mechanismen geistigen Eigentums, um für sich die Nutzung von generell aus dem Süden materiellen und nicht-materiellen Ressourcen zu beanspruchen. Die Biopiraterie ist also weit davon entfernt nur eine Frage von Gesetzen und Regeln zu sein. Sie ist ebenso ein Thema der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gerechtigkeit und im wesentlichen eine Frage der Ethik. Im Grunde handelt es sich um die Privatisierung von Ressourcen, die immer öffentlich, kollektiv und zum Allgemeinwohl bestimmt waren, und nun dem Gewinn und Nutzen einer handvoll

¹ Dieser Artikel ist, auch wenn er in der endgültigen Version von der Autorin geschrieben wurde, welche die Verantwortung für den Inhalt übernimmt, ein wesentliches Produkt der Forschungsarbeit der Gruppe ETC (Erosion, Technology and Concentration Group), vormals RAFI (Rural Advancement Foundation International). Für Informationen zum Thema und über die Gruppe ETC: <http://www.etcgroup.org>. Spezieller Dank für die Beiträge von Julie Delahanty, Hope Shand und Pat Mooney. Teile der verwendeten Konzepte entstammen dem Dokument „La biopiratería en México: la punta del iceberg“, koordiniert von Andrés Barreda und der Gruppe CASIFOP, denen ich ebenfalls für ihre Unterstützung und Zusammenarbeit danke.

² Für weitere Informationen über diesen Fall: „Monsanto contra los agricultores: el caso Percy Schmeiser“, Comunicado del 5/4/2001, RAFI, Grupo ETC, <http://www.etcgroup.org>

Unternehmen und Institutionen dienen. Selbst wenn ein Unternehmen oder eine Institution einen Vertrag unterschrieben hat, der die rechtskräftige nationale oder internationale Verfassung respektiert, und selbst wenn dieser Vertrag ein gewisses Grad an Mitsprache oder Teilnahme der Gemeinschaften und/oder Staaten verbunden mit irgendeiner Form von „Gewinnverteilung“ enthält, so bleibt es doch Biopiraterie. Denn der Schutz und Vorrang der Rechte der indigenen Bevölkerung, der Landwirte, sowie der lokalen Gemeinden, die ja die Hauptakteure in diesem Prozess der Biodiversität sind, sind nicht nur völlig unzureichend. In vielen Fällen werden ihnen sogar diese fundamentalen Rechte verweigert. So wird die Plünderung gerechtfertigt und die Basis für das ursprünglich gemeinsame Erbe an Ressourcen der biologischen und kulturellen Vielfalt unterminiert.

Wem gehören die Ressourcen?

Im Zuge mehrerer tausend Jahre hat sich weltweit die Basis für den Lebensunterhalt der Menschen auf die Kenntnisse über die Umwelt und die Anpassung, Verfügbarkeit und Schaffung von Ressourcen gestützt. Ernährung, medizinische Versorgung, Kleidung, Schutz, ästhetische Zwecke und anderes wurden innerhalb der verschiedenen lokalen Kulturen – von den Indigenen, Landwirten, Pfarrern, Fischern usw. – gewährleistet und dadurch der Allgemeinheit vermacht. Es war stets ein kollektiver, offener Prozess des freien Austauschs. Restriktionen bestanden bezüglich „heiliger“ oder ritueller Kenntnisse, aber selbst da waren sie im Grunde kollektiv und öffentlich, da die Funktionen dieser spezialisierten Kenner (Schamanen, Heiler, etc.) dem sozialen Gefüge dienten. Dieser freie Fluss hat eine permanente Anhäufung und Bereicherung der Kenntnisse und Ressourcen erlaubt.

Die kulturelle und die biologische Vielfalt interagieren dynamisch miteinander, so wie auch die landwirtschaftlich kultivierte Vielfalt mit der wildwachsenden in einem engen Verhältnis steht, in dem sich all diese Faktoren gegenseitig stützen. Das erklärt den wichtigen Umstand, warum die Gebiete mit der größten biologischen Vielfalt auch die Gebiete mit der größten kulturellen Vielfalt sind. Dieser Prozess gehört nicht der Vergangenheit an, auch wenn er verstärkt durch genetische und kulturelle Erosion bedroht ist. Es wird geschätzt, dass die ländliche Bevölkerung der Dritten Welt 90% ihrer Bedürfnisse durch die in ihrer Region befindlichen biologischen Vorkommen abdeckt, und 60% der Weltbevölkerung essenziell von Selbstversorgung abhängt sowie 80% von ihnen Heilpflanzen zur Gesundheitsversorgung nutzen.³

Zusätzlich zu diesem direkten Nutzen bilden diese Ressourcen und das Wissen um ihre Nutzung auch die Basis, auf die sich historisch und aktuell die Forschung und wissenschaftliche Entwicklung in der landwirtschaftlichen, pharmazeutischen und tiermedizinischen Branche stützt, sei es zu öffentlichen, kommerziellen oder industriellen Zwecken.

Historischer Nord-Süd-„Vorteilsausgleich“ und die aktuelle Rekolonisierung des Südens

Die traditionellen Heilmittel und die Kenntnisse der indigenen Bevölkerung haben, außer ihrem eigentlichen Wert als solche (d.h. ihrem sog. intrinsischen Wert), inzwischen einen hohen kommerziellen Wert erlangt. Ungefähr drei Viertel der weltweit verschriebenen Medikamente, die aus Pflanzen hergestellt wurden, wurden zunächst von Indigenen genutzt. Das ermöglichte die spätere „Entdeckung“ durch Unternehmen und Labore der industrialisierten Länder. Nach Zahlenangaben von 1996 erzielt die Pharmaindustrie global schätzungsweise 32 Milliarden Dollar Gewinn jährlich auf Grund der Nutzung traditioneller Heilmittel, die zu Medikamenten verarbeitet werden. Zwischen 1950 und 1980 waren 25 Prozent der in der pharmazeutischen Industrie der USA hergestellten Medikamente aus pflanzlichen Substanzen hergestellt. Heutzutage sind 40 Prozent der Medikamente in den USA auf der Basis von natürlichen Produkten entstanden, und der geschätzte wirtschaftliche Wert der aus Pflanzen hergestellten medizinischen Produkte liegt allein in den Vereinigten Staaten bei schätzungsweise 68 Milliarden Dollar jährlich.⁴ Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Jäger der biolo-

³ Alvaro Febles, Nelson/ GRAIN (2000) *La diversidad biológica y cultural: ríz de la vida rural*. Vollständige Dokumente unter <http://www.biodiversidadla.org/documentos>

⁴ Shand, Hope, (1997). *Human Nature: Agricultural Biodiversity and Farm-based food security*. S.13, Rom, Italien:FAO

gischen Reichtümer sich besonders in Zonen großer biologischer Diversität fieberhaft um das „grüne Gold“ des Südens abmühen.⁵

Heute existiert ein neuerliches Interesse für die Untersuchung natürlicher Produkte - besonders im Hinblick auf potenzielle medizinische Substanzen. 1980 noch war in den für Forschungen der Pharmaindustrie vorgesehenen Ausgaben in den USA nichts für die Untersuchung höherwertiger Pflanzen bestimmt. Heute werten weltweit mehr als 200 private Forschungsunternehmen tierische und pflanzliche Stoffe auf potenzielle medizinische Wirkstoffe aus. Dieses gestiegene Interesse basiert zum Teil auf der Entwicklung neuer Technologien, welche die Möglichkeiten zur Analyse und eventuellen späteren Verwertung in Medikamenten oder anderen Marktprodukten revolutioniert haben. Diese Entwicklung wird jedoch ebenso begünstigt durch die Ausweitung geistiger Eigentumsrechte in ganz neue Bereiche - speziell bezogen auf Lebewesen und biologische Prozesse.

Der vorsichtig geschätzte Beitrag, den der Fluss von genetischen Ressourcen im landwirtschaftlichen Sektor für nur vier Arten (Mais, Weizen, Reis, Stangenbohnen) von Süd nach Nord leistet, liegt unter Einbeziehung des größten internationalen Netzes zur Landwirtschaftsforschung CGIAR (Consultative Group on International Agricultural Research) bei jährlichen 5 Milliarden US-Dollar. 1994 legte der damalige US-Außenminister Warren Christopher in einem Schreiben an den Senat dar, dass das ausländische Keimplasma einem jährlichen Beitrag von 10,2 Milliarden für Mais - und Soyakulturen in den Vereinigten Staaten entspricht. Das Schreiben hatte den Zweck, Argumente zu liefern, welche die USA zur Unterzeichnung der Biodiversitätskonvention bewegen sollte.⁶

Die mächtigen Konzerne aus dem Norden haben die biologischen - und andere - Vorkommen geplündert, so wie sie sich, seit Jahrhunderten und besonders seit der Ausdehnung Europas, die Kenntnisse der indigenen Bevölkerung des Südens zu Nutze gemacht haben. Dieser „Kollateralschaden“ führte zu einer erheblichen menschlichen, kulturellen und umweltbezogenen Verwüstung. Trotzdem begann vor ungefähr zwei Jahrzehnten ein Prozess, den man als neue landwirtschaftliche und industrielle Technologierevolution bezeichnen kann, die noch tiefgreifendere Auswirkungen auf die Entwicklung natürlicher und kultureller Vielfalt hat. Zusammengenommen sind es drei Faktoren, die gemeinsam *sine qua non* die Voraussetzungen zur Biopiraterie darstellen:

- die Patentierung und andere Formen geistigen Eigentums über Lebewesen, speziell das Monopolssystem auf Patente;
- die Entwicklung neuer Biotechnologien und anderer Technologien;
- das vertikale und horizontale Ansteigen wirtschaftlicher und Unternehmens-Machtkonzentrationen.

Das Zusammenspiel der Faktoren führt zu einem wahren Prozess der Rekolonialisierung des Südens. Zentral ist dabei: Die Ressourcen, welche die Eroberer damals mitnahmen, bestanden aus Quantitäten. Heute können sie aus der Entfernung angeeignet werden, ohne dass die neuen Biopiraten einen Fuß in den Herkunftsort der Ressourcen setzen müssen.

Die Modalitäten der Biopiraterie: Piraten und Korsaren

Es ist unmöglich, präzise Daten für den Beginn der Biopiraterie in der Welt zu nennen. Versteht man darunter die Plünderung genetischer Ressourcen, war sie entweder schon seit vielen Jahren eine heimliche und illegale Aktivität, oder sie ist einfach nicht als solche wahrgenommen worden. So hat zum Beispiel die Nutzung von Keimplasma aus dem Südens in der Landwirtschaft vieler Länder des Nordens eine enorme wirtschaftliche Bedeutung, die jedoch weder anerkannt noch finanziell beglichen wurde. Man kann trotzdem in den 80er Jahren ein Schlüsselmoment in der sprunghaften Entwicklung neuer Biotechnologien (Gentechnik, Klonen, Züchtung von Gewebe, etc.) sowie in der Zustimmung zu den ersten Patenten auf Lebewesen in den USA ausmachen. Beide Bedingungen -

⁵ Daten aus „Galería de la vergüenza de los bioprospectores... o adivine quién viene a piratear sus plantas! Bilateralismo vs. Multilateralismo“ RAFI *Communique*, novembre, 1994

⁶ RAFI, (1994) *Declaring the benefits: The North's annual profit from International Agricultural Research*, Occasional Paper Series. Vol.1, no.3, Winnipeg, Canada. Ebenso *The benefits of Biodiversity. 100 examples of the contribution by Indigenous and Rural Communities in the South to the Development in the North*. Occasional Paper Series. Vol.1. No, 1994. Im Internet unter <http://www.etcgroup.org>

Technologien und Gesetze zur Monopolisierung geistigen Eigentums – intensivierten die Aktivitäten der Bioprospektierung auf Seiten der Pharma- und Agrarindustrie, die versuchen, neue Produkte zu entwickeln.

Die Informationen und erhaltenen Ressourcen sind die Basis der biotechnologischen Forschungssysteme, um Entwicklungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und Pharmakologie voranzubringen. Das führt zu einem Fusionsprozess (der ja schon seit der sog. Grünen Revolution im Gange ist) zwischen Unternehmen des landwirtschaftschemischen Bereichs, der Saatgutkonzerne und des pharmazeutischen Sektors sowie der Tiermedizin und der Genforschung. Das Resultat bestätigt das, was wir als „Gen-Giganten“ bezeichnet haben. Obwohl die Aktivitäten von Bioprospektierung und Biopiraterie in den 80er Jahren stark zugenommen haben, widmeten sich die Unternehmen zu Beginn der mehr oder weniger zufälligen Suche, auch ohne rechtlichen Anspruch. Sie sammelten auf der Suche nach aktiven unbekanntem Substanzen Muster aus Gebieten mit großer biologischer Vielfalt. Monsanto hat als einer der fünf größten Gen-Giganten unter seinen Angestellten diejenigen ausgewählt, die „an einen exotischen Ort reisen möchten und denen es nichts ausmacht, aus Liebe zur Wissenschaft einige Muster aus dem Boden zu reißen“ mit dem Ziel, brauchbare Arten für die landwirtschaftlichen Prospektierungsprogramme des Unternehmens zu finden. „Man weiß nie was man findet, noch wo man es findet... Alles liegt innerhalb des Möglichen“, äußert sich diesbezüglich der Sprecher von Monsanto, Margann Miller-Wideman.⁷

Andere Unternehmen beginnen damit, zunächst Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung und traditionellen Kennern von Heilmitteln in Gebieten mit großer Biodiversität herzustellen. Im Rahmen eines Vertrages bezahlen sie ihnen dann eine lächerlich geringe Summe, damit sie die von ihnen als nützlich oder selten eingestuft Pflanzen, inklusive der Beschreibung der bekannten Gebrauchsweisen, sammeln und an die Unternehmen senden können.

Systematischer, jedoch genauso wenig legal, war die Biopiraterie, die historisch und aktuell in den botanischen Gärten des Nordens vorstatten geht. Unter dem Vorwand der wissenschaftlichen Recherchen für Sammlungszwecke, die angeblich zum Nutzen der Menschheit seien, gelangten Tausende Muster aus Lateinamerika und dem übrigen Süden in die Labore der multinationalen Konzerne. In vielen Fällen wurden die Muster zu kommerziellen Zwecken Teil des Repertoires dieser Labore, die sich die daraus gewonnenen Inhaltstoffe patentieren ließen. Einige botanische Gärten, darunter der Missouri Botanical Garden, der New York Botanical Garden sowie der Royal Botanical Garden Kew in England, kollaborierten offenkundig mit den Konzernen. Es gibt Verträge zwischen ihnen und den Konzernen Pfizer, Merck, Phytera, Searle (heute Monsanto und Pharmacia), Shaman Pharma (heute Bristol Myers Squibb), Dow Elanco Agrosiences und anderen, die den Konzernen die Versorgung mit Exemplaren für die Bioprospektierung zusichern.⁸

Geistiges Eigentum, Souveränität und der Diskurs über die Gewinnverteilung

Das erneute Interesse der Unternehmen für genetische Ressourcen und Wissen der indigenen Bevölkerung im Süden hat durch Ausweitung ihrer Aktivitäten im Bereich der Bioprospektierung dazu geführt, dass sie natürlich auch nach Formen gesucht haben, sich vorrangige Monopolrechte auf ihre Aktivitäten und Resultate zu sichern. Zum einen hat das den Zweck, sich vor der Forschungsaktivität der konkurrierenden Unternehmen zu schützen, zum anderen den, sich gegen möglichem Protest von betroffenen Gruppen, anderen Institutionen und auch des Staates abzusichern. Eine der bedeutendsten Maßnahmen dafür ist die systematische Intrige von Seiten der durch US-amerikanische Pharmakonzerne angeführten internationalen pharmazeutischen Industrie zur weltweiten Einrichtung des Rechts auf geistiges Eigentum von Lebewesen.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass diese Gruppe den ersten Entwurf des Kapitels über geistiges Eigentum des damaligen Handelsabkommens GATT – der aktuell weitergefassten Welthandelsorganisation WTO – verfasste und erreichte, dass das Thema in der sog. Uruguay-Runde besprochen wurde.

⁷ Heine, Kathy, „Tesoro en la selva“, *Monsanto magazine*, Nr.1, April, S.22

⁸ „Empresas farmacéuticas hacen ofertas por las collecciones de los Jardines Botánicos del norte en un intento de eludir la Convención de Biodiversidad“, *RAFI Communique*, Juli, 1996

Das Resultat war die Einbeziehung des TRIPS-Abkommens (handelsbezogene Aspekte geistiger Eigentumsrechte), dessen Artikel 27.3(b) besagt, dass alle Mitglieder der WTO Patentsysteme für Mikroorganismen und mikrobiologische Prozesse annehmen müssen. Außerdem müssen sie Systeme des geistigen Eigentums für pflanzliche Arten erstellen, mit Hilfe von Patenten oder sog. sui generis-Systemen, d.h. eigenständig entwickelten Rechtssystemen. Diese letzte Klausel wird von der Mehrheit der Regierungen als Sicherung des Schutzes von Pflanzenvarietäten interpretiert im Sinne der Konvention UPOV (*Union Internationale pour la Protection des Obtentions Végétales*; Union zum Schutz neuer Pflanzenvarietäten). Formell sind das zwar keine Patente, sie haben aber tatsächlich vor allem seit den seit 1991 gültigen UPOV-Normen einen ähnlichen Effekt. Dem TRIPS-Abkommen wurde 1994 zugestimmt und man gab den südlichen Ländern einen Zeitraum von 4-10 Jahren zur Umsetzung.

Obwohl die Einführung geistiger Eigentumsrechte ein mächtiges Instrument ist, das von den meisten Ländern bereits implementiert wurde, ergeben sich einige Probleme: Die große Mehrheit der südlichen akzeptierte das Abkommen als Teil eines Verhandlungspaketes mit dem Bewusstsein, dass es ihnen wenig Nutzen bringen würde. Die Zustimmung erfolgte meist im Tausch gegen andere, ihnen Nutzen bringender ausgehandelter Aspekte – doch wie immer hat sich diese Erwartung nicht erfüllt. Es existieren sogar Gutachten der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), die vor den Patentsystemen für den Süden warnen. Seitdem breitet sich der bis heute sehr vehemente Protest vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen gegen das TRIPS-Abkommen aus. Trotzdem bleibt es das international mächtigste „legale“ Instrument zur Einrichtung von Regelwerken über geistiges Eigentum, obwohl es auf vielen Ebenen an Legitimität mangelt.

Deswegen spielen seither andere internationale Bestimmungen, die zur selben Zeit ausgehandelt wurden, jedoch weniger negativ eingeschätzt werden, eine zentrale Rolle in der Legitimierung der Biopiraterie. Gerade in diesem Kontext spielt die Konvention über biologische Vielfalt eine entscheidende Rolle. Sie ist seit ihrem Inkrafttreten 1993 von 180 Ländern ratifiziert worden. Ihre Ziele sind die *Erhaltung* der biologischen Vielfalt, der nachhaltige *Nutzen* ihrer Komponenten, und die gerechte *Teilhabe* an den durch sie erlangten Erträgen, unter Transfer der einschlägigen Technologien, „unter Berücksichtigung aller Rechte über diese Vorkommen und Technologien“. Sie wird von den USA anscheinend als genügend „gefährlich“ eingestuft, um zwar von der Regierung nach langem hin und her unterschrieben, aber nie ratifiziert worden zu sein.

Zu den signifikantesten Bestimmungen hinsichtlich des hier behandelten Themas gehören jene, welche die Souveränität der Staaten über ihr genetisches Material festschreiben, gleichzeitig die Staaten verpflichten, dass sie einen „adäquaten Zugang“ zu diesen sicherstellen müssen (Artikel 15). Der Artikel 8(j) besagt, dass die Staaten, „soweit möglich und sofern angebracht“, und gemäß der nationalen Gesetzgebung

„Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche eingeborener und ortsansässiger Gemeinschaften mit traditionellen Lebensformen, die für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt von Belang sind, achten, bewahren und erhalten, ihre breitere Anwendung mit Billigung und unter Beteiligung der Träger dieser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche begünstigen und die gerechte Teilung der aus der Nutzung dieser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche entstehenden Vorteile fördern;“

Die Tatsache, dass die Staaten „souverän“ über die auf ihrem Territorium befindlichen genetischen Ressourcen sind, wird als Erfolg für die Dritt-Welt-Länder dargestellt, so als wäre dies eine gerechte Forderung. Paradoxiertweise kann jedoch aus zwei Gründen das Gegenteil daraus resultieren.

Der erste besteht darin, dass im Zuge der ersten Reisen der Eroberer, Wissenschaftler und anderer, etwa aus botanischen Gärten, der Großteil der genetischen Materialien *ex-situ* gebracht wurde, also in Sammlungen außerhalb ihrer Ursprungsorte. Sie befinden sich in Institutionen der Länder des Nordens, in genetischen Forschungslaboren für landwirtschaftliche Zwecke, in botanischen Gärten, Aquarien, Zoos und mikrobiologischen Kollektionen. Indem die CBD die Souveränität der Länder über die genetischen Vorkommen auf ihrem Territorium erklärt (auch der nördlichen Länder), blieben automatisch die aus dem Süden stammenden Materialien, die vor der Ratifizierung durch das jeweilige Land angesammelt wurden, außerhalb der Kontrollen und können so von den Ländern des Nordens, die sie in ihrem Territorium hatten, verkauft, patentiert usw. werden. Dieses Datum ist entscheidend, denn 83 Prozent der biologischen Vielfalt, die man als *in-situ* einstuft, befinden sich in

Afrika, Asien und Lateinamerika, während 75 Prozent der Vorkommen und Technologien *ex-situ* bereits in den Ländern des Nordens sind. Und das ist nicht etwa die Folge dessen, dass die Länder des Nordens ihre eigenen Vorkommen katalogisiert und gesammelt hätten, sondern die große Mehrheit dieser Ressourcen stammt eben aus den Ländern des Südens und wurde vor Inkrafttreten der CBD angesammelt.⁹

Ein zweiter, ebenso relevanter Grund ist, dass die Staaten nun die Souveränitätsrechte auf die Vorkommen erhalten, die einst von der indigenen Bevölkerung, bäuerlichen Gemeinden, FischerInnen und anderen gehütet, genutzt und entwickelt wurden. Dieselben Staaten stellten jedoch schon immer die legalen und bisweilen kriegerischen Instrumente dar, um die Gemeinschaften und indigenen Völker auf ihrem Land und Territorium Beraubung ihrer kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte zu berauben. Zudem stimmt die Staatenaufteilung nicht immer mit der geografischen Verortung der indigenen Völker überein. (Es können bspw. mehrere Ethnien in einem Staat leben oder sich auf andere Staaten ausdehnen.) Das bedeutet, dass sich ein Staat das Recht nimmt, Ressourcen und Kenntnisse zu kommerzialisieren, die eigentlich Teil des Erbes einer bestimmten Ethnie sind, die sich eventuell sogar auf mehrere Staaten ausdehnt.

Auf diese Art und Weise werden diese Akteure, auch wenn der Artikel 8(j) ihnen offensichtlich die entscheidende Mitwirkung und das Recht über die Ressourcen und Kenntnisse zuerkennt, unter die nationale Gesetzgebung eingeordnet. Sie werden dann unter den Namen „Gemeinschaft“ eingestuft, anstatt unter dem Begriff „Volk“, mit dem die Indigenen sich selbst einordnen. Das ist entscheidend, da eine oder mehrere Gemeinschaften nun als Partner bei Bioprospektierungsverträgen auftreten oder Zugang anderer Art zu den Ressourcen gewährleisten können, die nicht nur ihnen gehören, sondern Teil des kollektiven Kulturguts der indigenen Völker sind, die, wie ich schon betonte, sich eben auf viele andere Gebiete und Länder erstrecken können.

In diesem Zusammenhang werden die Zugangsgesetze, die in den aktuell immer öffentlicheren Debatten über die Biopiraterie diskutiert werden, nun als Allheilmittel gegen den „Raubbau“ stilisiert. In Wirklichkeit ergänzen sie die Reihe an Regulierungen, welche die Unternehmen benötigen, um „legal“ ihre Plünderungsaktivität und die Privatisierung der kollektiven und öffentlichen Ressourcen fortzuführen. Es sei nur erwähnt, dass kein einziges Land aus dem Norden über Zugangsgesetze zu ihren genetischen Ressourcen diskutiert. Die Gesetzesvorschläge dieser Art beziehen sich ausschließlich auf die kulturell und biologisch vielfältigeren Länder, nämlich jene des Südens

In den 90er Jahren begannen die sogenannten Bioprospektierungsverträge, die vorgeblich die Richtlinien der Biodiversitätskonvention erfüllen. Einige multinationale Unternehmen integrierten die Konzepte der Anfrage, des legalen Zugangs und „Vorteilsausgleichs“. Unter den frühesten bekanntesten Vereinbarungen (vor Inkrafttreten der CBD, aber schon während der Diskussionsphase darüber) war die der Firma Merck mit dem Instituto Nacional de Biodiversidad (INBio). INBio ist eine private Firma aus Costa Rica, die sich verpflichtete 10000 Pflanzenmuster aus diesem Land zu liefern, gegen einen Ausgleich von 1,135 Million Dollar, einigen Gerätschaften, Fortbildungen und der Zahlung eines Prozentsatzes an Einnahmen (die Höhe ist vertraulich), falls sich irgendein pharmazeutisches Produkt aus den gelieferten Pflanzen herstellen ließe.

Der Vertrag, den die US-Firma Shaman Pharmaceuticals mit einem indigenen Volk aus dem Amazonischen Urwald gemacht haben, galt ebenfalls als „innovativ“. Es wurden ihnen infrastrukturelle Verbesserungen sowie zukünftige Geldzuwendungen versprochen im Tausch gegen die Aushändigung von Pflanzen, inklusive der Kenntnisse über deren Nutzung. In beiden Fällen geschah dies mit der Zustimmung der Regierungen der darin verwickelten Länder.

Das nehmen die anderen multinationalen Konzerne zum Beispiel und beginnen, ähnliche Schemata zur Einbeziehung indigener Gemeinschaften und/oder Forschungszentren und Universitäten anzuwenden und bieten als Gegenleistung einen „Vorteilsausgleich“. Das sichert ihnen einen effizienteren Erhalt von Daten, Kenntnissen und Pflanzenmustern, Mikroorganismen, Insekten usw., die sie unter anderen Umständen nicht nur viel mehr gekostet hätten, sondern die sie vielleicht auch nie bekommen hätten. Zusätzlich erhalten sie staatliche Rückendeckung aus den Ländern, in denen sie derartige Verträge machen.

⁹ Siehe „The geopolitics of Biodiversity: a biodiversity balance sheet“, Rafi Communique, Jan./Feb. 1996, <http://www.etcgroup.org>

Das Schema der Plünderung von Substanzen bleibt stets dasselbe, deswegen sollte man jene Bioprospektoren anstatt Piraten doch besser Korsaren nennen. Zur Zeit der Piraterie erteilte die englische Krone denen die Erlaubnis zur Plünderung anderer Schiffe, die sich bereit erklärten, das für die Krone zu tun. Man nannte sie Korsaren, obwohl sie dasselbe taten wie Piraten, jedoch eine Erlaubnis der Autoritäten dafür hatten, denen sie im Gegenzug Rechenschaft über ihre erbeuteten Werte ablegen mussten. So wurde der berühmte Pirat Drake zu Sir Francis Drake und somit zu einer „respektablen“ Persönlichkeit.

Die raffinierteste Form, diese Art „legale“ Abmachungen zu erleichtern, stellt die International Cooperative Biodiversity Group (ICBG) dar. Die Programme der ICBG werden von einem Konsortium bundesstaatlicher Agenturen der USA geleitet, welche die nationalen Gesundheitsämter, die Nationale Wissenschaftsstiftung und das Landwirtschaftsministerium einschließen. Diese Gruppe leistet Geldzuwendungen an öffentliche und private Forschungsinstitutionen, die Bioprospektierungsprojekte in Ländern des Süden betreiben. Nach eigener Darstellung der ICBG besteht das Ziel darin, Entdeckungen von pharmazeutisch nutzbaren Substanzen, die aus natürlichen Ressourcen hergestellt werden sowie den Erhalt der biologischen Vielfalt und das nachhaltige Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer zu fördern. Zudem haben sie eine Reihe von Richtlinien erlassen über die Notwendigkeit, die Zustimmung der lokalen Gemeinden und Autoritäten zu erhalten Formen zum „gerechten Vorteilsausgleich“ zu etablieren.¹⁰

Zur typischen Struktur des ICBG gehört, dass die Empfängergruppen der Zuwendungen bestehen aus: a) Universitäten und/oder botanischen Gärten, die stets Koordinatoren der Projekte sind und alle Informationen und Materialien über das Projekt erhalten; b) Universitäten oder Forschungszentren des Landes in dem die Bioprospektierung vorgenommen wird; c) in einigen Fällen internationale Nichtregierungsorganisationen (WWF und Conservation International, denen Fälle von Biopiraterie in verschiedenen Ländern vorgeworfen werden), sowie ein kommerzieller Teilhaber, der meistens ein multinationaler Pharmazie- und Agrarkonzern ist. Glaxo-Wellcome, Bristol Myers Squibb, Shaman Pharmaceuticals, Dow Elanco Agrosiences, Wyeth-Ayerst, American Cynamid, sowie Monsanto haben bereits an ICBG-Projekten teilgenommen.

Die generelle Vorgehensweise der Projekte bestand darin, über ein nationales Forschungsinstitut oder eine internationale Naturschutz-NGO die indigenen Bevölkerungsgruppen vor Ort zu integrieren. Diese steuerten dann ihre Kenntnisse bei und erleichterten die Sammlung von pflanzlichen Mustern. Den Indigenen wurden zukünftige Entschädigungen versprochen, eine bescheidene sofortige Vergütung und in einigen Fällen wurde ihnen angeboten, Patentinhaber zu werden, um dann die Patente an Dritte veräußern zu können. Das ist eine der negativsten Auswirkungen, da hiermit Elemente eingeführt werden, die der indigenen Kultur fremd und schädlich sind.

So subventioniert der ICBG mit öffentlichen Geldern multinationale Firmen mit der altruistischen Rhetorik, Medikamente für die ganze Menschheit zu suchen und zum Erhalt der indigenen Kultur beizutragen. Die erlangten Resultate sind um einiges billiger als das, was die Nationalen Gesundheits- oder Krebsforschungsinstitute vorher für von ihnen selbst durchgeführte „Bioprospektierung“ ausgegeben haben. Die Resultate kommen der Forschung zugute und ein größte Teil des wirtschaftlichen Gewinns bleibt bei den Unternehmen, die an solchen Projekten teilnehmen.¹¹

Der Unternehmens-Kontext

Die genetischen Ressourcen und das dazu gehörige Wissen sind der fundamentale Rohstoff der Gesundheits- und Lebensmittelindustrie, und es ist von Bedeutung wer diese Märkte dominiert. Nachforschungen der ETC-Gruppe über verfügbare Angaben für 2001 verdeutlichen folgendes:¹²

- die 10 größten Pharmakonzerne kontrollieren ungefähr 48% des Weltmarktes, der 317 Milliarden US-Dollar ausmacht;

¹⁰ Weitere Informationen über das Programm unter <http://www.nih.gov/fic/opportunities/icbg.htm>

¹¹ RAFI/Grupo ETC hat Nachforschungen angestellt und verschiedene Berichte über ICBG-Projekte und den Widerstand dagegen von lokalen Organisation aus Mexiko, Peru und anderen Ländern veröffentlicht. Zudem können diverse Meldungen über die ICBG Maya in Chiapas in den jährlichen Ausgaben von „Biopiracy Update, ab 1994, unter <http://www.etcgroup.org> eingesehen werden.

¹² Siehe „Globalización S.A.“, ETC Group Communique #71, Juli/August 2001, <http://www.etcgroup.org>

- die 10 größten Pharmakonzerne für Tiermedizin kontrollieren 60% dieses Weltmarktes, der 13,6 Milliarden US-Dollar entspricht;
- die 10 größten Saatgutkonzerne kontrollieren 30% des kommerziellen Marktwertes für Saatgut, was 24 Milliarden US-Dollar entspricht;
- das transgene Saatgut nur einer einzigen Firma (Monsanto, heute im Besitz von Pharmacia) wurde in 94% der mit transgenem Saatgut bestellten Felder im Jahr 2000 benutzt;
- die 10 größten agrochemischen Unternehmen kontrollieren 84% des Marktwertes an landwirtschaftlichen Chemikalien, deren Weltmarktumfang 30 Milliarden US-Dollar entspricht;
- die 32 größten Supermarktketten kontrollieren 34% des Weltmarkts allein für Nahrungsmittel, der einem geschätzten Wert von 2,8 Billionen US-Dollar entspricht. 10 von diesen 32 Ketten kontrollieren 54% des gesamten Verkaufs von 513,7 Milliarden.

Zentral ist, dass die Hauptunternehmen jeder Branche gleichzeitig noch an mehreren anderen Unternehmen aus anderen Branchen beteiligt sind, was veritable „Gen-Giganten“ entstehen lässt. Die Zahlen im folgenden Schaubild verdeutlichen die Stellung der Hauptkonzerne des jeweiligen Sektors im Weltniveau.

Hier Tabelle TAB-Ribeiro

In den letzten zehn Jahren ließ sich eine erstaunliche Konzentration der Unternehmensmacht feststellen, die sich praktisch über alle Sektoren der globalen Wirtschaft erstreckte. Der weltweite Wert der Fusionen und Unternehmensaufkäufe vergrößerte sich von 462 Milliarden US-Dollar 1990 auf mehr als 3.5 Billionen US-Dollar im Jahre 2000.¹³ Im letzten Jahr waren 35 Prozent der gesamten Fusion und Aufkäufe die Staatsgrenzen überschreitend. Der globale Wert der Fusionen und Aufkäufe im Jahre 2000 (3.5 Billionen US-Dollar) machte 12 Prozent des Wachstums der Weltwirtschaft aus. Schätzungsweise sind 97 Prozent der Patente im Besitz von OECD-Ländern, und die globalen Konzerne besitzen 90 Prozent der gesamten Technologie und der patentierten Produkte.¹⁴

Eine von Sarah Anderson und John Cavanagh im Institut für Politikwissenschaften durchgeführte Studie zeigt, dass von den 100 größten Wirtschaftsbereichen 51 Unternehmen und 49 Länder sind.¹⁵ Ein Vergleich der Unternehmensumsätze und der Bruttoinlandsprodukte zeigt, dass General Motors beispielsweise wirtschaftlich stärker als Dänemark, Wal-Mart stärker als Norwegen und General Electric stärker als Portugal sind. Die Unternehmen nutzen ihre wirtschaftliche Macht, um ebenfalls enorme politische Macht auszuüben. Während sich die Regierungen so zu Dienern der Unternehmen machen anstatt den Bürgern zu dienen, wird die Demokratie und die Bedeutung der nationalen und internationalen Gesetzgebung in ihren Grundprinzipien ausgehöhlt.

Einige Schlussfolgerungen

Die Biopiraterie stellt mit ihren unterschiedlichen Mechanismen nicht einfach nur den Raub an vormals öffentlichen und kollektiven Ressourcen dar und privatisiert sie mittels der Systeme geistigen Eigentums. Die Biopiraterie schafft auch Wettbewerb und Konflikten zwischen lokalen Gemeinden und den Dritt-Welt-Ländern, die diese Ressourcen haben. Zudem untergräbt sie grundlegende kulturelle Elemente der indigenen Bevölkerung und der ländlichen Gemeinden, indem sie marktförmige und privatwirtschaftliche Systeme gegen Großzügigkeit und freien Austausch einführt, wobei letztere ja gerade die historische Basis der kulturellen und biologischen Vielfalt bilden. Die Erfahrung zeigt außerdem, dass die Vereinbarungen über „Vorteilsausgleich“, abgesehen davon, dass sie insgesamt falsch sind, nicht eingehalten werden. Das geschieht weder im Hinblick auf die gesetzten Ansprüche,

¹³ Thomson Financial Services, „M&A in 2000: Fast start...fading finale“, 3, Januar 2001. www.tfsd.com

¹⁴ *Informe de Desarrollo Humano* PNUD 2000, S.84

¹⁵ Anderson, S.Y. J. Cavanagh *Top 200, The Rise of Corporate Global Power*, Instituto de Estudios Políticos, 4, Dezember 2000

noch kann effektiv kontrolliert werden, wie die Unternehmen oder Institutionen, welche die Verträge über die von ihnen erhaltenen Ressourcen unterschreiben, letztendlich weitergenutzt werden.

Außerdem forschen diese Unternehmen auch nicht „zum Vorteil der Menschheit“, da ja die Systeme über geistiges Eigentum Forschung eher unterbinden, anstatt sie zu fördern. Es wird im Grunde nur zu kommerziellen Zwecken geforscht, auf der Suche nach rentablen Produkten für die Unternehmen – nicht für diejenigen, die sie benötigen, sondern für jene, die sie bezahlen können. In diesem aktuellen Kontext von Unternehmensmacht und der Privatisierung von Forschung und Genbanken gibt auch die öffentliche Forschung ihre Ergebnisse zunehmend an den privaten Sektor, sei es direkt oder auf Grund ihrer Marktdominanz. Die Regierungen der südlichen Länder scheinen zu glauben, dass sie mit der Übernahme von Regelwerken über geistiges Eigentum und Patenten, so wie es die WTO und die Unternehmen fordern, in ihren Ländern mehr Auslandsinvestitionen anziehen und damit den Technologietransfer fördern, technologische Innovationen voranbringen und so auch die nationale Forschung.

Keine dieser Erwartungen erfüllen sich. Nach neuen Forschungen hat die Implementierung der international geforderten Richtlinien über geistiges Eigentum keine Auswirkungen auf die Auslandsinvestitionen oder bewirken sogar das Gegenteil¹⁶. Die Globalisierung und Harmonisierung der Patentsysteme nützt vor allem den Unternehmen, die ihre Marktmonopole auf weitere Länder ausdehnen und somit mögliche Konkurrenten besser ausschließen können. Die ausländischen Investitionen können sich sogar verringern, da ja die Unternehmen dazu berechtigt sind, ihre Technologien und Produkte auf neuen Märkten zu schützen, ohne dass damit ein Transfer in das betreffende Land einherginge oder neue Arbeitsplätze geschaffen würden. In einigen Fällen, wie beispielsweise in Argentinien oder Brasilien, brachen in den 90er Jahren zahlreiche Forschungs- und nationale Entwicklungsprojekte ebenso weg wie Versuche, bestimmte Prozesse den lokalen Gegebenheiten anzupassen. Der Erwerb nationaler Unternehmen von Seiten der multinationalen Konzerne (die natürlich als Auslandsinvestition zählen) bedeutete eine Verlegung der hochentwickelten Forschungen in ihre Stammhäuser der nördlichen Länder. So werden in den südlichen Ländern weniger ausgereifte Prozesse zurückgelassen, was sich negativ auf die nationale Forschung und den Technologietransfer auswirkt.¹⁷

Der Fall der agrar-biotechnologischen Forschung ist besonders illustrativ, weil sie besonders intensiv ist. Diese Art der Forschung wird entweder komplett von den Unternehmen betrieben ohne jeglichen Technologietransfer ins Land. Oder sie wird durch öffentliche Institutionen der südlichen Länder durchgeführt, die dann wiederum von einem Großkonzern finanziert wird, der dann von den Resultaten profitiert. Auch in diesem Fall findet kein relevanter Technologietransfer statt, sondern es wird lediglich das Notwendigste an Technologie transferiert, mit dem dann beispielsweise Feldversuche zur Anpassung genetisch veränderter Pflanzen, an die schon an die Verhältnisse dieses Gebietes gewöhnten Sorten, durchgeführt werden.

Das geistige Eigentum wirkt dementsprechend, da es ja die multinationalen Unternehmen selbst sind, die sich vor allem um die Schutzrechte kümmern und sie auch erhalten. Die Regelungen zu geistigem Eigentum sind per se ungerecht und unterwandern zum Beispiel die Prinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Der dortige Artikel 27 besagt: „Jeder Mensch hat ein Recht auf freie Teilhabe am kulturellen Leben der Gemeinschaft, auf den Genuss der Künste und auf die Teilhabe am wissenschaftlichen Fortschritt und an den Nutzen, die daraus entstehen.“

Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt sowie der „ausgewogenen und gerechten Aufteilung der sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile“ (so die Ziele der CBD, Artikel 1) bestünde unter anderem darin, überhaupt keine Form von geistigem Eigentum über Lebewesen und Technologien zuzulassen. Dafür müssten der indigenen Bevölkerung, den BäuerInnen, vom Fischfang oder in Wäldern lebender Bevölkerung effektiv und umfassend ihre Rechte zugesprochen werden – d.h. die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Rechte inklusive des Rechts auf Land und Territorium. Solange all das nicht verwirklicht ist, bleibt jegliche Bioprospektierung Biopiraterie.

¹⁶ Kumar, Nagesh (1996) „Foreign Direct Investment and Technology Transfer in Development: a perspective on recent literature“, United Nations University

¹⁷ Nadal, Alejandro (1999) *World Investment Report Flawed on many fronts*, South-North Development Monitor, (SUNS), Nummer 4517. Genf, Schweiz

Aus dem Spanischen von Sandra Liebig

Ribeiro, Silvia: Biopiraterie und geistiges Eigentum. Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen. In: Görg, Christoph ; Brand, Ulrich (Hrsg.): *Mythen globalen Umweltmanagements: Rio + 10 und die Sackgassen "nachhaltiger Entwicklung"*. Münster : Westfälisches Dampfboot, 2002, S. 118-136.

Die COP in Bonn

von Gregor Kaiser

Hintergründe, Akteure und Schwerpunkte

Im Mai ist die internationale Umweltdiplomatie zu Gast in Bonn, im dortigen Maritim-Hotel findet vom 19.-30. Mai die 9. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt (CBD – Convention on Biological Diversity¹) statt. Bereits in der Woche zuvor treffen sich die Vertragsparteien des sogenannten Cartagena Protocol on Biosafety, einem Unterabkommen der CBD zu den Themen Gentechnik und Biosicherheit. 5000 VertreterInnen aus Politik, Medien, NGOs und Industrie werden erwartet, die Hotelbetten werden langsam knapp. Die Euphorie der Stadtverantwortlichen und BundespolitikerInnen ist groß, nach den Klimaverhandlungen vor sieben Jahren nun wieder eine große Folgekonferenz des Umweltgipfels von Rio 1992 in die Stadt gelotst zu haben. Nur etwas trübt die Freude – die Fertigstellung des neuen World Conference Center Bonn ist erst für den Herbst geplant, so dass wieder einmal das Maritim und anliegende Provisorien den Rahmen stellen müssen für das Auftreten auf internationalem Parkett.

Die COP, Conference of the Parties, ist die ca. alle zwei Jahre stattfindende Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt – die letzte fand 2006 im brasilianischen Curitiba statt. Auf den „COPs“ wird die Konvention, welche auf dem Umweltgipfel in Rio zusammen mit der Agenda 21 und der Klimarahmenkonvention verabschiedet wurde, weiterentwickelt, die Implementierung überprüft und Positionen der Regierungen und „Zivilgesellschaft“ ausgetauscht. Rund 190 Staaten sind Vertragsparteien der CBD – nicht jedoch die USA. Sie haben zwar die CBD unterzeichnet und dürfen an den Sitzungen teilnehmen, haben aber nicht ratifiziert und somit sind die Vereinbarungen der CBD für die USA nicht bindend (zu den Folgen siehe unten).

Die Konvention ist Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre aus einem schwierigen Diskussionsprozess entstanden und hat drei Ziele: „...die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile“ (Art. 1). Naturschutz, Nutzung und Vorteilsausgleich, das sind die drei Ziele in Schlagworten. Die Bundesregierung wirbt für die COP jedoch nur mit einem der drei Ziele, Naturschutz. Das meint das Bundesumweltministerium, BMU, sei einfacher kommunizierbar, und der Rest würde später draufgesattelt.² Die so aufgestellte Hierarchisierung findet sich leider nicht nur in der Kommunikationsstrategie des BMU, sondern auch in der Realität.

Die oben genannten Ziele sind gleichrangig, jedoch im Laufe der Zeit ist v.a. das dritte Ziel, die faire und ausgewogene Verteilung der Vorteile, die aus der Nutzung der biologischen Vielfalt resultieren, in den Hintergrund getreten. Und u.a. hieran werden auch die konkreten Konfliktlinien deutlich. Während viele Industrieländer und Unternehmen auf einen geregelten, aber gewährten Zugang zur biologischen Vielfalt drängen, wollen einige Entwicklungsländer aber vor allem Kleinbauern, NGOs und indigene Bewegungen einen gerechten Vorteilsausgleich und diesen auch vor Forschungsbeginn verbrieft wissen. Darüber hinaus gibt es auch sehr berechtigte Forderungen indigener Bewegungen nach dem Recht ‚Nein‘ zu sagen, d.h. sich gegen die Erforschung der biologischen Vielfalt und der Instrumentalisierung ihres Wissens durch kommerzielle Verwertung zur Wehr zu setzen.

Diese Verhandlungen über das Thema ABS, Access and Benefit Sharing, sind ein Schwerpunkt der konkreten Ausgestaltung der Konvention; Ziel ist es, bis spätestens 2010 ein internationales, verbindliches Abkommen zu dem Themenkomplex zu verhandeln. Vielleicht besteht sogar die Chance, so hofft sicherlich auch die Bundesregierung, bereits während der COP 9 zu einer weitest gehenden Entscheidung zu kommen, damit diese Vertragsstaatenkonferenz und damit auch Bonn in die Annalen der CBD eingehen und die freiwilligen *Bonn Guidelines on Access and Benefit Sharing* von 2002 auch eine „würdige“ Nachfolgerin finden.

¹ www.cbd.int

² Siehe zur Darstellung des BMU: <http://www.naturallianz.de/>

Themenschwerpunkte der CBD sind neben ABS und der Rolle indigene Völker die Einrichtung von Naturschutzgebieten, die nachhaltige Nutzung biologischer Vielfalt, Bildungsprogramme und Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit für die Bedeutung biologischer Vielfalt, die Rolle und der Schutz von Wäldern sowie auch der Agrobiodiversität. In Bonn werden auch die Themen Agrotreibstoffe und Klimawandel eine bedeutende Rolle spielen. Aber auch Gentechnikthemen werden immer wieder auf die Tagesordnung der CBD gebracht, auch wenn es seit 2000 das spezielle Biosafety-Protokoll gibt: in Curitiba wurde z.B. der Umgang mit gentechnisch veränderten Bäumen zur Bekämpfung des Klimawandels und deren potentielle Auswirkungen auf Ökosysteme und biologische Vielfalt vielfach diskutiert, ebenso wie die seitens der USA und Kanada angestrebte Legalisierung der sogenannten Terminator-Technologie.³ Auch diese Themen werden wahrscheinlich in Bonn wieder aus der Verhandlungskiste gezogen.

Die Konvention ist eine Rahmenkonvention, das heißt die Nationalstaaten sind aufgefordert, in ihren jeweiligen nationalen Gesetzen die Ziele der Konvention zu verankern und zu implementieren. So waren die Regierungen seit 1992 aufgefordert, eine Nationale Biodiversitätsstrategie und Aktionsplan zu erarbeiten. Das Gastgeberland Deutschland musste sich in den letzten Monaten sehr sputen, nicht als eines von drei Dutzend weiteren Ländern immer noch keine Strategie zum Umgang mit biologischer Vielfalt und den daran geknüpften Fragen aufzuweisen. Erst im Dezember konnte der deutsche Plan der Öffentlichkeit vorgestellt werden – und von vielen Seiten gab es Kritik.

Die Rolle der USA sorgt immer wieder für Probleme: Sie ist nicht Vertragspartei, verhandelt aber überall mit und macht ihren finanziellen und politischen Einfluss geltend. So gibt es z.B. ein internationales Projekt mit dem Namen *Barcode of Life*, dessen Ziel es ist, bis zum Jahr 2010 das Erbgut aller Tierarten und bis 2015 dasjenige aller Pflanzenarten zu katalogisieren und zu archivieren. Diese gesammelten Daten und Muster sollen im Smithsonian Institut in den USA eingelagert werden. Da die USA nicht Vertragspartei sind und somit nicht an die Regeln wie Vorteilsausgleich, vorherige informierte Zustimmung etc. gebunden sind entfallen diese Regeln für das eingelagerte Material und auch ein Benefitsharing muss nicht mehr stattfinden. Man kann dies auch als den dreistesten Biopiraterieversuch aller Zeiten bezeichnen – unter den Augen der CBD. Das EU-Parlament hat sich in diesem Fall aber gegen die Herangehensweise der USA gestellt und beschlossen, dass Referenzmaterial nur in Mitgliedsstaaten der Konvention eingelagert werden darf.

Weitere *bad guys* in den Verhandlungen neben den USA sind Australien, Kanada, Neuseeland und Japan, die sog. JUSCANZ-Gruppe. Deren Regierungen sind gegen verbindliche Regeln zu Vorteilsausgleich, aber für einen möglichst ungehinderten Zugang zur biologischen Vielfalt. Ihnen gegenüber stehen die sog. Megadiversitätsländer mit Brasilien und Indien an der Spitze. Weiterhin dazu gehören: Bolivien, China, Kolumbien, Ecuador, Indonesien, Kenia, Madagaskar, Malaysia, Mexiko, Peru, die Philippinen, Südafrika und Venezuela. Die EU spielt häufig eine Vermittlerrolle, womit jedoch nicht gesagt ist, dass sie grundsätzlich andere Interessen als JUSCANZ hat; ihr ist v.a. an einem Fortschritt in einzelnen Verhandlungsaspekten gelegen. Deutschland ist in die Positionsfindung der EU mit einbezogen, während der COP spricht für alle Länder der EU nur die Ratspräsidentschaft, im ersten Halbjahr 2008 ist das Slowenien. Bereits seit Anfang 2007 steht die Bundesregierung daher mit der slowenischen und der portugiesischen Regierung in Kontakt; es wurde sich auf eine Triple-Präsidentschaft verständigt mit einer abgestimmten Vorgehensweise zu Themen rund um die biologische Vielfalt. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass es die traditionellen Konfliktlinien zwischen Nord und Süd innerhalb der CBD nicht gibt. Denn nicht alle Entwicklungsländer profitieren von einer Inwertsetzung der biologischen Vielfalt und nicht alle Länder des Nordens haben Interesse an einem einfachen Zugang zur Vielfalt.

Progressive NGOs, die sich mit dem Themenkomplex beschäftigen sind z.B. GRAIN, das Third World Network oder ETC-Group, in Deutschland die BUKO Kampagne gegen Biopiraterie oder, von kirchlicher Seite, Misereor und der Evangelische Entwicklungsdienst.. Naturschutzorganisationen wie BUND oder NABU sind v.a. für die Umsetzung auf nationaler Ebene bedeutsam; der WWF, the Nature Conservancy oder Conservation International sind konzernartige NGOs, die mehr Probleme durch die von ihnen umgesetzten Naturschutzprojekte verursachen als sie mit diesen lösen. Auch Bauernorganisationen wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Via Campesina

³ vgl. www.freie-saat.de

oder indigene Bewegungen spielen eine wichtige Rolle, wenn es um die zukünftige Ausgestaltung der Regeln des Schutzes, der Nutzung und des gerechten Vorteilsausgleichs geht. Im Rahmen des *Forums Umwelt und Entwicklung* haben sich in der AG Biologische Vielfalt die NGOs und Einzelpersonen zusammen geschlossen, die zu dem Themenkomplex auf nationaler und internationaler Ebene arbeiten. Zur Vorbereitung auf die COP 9 wurde beim Forum eine vom Bundesamt für Naturschutz finanzierte Projektstelle eingerichtet,⁴ die die Aktivitäten der NGOs koordiniert und als Ansprechpartner für internationale Gäste zur Verfügung steht. Vielfältige Aktivitäten für den Mai, aber auch in den Wochen zuvor, sind bereits in Vorbereitung, so dass das Thema Biologische Vielfalt die nächsten Wochen etwas mainstreamiger werden wird.

Das Cartagena Protokoll zur biologischen Sicherheit

Hier geht es v.a. um die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Organismen beim Import aus anderen Ländern. Das Protokoll ist quasi eine Auftragsarbeit der CBD und wurde im Jahr 2000 verabschiedet. In der CBD, Artikel 19 (3) heißt es: *„Die Vertragsparteien prüfen die Notwendigkeit (...) eines Protokolls (...) im Bereich der sicheren Weitergabe, Handhabung und Verwendung der durch Biotechnologie hervorgebrachten lebenden modifizierten Organismen, die nachteilige Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt haben können.“* Diesen Auftrag umsetzend entstand in langen, mehrfach kurz vor dem Scheitern sich befindenden internationalen Verhandlungen das Biosafety-Protokoll, welches das Vorsorgeprinzip bei dem Umgang mit gentechnologisch manipulierten Organismen (in der Konventions- und Protokollsprache vermeidet man das Wort Gentechnologie, es wird von *„lebenden modifizierten Organismen“* gesprochen) festschreibt und wichtige nationale Handlungsspielräume eröffnet. In Bonn wird es nun primär darum gehen, international gültige Vorschriften für die Haftung und Wiedergutmachung festzulegen, die regeln, wann, durch wen und auf welche Art und Weise Schäden durch gentechnisch veränderte Organismen zu erstatten sind. Parallel zur sogenannten MOP vom 12.-16.Mai findet ebenfalls in Bonn ein großer Kongress Planet Diversity statt, auf dem die *„natürliche und kulturelle Vielfalt des Lebens in Nahrung und Landwirtschaft“* seitens sozialer Bewegungen, NGOs und BäuerInnen gefeiert werden soll.⁵

Hierbei handelt es sich um das Manuskript eines Textes, der in ähnlicher Form in der Märzausgabe 2008 der *ila - zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika* erscheinen wird.

⁴ www.biodiv-network.de

⁵ www.planet-diversity.org